M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nachrichten und Berichte zu:

Nr. 91 Februar 1981 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 74003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mukuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 176 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer:
10. 03. 1981

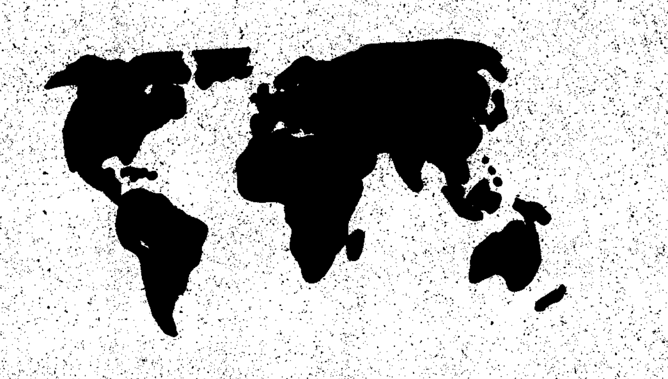
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,-)
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,-)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,– //ÖS 30,–



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



BRD-Waffenexporte

Deutsche Panzer nach Saudi-Arabien?

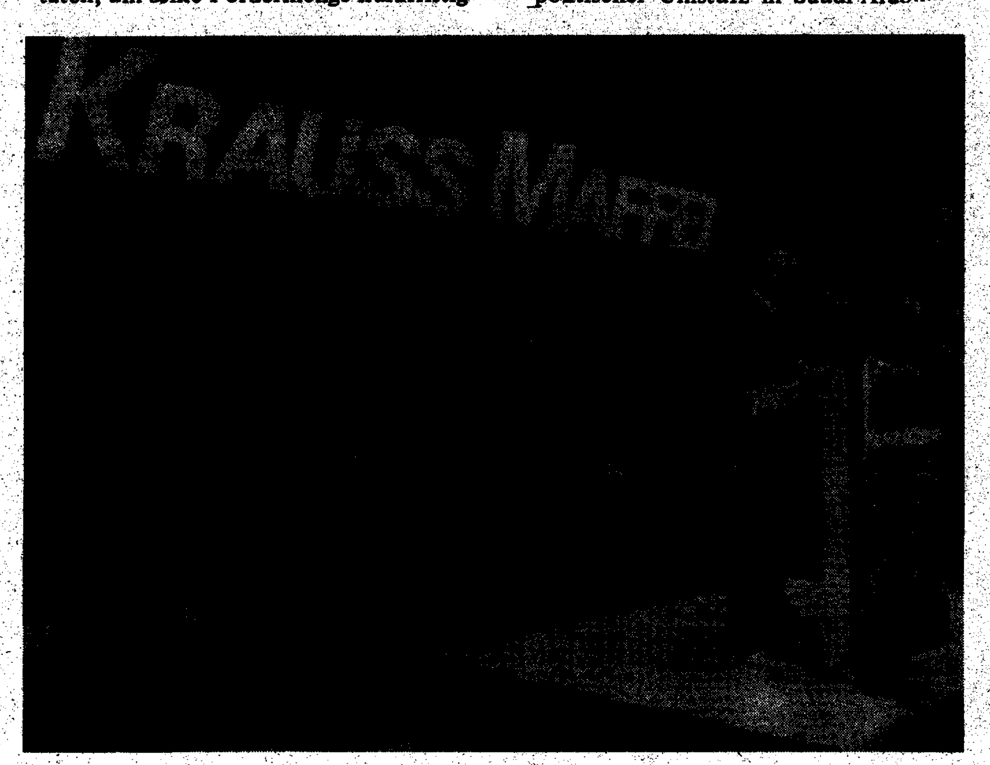
Saudi - Arabien hat Interesse, 300 Panzer des Typs Leopard 2 in der BRD zu erwerben. Die BRD verbindet massive energiewirtschaftliche und exportwirtschaftliche Interessen mit dem ölreichsten und finanzstärksten OPEC-Land. Die derzeitige Diskussion über die Lieferung der Kampfpanzer läßt vermuten, daß mit dem ohnehin schon bis zur Unkenntlichkeit durchlöcherten Prinzip, keine Waffen in „Spannungsgebiete" zu liefern, aufgeräumt werden soll.

Auch wenn noch keine offizielle Bestellung Saudi-Arabiens vorliegt, ist sicher, daß die saudi-arabische Regierung zumindest den Kauf von 300 Kampfpanzern Leopard 2 beabsichtigt; bei einem Stückpreis von 4 Millionen DM ein Rüstungsauftrag mit dem beachtlichen Umfang von 1,2 Mrd. DM (Spiegel 5.1.81).

Die Berichte über die Lieferung der Leopard-Panzer haben die Aktien des Rüstungskonzerns Krauss-Maffeiss, dem Produzenten dieses Panzers, zu einem Luftsprung veranlasst, sie kletterten in einer Woche um mehr als 200 DM (Die Neue 15.1.81).
Neuere Pressemeldungen sprechen noch von weit umfangreicheren Kaufabsichten der saudi-arabischen Seite: zusätzlich sind 2700 Schützen- und Flugabwehrpanzer der Typen Marder und Gepard im Gespräch (Badische Zeitg. 24./25.1.81.). Rüstungsbestellungen dieser Größenordnung sind für Saudi-Arabien nichts einmaliges. Erst im Oktober letzten Jahres wurde mit Frankreich ein Liefervertrag über Rüstungsgüter im Wert von 6,5 Mrd. DM abgeschlossen, der größte derartige Vertrag, den Frankreich je abschliessen konnte (Handelsblatt 17./18. 10.80).

Umfangreiche Interessen verbindet die BRD mit Saudi-Arabien. Zwischen 17 und 25% der westeuropäischen Rohölbezüge sind in den Jahren 1974 bis 1979 von dort bezogen worden. Ein Viertel der nachgewiesenen Erdölreserven der Welt liegt in Saudi-Arabien. (Mineralölwirtschaftsverband: Jahresbericht 1979, S. T 10 u. T 64) Saudi-Arabien hat einen Teil der Lieferausfälle übernommen, die durch den Irak-Iran-Krieg verursacht worden sind. Aber das Interesse an Saudi-Arabien als Öllieferant hat noch eine zweite wesentliche Komponente: In der OPEC bestehen massive Konflikte über das Ausmaß der vorzunehmenden Steigerungen des Rohölpreises. Saudi-Arabien hat stets eine Politik vertreten, die deutlich niedrigere Preise vorsah, als es etwa den Vorstellungen Irans, Libyen oder Algeriens entsprach. Saudi-Arabien verfügt über ein wirksames Mittel, seine Vorstellungen innerhalb der OPEC durchzusetzen: Es hat genügend Förderkapazitäten, um seine Fördermenge kurzfristig zu erhöhen. Damit kann es aber einen in seinen Augen überhöhten Preisbeschluß unter Druck setzen. Über längere Zeit war der OPEC- Rohölpreis sogar gespalten, d.h. Saudi-Arabien hat sein Öl billiger verkauft als etwa Libyen oder Algerien. Da spürbare Preisdifferenzen – bei insgesamt ausreichendem Ölangebot – die Absatzmöglichkeiten der Länder mit hohem Preis senken und ihnen somit Einnahmeverluste zuführen können, kann Saudi-Arabien auf die Preispolitik anderer Förderländer einen spürbaren Einfluß ausüben.

Allein schon diese Politik der Dämpfung des Preisauftriebes begründet bei den großen Ölimporteuren (USA, Westeuropa, Japan) ein massives Interesse an der Aufrechterhaltung der Herrschaft des saudi-arabischen Königshauses. Ein politischer Umsturz in Saudi-Arabien



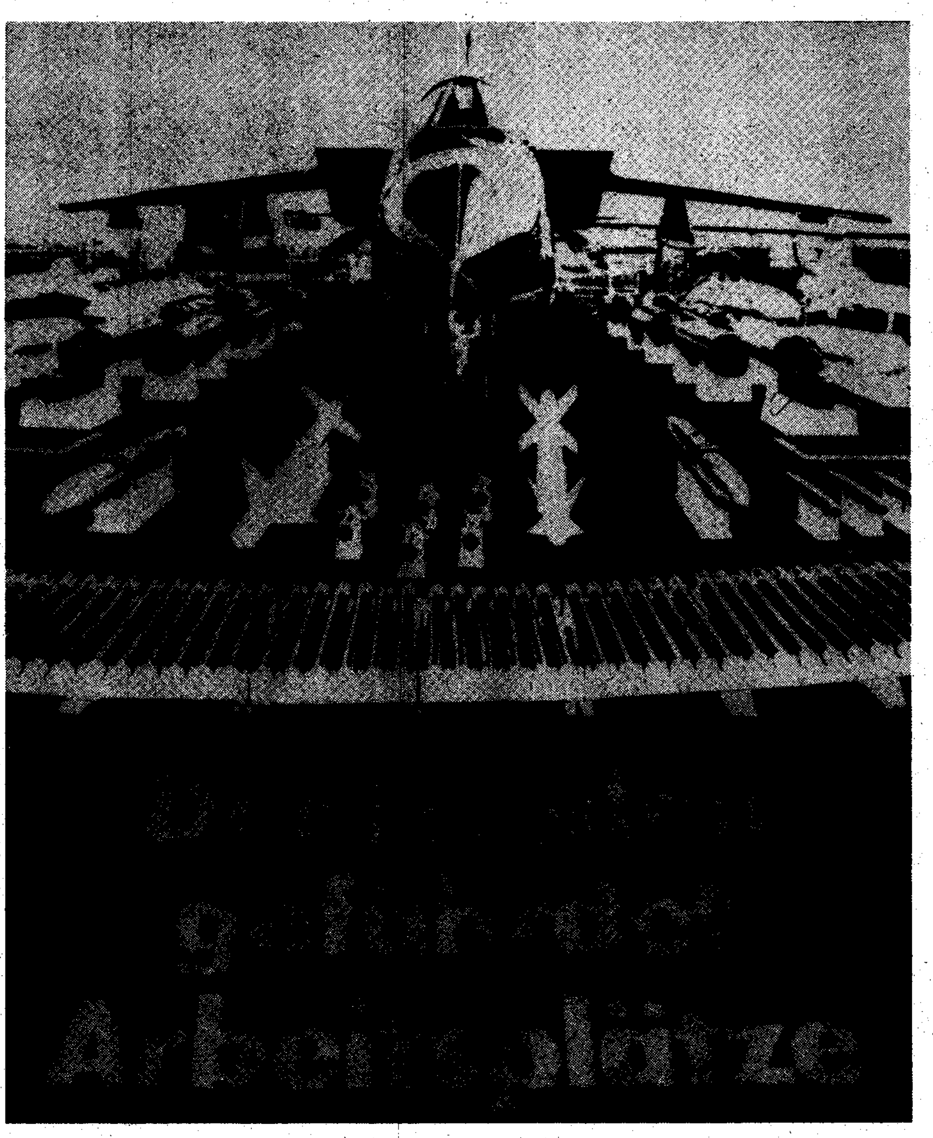
Übergabe des ersten Leopard-Panzers an die Bundeswehr

würde einschneidende, heute kaum kalkulierbare Veränderungen auf dem Weltrohölmarkt bewirken. Über das Ausmaß oppositioneller Kräfte in Saudi-Arabien ist wenig bekannt. Die Besetzung der großen Moschee 1979 durch mehrere hundert bewaffnete Rebellen hat das saudi-arabische Herrschaftssystem verunsichert. Vom Innenminister Saudi-Arabiens wurden umfangreiche Waffenfunde und eine Verhaftungswelle bekannt gegeben (Die Neue 24.1.80). Mit französischer Hilfe sollen die Sicherheitsdienste ausgebaut werden (Fr 3.11.80). Die von der BRD gewünschten Panzer könnten auch bei der Unterdrückung innersaudischen Widerstandes eingesetzt werden.

Saudi-Arabien ist aufgrund seines hohen Anteils an der OPEC-Förderung (1979 über 30%, Oeldorado Ausgabe 1979) auch das OPEC-Land mit dem bei weitem größten Handelsbilanzüberschuß; 1979 überstiegen seine Exporte die Importe um 34,6 Mrd. US-Dollar (OPEC: Annual Statistical Bulletin 1979, S.5). Die Rohölpreissteigerungen von 1979 haben auch in der BRD zu einem Zahlungsbilanzdefizit geführt. Bei den Bemühungen, dieses Defizit durch vermehrte Exporte zu schließen, sind die Ölförderländer und im besondem Saudi-Arabien vielversprechende Märkte für die deutsche Industrie. Saudi-Arabien betreibt den Ausbau seiner Infrastruktur und den Aufbau industrieller Fertigungsanlagen. Siemens wird elektrotechnische Ausrüstungen für 450 Millionen DM nach Saudi-Arabien liefern (FR 13.1.81). Es wäre erstaunlich, wenn mit der Bereitschaft, den saudischen Wünschen nach Panzern entgegen zu kommen, nicht auch die Hoffnung auf weitere Aufträge an die westdeutsche Industrie verbunden wäre.

Ein weiterer Bereich wirtschaftlicher Kooperation zwischen der BRD und Saudi-Arabien verstärkt die Interessen, die mit einer Aufrechterhaltung enger Beziehungen verbunden sind: Der Bund hat sich 1980 in Höhe von 5,5 Mrd. DM direkt bei Saudi-Arabien verschuldet; weitere Schuldscheine des Bundes in der Höhe von schätzungsweise 4 Mrd. DM erwarb Saudi-Arabien über die privaten Banken in der Bundesrepublik. Damit stellte Saudi-Arabien den Löwenanteil der 1980 im Ausland durch die BRD aufgenommenen Kredite (einschließlich der Kreditaufnahme privater Banken insgesamt ca. 21 Mrd. DM). 1981 plant Saudi-Arabien etwa im selben Umfang wie 1980 Schuldscheine des Bundes zu erwerben. (FR 14.1.81)

Die hier aufgezeigten Interessen an einer engen wirtschaftlichen Kooperation mit Saudi-Arabien lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß die Exportgenehmigung erteilt wird. Sie wäre keine Ausnahme sondern ein weiterer – wenn auch besonders gewichtiger – Schritt bei der Durchlöcherung ehemals restriktiv formulierter Prinzipien für den Militärexport der BRD. Das Kriegswaffenkontrollgesetz bietet großzügige Umgehungsmöglichkeiten etwa durch Lizenz- oder Gemeinschaftsproduktionen mit ausländischen Firmen. Zahlreiche Exportgenehmigungen sind – begründet mit der Sicherung von Arbeitsplätzen etwa im Bereich der Werften – in den siebziger Jahren erteilt worden.



Graphik Staeck

Noch gilt offiziell ein Kabinettsbeschluß von 1971, dem gemäß der Export von Kriegswaffen außerhalb der NATO grundsätzlich unterbleiben soll (Spiegel 5.1.81). Die Ausnahmen sind aber zur Regel geworden: In den Jahren 1973 bis einschließlich 1977 gingen 70% der BRD-Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt (Blick durch die Wirtschaft 27.11.80).

Die derzeitige Diskussion über die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien läßt befürchten, daß die Übereinstimmung von Realität und Prinzipien durch die Aufgabe letzterer erreicht werden soll. Für das auswärtige Amt ist Saudi-Arabien plötzlich kein Spannungsgebiet mehr (Die Neue 13.1.81): somit könnte die Klippe umschifft werden, die der bereits erwähnte Kabinettsbeschluß von 1971 geschaffen hat; Exporte in Spannungsgebiete sollen strikt verboten sein. Die Fraktionsführung der SPD geht einen Schritt weiter, sie wirft die Frage auf, ob die Kriterien des Regierungsbeschlusses von 1971, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, heute noch angemessen sei (FR 21.1.81). Wischnewski vertritt die ernsthafte Prüfung des saudischen Waffenwunsches unter Verweis auf die Ölinteressen der BRD. Kohl spricht davon, „unseren Freunden zu helfen, auch dann, wenn diese Freunde in Spannungsgebieten leben" (FR 12.1.81) CSU-Zimmermann spricht sich dafür aus, die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien durch Waffenlieferungen an Israel zu kompensieren (Spiegel 26.1.81). Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Wolff von Amerongen tritt für eine „Neudefinition" der Spannungsgebiete ein (FR 21.1.81). Es ist äußerst fraglich, ob die innerparlamentarischen Kritiker der Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte etwas gegen diese Allparteien-Koalition ausrichten können. Offiziell soll über das Saudi-Arabien-Geschäft erst in einigen Wochen entschieden werden.

In der derzeitigen Diskussion spielt auch der „Erhalt der Arbeitsplätze" eine Rolle. 1973 hatte die Bundesrepublik etwa 11000 Arbeiter im Rüstungsbereich, 1978 bereits 44000 (Spiegel 29.12.80). Die Kapazitäten im Rüstungsbereich sind also deutlich ausgedehnt worden. Rüstungsverträge der Größenordnung, wie sie mit Saudi-Arabien vereinbart werden soll, werden diese Tendenz verstärken. Damit werden aber zukünftige Abhängigkeiten geschaffen, die so geschaffenen neuen Arbeitsplätze durch neue Rüstungsexporte zu sichern. Möglicherweise wird so das Geschäft mit dem Tod zu einem wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Instrument der sozial-liberalen Koalition. gc

Israel

Studenten der TU Berlin seit Monaten in israelischer Haft

Anfang September 1980 wurde bekannt, daß drei Berliner Studenten
○ die Palästinenser israelischer Staatsangehörigkeit
Nabil Zand-Irani
Samir Abu Elhaiga (jeweils an der TU Berlin)
○ und die Deutsche
Marlies Kaltenbacher (FU Berlin)
in Israel verhaftet wurden. Samir reiste am 17. 8. 1980 zum Besuch seiner Eltern nach Tamra, Westgalilaea, und wurde dort in der Nacht zum 1. September verhaftet. Nabil und Marlies flogen am 19. 8. 1980 von Berlin nach Israel, um bei der Familie Nabils die Ferien zu verbringen und an der Hochzeit des Bruders teilzunehmen. Dort wurden beide am 7. 9. 1980 verhaftet. Zunächst wurde allen dreien pauschal vorgeworfen:
1. Mitgliedschaft in der PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine);
2. geplante Mission und Operation in Israel;
3. militärisches Training im Libanon.
Marlies wurde als deutsche Staatsangehörige aufgrund der Intervention des Auswärtigen Amts in Bonn nach 13 Tagen Haft freigelassen. Nabil und Samir blieben weiterhin in Haft und warteten auf ihren Prozeß vor dem Militärgericht. Einziger verbliebener Anklagepunkt ist der Vorwurf der Mitgliedschaft in der PFLP – in den Augen des israelischen Staates eine terroristische Vereinigung.

Nabil – falsches Geständnis unter der Folter

Nabil wurde nach Angaben seiner Verwandten und Anwälte gefoltert und zu einem falschen Geständnis gezwungen. Am 18. 11. 1980 fand der erste Prozeßtermin gegen Nabil vor dem Militärgericht in Lod statt. Der Prozeß wurde dann mehrfach vertagt. Beim letzten Termin am 11. 1. 1981 erhielt Nabil Gelegenheit, etwa eine Stunde frei zu sprechen. Er widerrief bei diesem Prozeßtermin wiederum das ihm unter Folter abgepreßte Geständnis (Seine Aussagen wurden durch das Zeugnis seines Vaters bestätigt).

Die Hauptverhandlung wurde dann auf den 27. 1. 81 angesetzt; ohne daß sich das Gericht endgültig dazu geäußert hätte, inwieweit Nabil die Rücknahme des Geständnisses erlaubt sein wird. Wie wir gerade erfahren haben, ist bei diesem Prozeßtermin das erpreßte Geständnis Nabils nicht zurückgenommen worden. Die Urteilsbegründung steht noch aus. Fest steht jetzt aber umso deutlicher, daß die israelische Justiz nicht davor zurückscheut, ein unter Folter erzwungenes Geständnis als Grundlage für die Anklage von Samir herzunehmen. Samirs Prozeß findet nun am 4. 2. 1981 statt.

Einen klaren Erfolg kann die Solidaritätsarbeit für Nabil und Samir für sich verbuchen: Eine Prozeßbeobachterin der Technischen Universität Berlin wurde zu beiden Terminen zugelassen.

Die Behandlung Samirs

Anders liegt die Sache bei Samir. Er weist bis heute sämtliche, ihm gegenüber erhobenen Vorwürfe zurück. Er wurde zunächst von der bekannten israelischen Anwältin Lea Tsemel vertreten – ihrer Einschätzung nach wohl ein wesentlicher Grund dafür, daß er, im Gegensatz zu Nabil, nicht gefoltert wurde.

Am 10. 10. 1980 wurde Frau Tsemel aufgrund einer Anweisung des Verteidigungsministeriums (unter Begin) das Mandat für Samir entzogen. Er konnte lediglich aus einer „Liste loyaler Anwälte" beim Verteidigungsministerium einen Zwangsverteidiger „wählen". Für Samir ist bis heute noch kein Prozeßtermin angesetzt.

Dies erklärt sich daraus, daß Samir vor allem durch das erpreßte Geständnis Nabils belastet wird, in dem es heißt, Samir habe seinerzeit Nabil für die PFLP angeworben. Von daher ist zu erwarten,

Routineüberprüfungen palästinensischer Studenten israelischer Staatsangehörigkeit

Ein recht hoher Anteil der Palästinenser israelischer Staatsbürgerschaft, die die höhere Schule in Israel beendet haben, studieren im Ausland, da ihre Chancen auf einen Studienplatz in Israel sehr gering sind.

Diese heranwachsende palästinensische Intelligenzschicht ist der israelischen Regierung ein Dorn im Auge. Und sie versucht, diese Intelligenzschicht langsam zur Auswanderung zu bringen.

Mittel sind Routineüberprüfungen beim Verlassen des Landes bzw. der Einreise, lange Verhöre am Flughafen, zeitweilige Untersuchungshaft ohne besondere vorliegende Verdachtsmomente bei Heimatbesuchen.

Den Palästinensern soll klargemacht werden, daß sie „unerwünschte Ausländer" im zionistischen Staat Israel sind.

Kommen die Palästinenser israelischer Staatsbürgerschaft nach Studienabschluß nach Israel zurück, können sie meist keine ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeiten finden. Es sei denn, sie seien gerade Lehrer oder Ärzte. Die meisten qualifizierten Berufe in Industrie und Technik bzw. ganze Industriezweige gelten als sicherheitspolitisch hoch wichtig. Die Palästinenser israelischer Staatsbürgerschaft, die aufgrund ihres Sonderstatus keinen Militärdienst leisten, werden für diese Tätigkeiten nicht zugelassen.

Bleibt für viele Akademiker, sofern sie nicht emigrieren wollen, nur die Arbeit auf dem Bau.



Festnahme eines Palästinensers, immer gleich eines palästinensischen Terroristen, durch eine israelische Militärstreife

daß Samir nach einer etwaigen Verurteilung Nabils sofort der Prozeß gemacht würde. Käme Nabil frei, sähen Samirs Chancen besser aus: Einziger anderer Zeuge gegen ihn: Ein Kollaborateur, der mit ihm zusammen in einer Gefängniszelle saß. „Einschlägiges Geheimdienstmaterial" gegen ihn führt sich selbst ad absurdum: Samir habe als PFLP-Mann schon 1976 im „Arabischen Buch Berlin" mitgearbeitet. Nur, damals gab es das Arabische Buch noch gar nicht!

Was tun?

Trotzdem die Chancen für Nabil und Samir stehen schlecht, sie / wir brauchen eure Hilfe:

1. Die Anwaltskosten beginnen die 10 000 - DM - Schwelle bedrohlich zu überschreiten. Spenden für die Prozeßkosten unter dem Kennwort „Anwaltskosten" bitte auf die Konten: Marlies Kaltenbacher, Sparkasse der Stadt Berlin W., Kto-Nr. 0910132666 oder Karl Mund, PSchA Berlin W., 373 898 - 107.
2. Nach dem Prozeßtermin am 27. 1. 81 müssen wir gegebenenfalls neue Öffentlichkeitsaktionen durchführen (bisher liefen Unterschriftensammlungen, Abendveranstaltungen im kirchlichen und universitären Bereich). Wenn ihr Interesse habt, da mitzumachen (z. B. 'ne Unterschriftenaktion), neues Informationsmaterial haben wollt bzw. einfach gerne 'nen Brief an Samir und Nabil schreiben wollt, wendet euch bitte an unsere Kontaktadresse: Elisabeth Reese, Kohlfurter Straße 44, 1000 Berlin 36.

Martin Blindow

Uganda

Wahlen in Uganda: Der verfehlte Neubeginn

Die im Dezember des vorigen Jahres in Uganda abgehaltenen Parlamentswahlen – die ersten seit achtzehn Jahren – dürften dem Land den für den Wiederaufbau benötigten inneren Frieden kaum gebracht haben. Denn der aus den Wahlen als Sieger hervorgegangene Frühere Präsident Obote verdankt seine Rückkehr an die Macht weniger dem Wählerwillen als der massiven Unterstützung durch Tansania und die derzeit in Uganda herrschende Militärkommission. Tatsächlich steht nämlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung Obote eher ablehnen gegenüber und nachdem er sich während seiner ersten Amtszeit 1962 - 71 kaum als Demokrat erwiesen hatte, ist es mehr als fraglich, ob es ihm gelingen wird, diese Ablehnung abzubauen.



Der „Sieger" Obote

Die Wahlen...

Parlamentswahlen, bei denen mehrere Parteien miteinander konkurrieren, sind in Afrika, wo sonst die Einheitspartei die politische Szenerie zu bestimmen pflegt, an sich schon eine Seltenheit. Nicht nur eine Seltenheit, sondern bislang noch nie dagewesen ist aber der Fall, daß ein einmal durch einen Militärputsch gestürzter Staatschef auf Grund solcher Wahlen wieder an die Macht zurückkehren konnte. Genau das war am 10.12.80 in Uganda geschehen, als Milton Apollo Obote, der 1971 von Idi Amin vertriebene frühere Präsident des Landes nach neun Jahren tansanischen Exils mit einer klaren Mehrheit wiedergewählt wurde: von den vier Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten erhielt Obotes UPC (Uganda People's Congress) 68 Sitze, 44 gingen an die DC (Democratic Party) seines Hauptgegners Paul Ssemogerere, während die beiden anderen Parteien UPM (Uganda Patriotic Movement) und CP (Conservative Party) nur einen, bzw. gar keinen Sitz erhielten.

Nichts läge an sich näher, als aus diesem offensichtlich eindeutigen Votum den Schluß zu ziehen, daß Uganda anderthalb Jahre nach dem Sturz des Terrorregimes durch tansanische Truppen nun endlich zu jenem Mindestmaß an innerer Stabilität und Demokratie gefunden hat, daß es dringend braucht um seine vollkommen zerrüttete Wirtschaft wieder aufbauen zu können (vgl. „Blätter des iz3w", Nr. 90). Leider ist diese Schlußfolgerung aber falsch, denn nimmt man diese Wahlen näher unter die Lupe, dann stellt sich schon bald heraus, daß sie alles andere als die Rückkehr zur Demokratie bedeuten: statt Ausdruck des Mehrheitswillens zu sein waren die mit so vielen Hoffnungen auf einen Neugebinn nach acht Jahren Amin-Terror besetzten Wahlen nichts weiter als eine Farce, deren Ziel von Anfang an feststand, nämlich Obote um jeden Preis wieder auf den Präsidentensessel zu bringen.

...ein abgekartetes Spiel

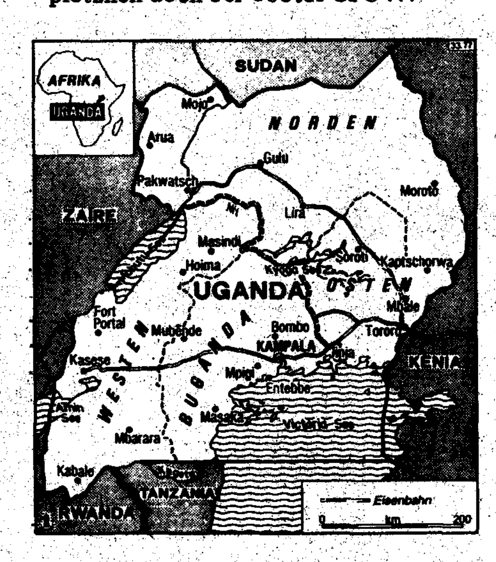
Das abgekartete Spiel begann bereits damit, daß der Wahltermin selbst immer wieder aufs neue verschoben wurde – so war es Ende November noch gar nicht klar, ob der zuletzt festgelegte Termin am 10. Dezember überhaupt eingehalten werden würde. Dann wurde die Wahlkreiseinteilung so vorgenommen, daß der dünnbesiedelte Norden, die Heimatregion und politische Hochburg Obotes gegenüber dem Süden, wo wiederum die meisten Anhänger von Ssemogereres DP leben, eindeutig bevorzugt wurde. Von den „District Commissioners" des Landes (eine Art von Landräten), denen bei der Organisierung und Durchführung der Wahlen eine wichtige Rolle zukommt, wurden vierzehn, die Obote gegenüber kritisch eingestellt waren, entlassen und durch zuverlässige Gefolgsmänner ersetzt. Darüber hinaus kam es, vor allem seitens der neuen ugandischen Armee, zu massiven Einschüchterungen von Obote-Gegnern, die in einigen Fällen sogar in politischen Morden endeten. Schließlich wurden, bevor der eigentliche Wahlakt überhaupt begonnen hatte, Obotes UPC durch die Wahlkommission bereits siebzehn Wahlkreise kampflos zugesprochen, angeblich, weil sich keine Gegenkandidaten gefunden hätten. Tatsächlich war es jedoch so, daß Gegenkandidaten durchaus vorhanden waren, daß sie aber – zumindest in sechs nachgewiesenen Fällen – unter allen möglichen bürokratischen Vorwänden, teilweise sogar auch mit physischer Gewalt, an der Abgabe ihrer Wahlunterlagen gehindert wurden.

Der Wahlgang selbst fand unter derart chaotischen Bedingungen statt, daß man eigentlich schon an eine geplante Desorganisation glauben muß: die meisten Wahlbüros wurden erst um Stunden verspätet geöffnet, vielerorts fehlten anfänglich Wahlurnen und Stimmzettel, so daß die Wahl schließlich noch um einen Tag verlängert werden mußte. Auch während des eigentlichen Wahlganges kam es zu Einschüchterungen und Drohungen, wobei die Tatsachen, daß für jede der kandidierenden Parteien eine eigene Wahlurne aufgestellt worden war, es Militär und Obote-Anhängern leicht machte, die Obote-Gegner unter den Wählern auszumachen. In einigen Fällen machte man es sich sogar noch leichter und stellte DP-Urnen gar nicht erst auf, bzw. ließ nachts ihren Inhalt verschwinden.

Obotes Statthalter

In Szene gesetzt wurde dieses Wahl-Theater von dem Obote-Anhänger Paulo Muwanga, dem Vorsitzenden der sog. Militärkommission, die seit dem „kalten" Staatsstreich im Mai des vergangenen Jahres die eigentliche Macht in Uganda ausübt. Damals hatte die Militärkommission, die nach dem Sturz Amins gebildet worden war und deren Aufgabe eigentlich sein sollte, den Aufbau einer neuen, demokratischen Armee voranzutreiben, den Übergangspräsidenten Binasia wegen verschiedener Streitigkeiten kurzerhand abgesetzt und selbst die Regierungsgeschäfte übernommen. (Binasia war übrigens nicht der erste Übergangspräsident gewesen, sondern er hatte seinerseits schon einen Vorgänger gehabt, den Universitätsprofessor Lule, der unmittelbar nach Amins Fall eingesetzt worden war. Allerdings wurde Lule schon 68 Tage später auf Druck Tansanias hin wieder abgesetzt, offensichtlich wegen seiner erklärten Distanz zu Obote...). Der Inhalt dieser Regierungsgeschäfte bestand im wesentlichen aber aus nichts anderem, als Obote die Rückkehr zur Macht zu ebenen. Obote, der erst jetzt, nach der Absetzung Binasias, aus dem tansanischen Exil nach Uganda zurückkehrte, schien an seinem comeback denn auch keinerlei Zweifel zu haben, er trat jedenfalls von Anfang an so auf, als sei seine Wahl nur noch eine Formalie. Auch die Militärkommission trug das ihre dazu bei, um bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als sei Obote im Grunde schon gewählt, indem sie ihn großzügig mit allen Insignien der Macht – Leibwächter und ein großer Fahrzeugpark – ausstattete und nur ihn allein in den staatlich kontrollierten Medien zu Worte kommen ließ. Muwanga selbst gab sich noch nicht einmal den Anschein der politischen Neutralität, zu der er als Vorsitzender der Militärkommission an sich verpflichtet gewesen wäre. So ließ er keine Gelegenheit aus, um sich als Anhänger Obote zu bekennen und selbst das Kennzeichen seines Dienstwagens war aus Obotes Namensinitialen – MAO (Milton Apolla Obote) – zusammengesetzt.

Trotz aller dieser Einschüchterungen und Manipulationen wäre Obotes comeback überraschenderweise aber doch noch fast gescheitert, denn als am Tage nach der Schließung der Wahllokale die ersten Ergebnisse bekannt wurden, sah es so aus, als sei es Ssemogereres DP, die die absolute Mehrheit für sich verbuchen könnte. Muwanga jedoch faßte sich schnell und verbot, wenn auch mit auffälliger Nervosität, die Veröffentlichung jeglicher weiterer Wahlresultate, sofern sie nicht vorher von ihm „überprüft" worden wären. Kurze Zeit darauf nahm er diese Maßnahme, die die Wahlen vollends zur Farce hatte werden lassen, zwar wieder zurück – offensichtlich auf Druck Tansanias hin, dessen Präsident Nyerere wohl um seinen internationalen Ruf als integrer Staatsmann zu fürchten begann – aber der Wahlsieg, der der DP aufgrund der ersten Auszählungen eben noch vollkommen sicher gewesen zu sein schien, war ihr dennoch verloren gegangen und lag nun plötzlich doch bei Obotes UPC . . .



Eine nachträgliche Überprüfung der Auszählung ist jedenfalls nicht mehr möglich, weil die Stimmzettel ja nicht gekennzeichnet waren, sondern einfach in die Urne der jeweiligen Partei geworfen wurden, so daß ein späterer Austausch ohne weiteres möglich gewesen sein kann. Zwar hat die DP angekündigt, die Wahl gerichtlich anzufechten, doch dürfte ihr das nicht viel nützen, denn der oberste Richter Ugandas, der über die Zulässigkeit solcher Beschwerden zu entscheiden hätte, ist ein langgedienter Gefolgsmann Obotes, der, nachdem sein Vorgänger sich als Obote-Gegner herausgestellt hatte, von Muwanga noch rechtzeitig vor der Wahl auf diesen Posten gesetzt worden war.



Obote – ein Sozialist?

Bei einigermaßen korrekter Durchführung der Wahlen wäre Obote demnach wohl nie die Rückkehr an die Macht gelungen. Seine Ablehnung durch einen großen Teil der Bevölkerung hat allerdings nichts mit seinem politischen Programm zu tun, wie überhaupt politische Aussagen im eigentlichen Sinne in diesem Wahlkampf, der sich in erster Linie ja auf die Auseinandersetzung Obote - Ssemogerere beschränkte, keine große Rolle spielten. Zwar gilt Obote als „links" und Ssemogerere als „konservativ", tatsächlich unterscheiden sie sich in ihrer Programmatik aber kaum, sofern man die von beiden gleichermaßen gemachten allgemeinen Aussagen – wie „Neubeginn", „Einigkeit" oder das Bekenntnis zu einer „mixed economy" (staatlicher und privater Wirtschaftssektor gleichberechtigt nebeneinander) – überhaupt als Programm bezeichnen kann. Diese inhaltliche Beliebigkeit gilt übrigens auch, bzw. erst recht für Muwanga – jedenfalls gibt es in Uganda keine politische Richtung, der er nicht angehört und keine Regierung, einschließlich der Amins, in der er nicht ein Amt innegehabt hätte.

Obotes Ruf – oder Verruf, je nach Sichtweise – als Linker (Der Spiegel vom 29. 12. 80: „stramm linksgewirkter neuer Präsident") ist wahrscheinlich auf den gegen Ende seiner ersten Präsidentschaft vollzogenen „Linksruck" zurückzuführen, als er in seiner sogenannten „Common Man's Charter" (Manifest des kleinen Mannes) einen sozialistischen, an Tansania orientierten Kurs verkündete. Aber abgesehen davon, daß dieses neue Programm weitgehend auf dem Papier blieb, ging es über einen sozialdemokratisch verbrämten Staatskapitalismus ohnehin kaum hinaus – so wurden bezeichnenderweise private ausländische Investoren von der Regierung nie so ermuntert wie in dieser Zeit.

Wenn man Obotes damaliger Programmatik immerhin noch gewisse sozialistische Züge (z. B. Teilverstaatlichungen) zugestehen kann, so kann man das von seinem politischen Alltagshandeln allerdings nun überhaupt nicht mehr sagen. Hier verhielt er sich nicht viel anders als die meisten „starken Männer", die in Afrika heute regieren und genau wie für sie war für Obote das oberste Ziel der Politik letztlich der reine Machterhalt: so setzte er 1966 die Verfassung des Landes außer Kraft, verjagte mit Waffengewalt den ersten Präsidenten, um dessen Amt dann selbst zu übernehmen – Obote war bis dahin lediglich Premierminister gewesen – schaffte Parteien und Wahlen ab, ließ Oppositionelle zu tausenden ohne Prozeß ins Gefängnis werfen (darunter übrigens auch Ssemogerere, seinen heutigen Widersacher) und baute schließlich die Armee, deren Offiziere er weitgehend aus seiner eigenen Volksgruppe rekrutieren ließ, systematisch zu seinem Herrschaftsinstrument aus.

Aufgrund seines damaligen Verhaltens ist es daher kein Wunder, wenn Obote heute bei großen Teilen der Bevölkerung ausgesprochen unbeliebt ist. Vor allem

aber wirft man ihm vor, daß er durch diesen Abbau der Demokratie den Boden für die spätere Diktatur Amins überhaupt erst bereitet habe.

Obote – ein „Stammesführer"?

Die Ablehnung Obotes hat allerdings auch noch Gründe, die tiefer liegen und deren Ursprünge zum Teil bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Uganda ist durch eine unsichtbare Grenzlinie in zwei Regionen geteilt, die von ihrer kulturellen und ökonomischen Struktur her grundverschieden sind, nämlich den Norden und den Süden. Der Norden ist trocken und entsprechend arm, hauptsächlich auf nomadische Viehzucht ausgerichtet und von einer Vielzahl von kleinen Völkern bewohnt, deren politische Organisationsform „akephal" (wörtlich: ohne Kopf) ist, d. h. keine Zentralinstanz kennt. Der Süden ist dagegen vergleichsweise fruchtbar und reich. Hier, am Viktoriasee, liegt das Zentrum des für den Export so wichtigen Kaffee- und Baumwollbaus, hier befindet sich daher auch der ökonomische und politische Schwerpunkt des Landes. Die fast ausschließlich bäuerliche Bevölkerung war seit langer Zeit in politisch hochentwickelten, straff zentralisierten Königreichen organisiert, deren bedeutendstes Buganda war. Seine Bewohner, die Baganda, bilden heute – wie schon in der Kolonialzeit – mit etwa 30% der Gesamtbevölkerung nicht nur die größte, sondern auch die wirtschaftlich und politisch aktivste Gruppe des ganzen Landes. Als Uganda 1962 unabhängig werden sollte, war eine der dringlichsten Fragen daher, welche Rolle das damalige Königreich Buganda im Rahmen des neuen Staates spielen sollte. Die Lösung, die schließlich gefunden wurde, basiert auf einem Kompromiß zwischen Nord und Süden, zwischen dem Teilgebiet Buganda und dem Gesamtstaat Uganda: die in Buganda vorherrschende Monarchistenpartei KY (d. h. Kabaka Yekka, „Der Kabaka [König] allein") und die im Norden dominierende UPC, deren Chef schon damals der aus dem Norden stammende Obote war, bildeten eine Regierung mit Obote als Premierminister und Mutesa II, dem König von Buganda, als Präsidenten. Das Königreich Buganda selbst erhielt einen autonomen Status innerhalb der Republik Uganda.

Wie nicht anders zu erwarten, kam es in dieser ungleichen Koalition jedoch bald zu Spannungen: während der Devisenverdiener Buganda seine Autonomie auszuweiten versuchte und wenig daran interessiert war, den armen und als „barbarisch" verachteten Norden zu unterstützen, bemühte sich Obote, die Autorität der Zentralregierung zu stärken und das politische Übergewicht Bugandas mehr zu Gunsten des Nordens zu verschieben. Der Konflikt verschärfte sich derart, daß es schließlich 1966 zum Eklat kam. Obote vertrieb König Mutesa mit Waffengewalt ins englische Exil, löste das Königreich auf, verhängte über Buganda den Ausnahmezustand und machte sich selbst zum Präsidenten. Dieses gewaltsame Vorgehen, bei dem über 500 Menschen umgekommen sein sollen und das den Beginn des oben beschriebenen autoritären Einparteienstaates bildete, haben die Baganda Obote offenbar nie vergessen und als Obote 1971 dann von Amin gestürzt wurde, war der Jubel nirgendwo größer als in Buganda.

Es wäre daher sicher nicht abwegig, wenn man den jetzigen Gegensatz Obote / UPC - Ssemogerere / DP als Neuauflage des alten Konflikts zwischen Nord und Süd, bzw. zwischen bugandischem Seperatismus und ugandischem Zentralismus – von dem der Norden ja insgesamt mehr zu erhoffen hat – interpretieren würde. So liegen denn auch diejenigen Wahlkreise, die die DP, deren Vorsitzender Ssemogerere selbst ein Baganda ist, trotz der Wahlmanipulationen gewinnen konnte, nahezu ausschließlich im Süden, während die UPC ihren Schwerpunkt eher im Norden hat. Allerdings wäre es verfehlt, diesen Konflikt zwischen den Regionen und Volksgruppen mit dem beliebten Schlagwort „Tribalismus" abzutun, jedenfalls dann, wenn man unter Tribalismus eine mehr oder weniger irrationale und traditionale „Erbfeindschaft" unter „Stämmen" versteht. Traditional ist dieser Gegensatz in Uganda schon allein deswegen nicht, weil es in der vorkolonialen Zeit so gut wie gar keinen Kontakt zwischen den Völkern der beiden Regionen gegeben hatte. Dieser Kontakt und damit die Möglichkeit zu Konflikten entstand im Grunde erst, wie überall in Afrika, während der Kolonialzeit, als die Kolonialmacht, in diesem Falle England, völlig unterschiedliche Regionen und Volksgruppen willkürlich in das Zwangskorsett des Kolonialstaats hineingepreßt hatte. Treffen aber erst einmal unter der Bedingung allgemeiner Knappheit Völker verschiedener Kultur und Sprache und unterschiedlichen ökonomischen Niveaus innerhalb eines ihnen von außen aufgezwungenen Staats aufeinander, entsteht schnell eine Situation „tribaler" Spannungen und Konflikte: Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze etwa – die ihrerseits benötigt werden um die neu entstandenen Bedürfnisse zu befriedigen, aber auch, um die von der Kolonialmacht aufgezwungenen Steuern bezahlen zu können – oder Konkurrenz um staatliche Leistungen führend dazu, daß jeder „Stamm" befürchtet, vom jeweils anderen an den Rand gedrängt zu werden. Der Rückzug in die Sicherheit der eigenen Gruppe und die Abwehr gegenüber den „Fremden" ist dann die quasi natürliche Folge. In Uganda wurden diese Differenzen besonders noch dadurch verschärft, daß England die einzelnen Volksgruppen recht unterschiedlich behandelt hatte. So waren die Baganda durch ein hohes Maß an innerer Selsbtverwaltung privilegiert, auch stellten sie den größten Teil der einheimischen Verwaltung, was wiederum eine gewisse Herrschaftsposition gegenüber den anderen Regionen bedeutete. Der Norden wurde von England hingegen vergleichsweise vernachlässigt und diente vor allem als Rekrutierungsreservoir für die Mannschaftsränge der Kolonialarmee.

Die Rolle Nyereres

Es dürften insgesamt wenig Zweifel daran bestehen, daß die Wahl Obotes zum Präsidenten alles andere ist als die einmütig begrüßte Rückkehr eines demokratischen Staatsmannes. Eher könnte man von dem erzwungenen comeback eines abgehalfterten Machtpolitikers sprechen, wobei die Methoden, mit denen dieses comeback erreicht wurde, ebenso fragwürdig sind wie diejenigen, die er während seiner ersten Präsidentschaft zur Erhaltung seiner Stellung angewandt hatte. Nicht ganz klar ist indessen die Rolle, die Tansania bei all dem spielt. Klar ist, daß es tansanische Truppen waren, die Amin 1979 unter schweren Kämpfen vertrieben hatten, und tansanische Truppen sind es auch heute noch, insgesamt 10 000 an der Zahl, die

in Uganda für ein gewisses Mindestmaß an innerer Ruhe sorgen. Nicht klar ist jedoch, warum Tansanias Präsident Nyerere von Anfang an bestrebt war, ausgerechnet Obote wieder zur Macht zu verhelfen. Möglicherweise ist er daran interessiert, im nördlichen Nachbarstaat eine Regierung etabliert zu sehen, von der er glaubt, daß sie seinem Konzept vom „Afrikanischen Sozialismus" nahe steht. Andererseits kann Obotes in der Vergangenheit praktizierter „Sozialismus" kaum zu großen Hoffnungen Anlaß geben und zudem war ein wesentlicher Bestandteil des tansanischen Sozialismus bisher ja der Grundsatz der „self-reliance", also des Vertrauens auf die eigene Kraft, und mit diesem Grundsatz läßt es sich wohl kaum vereinbaren, wenn man einem Land einen Präsidenten aufzwingt, der in den Augen des Großteils der Bevölkerung einfach abgewirtschaftet hat.

Vielleicht geht Nyerere aber auch nur von der Überlegung aus, daß Obote, was man auch immer von seinen bisherigen Regierungsmethoden halten mag, derzeit der einzige Politiker in Uganda ist, der über Regierungserfahrung verfügt und dem eine gewisse Durchsetzungskraft zuzutrauen ist. Ob Durchsetzungskraft und politische Rafinesse, über die Obote sicher verfügt, aber ausreichen werden, um die ihm entgegengeschlagene Ablehnung wettzumachen und dem Land zu der inneren Einheit zu verhelfen, die es nach acht Jahren Diktatur und dem daraus resultierenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verfall jetzt so dringend bräuchte, ist allerdings äußerst fraglich. Diese schwierige Aufgabe könnte wohl nur ein von allen Bevölkerungsteilen akzeptierter Präsident lösen.

Fraglich ist aber auch, ob Obote sich seines „Sieges" lange wird erfreuen können: Nyerere wird seine Truppen schon allein aus finanziellen Gründen bald abziehen müssen und dann kann Obote sich nur noch auf die ugandische Militärkommission stützen. Zwar hat Obote deren Vorsitzenden Muwanga als Lohn für die geleistete Hilfe sofort nach der Wahl zum Vizepräsidenten ernannt, aber wer garantiert, daß Muwanga nicht noch höhere Ambitionen hat? Genauso schnell, wie die Militärkommission Obote in den Sattel verholfen hat, könnte sie ihm auch wieder herunterhelfen. Denn: die Macht, die statt vom Volke aus den Läufen der Gewehre kommt, ist wohl einfach gewonnen, aber genauso einfach ist sie auch wieder verloren.

Frank Ballot

Quellen:
Der Spiegel: 29. 12. 80
FR: 19. 5. 80, 24. 10. 80, 23. 12. 80
SZ: 10. 12. 80
NZZ: 16. 5. 80, 19. 5. 80, 21. 10. 80, 1. 11. 80, 31. 10. 80, 10. 12. 80, 13. 12. 80, 15. 12. 80 16. 12. 80,
Le Monde: 3. 9. 80, 29. 10. 80, 11. 11. 80, 10. 12. 80, 12. 12. 80, 13. 12. 80, 15. 12. 80 16. 12. 80, 18. 12. 80
Liberation: 14. 4. 80, 10. 12. 80, 11. 12. 80, 11. 12. 80, 14. 12. 80, 15. 12. 80
Taz: 22. 10. 80, 23. 10. 80, 24. 10. 80, 15. 12. 80
Die Neue: 16. 12. 80
Financial Times: 10. 12. 80, 16. 12. 80, 17. 12. 80
Jeune Afrique: 3. 12. 80

Philippinen

Liberalisierung durch Aufhebung des Ausnahmezustandes?

Am 17. Januar 1981 hob Präsident Ferdinand E. Marcos durch Proklamation Nr. 2045 den seit 1972 in Kraft befindlichen Ausnahmezustand in den Philippinen auf. Er gab diesen Schritt während der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Verkündigung der Verfassung von 1973 bekannt.

Marcos, der die Aufhebung des Ausnahmezustands bereits im September 1979 für das Frühjahr 1981 in Aussicht gestellt hatte, will seinen Vorstoß als substantiellen Schritt eines „Normalisierungsprozesses" verstanden wissen, an dessen Ende 1984 Wahlen zur Nationalversammlung abgehalten werden sollen. Die Nationalversammlung soll dann das gegenwärtig amtierende Übergangsparlament (Interim Batasang Pambansa) ablösen. Wie in der Verfassung von 1973 vorgesehen, soll damit auch der Übergang von dem bis 1972 gültigen Präsidialsystem in ein parlamentarisches Regierungssystem definitiv vollzogen werden. Gleichzeitig ließ Marcos jedoch schon jetzt verlauten, daß er 1984 das Amt des Premierministers anstrebe, das im neuen parlamentarischen Regierungssystem als Konzentrationspunkt der politischen Macht angesehen werden muß. Marcos verband seine Erklärung zur Aufhebung des Ausnahmezustands mit einer langen Erfolgsbilanz des Regimes während dieser Ära, die deutlich mache, daß der Ausnahmezustand seine Zwecke für das philippinische Volk voll und ganz erfüllt habe. Politische Beobachter und Vertreter der philippinischen Opposition sehen jedoch in der Beendigung des Ausnahmezustands eine rein „kosmetische Operation", mit der Marcos die „Welt täuschen wolle". Daher stellt sich die Frage, was sich mit der Aufhebung des Ausnahmezustands im politischen System der Philippinen nun tatsächlich ändert.

Neben der Inaussichtstellung von Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1984 begann das Regime im Zuge von Bemühungen zur „nationalen Aussöhnung" 341 Häftlinge, darunter zwei Frauen, aus der Haft zu entlassen. Weitere 1.600 sollen aus militärischen in zivile Haftanstalten verlegt werden. Außerdem ordnete der Präsident in einem Verfassungszusatz die Auflösung der Militärgerichte an, die bislang vornehmlich Personen aburteilten, denen subversive Handlungen gegen die Regierung vorgeworfen wurden. Die 140 vor Militärgerichten noch anhängigen Verfahren werden von diesen allerdings zu Ende geführt. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Newsweek" (19.5. 1980, S. 32) belief sich die Zahl der politischen Gefangenen im Frühjahr 1980 noch immer auf rund 1.000 Personen. Liberalisierungen wurden auch für die Ausübung der Presse- und Meinungsfreiheit sowie das Versammlungsrecht versprochen, jedoch nur sofern als diese Rechte nicht zu subversiven Handlungen gegen die Regierung mißbraucht würden. Damit jedoch haben sich die Liberalisierungsmaßnahmen bereits erschöpft. Es spricht in der Tat sehr viel für die These, Marcos habe sich trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands weitreichende Machtbefugnisse erhalten. Aufgrund von Übergangsbestimmungen, die in der Verfassung von 1973 verankert und 1976 durch ein Referendum ergänzt wurden, übt Marcos nach wie vor das Amt des Präsidenten als auch des Premierministers der Philippinen gleichzeitig aus. Zwar trat er seine legislativen Vollmachten von nun an an das Übergangsparlament (Interim Batasang Pambansa) ab, doch auch hier sicherte sich Marcos Vorbehalte. Die Gesetzgebungsarbeit des Parlaments wird auch in Zukunft keinesfalls autonom sein, sondern sich an einem vom Präsidenten vorgelegten Programm ausrichten. Bei der erdrückenden Mehrheit der Marcos-Partei Kilusang Bagong Lipunan (KBL) im Interim Batasang Pambansa aus irgendwelchen Gründen sich außerstande erweise, die jenigen Maßnahmen zu ergreifen, die der Präsident für notwendig erachte. Die Anerkennung politischer Gruppierungen als Parteien wird an Bedingungen geknüpft, die die Opposition benachteiligen.

Die machtpolitische Schlüsselstellung

der Armee im Lande bleibt unangefochten. Sie bleibt ermächtigt, der Subversion beschuldigte Personen in Vorbeugehaft zu nehmen. Als „subversiv" gelten Personen, die im Verdacht stehen, „Umsturzpläne" zu verfolgen. In einem weiteren Verfassungszusatz behält sich die Regierung das Recht vor, den Habeas-Corpus-Schutz in Fällen, da die nationale Sicherheit auf dem Spiele steht, auszusetzen. Präsidentenerlaß No. 823, nach dem Streiks in lebenswichtigen Industriezweigen verboten wurden, gilt auch in Zukunft.

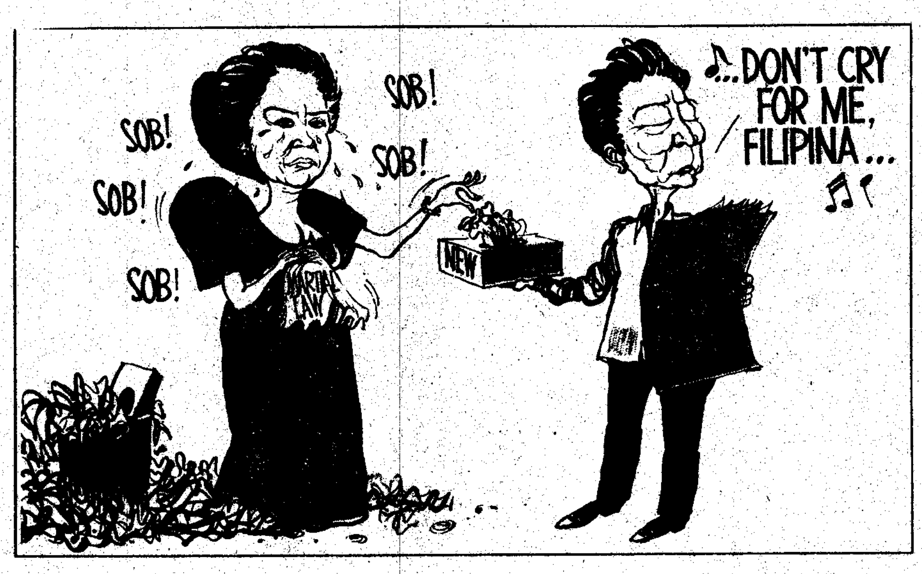
Die 1973 und 1977 dem Ausnahmezustand zum Opfer gefallenen Präsidentschaftswahlen wären heuer erneut fällig geworden. Doch ein eigens dazu von Marcos eingesetzter Sonderausschuß seines Interimsparlamentes lehnte die vornehmlich aus den Reihen der Opposition erhobene Forderung nach Präsidentenwahlen für 1981 ab. Als Begründung hieß es, eine Präsidentschaftswahl sei für das Land zu kostspielig. Außerdem hätten öffentliche Anhörungen ergeben, daß die Bürger keine Notwendigkeit für eine solche Wahl sähen. Der Vorsitzende dieses Sonderausschusses und Minister für Lokalverwaltungen, Jose Rono, fügte hinzu, daß Präsident Marcos gemäß der Verfassung legitim im Amte sei.

Ein geschickter Schachzug

Die Hinweise darauf, daß die Aufhebung des Ausnahmezustands nichts weiter als ein geschickter Schachzug des heute 63-jährigen Präsidenten sei, ohne daß er dabei entscheidende Machtbefugnisse aufgebe, verdichten sich noch weiter, stellt man diese jüngste Maßnahme in den Kontext seiner Politik unter dem Ausnahmezustand. Ein kurzer Überblick über die Geschehnisse seit 1972 mag dies verdeutlichen.

Während Marcos den am 21. September 1972 verhängten Ausnahmezustand als ultima ratio der Regierung gegen die Bedrohung des Staates durch rechts- und linksradikale Kräfte, Studentenunruhen und Bombenanschläge bezeichnete, werfen ihm Oppositionskreise vor, diese Situation des „nationalen Notstands" mit voller Absicht selbst herbeigeführt zu haben. Damit habe er sich die Handhabe und die Rechtfertigung geliefert, sein 1965 erworbenes und 1973 auslaufendes Präsidentenmandat auf unbestimmte Zeit und uneingeschränkt durch demokratische Kontrollen zu verlängern. Nach der damals noch gültigen – am präsidentiellen Regierungssystem der früheren Kolonialmacht USA orientierten – Verfassung von 1935 konnte ein philippinischer Präsident nur einmal wiedergewählt werden. In der Geschichte der Philippinen seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1946 ist Ferdinand E. Marcos der erste Präsident, der durch seinen Wahlsieg von 1969 eine zweite Amtsperiode gewann.

Während Marcos nach der Verhängung des Ausnahmezustands nur von einer kurzfristigen Maßnahme des Krisenmanagments gesprochen hatte, entpuppten sich seine Maßnahmen in der Folgezeit



als Versuche, seine diktatorische Herrschaft zu konsoldieren. Der erste Schritt auf diesem Weg war die 1973 in einem fragwürdigen Referendum ratifizierte Verfassung. Die Verfassung, die einem parlamentarischen Regierungssystem verpflichtet ist, enthält Übergangsbestimmungen, die auf die Erfordernisse des Ausnahmezustands zugeschnitten sind. Auf ihrer Basis kann der Präsident die Verfassung selektiv in Kraft setzten. Er ist dadurch ermächtigt, sowohl die ihm in der Verfassung von 1935 zugeschriebenen Kompetenzen und Prärogativen, als auch die Machtbefugnisse des Premierministers und des Präsidenten der neuen Verfassung gleichzeitig auszuüben.

Alle legislativen Organe wurden abgesetzt. Davon betroffen waren mit sofortiger Wirkung das Zweikammerparlament – bestehend aus Kongress und Senat – sowie drei Jahre später die lokalen Legislativen in den Provinzen und Kommunen des Landes. Das am 7. April 1978 gewählte Übergangsparlament (IBP) verdient wohl kaum die Bezeichnung „Legislative". Das IBP ist ein Pseudoparlament, das dem Präsidenten ein Höchstmaß an Kontrolle über seine personelle Zusammensetzung und Aktivitäten zugesteht. Als parlamentarische Fassade des Regimes dient es dazu, autoritäre politische Entscheidungsprozesse zu verschleiern. Nahezu ein Fünftel der 2oo Abgeordneten wurden vom Präsidenten ernannt – die übrigen in einem durch massive Repressionen und Interventionen des Regimes manipulierten Wahlgang von der Bevölkerung „gewählt". Von den 165 „gewählten" Abgeordneten gehören ganze 14 nicht der herrschenden KBL-Partei an. Unter ebenso fragwürdigen Vorzeichen verliefen die am 30. Januar 1980 erstmals wieder seit 1971 abgehaltenen Kommunalwahlen, bei denen die zum Wahlgang angetretenen Oppositionsparteien mit schweren Handicaps belastet wurden. In einem Wahlkampf, in dem die Voraussetzungen der Chancengleichheit nicht gewährleistet wurden, gewann Marcos' KBL 98% aller zu vergebenden Sitze und Ämter. Es gibt Anzeichen dafür, daß diese Wahlen wohl eher als ein interner Säuberungsprozeß des KBL zu verstehen sind, bei dem politisch unzuverlässige Kommunalpolitiker ausgeschaltet wurden.

Mittels periodisch abgehaltener Referenden beabsichtigte Marcos, seine Herrschaft mit der Legitimation des Volkes absegnen zu lassen. Die zentrale Frage von fünf zwischen 1973 und 1977 durchgeführten Referenden gipfelte jedesmal in der Fortführung des Ausnahmezustands. Nach dem amtlichen Ergebnissen bewegten sich die Zustimmungsquoten zwischen 90% und 98%. Wie bei den IBP- und Kommunalwahlen liegen auch für die Referenden zahlreiche Hinweise massiver Manipulationen und Wahlbetrugs vor. Selbst im Bereich der Judikative stattete sich Marcos mit umfangreichen Vollmachten aus. Die Verfassung von 1973 erlaubt dem Premierminister, die Richter zu ernennen. Das Oberste Gericht ist das einzige verfassungsrechtlich verankerte Rechtsprechungsorgan. Alle anderen Gerichtsinstanzen müssen nach der gültigen Verfassung durch ein Parlamentsgesetz eingesetzt werden. Da aber die Nationalversammlung bisher nicht einberufen wurde und der Präsident bislang legislative Gewalten ausübte, konnte er theoretisch die Organisation der Judikative nach Belieben seinen Interessen unterwerfen. Dem Obersten Gericht wurde darüberhinaus die Verfassungsgerichtsbarkeit über Maßnahmen des Präsidenten entzogen, die er vor oder während des Ausnahmezustands erließ. Eine Beschneidung der judikativen Souveränität und ernsthafte Restriktionen der politischen Grundrechte bewirkte die Einführung einer Militärgerichtsbarkeit und die Suspension der Habeas-Corpus-Akte.

Einer der ersten Schritte nach der Verhängung des Ausnahmezustands war die Gleichschaltung der Massenmedien. Vor 1972 befanden sich diese in den Händen einiger marcosfeindlicher Oligarchen, die auch auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen des Landes großen Einfluß ausübten. Marcos ließ prominente Journalisten und Verleger inhaftieren, ebenso wie führende Persönlichkeiten in Rundfunk und Fernsehen. Heute werden die Medien ausschließlich von Vertrauten oder Verwandten der Präsidentenfamilie kontroliert. Eine offizielle Zensur gibt es zwar nicht, jedoch haben sich die Medien in

ihrer Berichterstattung „Selbstbeschränkung" aufzuerlegen.

Der offiziellen Lesart zufolge rief Marcos zur Erweiterung der demokratischen Partizipion der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen noch 1972 ein System von über 42.000 Nachbarschaftsverbände (Barangays) im gesamten Lande ins Leben. In der Wirklichkeit jedoch erweisen sich die Barangays als eine blockwartähnliche Organisation, deren Funktionäre vom Regime ernannt und politisch geschult wurden. Sie dienen der Basiskontrolle vor allem über solche Stadtteile und Gebiete, in denen eine besonders prekäre soziale Situation herrscht.

Die Hauptstadt Metro Manila, traditionell die Hochburg der politischen Opposition, steht seit November 1975 unter weitgehender politischer Kontrolle des Regimes, nachdem 17 bis zu diesem Zeitpunkt relativ autonomen Lokalverwaltungen des Ballungsgebiets einer supralokalen Metropolitanregierung unterstellt wurden. Zur Gouverneurin von Metro Manila ernannte Marcos seine Gattin Imelda Romualdez Marcos, die seit Juni 1978 auch Chefin des einflußreichen Ministry of Human Settlements ist.

Der Marcos - Clan

In den acht Jahren des Ausnahmezustands gelang es Marcos, alle Schlüsselpositionen in Regierung, Verwaltung, Armee, Wirtschaft und Gesellschaft mit Verwandten oder ergebenen Gefolgsleuten zu besetzen. Marcos-Tochter Imee ist Präsidentin der nationalen Jugendorganisation Kabataang Barangay, Sohn Ferdinand Jr. seit Januar vergangenen Jahres Vize-Gouverneur der Provinz Ilocos Norte. Gouverneurin dieser Provinz ist Elisabeth Marcos-Rocka, eine Schwester des Präsidenten. Marcos' Bruder Pacifico ist Vorsitzender der Medicare Commission, eine Art gesetzlicher Krankenversicherung, an die zahlreiche Lohnempfänger einen obligatorischen Beitrag abzuführen haben. Benjamin Romualdez, ein Bruder der First Lady, ist Gouverneur der Provinz Leyte. Auch in den Sicherheitskräften sind die Schaltstellen mit engen Marcos-Vertrauten oder Verwandten besetzt. Fabian Ver, Chef des Nachrichtendienstes, gilt als unehelicher Stiefbruder des Präsidenten, Fidel Ramos, Chef der Philippine Constabulary – einer para-militärischen Organisation – ist ein Cousin von Marcos und mit Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, dem Hardliner im Kabinett, verbinden den Präsidenten landsmannschaftliche Bande.

Die heute von etwa 60 Familien kontrollierte Wirtschaft des Landes geriet während des Ausnahmezustands ebenfalls immer stärker unter den Zugriff des Regimes. Derzeit sollen von den 1.000 größten philippinischen Unternehmen etwa 265 von Verwandten oder Freunden des Marcos-Ehepaares kontrolliert werden.

Die Streitkräfte – als wohl die zuverlässigste Stütze des Regimes – erfuhren in der Zeit seit 1972 eine beachtliche Förderung. Die Militärausgaben des Staates stiegen von 880 Mio. Pesos im Jahre 1972 auf nahezu 5,7 Mrd. Pesos im Jahre 1980. Die Mannschaftsstärke der Streitkräfte expandierte – einschließlich para-militärischer Verbände – von 60.000 Mann (1972) auf 250.000 im Jahre 1978. Auch die von den USA gewährte Militärhilfe nahm sprunghaft zu. Sie stieg im Zeitraum von 1970 - 1975 von 60,2 Mio. US-Dollar auf 118,7 Mio-Dollar an. In den Regierungsbehörden und der Wirtschaft übernahmen die Militärs in immer stärkerem Maße Führungspositionen. Angeblich ist jeder Regierungsbehörde eine nachrichtendienstliche Abteilung angeschlossen. An den größeren Universitäten in Manila gibt es fast keine Kurse, in denen nicht Militärs als „Studenten" eingeschrieben sind.



Verteidigungsminister Enrile

„Liberalisierung" zur Abwehr der Opposition

Die jüngste Aufhebung des Ausnahmezustands paßt sich nahtlos ein in die von Marco seit 1972 verfolgte Strategie, „Normalisierungen" nur dann zuzulassen, wenn er dadurch keine substantiellen Machteinbußen hinnehmen muß. Obwohl die effektiven Liberalisierungsmaßnahmen, die er mit der formalen Aufhebung des Ausnahmezustands zuließ – wie gesehen – relativ gering zu veranschlagen sind, so stellt sich dennoch die Frage, welche Gründe ihn letztlich zu diesem Schritt bewogen haben. Schließlich gab ihm der Ausnahmezustand die Machtmittel in die Hand, die ihm den Erwerb einer außerordentlichen Machtfülle erlaubten. Allerdings sind angesichts der Aktualität von Proklamation No. 2045 kaum mehr als Spekulationen über ihre Hintergründe möglich.

Die These politischer Beobachter, die in ihr einen Monat vor dem am 17. Februar beginnenden Papstbesuch in den Philippinen und wenige Tage vor dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Reagan eine an das Ausland gerichtete demokratische Imagepflege sehen, erscheint zu vordergründig. Auf dem Hintergrund der jüngsten innenpolitischen Entwicklung muß viel eher darin eine präventive Maßnahme des Präsidenten gesehen werden, der sich formierenden Opposition (United Democratic Opposition) das einigende Band zu entziehen: Den Fortbestand des Ausnahmezustands. Seit 1979 wurde die innenpolitische Lage immer gespannter, da die einsetzende Wirtschaftsrezession den Filipinas immer deutlicher machte, daß mit dem Ausnahmezustand gerade das nicht erreicht wurde, womit er sich legitimierte: Der Aufbau einer die tiefgreifenden sozialen Diskrepanzen ausgleichenden „Neuen Gesellschaft" durch soziale Reformen. Das Oberhaupt der in den Philippinen mächtigen katholischen Kirche, Kardinal Jaime Sin, forderte bereits im September 1979 Marcos auf, den Ausnahmezustand aufzuheben. Andernfalls drohten die Philippinen in den blutigen Wirren eines Bürgerkriegs zu versinken. Daß sich neben den bereits von Anbeginn der Diktatur Marcos' mit Waffengewalt widersetzenden Guerillagruppen der kommunistischen „New Peoples Army" und der moslemischen „Moro National Liberation Front" weitere bewaffnete Gruppen im Untergrund formiert hatten, zeigte die teilweise Zerschlagung einer sozialistischen Frontorganisation („National People's Democratic Socialist Party of the Philippines") im Oktober 1979 und die Aufdeckung eines Anschlags auf das Armeehauptquartier, der von einer sog. „Light-a-Fire-Movement" durchgeführt



werden sollte, ging bereits eine Serie von Bombenattentaten auf Touristikeinrichtungen (Hotels, Casino) voraus. Nach der Verhaftung führender Mitglieder der „Light-a-Fire" –Bewegung erschütterten zwischen dem 22. August und dem 21. Oktober 1980 31 weitere Bombenexplosionen die Hauptstadt. Dabei wurden eine Person getötet und 65 verletzt. Selbst der Präsident entging nur knapp einem Attentat, als er eine amerikanische Tourismuskonferenz mit über 5.000 Teilnehmern im Kongresszentrum von Manila eröffnen wollte. Die Verantwortung dafür übernahm eine Gruppe, die sich „Bewegung des 6. April" nannt. Ihr Name erinnert an die durch Armeeeinheiten gewaltsam erzwungene Auflösung einer Anti-Marcos-Demonstration, die am Vorabend der Wahlen zum Interim Batasang Pambansa 1978 stattfand. Erstmals seit 1972 gingen Ende Juli vergangenen Jahres auch die Studenten wieder auf die Straße, um gegen die schlechten Studienbedingungen und die politisch repressive Atmosphäre an den Universitäten zu protestieren. Dies galt dem Regime als ein besonders ernstes Warnzeichen, erinnerten die Studentendemonstrationen doch stark an die Verhältnisse vor 1972.

Hinter all diesen Krisensymptomen muß die große Unzufriedenheit vieler Filipinos mit den sozialen Verhältnissen gesehen werden. Die Inflationsrate bewegt sich ständig zwischen 15 und 20%, die Auslandsverschuldung des Landes ist bei 11 Mrd. US-Dollar angelangt und die Reallöhne sind auf weniger als 70% des Standards von 1972 gesunken. Die militanten Oppositionsgruppen rekrutieren sich besonders aus dem artikulierten Mittelstand: Geschäftsleute, Studenten und linke Kleriker. Nur in geringerem Umfange sind auch Angehörige von Squatterselbsthilfeorganisationen daran beteiligt. Selbst ein Oberst der Armee gehörte einer der Widerstandsgruppen an. Während die Geschäftsleute und Unternehmer vor allem die Wirtschaftspolitik der Präsidenten kritisieren, die in der Heranziehung von ausländischem Kapital eine gefährliche Bedrohung für die einheimische Unternehmerschicht darstellt – kritisieren die Studenten besonders die politische Repression. Kirchenvertreter brandmarken die häufige Verletzung der Menschenrechte durch das Militär. Als Führer der Widerstandsgruppen dürften insbesondere der im Mai 1980 aus der Haft entlassene und in die USA ausgereiste Exsenator Benigno Aquino und der seit 1972 ebenfalls dort lebende Exsenator Raul Manglapus gleten. Durch die Koordinierung der Anschläge suchten offenbar beide, Marcos zur Aufhebung des Ausnahmezustands zu zwingen. Insofern scheint die nun verfügte Liberalisierung ein erzwungener Schritt des Präsidenten in diese Richtung zu sein. Es wäre denkbar, daß Marcos mit dem Zugeständnis einer formalen Aufhebung des Ausnahmezustands einer Situation vorbeugen will, in der er durch die Dynamik der Verhältnisse zur Aufgabe substantieller Machtbefugnisse gezwungen werden könnte.

Jürgen Rüland

NEUERSCHEINUNGEN

- Neu: MATERIALMAPPE IV – für Leute, die im Knast arbeiten. – „Texte zur Knastarbeit". Inhalt, u.a.: Knastgruppen u. Beamte, Knast als totalte Institution, Frauenkriminalität, Drogen, Sexualität im Knast, Rollenspiele in der Arbeit im Knast, etc. – über 70 Seiten AE
  – geringe Auflage – einschl. Porto 5,50 DM, erhältlich gegen Vorauszahlung auf PSchK. München Nr. 205-47 - 808 – AG SPAK, München.

- Neu: RUNDBRIEF Nr. 7 – des „AK Freire" (Informationen zur „alternativen Pädagogik", Seminare, Berichte, Besprechungen, Tips, 20 Seiten) erhältlich gegen Einsendung von 1,50 DM in Briefmarken an: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80

- Spak-Forum Nr. 7 „über Fluktuation in sozialpolitischen Initiativen" – und „vom Reso- zum Polittrip – Jugendzentrums-Koordination 1971-77, Berichte von den Projekten etc. 57 Seiten – erhältlich gegen Einsendung von 3,00 DM (einschl. Porto) an AG SPAK, Belfortstr. 8, 800 München 80.

- Neu: Rundbrief SANFTE ENERGIE Nr. 1 – ein Rundbrief nur mit Tips und Hinweisen zum Thema Sanfte Energieformen und kommunale Energiepolitik, der nach dem einfachen Info-System erstellt wird. Informationen gesammelt, vervielfältigt und wieder weitergegeben. Erhältlich gegen Rückporto bei: AG SPAK, AK Sanfte Energie, Belfortstr. 8, 8000 München 80.

- Weltmarkt und soziale Not: Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der 3. Welt. – Was hat die Entscheidung des Internationalen Währungsfonds mit dem Tod eines Kindes in Argentinien zu tun? – 408 Seiten
  Subskriptionspreis: 22,– DM – bis 30.11.80 bei: Sozialpolitischer Verlag, Schlesische Str. 31, 1 Berlin 36 – informieren – bestellen.

Kontaktadressen zu Südostasiengruppen in der BRD

SAMBAL, Podbielskiallee 42, 1 Berlin 33
Südostasien - Komitee, Roseggerstr. 12, 1 Berlin 44
Philippinen - Gruppe, Hendrik - Kraemer - Haus, Limonenstr. 26, 1 Berlin 45
Kampuchea AG, Grindelallee 157, 2 Hamburg 13
Kieler Kampu chea - Komitee, Geigerstr. 79, 2300 Kiel
Nordkalimantan - Gruppe, Hertzstr. 10, 4040 Neuß
Kampuchea AG, ESG Dortmund, Lindemannstr. 68, 46 Dortmund1
Südostasiengruppe i.d. ESG Bochum, Schlachthofstr. 5, 4630 Bochum 6
Komitee f.d. unabhängigkeit Osttimors c/o Raimar Wehr, Engelbertstr. 19, 5 Köln 1, Tel.: 0221/212217
Nordkalimantan - Gruppe, c/o Albatros - Verlag, Postf. 190155, 6 Ffm
Indonesien AG, Postfach 111131, 63 Gießen
Ost - Timor Solidaritätskomitee, Postfach 6026, 78 Freiburg
Informationszentrum 3. Welt, Postfach 5328, 78 Freibur g
AK 3. Welt, Blutenburgstr. 66, 8 München 19
TISK e.V., Postf. 430209, 8 München 43

pintig

sa malamig na bakal
(lifepulse in cold steel)
Gedichte und Briefe aus philippinischen Gefängnissen, engl., DM10,-

Die Philippinen unter dem Kriegsrecht

Verfasser und Herausgeber:
Autorenkollektiv des Hendrik Kraemer Hauses, Limonenstr. 26, 1 Berlin 45, v.i.S.P.: Bé Ruys

Bestellung an:
Hendrik Kraemer Haus (s.o.). Lieferung nur bei Vorauszahlung (4,50DM), Pschkto. Berlin West Nr. 41830-107

Indien

In Indien nichts Neues!

Während sich die Meldungen über soziale, wirtschaftliche, politische und Naturkatastrophen überschlagen, scheint die Premierministerin Indira Gandhi, von diversen Regierungsumbildungen (NZZ 22. 10. 80) und restriktiven Gesetzesänderungen abgesehen, „ihrem" Land ruhig zuzusehen, wie es im Chaos versinkt. Anlaß genug für westliche Politiker und Journalisten, um den Bestand der „größten Demokratie der Welt" zu fürchten. Psychologisierend wurde Frau Gandhi im Oktober 1980 auf ihrer ersten Pressekonferenz seit dem neuerlichen Amtsantritt im Januar letzten Jahres beäugt, wie sie den Tod ihres Sohnes, Beraters und designierten Erben Sanjai verkraftet habe (Le Monde, 23. 10. 80). Lassen sich hier die Gründe für die beanstandete Tatenlosigkeit finden? Oder liegt es am wachsenden Einfluß von „Mystikern aller Schattierungen", die von der politischen Oberschicht Delhis angeblich regelmäßig der Erleuchtung wegen besucht werden? (NZZ 22. 10. 80)

Ähnliche Schwierigkeiten bereiten die indischen Wähler: Vom Versprechen einer „regierungsfähigen Regierung" beeindruckt, holten sie im Januar 1980 Frau Gandhi trotz der Notstandserfahrungen (Blätter Nr. 83, Febr. 80) zurück in die Regierungsverantwortung und wurden dafür mit immensen Preissteigerungen, Versorgungsengpässen und einer Einschränkung ihrer bürgerlichen Freiheiten (s. u.) belohnt. Zum einen hatten die „indischen Massen" das nicht im Voraus wissen können. Zum anderen hatten sie, bis auf ein paar (20) Millionen Muslims und Harijans (kastenlose Unberührbare) ihr Wahlverhalten nicht geändert. Kritische Wahlanalysen (u. a. Blätter Nr. 83, Febr. 80) machten auf die hohe Wahlenthaltung und das verteufelte Mehrheitswahlrecht aufmerksam, das Frau Gandhi mit einem relativ geringen Stimmengewinn gegenüber 1977 einen „überwältigenden" Wahlsieg beschert hatte. Der rationalen Optik des kritischen Betrachters war hiermit genügt.

Wahlergebnisse 1980

Die Reihe der makabren Kuriositäten aus dem Land der heiligen Kühe, marmornen Paläste, hungernden Massen und westlichen Demokratie ließe sich fortsetzen; doch damit auch die arrogante eurozentrische Sichtweise des Orientalisten des 19. Jahrhunderts, die heute in Gestalt bürgerlicher Politiker sowie „kritischer" Journalisten und Sozialwissenschaftler weiterlebt. (1) Denn wie läßt es sich mit obiger Wahleinschätzung verbinden, daß die Inder im Juni 1980 trotz der materiellen Einbußen bei fast allen Neuwahlen von Landesparlamenten ihre Stimme wieder dem Congress von Indira Gandhi gaben? Bei uns funktioniert Demokratie doch anders.

Im Februar 1980 hatte Frau Indira Gandhi – wie der Wahlsieger von 1977 Moraji Desai und sie selbst in früheren Zeiten – nach ihrem Sieg bei den Unterhauswahlen die von der Opposition geführten Länderparlamente aufgelöst. Verschont blieben einzig die Bundesstaaten Westbegalen und Tripura im Nordosten, sowie Kerala an der Südwestküste. Hier führen die Moskau- und Pekingunabhängigen Marxisten (CPM) die Regierungsgeschäfte.

Die Neuwahlen Ende Mai brachten in Uttar Pradesh, Orissa, Bihar, Radjasthan, Madhya Pradesh, Gujarat, Maharashtra und Pundjab die absolute Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit für den Congress I. Einzig im südöstlichen Bundesstaat Tamil Nadu behauptete die Regionalpartei AIADMK ihre absolute Mehrheit. Mehr als zwei Drittel der indischen Wähler (242,3 Mill.) waren aufgerufen, 50 Prozent blieben den Urnen fern. Die Opposition hatte sich wieder nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen können. (NZZ 3. 6. 80) Als Ende November 80 in sieben Bundesstaaten insgesamt 15 Sitze in Beiwahlen zur Entscheidung anstanden, wollte die Opposition klüger, d. h. geeint, antreten. Doch der Congreß I blieb erfolgreich, insgesamt gewann er 10 der 15 Sitze (Hindustan Times Overseas 4. 12. 80). Selbst in Staaten, in denen Bauern oder Studenten wie in Maharashtra und Orissa derzeit massiv gegen die Zentralregierung demonstrierten, konnte die Opposition ihren Kandidaten nicht durchbringen. Der Schluß liegt nahe, daß viele Inder Wahlen nicht mehr als das geeignete Mittel akzeptieren, um sich für ihre Belange einzusetzen.

Die indischen Bauern, und das sind 80% der Bevölkerung, sehen, wie der Reis im Speicher vor dem Dorf verfault, weil dem städtischen Händler der aktuelle Preis nicht lukrativ genug erscheint. Ohne die Zielrichtung der Fünfjahrespläne von Congress I oder den vergangenen Regierungsparteien zu kennen, erleben sie, daß ihr Leben immer elender, das einiger Mittel- und Großbauern und Händler immer besser wird.

Bauernunruhen

So hatte der Vorgänger von Indira Gandhi, der Interims-Premier Charan Singh, mit einer eindeutigen Steuer- und Preispolitik die Groß- und Mittelbauern, die Nutznießer der Grünen Revolution, gefördert. (Blätter Nr. 83, Febr. 80) Diese Bevölkerungsgruppe initiierte im November 1980 die Bauernunruhen in der Region um Nasik, 150 km nordöstlich von Bombay, in Maharashtra (NZZ 20. 11. 80): Die Landwirte demolierten Eisenbahnlinien und LKWs. Die Bewegung weitete sich rasch in andere Bundesstaaten aus (Gujarat, Karnataka, Andhra Pradesh und Tamil Nadu).

Die wohlhabenden Bauern forderten die Abkehr von staatlicher Subventionspolitik zugunsten kostendeckender Preise. Denn dieser relativ kleinen Gruppe von Landwirten ist es im Gegensatz zu den zahlreichen Subsistenzbauern möglich, ihre Überschußprodukte auf dem Markt anzubieten. Ihre Betriebe waren groß genug gewesen, um die Angebote der Grünen Revolution, Kunstdünger, technisierten Anbau, verbessertes Saatgut und künstliche Bewässerung, nutzen zu könne. Damit erreichen sie heute die Rentabilität, die sie zum Empfang staatlicher Subvention berechtigt.



Diese Subventionen halten die staatlich festgelegten Erzeugerpreise unter dem kostendeckenden Preis, um keinen zusätzlichen Druck auf die Verbraucherpreise und damit auf die Lohnstruktur in der Industrie entstehen zu lassen. Der parteilose Führer der Landwirte Sharad Joshi aber sieht in marktorientierten Preisen die einzige Möglichkeit, den Lebensstandard der – privilegierten – Bauern zu verbessern und zu Produktionssteigerungen zu reizen. Die Regierung jedoch würde mit einem Nachgeben die Kluft zwischen den durch ihre Politik bevorzugten Bauern und der Masse der besitz- und subventionslosen Landarbeiter vergrößern.

In der Hoffnung auf eine Steigerung auch ihres Einkommens haben sich letztere der Bewegung angeschlossen, da sie sich von der Politik der etablierten Parteien gar nichts mehr erwarten. Sie wissen, daß sich auf ihre Position nichts grundsätzlich positiv auswirkt außer einer Landreform und einer Verteilungsneuordnung, die die bescheidenen Bedürfnisse der Hälfte der Bevölkerung, die derzeit unter der Armutsgrenze lebt, berücksichtigt. Wahlen sind für diese

Menschen unter den gegebenen Eigentumsverhältnissen ein Hohn. Wer auch immer gewinnt, stets wird er in der gegenwärtigen indischen Geselschafts(un)-ordnung „demokratisch" legitimiert, sich für die Interessen einer der besitzenden Gruppen einzusetzen.



Basisbezogene ländliche Entwicklung

Sehen jedoch die besitzlosen Bauern eine Möglichkeit, ihre Lebensbedingungen tatsächlich zu verbessern, kann von Lethargie oder der neuerdings beschworenen „Verrohung der sozialen Moral" (NZZ 13. 12. 80) keine Rede sein. In regional beschränkten Entwicklungsprojekten organisieren sich Bauern eigenverantwortlich und erzielen deutliche Erfolge.

Dabei handelt es sich nicht um einmalige Arbeitsbeschaffungsprogramme, wie bei Indira Gandhis food-for-work-Angeboten, sondern um eine grundsätzliche Neuorganisation der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die Betroffenen. Anfangs durch indische Entwicklungsarbeiter angeleitet, bilden die Bauern eine Gruppe, die auf den wöchentlichen Treffen berät und entscheidet, gemeinsam die Felder bewirtschaftet, Kredite aufnimmt und den Verkauf der Produkte organisiert. Auch die sozialen Aufgaben werden kollektiv geregelt: Jeweils eine von der Gemeinschaft aus ihrer Mitte gewählte Person wird ausgebildet zum Gesundheitshelfer und zum sogenannten Barfußlehrer, der tagsüber Kinder und abends Erwachsenen unterrichtet. So gelingt es den Bauern, aber auch Webern und Töpfern, sich aus der Abhängigkeit zu befreien, stets nur bis zum Abendessen des selben Tages planen zu können.

Diese Bewegung scheint ernsthaft, das Entwicklungskonzept der etablierten, auch der linken Parteien zu durchkreuzen. Wie anders ist es zu erklären, daß die westbengalische marxistische Landesregierung der CPM im August 1980 internationalen humanitären Hilfsorganisationen, die oft obige Projekte unterstützen, die Arbeit in mehreren Provinzen verbot. Zwar begründete sie die Entscheidung mit dem angeblichen Kontakt der Organisationen zu seperatistischen Bewegungen, doch wird die Landesregierung in Kalkutta dabei eher soziale denn teritoriale Spaltungen im Auge gehabt haben (NZZ 31. 8. / 1. 9. 90) (vgl. auch das im Anschluß an diese Chronik veröffentlichte Interview mit Bischof Poulose).

Gewalt

Doch noch sind solche Ansätze die konstruktiven Ausnahmen in der indischen Realität. Dort wird der Kampf um die schrumpfenden Reste des Kuchens härter und hoffnungsloser. Die religiösen Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Hindus sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Als spektakulärer Höhepunkt kamen im August im nordindischen Moradabad 135 Menschen um, als sich Moslems, Hindus und die Polizei eine Straßenschlacht lieferten. Der Anlaß war ein Schwein, das Hindus – von der Polizei unbehelligt – in die zum Abschluß des Fastmonats Ramadan in der Moschee versammelten Muslims getrieben hatten (SZ 18. 8. 80). In einer Situation des sich ständig verschärfenden Mangels ist jeder Unterschied geeignet, einen Teil der Bevölkerung zu diskriminieren. Da es sich bei den Moslems um eine Gruppe handelt, die – seit langem benachteiligt – am untersten Ende der gesellschaftlichen Hierarchie steht, hat es im religiösen Gewand „zufällig" den wirtschaftlich Schwächsten getroffen (3).

Entwicklungssoziologisch wird von der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung gesprochen. In Bhagalpur in Bihar, wo Vollzugsbeamte Gefangene mit Fahrradspeichen und Säure blendeten, ist dieser Prozeß offensichtlich soweit fortgeschritten, daß den Besitz- und Erwerblosen nur der Weg in die Kriminalität blieb. Anders ist es nicht zu erklären, daß Diebstahl, Mord und Vergewaltigung ein solches Ausmaß erreicht haben. Erst seitdem die Polizei Häftlinge und Untersuchungsgefangene in der beschriebenen Weise foltert, kann sich die Bevölkerung nach Einbruch der Dunkelheit wieder auf die Straße wagen (Le Monde, 3. 12. 80). Noch empörter als auf die Blendung der mindestens 30 Gefangenen reagierte die indische Presse auf die Solidarität der städtischen Bevölkerung mit den vom Dienst suspendierten Beamten. Die Empörung ist Ausdruck des Erschreckens, in welche Armut die Mehrheit der Inder gepreßt ist (Hindustan Times Overseas, 18. 12. 80). Als eine Konsequenz werden von benachteiligten Gruppen sämtliche Errungenschaften des Fortschritts verteufelt und alte Traditionen in der Hoffnung auf Stabilität erneuert: In Alt-Dehli zogen 200 Frauen durch die Straßen und bekannten sich zu Sati, dem Brauch der Witwenverbrennung gemeinsam mit dem Leichnam des Gatten (NZZ, 13. 12. 80).
Bei der Witwenverbrennung wird ein Frauenbild augenscheinlich, demzufolge die Frau keine Existenzberechtigung hat, es sei denn an der Seite ihres Gatten



Wachposten nach den Kämpfen in Moradabad

und für ihn. Bereits im 18. Jahrhundert wurde dieser Brauch wegen seiner Unmenschlichkeit in Frage gestellt. 1829 verbot Lord Bentinck als Generalgouverneur die Verbrennungen.

Wenn heute auch nur eine Minderheit für die Wiederbelebung dieser Sitte eintritt, so wird doch deutlich, daß sich die indische Frau in der Realität des 20. Jahrhunderts in einer ähnlich rechtlosen Stellung wie im 18. Jahrhundert befindet. Dafür sprechen Tausende von Verbrennungen jungverheirateter Frauen, deren Mitgift Ehemann

AKTIONSHANDBUCH

Der Koordinierungsausschuß (KA) des BUKO bittet alle, die an der 6. Auflage des Aktionshandbuches Dritte Welt mitarbeiten wollen, um Veränderungs- und Ergänzungsvorschläge. Bitte schickt Eure Vorschläge bis spätestens zum 15. März 1981 schriftlich an: Alexander Gregory, DEAE, Schillerstr. 58, 7500 Karlsruhe 1. Sinnvoll wäre es, wenn Ihr Texte, Fotos, graphische Elemente etc. gleich beifügt. Vergeßt auch Adressen-Korrekturen und Ergänzungen nicht. Wer zu der darauffolgenden Redaktionskonferenz eingeladen werden möchte, soll dies bitte ebenfalls schriftlich mitteilen.



In Dehli demonstrieren Frauen gegen Vergewaltigung

und Schwiegereltern nicht genügt hat. Bezeichnenderweise schrieb eine indische Zeitung (Statesman Weekly 13.12.80): „Vielleicht waren sogar die erzwungenen Selbstverbrennungen (der Witwen) im Mittelalter eine geringere Qual als die Hölle, die Frauen heute lebendigen Leibes ertragen müssen, wenn die Mitgift zu gering (...) gewesen ist."

Die Mißachtung der Frau drückt sich ebenso in ungezählten jährlichen Vergewaltigungen aus, besonders in der großzügigen Verfolgung dieses Vergehens. Die indische Frauenbewegung verbuchte im September 1980 einen Erfolg, als im Unterhaus ein Gesetz eingebracht wurde, demzufolge es (neben der Höchststrafe) endlich eine Mindeststrafe für Vergewaltigung (sieben, bzw. zehn Jahre für Polizisten im Dienst) geben wird. Auch werden zukünftig angeklagte Polizisten beweisen müssen, daß sie die Frau in ihrer Gewahrsam nicht gezwungen haben. Bislang lag die Beweislast beim Opfer, was die Strafverfolgung praktisch ausschloß. Zudem werden die Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit ablaufen. Damit sollen die Frauen vor ihrem bisherigen Schicksal bewahrt werden, vom Täter in der Öffentlichkeit als Hure beschimpft und damit nachhaltig moralisch deklassiert zu werden.
(Far Eastern Economic Review 12.9.80)

So scheint sich die Gesetzeslage langsam zu Gunsten der Frauen zu entwickeln. Doch einer wirklichen Änderung steht entgegen, daß die Frauen über die Rechtslage meist nicht Bescheid wissen und so nach wie vor männlicher Willkür und im gesellschaftlichen Normensystem begründeter sexistischer Repression ausgeliefert sind. Beispielsweise verbietet ein Gesetz die Verhaftung einer Frau durch einen männlichen Beamten – ein Vorgang, der sich jedoch täglich ereignet.

Assam: Der Konflikt im Nordosten

Seit Dezember 1979 währt der offene Konflikt in Assam, Bundesstaat im unruhigen Nordosten, wo in den Staaten Mizoram, Nagaland, Manipur und Tripura Unabhängigkeitsbewegungen mit Guerillataktik (Guardian, 5. 2. 79) oder spektakulären Todeskommandos (NZZ, 13. 6. 80) für die politische Autonomie und Bewahrung der ethnischen Identität der nicht-hinduisierten Stammesbevölkerung kämpfen.

In Assam fordert die Studentenunion als Führer der Bewegung die Ausweisung der vor allem bengalischen Ausländer, die seit 1951 in das fruchtbare Land eingewandert sind. Die Zentralregierung will jedoch nur die nach 1971 Zugewanderten als Ausländer erklären. Doch selbst dann schwanken die Zahlenangaben noch zwischen 120.000 und drei Millionen (Le Monde, 21. 11. 80).

Die größtenteils muslimischen Bengalen waren zunächst von den Engländern, später von den einheimischen Großgrundbesitzern als billige Arbeitskräfte auf die Teeplantagen geholt worden. Heute sehen die assamesischen Kleinbauern und Landarbeiter in ihnen eine Konkurrenz um das knapper werdende Schwemmland des Brahmaputra. Die assamesischen Intellektuellen fühlen sich von gebildeten Bengalen um die knappen Arbeitsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor gebracht. Als zusätzliche Begründung des Konflikts werden die ethnischen und religiösen (bengalische Muslims / assamesische Hindus) Unterschiede genannt (Far Eastern Economic Review, 4. 4. 80).

Die Separatisten in Assam kämpfen mit Streiks, Anschlägen auf Eisenbahnlinien und Pipelines sowie zivilem Ungehorsam für die Ausweisung der Bengalen. Die Zentralregierung antwortete mit Truppen, Ausgangssperre und Ausnahmezustand. Da Assam über die größten Erdölvorkommen Indiens verfügt (von denen im Meer abgesehen) und seine Raffinerien jährlich normalerweise 3,5 Millionen Tonnen Öl produzieren, bedeutet der völlige Lieferstop 1980, besonders wegen des Ausfalls iranischer und irakischer Lieferungen, ein wirksames Druckmittel der Studenten. Mitterweile haben Truppen der Ölblockade der Studenten ein Ende gesetzt.

Bis zum 6. Dezember 1980 war der Staat knapp ein Jahr von Dehli aus regiert worden (President's Rule). Da nach einem Jahr laut indischer Verfassung das Landesparlament für Neuwahlen hätte



aufgelöst werden müssen, wurde sechs Tage vor Ablauf der Frist eine Congreß-I-Regierung eingesetzt. Der Congreß I hat zwar keine Mehrheit im Parlament der Hauptstadt Gauhati, stellt jedoch die größte Fraktion (Hindustan Times Overseas, 18. 12. 80).

Die Antwort der Assamesen war eindeutig: 110 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes blieben der Arbeit fern. Während eines zehnstündigen Generalstreiks wurden im Verlauf der Demonstrationen Tausende festgenommen, mehrere Hundert verletzt. Allein vom 18. bis 24. 12. 1980 kamen sechs Personen bei den Auseinandersetzungen ums Leben (Liberation, 26. 12. 80). Die Regierung verhängte eine Pressezensur. Die Zeiten – wenn auch scheiternder – Verhandlungen wie im Juli vergangenen Jahres scheinen dahin (The Statesman weekly, 27. 12. 80).

Da die Auseinandersetzungen vor einem Jahr mit dem Streit um die Eintragungen in die Listeen zur Parlamentswahl begannen, scheint mit der 1981 anstehenden Bevölkerungszählung (Census) bereits der nächste Anlaß zur Eskalation gegeben.

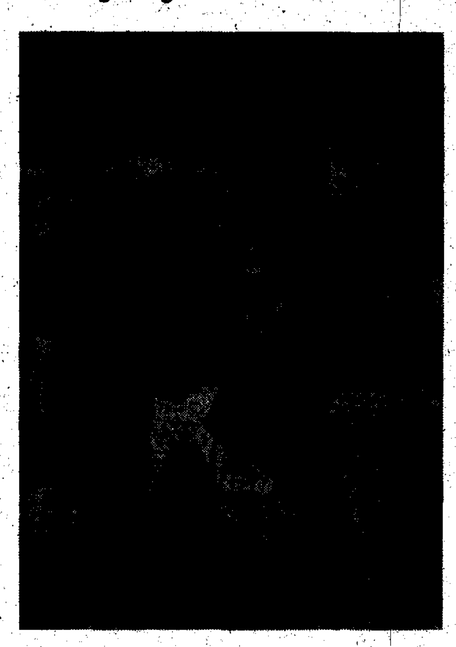
Politische Repression

Wie versucht die Regierung, angesichts der zunehmenden Krisenherde die Situation zu beherrschen? Bei aktuellen Konflikten werden Truppen zur Unterstützung der lokalen Polizei entsandt. Um schneller reagieren zu können, ließ sich Frau Gandhi Ende August 1980 mit Sondervollmachten ausstatten. Danach ist es ihr möglich, Truppen in jedes Unruhegebiet, unabhängig vom Willen der Provinzregierung, zu schicken (Monitor-Dienst Asien, 24. 9. 80)

Durch die gleiche Verordnung, bezeichnenderweise während der Parlamentsferien erlassen, trat mit der National Security Ordinance, kurz NSO genannt, eine Regelung in Kraft, die stark an die Zeit des Ausnahmezustandes erinnert. Damals wie heute konnte und kann eine Person in Vorbeugehaft genommen werden, „um sie daran zu hindern, in irgendeiner Weise zum Nachteil der Verteidigung oder der Sicherheit des Landes zu handeln" (All India Radio, 23. 9. 80). Der Unterschied zur Regelung von 1975, „MISA", besteht darin, daß den für maximal 12 Monate Inhaftierten innerhalb von 10 Tagen die Haftgründe zu eröffnen sind, „sofern dadurch die nationale Sicherheit nicht gefährdet wird". Zudem können die Verhafteten bei Sonderkommissionen, drei Personen unter dem Vorsitz einen hauptamtlichen Richters, die Überprüfung der Haftgründe beantragen. Den nach MISA Verhafteten hingegen war es unmöglich, Gerichte anzurufen. Die indische Opposition jedoch hielt sich, als das Gesetz im Dezember 80 im Unterhaus eingebracht und mit den Stimmen der Congreß-Mehrheit verabschiedet wurde, nicht bei den Unterschieden auf. Ob Bauernführer oder Marxist, waren sich die Politiker einig, daß da nun die Vorbeugehaft wie ein Damoklesschwert über ihnen schwebe. Die beruhigenden Worte von Frau Gandhi, daß das Gesetz nicht für politische Gegner, sondern für lokale Unruhestifter, Preistreiber und Separatisten bestimmt sei, konnte nicht überzeugen. Denn die Exekutive verfügt für diese Fälle bereits über einen umfangreichen Gesetzeskatalog.

Innenminister Zail Singh brachte die Sache – vielleicht unfreiwillig – auf den Begriff: „Wir haben nichts Neues geschaffen. Nur der Name ist neu, der Rest ist wie beim alten Gesetz." Aber zu den Oppositionspolitikern gewandt: „Als wir Sie das letzte Mal ins Gefängnis steckten, wurden Sie beim Volk populär. Warum sollten wir diesen Fehler noch einmal machen?" (Indian Express, 5. 12. 80)

Soviel steht fest, Frau Gandhi scheint sich Situationen vorstellen zu können, in denen sie ihre parlamentarischen und außerparlamentarischen Gegner lieber hinter Schloß und Riegel sähe. Diesen Situationen hat sie mit dem neuen Gesetz vorgebeugt.



Die Wirtschaft

Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, v. a. aber auf die Konzeption von Indira Gandhi, zeigt, wo die Gründe der Verelendung und damit der bürgerkriegsähnlichen Konflikte zu suchen sind. Nicht religiöser oder ethnischer Fanatismus bedrohen ursächlich law and order, sondern wirtschaftspolitische Entscheidungen einzig im Sinne modernisierungsfreundlicher und kapitalkräftiger in- und ausländischer Eliten; ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und Möglichkeiten des Landes, die sich 1980 ständig verschlechterten.

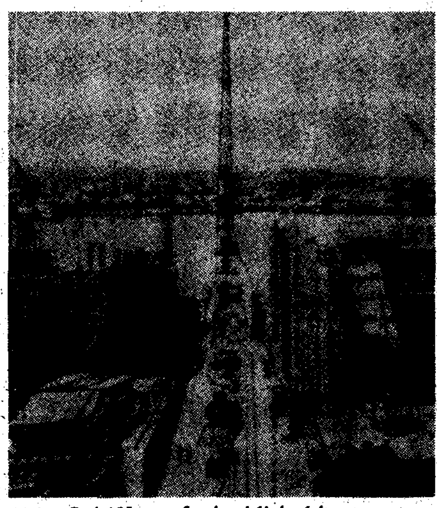
Die krisenhafte Entwicklung der indischen Wirtschaft ist in erster Linie binnenwirtschaftlichen Problemen geschuldet; zugleich hat die sich rapider verschlechternde Außenhandelsposition zu einer weiteren Verschärfung beigetragen.

Ausschlaggebend für die derzeitigen ökonomischen Probleme ist die wachsende Kluft zwischen den infrastrukturellen Kapazitäten im Bereich Transport, Elektrizität und Kohle und den Produktionskapazitäten der Industrie insgesamt. Die mangelhafte infrastrukturelle Ausstattung erweist sich daher als eigentliches Hindernis der weiteren industriellen Entwicklung. Sie ist das Resultat in der Vergangenheit begangener wirtschaftspolitischer Fehler, als dem Ausbau industrieller Kapazitäten Priorität eingeräumt wurde, ohne die wechselseitige Abhängigkeit der unterschiedlichen Sektoren zu berücksichtigen. Das Gleiche gilt für die einzelnen Sektoren des Infrastrukturbereichs selbst. Obwohl ständig investiert wurde, herrscht im Elektrizitätssektor mittlerweile ein Nachfrageüberhang von mehr als 30%. Gleichzeitig können die bestehenden Kapazitäten lediglich zu 40 bis 58% ausgelastet werden, da es mit der Kohleversorgung für die Kraftwerke nicht klappt.



Das Lokomotivenwerk in Chittaranjan (Westbengalen)

Korruption, Mißwirtschaft, und mangelnde Effizienz tragen ein übriges zur Misere der indischen Wirtschaft bei. Der staatliche, bzw. öffentliche Sektor der Wirtschaft, dazu gehört nicht nur der gesamte Infrastrukturbereich sondern alle Schlüsselindustrien wie Stahl- und Aluminiumherstellung, hat schon in den vergangenen Jahren nur noch Verluste produziert. Viele Unternehmen lassen



Die Schiffswerft in Vishakhapatnam (Andhra Pradesh)

sich nur noch mittels Subventionen über Wasser halten.

Die Auswirkungen auf den gesamten industriellen Bereich sind katastrophal. Die vorhandenen Produktionskapazitäten können teilweise nur zur Hälfte genutzt werden. Die Verluste, die der indischen Wirtschaft dadurch insgesamt entstehen, werden für das Jahr 1980 auf etwa 10 Prozent des Bruttosozialprodukts geschätzt.

Produktionsausfälle in wichtigen Schlüsselbereichen wie der Stahlerzeugung, müssen zunehmend durch Importe ausgeglichen werden, obwohl bei Auslastung der vorhandenen Kapazitäten eine Eigenversorgung durchaus möglich wäre. Die binnenwirtschaftlichen Probleme sowie die allgemein krisenhafte Entwicklung des Weltmarktes und die ständig steigenden Ölpreise haben zu einem Handelbilanzdefizit geführt.

In den vergangenen Jahren hatte sich Indien durch Exportüberschüsse eine ansehnliche Devisenreserve zulegen können. Diese wird aber nun durch das steigende Handelsbilanzdefizit wieder abgebaut. Es wird sich im Wirtschaftsjahr 80/81 gegenüber dem Vorjahr wahrscheinlich auf 10 Milliarden Dollar verdoppelt haben. Das größte Loch in der Bilanz wird von den Öleinfuhren verursacht, die ungefähr 80 Prozent der Exporteinkünfte verschlingen werden. 1979 zahlte Indien für Rohöl und Erdölprodukte 4,87 Milliarden Dollar, im Jahre 1980 werden es jedoch schon 7,24 Milliarden Dollar sein. Im ersten Halbjahr 80 mußten 1,2 Milliarden Dollar der Devisenreserven in Anspruch genommen werden, um den fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die außenwirtschaftliche Situation ist umso ernster einzuschätzen, als der Krieg zwischen Iran und Irak, die bislang den indischen Rohölbedarf zu 80 (60 ?) Prozent deckten, die Ölversorgung insgesamt fraglich macht. Die indische Regierung ist daher gezwungen, auf dem preislich wesentlich ungünstigeren Weltmarkt einzukaufen, solange bis die zusätzlich angestrebten Lieferungsabkommen mit der SU, Mexiko und anderen Ländern wirksam werden.

Der im August 80 in Anspruch genommene IWF-Kredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar und die Entwicklungshilfezuweisungen der westlichen Länder in Höhe von 3,3 Mrd. Dollar können das Finanzierungsproblem allenfalls kurzfristig lösen. Ein beträchtlicher Teil dieser Summe muß nämlich für die Tilgung der Auslandsschulden ausgegeben werden, die alleine bei der Weltbank ungefähr 11 Mrd. Dollar betragen.

Ausdruck des desolaten Zustands der Indischen Wirtschaft ist die anhaltende Inflation, die sich zu Beginn des Jahres auf die 20 Prozent-Marke zubewegte und auch gegen Ende des Jahres nur unwesentlich geringer war. Die Produktionsausfälle in der Industrie sowie eine der schlimmsten Dürreperioden seit vielen Jahren, haben zu einer Unterversorgung im Konsumgüterbereich geführt, die insbesondere bei Grundnahrungsmitteln zu einem scharfen Preisanstieg geführt hat.

Opfer der Inflation ist einmal mehr die breite Masse der indischen Bevölkerung. Etwa die Hälfte der indischen Bevölkerung lebt inzwischen unter der Armutsgrenze. Die massive Verelendung grosser Teile der indischen Gesellschaft lässt sich auch an der immer krasser werdenden Kluft in der Einkommensverteilung ablesen. 1968 erhielt die untere Hälfte der Einkommensbezieher magere 19 Prozent des Volkseinkommens, 1975 / 1976 waren es nur noch ganze 7 Prozent. Welches Elend sich hinter diesen Zahlen verbirgt, lässt sich kaum beschreiben, sie mögen aber einen Eindruck davon geben, was es mit dem „indischen Sozialismus" wirklich auf sich hat.

Schnelles industrielles Wachstum...

Die Gandhi-Regierung liess Monate verstreichen, bis sie sich den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zuwandte. Bis dahin verlangte die Konsolidierung der politischen Herrschaft ihre volle Aufmerksamkeit. Zwischenzeitlich begnügte man sich mit einer Neuauflage jenes, noch aus der Zeit des Ausnahmezustandes stammende 20 Punkte-Programmes, das in seiner Beliebigkeit der Massnahmen die wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit der Regierung gut widerspiegelte.

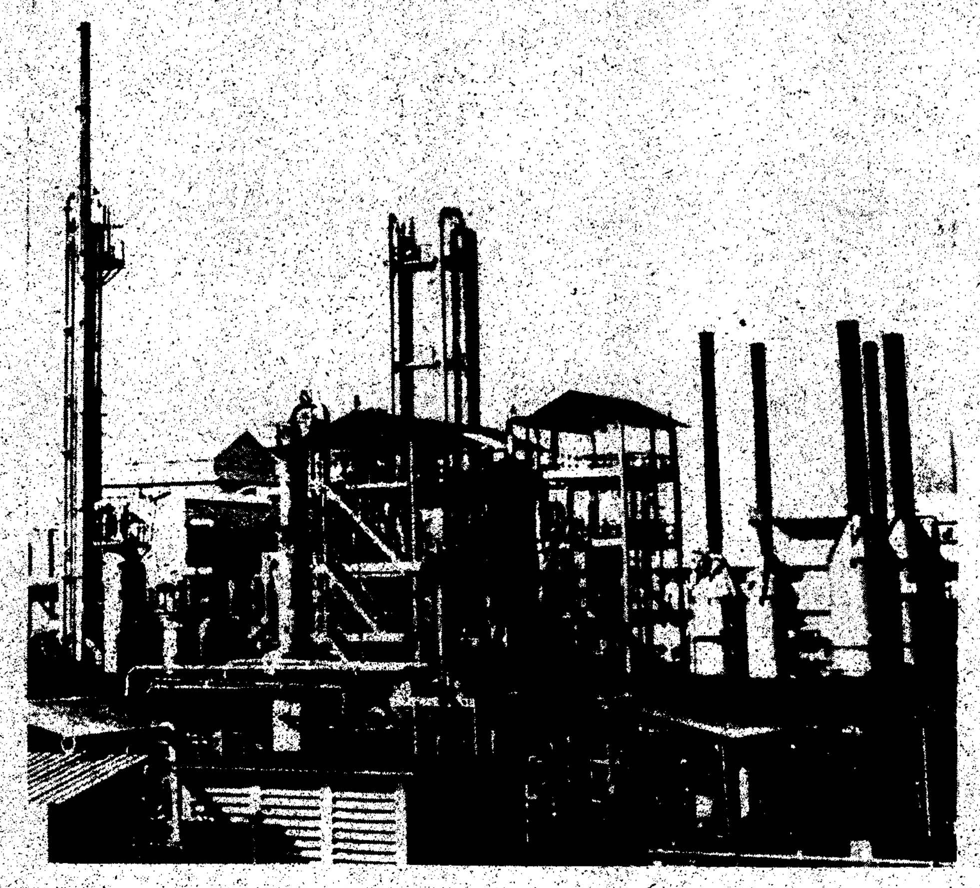
Erst im Verlauf des zweiten Halbjahres ergaben sich aus einer Reihe von Planvorlagen und dem Haushaltsentwurf klarere Konturen der Künftigen Wirtschaftspolitik.

Danach sollen eine vorsichtige Liberalisierung der Industriepolitik, eine pragmatischere Haltung gegenüber ausländischen Investitionen, sowie eine massive Exportsteigerung die Voraussetzung für ein schnelles industrielles Wachstum schaffen. Dieses Wachstum soll nicht nur die aktuellen ökonomischen Probleme beseitigen, sondern gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dass letzteres nicht mehr als eine ideologische Phrase sein kann, dürfte aus der Bindung der Kongress I Partei an die bürgerliche Klasse verständlich sein. Den Subsistenzbauern, Land- und Industriearbeitern aber, denen es nicht gelingen wird, ihren Interessen Geltung zu verschaffen, wurde von Anfang an klar gemacht, daß sie nicht nur ihre Ansprüche zurückschrauben, sondern noch zusätzliches leisten müssen. Nämlich: Disziplin, Sparsamkeit und harte Arbeit.

durch Liberalisierung der Industriepolitik,...

Die Zweiteilung der indischen Wirtschaft in einen staatlichen, öffentlichen Sektor und einen privaten Sektor wurde von der Privatindustrie schon immer heftig kritisiert. Dem öffentlichen Sektor wird vorgeworfen, statt Gewinne nur Verluste zu produzieren, die dann vom Staat durch riesige Subventionen ausgeglichen werden müssen. Diese müssten aber letztlich durch eine höhere Steuerbelastung des Privat-Sektors getragen werden.

Natürlich wird ein beträchtlicher Teil des Steueraufkommens gerade nicht von



Düngemittelfabrik

der Industrie aufgebracht, dennoch setzt der öffentliche Sektor durch seine Ineffizienz und die durch ihn verursacht höhere Steuerbelastung der Akkumulationfähigkeit des privaten Sektors Schranken.

Eine stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierte Ausrichtung des öffentlichen Sektors scheint daher dringend geboten. Die Regierung drohte inzwischen allen Betriebsleitungen die Kündigung an, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, ihre Produktionskapazitäten zu mindestens 60 Prozent auszulasten. Zudem sollen die bisher für den öffentlichen Sektor bereitgestellten Subventionen schrittweise abgebaut werden, dabei will man auch vor sozialpolitisch motivierten Subventionen nicht halt machen.
Die Überlegung des Energieministers, alle chronisch defizitären Betriebe zu reprivatisieren, stiess in der Regierungspartei allerdings noch auf Widerstand.



Mitte August kündigte die Regierung konkrete Massnahmen zur Liberalisierung der Industriepolitik an. In der Vergangenheit hatte man, um eine Monopolisierung der indischen Wirtschaft zu verhindern, die Aufnahme und Ausweitung industrieller Produktion an den Besitz einer vom Staat vergebenen Lizenz gekoppelt. Zum Schutz der Kleinindustrie gedacht, hatte diese Regelung genau den gegenteiligen Effekt. Gerade die Großindustrie wurde in der Lizenzvergabe systematisch bevorzugt, da sie zu den entscheidenden Bürokraten gute Kontakte unterhielt. Zudem kümmerten sich die grossen Unternehmen eh nicht um die gesetzlichen Bestimmungen, sondern weiteten ihre Kapazitäten immer dann aus, wenn sie sich einen Profit davon versprachen. Diese illegalen Überkapazitäten wurden nun von der Regierung akzeptiert.

Zusätzlich zur Legalisierung der Überkapazitäten wird nun einer ganzen Reihe von Industriebranchen (bzw. Aluminium, Pharmaka, Werkzeuge) das Recht eingeräumt, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Kapazitäten um 50 Prozent automatisch auszudehnen, davon 25 Prozent sofort.

Nicht genug damit: eine auf sieben Jahre angelegte 25prozentige Steuererleichterung für Neuinvestitionen, eine 50-prozentige Erhöhung der Abschreibungen, sowie eine 25-prozentige Kürzung der Importabgaben für Anlagen und Maschinen sollen für zusätzliche Wachstumsimpulse sorgen.

Öffnung gegenüber ausländischen Investoren,...

Eine pragmatischere und flexiblere Haltung gegenüber ausländischen Investoren erwartet der Vertreter des amerikanischen Kapitals von der Gandhi-Regierung. Tatsächlich scheint die Zeit günstig. Indische Regierungsvertreter machten gegenüber einer Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) deutlich, dass in Indien erhebliches Interesse an modernster westlicher Technologie bestehe, vor allem in den Bereichen Stahlerzeugung und Kohlebergbau. Bürokratische Hindernisse für ausländische Investoren sollen weitgehend ausgeräumt werden. Zwar wurde darauf hingewiesen, dass die Restriktionen für ausländische Investitionen, (der „Foreign Exchange Regulation Act" (FERA) lässt lediglich eine ausländische Minderheitsbeteiligung zu) nicht aufgehoben werden sollen. Kenner vermuten allerdings, dass dies nur noch eine notwendige rhetorische Pflichtübung sei.

Die Bestimmungen des „FERA" wurden in aller Stille sowieso schon aufgeweicht. In wichtigen Bereichen des öffentlichen Sektors, in denen bislang nichteinmal das indische Privatkapital investieren durfte, hat man ausländische Investoren mit Kapitalanteilen bis zu 90 Prozent zugelassen. Zudem sollen nun verstärkt vollständige Industrieanlagen im Ausland eingekauft werden, um im Infrastrukturbereich und in den Schlüsselindustrien die Lücken zu schliessen.

Ende des vergangenen Jahres wurden die Verträge über den Bau eines riesigen Aluminiumwerkes abgeschlossen. Das ganze Projekt, das von einem französischen Konzern geliefert wird, soll 2,1 Mrd. Dollar kosten. Zur Finanzierung des Projektes nahm die indische Regierung mit 680 Mill. Dollar den bisher grössten Kredit auf, den ein Bankenkonsortium in dieser Region je vergeben hat. Die französische Regierung wird voraussichtlich in völlig uneigennütziger Weise weitere 600 Mill. Dollar an Krediten zuschiessen, den Rest will die indische Regierung selbst aufbringen. Dieses Projekt demonstriert in recht drastischer Weise den eigentlichen Mangel der indischen Wirtschaftspolitik. Statt alle Anstrengungen darauf zu richten, die schon bestehenden Kapazitäten voll auszulasten – im Aluminiumbereich sind die Kapazitäten derzeit nur zu 45 Prozent ausgefahren – baut man immer neue Kapazitäten auf. Deren Nutzung dann aber doch nicht möglich ist, da es an der notwendigen Energie fehlt.

Zu einem „radikalen Wechsel" in ihrer bisherigen Politik gegenüber den multinationalen Konzernen sieht sich die indische Regierung indes durch den Anstieg des Ölpreises und der gefährdeten Ölversorgung gezwungen. Vor nicht allzulanger Zeit hatte man noch die Hoffnung gehegt, dass man die indischen Ölfelder für spätere oder schlechtere Zeiten aufheben könne. Die schlechteren Zeiten sind nun aber viel früher als befürchtet eingetreten.

Die indische Regierung will diese Ölfelder daher möglichst rasch erschlies-



sen, dabei wird sie ohne die Hilfe der bekannten Öl-Multis nicht auskommen. Von Beobachtern wird genüsslich angemerkt, dass Indien in dieser schwierigen Situation kaum in der Lage sein dürfte, den Konzernen irgendwelche Bedingungen zu stellen.

Ankurbelung der Exporte, ...

Das Handelsbilanzdefizit wird im Wirtschaftsjahr 80 / 81 etwa 10 Mrd. Dollar betragen. Dieses Defizit engt nicht nur den aussenpolitischen Handlungsspielraum ein, sondern macht es ohne Kreditaufnahme im Ausland immer schwieriger, dringend benötigte Maschinen, Rohstoffe und Ersatzteile auf dem Weltmarkt zu besorgen.

Es ist daher nur folgerichtig, dass die indische Regierung die Bedingungen für das indische Exportkapital zu verbessern sucht, um dessen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen.

Gleichzeitig werden Iniativen ergriffen, die der Erweiterung oder Neuerschliessung der Absatzmärkte dienen sollen. So sollte im Mai vergangenen Jahres in Rotterdam den Europäern die Leistungfähigkeit der indischen Wirtschaft demonstriert werden. Ähnliche Aktionen sind für die Asean-Länder und für Afrika vorgesehen. Einen schweren Rückschlag erlitten die Bemühungen um die Eroberung der Märkte in den Öl-ländern durch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Iran und Irak. Unter anderem ist die geplante Lieferung zweier Stahlwerke an den Iran ziemlich unwahrscheinlich geworden.

Die bislang getroffenen Massnahmen sahen im wesentlichen eine weitgehende Erleichterung der Importe von Vorprodukten und Ersatzteilen vor, die exportierende Unternehmen zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion benötigen. Zudem dürfen 100 prozentig exportorientierte Unternehmen künftig ihre Kapazitäten automatisch ausweiten. Die unter der Janata-Regierung aufgrund ökologischer Überlegungen eingeführten Standortbeschränkungen für Unternehmen, werden jetzt den Notwendigkeiten einer möglichst schnellen Exportsteigerung geopfert.

Der Tandon-Ausschuss, der mithelfen soll, die Exportstrategie für die 80er Jahre festzulegen, hat inzwischen einen Vorbericht vorgelegt.

Darin wird festgestellt, dass Kompetenzenwirrwarr und unterschiedliche Zielsetzungen in den einzelnen Ministerien den Export in der Vergangenheit geschädigt haben. Vorgeschlagen wird eine massive Steigerung der Exporte, selbst dann, wenn darunter die Binnenmarktversorgung leiden sollte. Zusätzlich wird eine weitere Liberalisierung der Importe für Exporte und die Beseitigung des Staatshandelsmonopols gefordert.

Die indische Industrie nahm die bisherigen Massnahmen durchweg positiv auf. Nach ihrer Einschätzung sind die Massnahmen geeignet, die rückläufige Tendenz der Exportzunahme umzukehren. Die Industrievertreter vergessen aber nicht hinzuzufügen, dass die Beseitigung der strukturellen Mängel weitaus wichtiger sei.

... und was dabei rauskommt,

Ein Jahr nach Antritt der Gandhi Regierung hat sich die Inflationsrate bei ungefähr 20% eingependelt, die durch Streiks verlorenen Arbeitstage sind weniger geworden, die Lage im Infrastrukturbereich hat sich leicht verbessert. Und um das Investitionsklima, so die Regierung, stünde es jetzt auch schon sehr viel besser als unter der Janata-Regierung.

Anders als die Regierung, die nur lobenswertes an ihrer eigenen Politik finden kann, ist die Opposition mit den bisherigen Ergebnissen keineswegs zufrieden. Die Kritiker werfen der Regierung vor, dass sie eine Politik des Ausverkaufs an die Monopole betreibe und die regulierende Rolle des Staates aufgebe.

Die Politik gegen die Monopole war aber schon in der Vergangenheit nicht sonderlich erfolgreich. So haben die Multis seit jeher in der indischen Industrie eine Monopolstellung inne, da sie immer in denjenigen Bereichen zugelassen wurden, in denen es keine eigene indische Technologie gab. Zwischen 1973/74 und 78/79 konnten die Multis ihr Kapitalvermögen von 3,96 Mrd. Dollar auf 5,15 Mrd. Dollar steigern. Ihr Einfluss ist natürlich wesentlich grösser, als diese Zahlen zu erkennen geben. Die Legalisierung der Über-

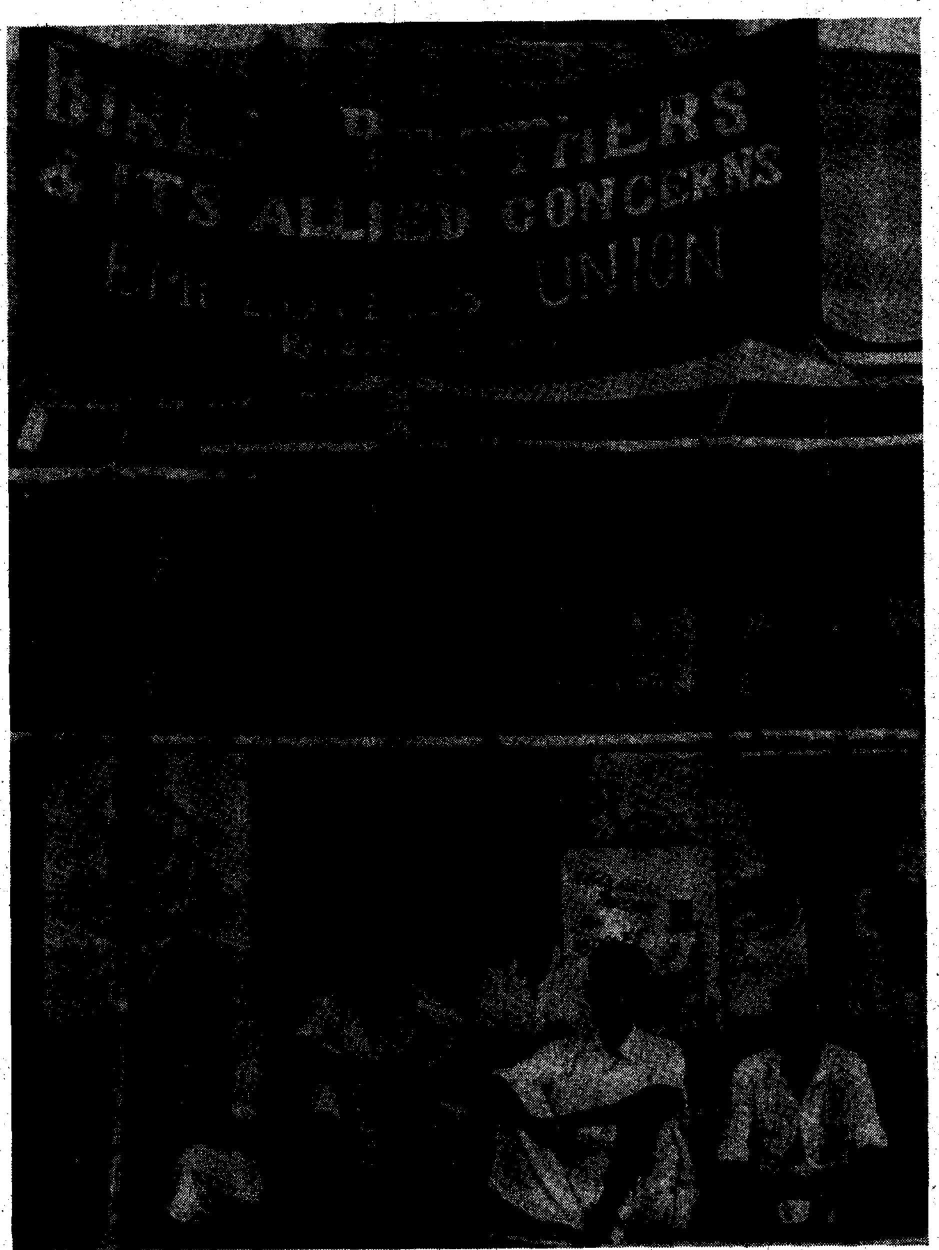
kapazitäten durch die Regierung ist nicht einmal ein besonderes Zugeständnis an die indischen Grossunternehmen und an die Multis. Sie setzten sich eh über die entsprechenden Vorschriften hinweg. Die Legalisierung ist daher nichts anderes als das Eingeständnis der Regierung, dass sie nicht in der Lage ist, derartige Vorschriften auch durchzusetzen. Es ist letztlich auch das Eingeständnis, dass die zentralistische Festlegung der Produktionskapazitäten gescheitert ist.

Der verstärkte Import ganzer Industrieanlagen bleibt allerdings nicht ohne Konsequenzen für die indische Industrie, vor allem nicht für den Öffentlichen Sektor. Er setzt die Unternehmen einer Konkurrenz aus, der sie noch nicht gewachsen sind- und, wenn diese Politik anhält, auch niemals sein werden.

Schon jetzt ist eines der grössten Staatsunternehmen, die BHARAT Heavy Electric Ltd, (BHEL), in schwere Bedrängnis geraten. Da die Regierung umfangreiche Lieferaufträge für Kraftwerke an Multis statt an die BHEL vergab, besteht nun die Gefahr, dass dieses Unternehmen wegen mangelnder Aufträge schliessen muss.

Die Befürchtungen der Kritiker sind also keineswege aus der Luft gegriffen. Für Frau Gandhi ist ein schnelles industrielles Wachstum das geeignete Rezept, um aus Indien einen modernen Industriestaat zu machen. Dass bei dieser Art der Entwicklung die Abhängigkeit der indischen Wirtschaft immer tiefer wird und die politischen sowie sozialen Auseinandersetzungen durch die wachsende Verelendung der grossen Mehrheit immer heftiger werden, scheint Frau Gandhi für dieses Ziel in Kauf zu nehmen. Die eigentlichen Nutznieser dieser Politik sind einmal mehr die grossen indischen und ausländischen Konzerne.

de/wha



Anmerkungen:

(1) Im 18. Jahrhundert lehrten die Briten die Inder, daß Grund und Boden wie jede andere Ware besessen, ge- und verkauft wird, das heißt, sie brachten das europäische Bodenrecht nach Indien.
Im 19. Jahrhundert erforschten sie die jahrtausendealten brahmanischen Schriften. Sie machten das darin beschriebene Kastenwesen zur Grundlage ihrer Einstellungspolitik gegenüber Indern. Sie wollten nicht blind gegen die einheimische Kultur sein. Wer zur Gelehrtenkaste (Brahmanen) gehörte, hatte Aussicht auf eine untergeordnete Verwaltungsstelle; wer zur Kriegerkaste (Kschattrias) gehörte, fand vielleicht Aufnahme in die Armee. Da diese beiden Beschäftigungen zumindest vor dem Hungertod bewahrten, lernten die Inder rasch die Bedeutung ihrer Traditionen kennnen.

Seit 1947 gibt es in Indien die parlamentarische Demokratie nach dem englischen Vorbild. Entsprechend werden heute die Wahlergebnisse analysiert, will man die politische Meinung der Inder ergründen. Ob letztere jedoch in der Wahl eine Möglichkeit sehen, über ihre Zukunft zu entscheiden, bleibt dahingestellt. Eine Ausnahme freilich bilden Wahlstudien, die mit dem Wahlergebnis auch den Stellenwert der Wahl im gesellschaftlichen Kontext problematisieren.

(3) Mit dem Hinweis auf Khomeiny und die Islamische Revolution im Iran wird bisweilen im Fanatismus des Islam eine Mitschuld an den Zusammenstößen gesucht:
Es ist eine zutreffende Beobachtung, daß sich das religiöse Bewußtsein der Menschen im arabischen Kulturraum von Nordafrika über Kleinasien bis zum indischen Subkontinent in den letzten Jahren verstärkt hat. Dieser Prozeß ist jedoch zunächst in seiner emanzipatorischen Stoßrichtung als Lösung vom kolonialbestimmten Kulturerbe zu sehen. Die Uminterpretation des Islam von einer Religion in eine Staatsform, wie sie im Iran erfolgt ist, ist eine eigenständige Entwicklung und läßt daher keine Rückschlüsse auf die Ereignisse in Indien zu.

verwendete Quellen:

15.12.80 Bfal/NfA;18.9.80, Hindustan Times (SW); 17.7.80 BfAI/NfA; 14.5.80, NNZ; 10.9.80, Asian Wallstreet Journal(AWL); 28.11.80, NZZ; 3/4.10.80, HB; 13.11.80 Financial Times(FT); 11.9.80, HTO; 14.8.80, HTO; 26.6.,HTO; 16.6.80, Frankfurter Rundschau(FR); 10/3, Far Eastern Economic Review(FEER); 17.7.80 BfAI/NfA; 26.6.80, HTO; 11.9.80 HTO; 3.12.80; BfAI/NfA; 18.11.80, AWSJ; 10.9.80, AWJ; 3/4.10.80, HB; 10/3, FEER; 17.9.80, BFAI/NfA; 18.11.80, Die Neue; 25.10.80, SW; 12.8.80, Monitor Dienst (MB); 1.12.80, MB; 2.1.81, FT.



»Denn wir sind überzeugt, daß nur die Gesellschaft im Sinne Gottes handelt, in der die Menschenrechte für jedermann verwirklicht sind.«

Dr. Poulose ist Bischof der „Kirche des Osten" (Nestorianische Kirche) in Trichur im südindischen Bundesstaat Kerala. In einem seiner Aufsätze schreibt Bischof Dr. Poulose: „Wir sehen Kampf um Gerechtigkeit als eine Aufgabe der Kirche an. Denn wir sind überzeugt, daß nur die Gesellschaft im Sinne Gottes handelt, in der die Menschenrechte für jedermann verwirklicht sind." (aus: Poulose Mar Poulose, Church's Mission, Published by Bombay Urban Industial League for Development (BUILD), Bombay). Der heute 35jährige ist z.Z. Vorsitzender der „Clergy Fellowship for Human Rights" in Kerala.

Dr. Poulose gab das folgende Interview, als er sich bei seinem vergangenem Deutschlandbesuch nach einer Konferenz über Kindernothilfe in Bad Boll in Stuttgart aufhielt. (Genaues zur Problematik der KNH,S. Blätter 78, Juni 79)

IZ: Dr. Poulose, Sie sind ein entschiedener Gegner der Kindernothilfe. Welche sind ihre wesentlichen Kritikpunkte?

Dr. Poulose: Es gibt eine Reihe von nachteiligen Folgen, an denen die Kinder, die in einem Heim der Kindernothilfe aufgewachsen sind, Zeit ihres Lebens zu tragen haben.(vgl. Blätter Nr. 78, Juni 1979) Besonders schädlich erscheint mir die Mentalität der Abhängigkeit, die in den Heimen ausgebildet wird. Die Kinder werden nicht im Vertrauen auf ihre eigene Stärke zu selbstbewußten Menschen erzogen, die sich gemeinsam für ihre Interessen einsetzen könnten. Stattdessen kommt alles Geld, alles Gute und Neue – wie in der Kolonialzeit – aus Europa.

IZ: Wo liegt die Brisanz einer solchen Haltung angesichts der Lage in Indien?

DR.Poulose: Seit der Weißen und Grünen Revolution (Ausweitung und Modernisierung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion) sind Armut und Hunger in Indien keine Probleme der wirtschaftlichen Kapazität mehr. Ob die 345 Mill. Inder, die unter der Armutsgrenze leben, eine gesicherte Existenz erhalten oder nicht, ist eine Verteilungsfrage und somit ein politisches Problem. Für den Kampf um Gleichheit und Gerechtigkeit brauchen wir Menschen, die diesen Sachverhalt erkennen und sich entsprechend selbstbewußt im politischen Kampf engagieren.

IZ: Es ist offensichtlich, daß die Kindernothilfe eher die Privilegierung einzelner im Auge hat, bzw. entsprechende Hoffnung weckt.
Wie wird die Armut in Indien erklärt, und welche Konzepte zu deren Überwindung gibt es?

Dr. Poulose: Immer noch ist es in Indien üblich, daß die Armut als schicksalshaft aufgefaßt und damit gleichzeitig akzeptiert wird. Diese Haltung allerdings paßt nicht in das Konzept des wirtschaftlichen Wachstums, wie es besonders von Indira Gandhi vertreten wird. Die Regierung begründet daher die Armut mit der Rückständigkeit der Industrie. Im Rahmen industrieller Expansion bleibt auch Raum für individuelle Aufstiegshoffnungen.

IZ: Was sind für Sie die wichtigsten Schritte im Kampf gegen die Armut?

Dr.Poulose: Bildung, politisches Be-



wußtsein, Kenntnis der politischen Rechte – wenn irgendwann jeder Inder darüber verfügen sollte, werden die historisch gewachsenen Bedingungen der Armut beseitigt sein, bzw. werden.

IZ: Gibt es heute schon Ansätze in diese Richtung?

Dr.Poulose: Ich bin beteiligt an der Ausbildung von Mitarbeitern der Community Development Projects (Entwicklungsprojekte auf kommunaler Ebene). Diese sind sicherlich keine optimale Lösung, doch ein erster Schritt und sicherlich eine Alternative – z.B. zur Kindernothilfe –, die es wert ist, unterstützt zu werden.

IZ: Wie sehen die Entwicklungsprojekte aus?

Dr. Poulose: Die Entwicklungsarbeiter leben in den Dörfern, bzw. Stadtteilen und versuchen, den Ärmsten, Kastenlosen, zu helfen, ihre Rechte durchzusetzen. Sie vermitteln ihnen die Bedeutung des Schulbesuchs für ihre Kinder, helfen bei der Beantragung von Darlehn für Bewässerungsanlagen, Saatgut oder Hütten. Sie beraten die Kastenlosen im Konflikt mit den Grundherren, Unternehmern oder Kastenhindus und unterstützen sie, wenn sie als Gruppe ihre Interessen wahrnehmen und durchsetzen wollen. Die große Aufgabe der Entwicklungsarbeiter sehe ich darin, daß sie den unterdrückten Menschen ihre Würde und Rechte bewußtmachen.

IZ: Wie gelingt es den Entwicklungsarbeitern, die traditionell Entrechteten zu mobilisieren?

Dr. Poulose: Die Projektarbeiter knüpfen an aktuelle Konflikte an, also an die unmittelbaren Erfahrungen der Unterdrückten. Ein gutes, v.a. erfolgreiches, Beispiel hat BUILD (Bombay Urban Industrial League for Development) in Bombay dazu gegeben:
Auf dem Platz vor dem neuerrichteten Gebäude der obersten indischen Atomenergie-Aufsichtsbehörde nahe dem Gateway of India sollten die Slums verschwinden. In den Plänen der Architekten war hier ein Park vorgesehen, den es mittlerweile auch gibt. Damals initiierten junge Intellektuelle BUILD und unterstützten die Forderung der Platzbewohner nach Erhalt ihres Lebensraumes – wenn auch vergeblich. Doch die Organisation ist heute in Bombay bekannt und setzt sich, besonders in Arbeitskonflikten und anderen sozialen Auseinandersetzungen, für die Mobilisierung der Ausgebeuteten ein.

IZ: Vergleicht man Ihre politischen Aussagen mit dem Bild, das evangelische Bischöfe gemeinhin abgeben, findet man wenig Gemeinsamkeiten. Wie ist Ihre Stellung innerhalb der Nestorianischen Kirche?

Dr. Poulose: Ich bin dort ähnlich isoliert, wie ich es in Deutschland wäre. Die Kirche vertut ein große Chance. Sie versäumt, die um Gleichheit und Gerechtigkeit kämpfenden Menschen zu unterstützen; statt dessen versteift sie sich auf den Status quo. Damit verhält sich die Kirche automatisch reaktionär. Stets hat die offizielle Kirche in der Vergangenheit selbstzufrieden soziales Unrecht toleriert, solange nicht die eigenen Rechte berührt wurden. Dann erklang der Ruf nach dem Minderheitenschutz. In Indien sind 2,6 % der Bevölkerung Christen. Deren religiöse Organisation sollte endlich für die Rechte aller Menschen, anstelle für die einer Minorität eintreten.

IZ: Trotzdem bleiben Sie weiterhin Mitglied dieser Institution?

Dr. Poulose: Manchmal wird es mir sehr schwer gemacht, mein Konzept der Kritik von Innen zu verfolgen. Doch will ich den Einfluß, den ich als Bischof habe, weiterhin für die politische Arbeit nutzen.

IZ: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

de



Uruguay

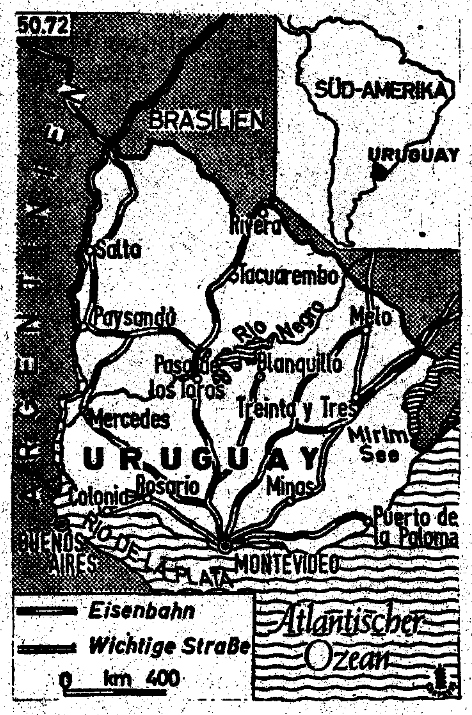
Eine Schlappe für die Militärs

Nach der Absegnung einer Verfassung durch das Volk in Chile versuchte die Militärregierung Uruguays nun das Gleiche in ihrem Land. Überraschend lehnte die Bevölkerung jedoch den Verfassungsentwurf am 30. November 1980 mit einem Stimmenanteil von 58% ab. Die Vertreter der verbotenen Oppositionsparteien werteten das Ergebnis einmütig als Beweis für das demokratische Bewußtsein des Volkes.
Erkennbare Auswirkungen hatte das Abstimmungsergebnis bislang allerdings noch nicht. Es scheint, als sei man in Montevideo wieder zum Folteralltag zurückgekehrt.

Von einem »Akt« authentischer Demokratie« sprach Uruguays Marinechef Hugo Marquez, nachdem die Blamage für die Militärregierung seines Landes offensichtlich war, und er ihren Mißerfolg vor der internationalen Presse eingestehen mußte.
Trotzdem mißtrauten die Militärs anscheinend dem erstarkten demokratischen Bewußtseins des Dreimillionenvolkes und verhängten zunächst einmal eine totale Nachrichtensperre. Nirgends mehr sollte die Ablehnung des Verfassungsentwurfs durch das Referendum vom 30. November 1980 erwähnt werden. Ein Schleier des Schweigens hüllt seitdem ihren »Rückschlag« ein. Damit ist der Demokratiefahrplan der Militärregierung im Augenblick etwas durcheinandergeraten. Während Pinochet es geschafft hatte, Chile per Volksentscheid mit einer neuen Verfassung zu »beglücken«, scheiterte dieser Versuch in Uruguay.
Nach brasilianischem Vorbild wollte die Regierung in Montevideo eine »demokratische Öffnung« einleiten. Erster Schritt sollte die Verabschiedung der Verfassung sein, der in diesem Jahr »Wahlen« eines neuen neuen Präsidenten folgen sollten.
Doch die Bevölkerung des zwischen Argentinien und Brasilien eingeklemmten Landes spielte nicht mit. Nach den Auszählungen ergab sich, daß der Verfassungsentwurf mit 58% Nein-Stimmen abgelehnt worden war.
Was als »Öffnung« gepriesen wurde, stellte nichts anderes als eine Absicherung und »Institutionalisierung« der seit 1973 bestehenden Machtverhältnisse dar, als die Militärs nach einem Putsch an die Macht gekommen waren. Nun sollte Uruguays Militärstaat den Anstrich der Legalität verpaßt bekommen.
Der Entwurf beinhaltete ein Zweikammersystem, bestehend aus dem Staatsrat (»Consejo de Estado«) und dem Nationalrat (»C. de la Nacion«). Entscheidende und zentrale Rolle wäre weiterhin dem »Nationalen Sicherheitsrat« (Cosena) zugekommen, der seit 1973 das Land beherrscht. Das sich aus den Militärchefs zusammensetzende Gremium hätte auch das Recht gehabt, im Interesse der »nationalen Sicherheit« in die ohnehin nur formal bestehenden drei Gewalten einzugreifen.
Zu den Präsidentschaftswahlen wäre jeweils nur ein einziger Kandidat zugelassen worden. Automatisch hätte er mit 39 garantierten Sitzen im Staatsrat über die absolute Mehrheit verfügt. Zusätzlich sollte ein »Gericht für politische Kontrolle« eingerichtet werden, das selbstverständlich die Militärs auch beherrscht hätten.
Die gesamte Notstandsgesetzgebung wäre ohnehin in kraft geblieben. Hierzu zählt unter anderem auch die Institutionelle Akte Nr. 4 von 1976, die allen früheren Politikern einen politischen Bann von 15 Jahren auferlegt. Mitsamt dem Stimmrecht dürfen sie überhaupt nicht mehr politisch aktiv werden. Kurzum, alles wäre beim Alten geblieben.

»Schweiz Lateinamerikas«

Uruguay war lange Zeit ein Land mit relativ hohem Lebensstandard gewesen. Um sich diese »Einmaligkeit« auf dem lateinamerikanischen Kontinent vergegenwärtigen zu können, muß man seine geographisch-klimatischen Bedingungen berücksichtigen. Zwar spielten Bodenschätze noch nie eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft, aber die Erde dieses kleinen Landes ist äußerst fruchtbar.
Nahezu 90% des Bodens können landwirtschaftlich genutzt werden (USA: 56%). Seit Ende des 18. Jahrhunderts werden in der Hauptsache Rinder, Pferde und Schafe gezüchtet. Das Fleisch der Tiere verkaufte sich damals gut auf dem europäischen Markt. Lange Zeit gelang es auch, sich der Nachfrage anzupassen. Und da die Produktionskosten weit unter denen der Europäer und Nordamerikaner lagen, konnten hohe Exportüberschüsse erzielt werden.
Obwohl bis 1836 die Parteien noch bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen führten, fanden sie sehr schnell zu einem Übereinkommen. Seither bestand ein politisches Gleichgewichtssystem von zwei großen politischen Parteien. Die sog. Blancos repräsentieren dabei eher den ländlichen, die Colorados dagegen den städtischen Teil. Sie überschnitten sich aber zum Teil, und die Grenzen waren fließend. Das Land war im Innern politisch und wirtschaftlich stabil, aber extrem auslandsabhängig.
Spätere Modernisierungen in den Produktionsstrukturen bewirkten eine Freisetzung von Arbeitskräften. Die Arbeitslosen wanderten daraufhin in Uruguay Hauptstadt Montevideo ab, wo heute 51% der Bevölkerung leben.
Dieser Entwicklung wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts dadurch begegnet, daß der Staat selbst als Unternehmer auftrat. Die Verstaatlichungen im Bereich der Infrastruktur (Eisenbahnen, Energie etc.) erlaubte ihm eine aktive Investitionspolitik.



Gleichzeitig gewann die Produktion für den inländischen Markt an Bedeutung, nachdem die Exportüberschüsse früher für Konsum- und Luxusimporte aufgewandt wurden, kaum aber für neue Investitionen. Der Reichtum des Landes blieb also erhalten. Durch Einkommensverteilung und fortschrittliche Sozialgesetzgebung konnten die Mittelschichten und die städtischen Unterschichten ins System integriert werden.
Als erstes Land wurde in Uruguay 1915 der Achtstundentag eingeführt. 1919 folgte die Festsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, Mindestlöhne für Landarbeiter, ein Arbeitsschutzgesetz und der Frauenarbeitsschutz schlossen sich an. Seit 1916 war die Schule kostenlos. Eine Fülle von sozialpolitischen Maßnahmen unter dem damaligen Präsidenten José Battle y Ordónez führte zu einem in Lateinamerika einzigartigen »Wohlfahrtsstaat«. Eine breite Mittelschicht begann sich herauszubilden. Auf politischer Ebene garantierte man der Opposition sogar eine anteilige Vertretung im regierenden Staatsrat.
Während der Weltwirtschaftskrise 1929 kam es dann zum Preisverfall für das exportierte Fleisch. Nur zum Teil konnten die Arbeitslosen durch die inländische Industrieproduktion aufgefangen werden. Der Rest der Arbeitskräfte kam im Verwaltungsapparat unter.
Erst ab 1950 traten ernsthafte ökonomische Schwierigkeiten auf. Der kleine Binnenmarkt war mittlerweile gesättigt. Die Agrarpolitik der EWG (Selbstversorgung durch Agrarprotektionismus) ließ die Nachfrage nach uruguayischem Fleisch sinken, sodaß der Agrarexport keine höheren Überschüsse mehr einbrachte. Der aufgeblähte Staatsapparat (1955: 25% mehr pensionierte staatliche Funktionäre als Industriearbeiter) erlaubte es dem Staat nicht, neu zu investieren. Die Maßnahmen von 1919 hatten ihn

selbst manövrierunfähig gemacht. Die Auswirkungen machten sich schnell bemerkbar: Realeinkommen und Lebensstandard sanken und man sprach von einer »Lateinamerikanisierung Uruguays«. Die wachsenden Verteilungskämpfe um das Nationaleinkommen ließen die politischen Organisationen der Arbeiter wachsen. Und je größer die Krise wurde, desto hemmungsloser setzten sich die Kapitalinteressen durch. Denn an der Besitzverteilung war nie gerüttelt worden. Der »Sozialstaat« hatte den Großgrundbesitz nur überlagert. Nun waren die sozialen »Folgekosten« nicht mehr länger tragbar. 1968 lösten die Blancos die 93jährige Herrschaft der »liberalen Colorados« ab. Ihr Präsident Pacheco Areco beschnitt drastisch die Einkommen der Lohnabhängigen, worauf die Gewerkschaften mit einer Streikwelle reagierten. In den Städten hatten sich Guerillagruppen gebildet: die Tupamaros. Zunächst nur in studentischen Kreisen verwurzelt fanden sie rasch auch in anderen Schichten Anklang. Die Regierung antwortete mit dem Ausnahmezustand (Aufhebung der Grundrechte).
In dieser Situation schlossen sich zu den 1971 anstehenden Präsidentschaftswahlen Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zu einer »Breiten Front« (Frente Amplio) zusammen. Mit ihrem Kandidaten General Liber Seregni, unterstützt von den Tupamaros und den Gewerkschaften erhofften sie sich die Wahlen zu gewinnen. Sie erhielten zwar 20% der Stimmen, waren aber am Block der traditionellen Parteien Colorados und Blancos gescheitert. Obwohl eine Massenverarmung eingesetzt hatte und obwohl man sich der Krise bewußt war, votierte man mehrheitlich gegen das Frente Amplio. Die Krise hatte nur den Wunsch verstärkt, zum »alten Uruguay« zurückzukehren. Den Gewerkschaften und der Frente Amplio war es jedoch nicht gelungen, das Bewußtsein zu wecken.
Zwei Jahre später, 1973, putschte das Militär und übernahm die alleinige Kontrolle über das Land. Selbst die beiden traditionellen Parteien wurden ausgeschaltet. Wie kam es dazu?
Die Tupamaros waren längst zerschlagen und die Interessen der wenigen reichen Großgrundbesitzer schienen gesichert. Die Gründe sind nicht eindeutig. Beobachter sprechen davon, daß auch die Militärs von der schlechten ökonomischen Situation getroffen wurden, demnach auch eigene wirtschaftliche Interessen gefährdet sahen.
Zudem war ihr Selbstbewußtsein ihrer Macht durch die Tupamarosjagd gestärkt, sodaß es schon 1972 zu Auseinandersetzungen mit der Regierung gekommen war. Selbst für die von der Regierung begünstigten Kreise und die USA soll der Putsch ungelegen gekommen sein. Tatsächlich aber hatten sich die Aktivitäten des CIA verstärkt und es wurde vorher schon von den USA verstärkt Militärhilfe geleistet. Offenbar hatte die Clique der wenigen Reichen die Befürchtung, daß die Lage doch noch »kippen« könne.

»Schaffung einer glücklichen Gesellschaft«

Seither haben es die Militärs geschafft, das Land zu einer einzigen Folterkammer zu machen. 6000 der 3 Millionen Einwohner Uruguays sitzen als politische Häftlinge in Montevideos Gefängnis »Libertad«. Unter ihnen befinden sich bis heute noch Liber Seregni und Raul Sendic, der ehemalige Tupamarochef.
Wer entlassen wurde, muß sich jede Woche in der Kaserne melden. Mit dieser »überwachten Freiheit« wird ein Klima geschaffen, das durch andere raffinierte Unterdrückungsmechanismen ergänzt wird. Politische Rechte, selbst die klassischen bürgerlichen Freiheiten sind zu Fremdbegriffen geworden. Bis in alle Winkel des Landes reichen die Tentakel des allgegenwärtigen Überwachungspolypen. Selbst private Familienfeste müssen ab einer bestimmten Größe den Behörden gemeldet werden. Bedienstete der öffentlichen Verwaltung benötigen eine Bescheinigung ihres »demokratischen Bekenntnisses«.
Aufgrund der politischen Vorgeschichte wird jeder Bürger in eine A-, B- oder C-Kategorie eingeteilt. Die erste Gruppe bilden die politisch Getreuen. Bei der Zweiten haben sich bereits Verdachtspunkte ergeben, so daß sie leicht ihre Arbeit verlieren können. »C-Menschen« sind vom öffentlichen Leben gar ganz ausgeschlossen. Sie können nicht Beamte werden, erhalten daher auch in der privaten Wirtschaft keine Arbeit. Sie können nicht einmal Vorstandsmitglied eines Sportclubs werden.
Mit einer geradezu erschreckenden Perfektion erreichten die Machthaber die totale Durchdringung und Gleichschaltung aller Lebensbereiche. So verwundert es nicht, daß ein Massenexodus einsetzte. Die Zahlen derjenigen, die ihr Land verließen, wird zwischen 400.000 und 700.000 geschätzt. Unter ihnen befindet sich unter anderen auch Ferreira Aldunate, Führer der Partido Blanco. Aufgrund seines Bekanntheitsgrades werden dem heute in London lebenden, die höchsten Chancen auf die Präsidentschaft in einem militärfreien Uruguay eingeräumt. Was zurück blieb, ist ein blutendes, fast ausgeblutetes Land.

»Nationale Sicherheit« – Sicherung des Nationaleinkommens

Auch heute noch ist der Agrarsektor der wichtigste Wirtschaftszweig. Hinzukommt, daß die Hälfte der Industrieproduktion in der Weiterverarbeitung agrarischer Produkte besteht (Gefrierindustrie für Fleisch). Nach wie vor hängt die ökonomische Entwicklung von Uruguay daher von der Agrarwirtschaft ab. Die dort bestehenden Schwierigkeiten sind jeweils bestimmend für die gesamte Wirtschaftslage. Obwohl die Viehwirtschaft 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche beansprucht, erzielt sie nur 70% der Agrarproduktion. Bei nur 7% Bodennutzung erreichte die Landwirtschaft (Reis usw.) 30% am Produktionswert. Diese Zahlen zwingen zu dem Schluß, daß auf die landwirtschaftliche Produktion umgestellt werden muß. Bis heute ist das nicht geschehen.
Die wenigen vorsichtigen Versuche sind

Dieses »Volksgefängnis« der Stadtguerilla in einer Villa im Zentrum von Montevideo wird Besuchern als Beweis dafür vorgeführt, daß hartes Durchgreifen notwendig war.

gescheitert. Denn die unbefriedigenden Profitmöglichkeiten bei der Viehzucht führten nicht zu einer Investitionsverlagerung in Uruguay selbst, sondern zur Kapitalflucht ins Ausland. Die Probleme in der Landwirtschaft werden verstärkt durch die alten Besitzstrukturen. 4% der Betriebe verfügen über 56% der genutzten Fläche, die Minifundien (Betriebe unter 50 ha) bringen es auf ganze 4,6%.
Die aktuellen Wirtschaftsprobleme gehen zurück auf die Entwicklungen zu Anfang des Jahrhunderts. Fast alle neuen Investitionen im Industriebereich wurden von ausländischem Kapital getätigt (USA) und erhöhten nur noch die extreme Auslandsabhängigkeit. Der inländische Markt ist weiterhin beschränkt. Vor allem durch die Verarmung der Angestellten und Arbeiter (d. h. auch des »Mittelstandes«) seit den 60ern ist die Nachfrage rapide gesunken. Durch die frühere Ausweitung des Verwaltungsapparates nach der Wirtschaftskrise von 1929 ist der Handlungsspielraum des Staates begrenzt geblieben. Er allein bildet die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts.
Um dem zu begegnen, hatte man erst versucht, die Devisenreserven zu verwenden, später nahm man Kredite auf, was zu einer hohen Staatsverschuldung führte.

Für die Militärs indes ist die Lösung der Probleme einfach. Den Schwerpunkt legen sie auf den Außenhandel. Mit einer Politik nach neoliberalem Strickmuster senken sie drastisch die Staatsausgaben (abgesehen vom Militärbudget, das bereits die Hälfte davon einnimmt). Gleichzeitig beseitigen sie Außenhandels- und Finanzkontrollen. Durch den Abbau von Zollschranken soll im Inland eine freie Preisbildung auf Weltmarktniveau einsetzen. Zweck der ganzen

Maßnahmen ist es, die Wirtschaft im Inland zu einer noch größeren Spezialisierung zu zwingen (Fleischverarbeitung, Textil- und Lederindustrie). Daraus folgt eine noch größere wirtschaftliche Konzentration, bei der nur wenige große Konzerne überleben können. Jene befinden sich soundso meist in ausländischen Händen. Durch Steuervergünstigungen soll sogar noch mehr ausländisches Kapital ins Land geholt werden. Konsequent manövrieren sie Uruguay in immer größere Auslandsabhängigkeit. Das Land soll zu einem internationalen Finanzschauplatz werden.
Die Interessen der Bevölkerung tauchen in dem ehrgeizigen Vorhaben nicht auf.
Von 1971 bis 1979 ist die reale Kaufkraft der Löhne um 53% gesunken, während die Gewinne um 93% stiegen. Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit 7%. Hinzugerechnet werden müssen aber ein Fünftel der Bevölkerung, die das Land verlassen hat und die durch Mehrfacharbeit entstandene verdeckte Arbeitslosigkeit. 30% der Familien von Montevideo leben unter dem Existenzminimum.
So wie sich in abgeschlossenen Gruppen manchmal realitätsfremde Ansichten verstärken und mit der Realität selbst verwechselt werden, so hat das Militär jeden Kontakt zur öffentlichen Meinung verloren und verwechselte das Land mit einer riesigen Kaserne. Sie waren ganz einfach davon überzeugt, daß ihre Ideologie der Angst, ihr innenpolitischer Terror, die Verfolgung und Ausmerzung von »Marxisten« und ihre enorme Massenpropaganda von 30 Mill. Dollar reichen würde. Der eigentliche Wahlbetrug hatte also vorher stattgefunden. Schließlich befanden sich in ihren Händen auch sämtliche öffentliche Medien.
So gingen sie in ihre eigene Falle. Die eigene Unbeweglichkeit des Denkens verführte sie zur Illusion. Das Militär glaubte an eine einfache Inszenierung und veröffentlichte den Verfassungsentwurf von 239 Artikeln erst 29 Tage vor der Abstimmung. Aufgrund von Meinungsumfragen war aber vorher bereits ein »Nein« abzusehen. Gewarnt, untersagten sie Wahlkontrollen durch Parteien. Dennoch ließen sie einzelne Beobachter und ausländische Journalisten zur Wahlkontrolle zu.
Eine Woche vorher war der Ausgang klar: es würde zur Ablehnung kommen. Jetzt war es zu spät, die Abstimmung auszusetzen oder noch Wahlbetrügereien zu organisieren. Es blieb nur übrig, die Siegesfeiern abzusetzen und den Fall herunterzuspielen. Gefährdet wurde die Ablehnungsfront nur noch durch die Aufforderung von einigen oppositionellen Gruppen zur Enthaltung (Position: es muß so schlimm werden, wie es schlimmer nicht geht, damit sich etwas ändert). Schließlich votierten aber alle Parteien und Gruppen einschließlich der Blancos und Colorados für Nein. Schnell wurde dafür gesorgt, daß überall einzelne Bürger tatsächlich die Auszählungen beobachteten. Damit hatte die Militärdiktatur die Abstimmung verloren, die sie höchstpersönlich verordnet und kontrolliert hatte.
Um die Ruhe im Land dennoch zu gewährleisten, benötigt man 100.000 Polizisten und Militärs. Die Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Rechte soll das Vorhaben absichern. Es ist aber von vorneherein zum Scheitern verurteilt, da nur eine Umverteilung des Bodens und eine Umstrukturierung des Agrarsektors Lösungsmöglichkeiten bieten würde. Die alten Rezepte der Militärs können nicht greifen.
In großem Stil wird sich kein ausländisches Kapital ansiedeln, da die Löhne im Vergleich zu anderen Erdteilen »noch zu hoch« sind. Zwar hat die Industrieproduktion im vergangenen Jahr wieder leicht zugenommen, ebenso die landwirtschaftliche Erzeugung. Die Geld- und Kreditpolitik führte dagegen zu einer enormen Steigerung der Inflationsrate. Vor allem auch die Ölpreisentwicklung setzt dem Land schwer zu, da es über keine nennenswerten eigenen Energiequellen verfügt.

»Das Volk unterstützt uns mit Enthusiasmus«

Mit der wachsenden einseitigen Auslandsabhängigkeit mußte man allerdings auch auf kritische Stimmen außer Landes Rücksicht nehmen. Denn Washington hat seine Militärhilfe bereits 1976 gestoppt. Auf den Druck der Carter-Administration hin sollte eine Scheindemokratie errichtet werden, die den status quo erhält, aber scheinlegalisiert. Das demokratische Lächeln eines »freundlichen Faschismus« sollte Uruguay wieder international hoffähig machen. Aus diesem Grund hatte die Militärdiktatur bereits im vergangenen Jahr Verbindung zu den seit 1973 verbotenen Bürgerparteien (Colorados und Blancos) aufgenommen. Sie sollten bedingt wieder zugelassen werden und zu den Präsidentschaftswahlen eine Marionettenfigur für den noch amtierenden »Präsidenten« Aparicio Méndez benennen.
Deren Haltung war indes nicht einheitlich. Quer durch beide Lager verlief die Front von Gegnern und Befürwortern, die sich auf das Spielchen einlassen wollten. Die Frente Amplio war von dieser »Öffnung« selbstredend ausgeschlossen.
Wie aber konnte es in einem der perfektesten Überwachungsstaaten nun zum »nein« des Volkes kommen? Ist nicht von vornherein davon auszugehen, daß massiver Wahlbetrug betrieben wurde und war das uruguayische Militär nicht einmal dazu fähig?
Die Ursachen des Abstimmungsergebnisses liegen noch im Dunkeln. Und so tauchte in allen Zeitungen das Wort »Überraschung« auf. So etwas war einfach schier unerklärlich.
Der oppositionelle uruguayische Journalist F. F. Mertens machte dagegen auf einige andere Aspekte aufmerksam. Berücksichtigen muß man wiederum die geringe Größe des Landes. Denn es ist fast unmöglich, eine so große Anzahl von Nein-Stimmen auf einmal verschwinden zu lassen. Und selbst wenn es hätte gelingen können, so wollten es die Militärs einfach nicht.
Die Welt sollte sehen, wie es trotz Diktatur möglich ist, im Volk breite Zustimmung zu finden. Alles sollte demokratisch zugehen, stand doch gerade eine demokratische Verschönerungsoperation bevor.

»Anständige Menschen sprechen nicht von Diktaturen und Menschenrechten...«

Nach den Worten von Aparicio Méndez wird das »Nein« des Volkes zur Verfassung vom November vergangenen Jahres, die Regierung in ihren Bestrebungen eines »Normalisierungsprozesses« aber nicht aufhalten. Es verpflichtet sie nur, »auf andere Weise zum gleichen Ziel zu gelangen«.
Bislang hat sich seit der Abstimmungsniederlage des Militärs nichts geändert. Sowohl das Militär als auch die oppositionellen Kräfte brauchen wohl einige Zeit, um aus der Überraschung vom 30. November 1980 ihre Konsequenzen zu ziehen. Für die Gewerkschaften und den Frente Amplio ist es jetzt vor allem wichtig, ein Bündnis zusammenzuschweißen. Gar zu gründlich hat es das Militär verstanden, die Kräfte in alle Winde zu zerstreuen. Von den ehemals 17 Mitgliedsorganisation im Frente Amplio blieben nur noch 5 übrig (KP und Teile der Sozialistischen Partei).
Es scheint, als wollten die Militärs weiterhin in einen »offenen Dialog« mit Teilen der bürgerlichen Parteien kommen. Offenbar versuchen sie die ihnen wohlgesonnenen Lager innerhalb der Colorados und Blancos herauszubrechen, um sie zu einem »Kompromiß« zu bewegen. Den neuen »Präsidenten« werden sie einstweilen allerdings selbst benennen müssen.
Keinen Fingerbreit werden sie aber wohl vom innenpolitischen Terror abgehen. Zu gut wissen sie, daß jeder Abstrich vom totalen Polizei- und Überwachungsstaat sie bereits in Gefahr bringen kann. Reagans Sieg in den USA und seine bereits in die Tat umgesetzte massive Unterstützung der lateinamerikanischen Diktaturen haben auch den Militärs in Uruguay den Rücken gestärkt.
Vom Sieg an den Urnen bis zum Sieg im Land ist noch ein weiter Weg.
Aber wenn im perfektesten Überwachungsstaat der Erde die Bevölkerung gegen die Machthaber stimmt, taucht zumindest ein Hoffnungsschimmer am Horizont auf.
Das Nein war ein Zeichen. Es verdeutlicht zumindest, wie groß der Unmut im Volke gediehen ist, und daß es nicht ganz so einfach ist, das Volk zu täuschen.
Es darf nicht vergessen werden, daß im Gegensatz zu anderen Ländern des Kontinents in Uruguay die bürgerlichen Freiheiten in begrenzten Maßen bereits anerkannt waren und daß ein hohes Bildungsniveau besteht.
Bislang kehrten die Jungen dem Land einfach den Rücken. Das Nein war ein erstes Räuspern der Bevölkerung.
Wielange aber die Militärs im Land einen Zustand erhalten können, in dem 1984 schon begonnen hat, in dem ein Fünftel des Volkes im Ausland lebt und das wirtschaftlich in immer größere Bedrängnis gerät, erscheint fraglich.
Mit oder ohne Verfassung – Uruguays Verfassung bleibt prekär.

aif



El Salvador

Die Generaloffensive

Nach unserem umfassenden Artikel im letzten Heft zu El Salvador, „Krieg der Militärs gegen das Volk", wollen wir diesmal weniger auf die Vorgeschichte und einzelnen neusten Ereignisse eingehen, sondern das Zentralthema des letzten Monats in El Salvador, die Generaloffensive , diskutieren. Zu einer Einschätzung dieser Offensive kommt die Perspektive des Kampfes in nächster Zukunft und die Auseinandersetzung mit El Salvador in der BRD hinzu. +1

DIE GENERALOFFENSIVE

Der Beginn der Generaloffensive war nach langen Auseinandersetzungen innerhalb der DRU, der „Vereinigten Revolutionären Leitung" der Guerillaorganisationen und nach dem Rückschlag durch die Morde an den Oppositionsführern im November 1980 auf Samstag, den 10.1. 1981 festgelegt worden. Am folgenden Montag sollte dann ein Generalstreik beginnen. Ziel dieser Generaloffensive war, die militärische und politische Stärke der Guerilla und gesamten Opposition des Volkes gegenüber der Junta und Weltöffenltichkeit zu demonstrieren. Gemessen an den politischen Aktionen der Bevölkerung hatte sich die Guerilla in letzter Zeit mehr zurückgehalten und lediglich defensive Aktionen gezeigt. Um nicht in einigen regionalen Zonen die Unterstützung der Bevölkerung einzubußen, und um die Stärke der vereinten Opposition zu zeigen, war diese Generaloffensive notwendig.

Allerdings wurde sie in der westlichen Presse als Endoffensive dargestellt, und erhielt eine entsprechende Kriegsberichterstattung. Von „Die schweren Kämpfe in El Salvador halten unvermindert an" +2, über „Die Junta gerät ins Wanken" +3 bis hin zum triumphalen Selbstgefälligkeitsbericht der FAZ, „Das Ende der ‚Endoffensive' in El Salvador" +4 berichteten die Tageszeitungen in der BRD über militärische Siege oder Niederlagen. Diese einseitige und verkürzte Berichterstattung wurde sicherlich auch durch einige salvadorianische Guerillagruppen genährt, die über ihre Radiosender euphorische Siegesmeldungen verkündeten oder mit ihrer Endsiegstimmung falsche Hoffnungen und Erwartungen schürten.

Zweifelsohne war die Generaloffensive ein Erfolg und ein wichtiger Schritt zum Sieg des Volkes von El Salvador. Schnelle militärische Erfolge wurden an der West-, Halbzentral- und Ostfront erzielt. Dagegen gab es an der Zentralfront, zu der die Hauptstadt San Salvador zählt, Koordinierungsschwierigkeiten der Guerilla und Niederlagen. Hierdurch konnte der Generalstreik sich nicht voll entfalten; denn niemand konnte die Streikenden vor den Militärs schützen. Somit ist auch verständlich, daß viele Streikende nach spätestens 48 Stunden ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Wer hätte keine Angst, ohne Waffen und Macht, mit der bloßen Faust den Militärs entgegenzutreten?

Die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Streiks berichtete ein Korrespondent der "Tageszeitung" eine Woche nach Beginn der Generaloffensive:

"Der Streik, der gleichzeitig mit der Guerilaoffensive ausgerufen wurde, scheint ein Mißerfolg zu werden. Man wird ihn bald abbrechen und wahrscheinlich nicht zugeben, daß sein Zeitpunkt falsch war. Er war falsch, weil er zu diesem Zeitpunkt der Generaloffensive nur als Dekret erlassen werden konnte -ohne die für einen politischen Generalstreik notwendigen Massendiskussionen.
Das ist das Kardinalproblem der salvadorenischen Volksbewegung in dieser Fase: einer Bewegung, deren Motor immer eine außerordentlich breite und direkte Diskussion war, ist seit einem Jahr eine absolut konspirative Arbeitsweise aufgezwungen worden. Die massenkundgebungen, Versammlungen, Diskussionen, an denen noch im Frühjahr Zigtausende teilgenommen hatten, aktiv teilgenommen hatten, wurden selbstmörderisch angesichts der von den Sicherheitskräften gedeckten und organisierten Mordkampanien der Todeskommandos. Das traf die Volksbewegung mitten in der entscheidenden Fase ihres mühevollen und sehr radikal diskutierten Prozesses der Einigung. Die Folge war: ein großes Bedürfnis nach Einheit, um stark genug zum Sieg zu sein, bei allen Mitgliedern und Sümpatisanten - aber der politische und ideologische und organisatorische Vereinheitlichungsprozess mußte notgedrungen an die in einer solchen Situation allein arbeitsfähigen Koordinationsgremien abgegeben werden.

El Salvador — Im Schatten der Revolution:

„El Salvador - en sombra de la revolucion" ist ein Dokumentarfilm über die Kämpfe zwischen den Volksbefreiungskräften und der herrschenden Oligarchie. Er dokumentiert die Entwicklung der Repression und des Widerstandes bis Ende Juni 1980. Insofern die neuere Entwicklung die Aktualität des Films überrollt hat, kann er als eindrucksvolle Einführung in die gegenwärtige Situation in El Salvador dienen. Er ist vollkommen authentisch, weil er in engster Zusammenarbeit mit der Leitung der FDR (Demokratische-Revolutionäre Front, die vereinigte Opposition in El Salvador) hergestellt wurde. Er zeigt alltägliche Szenen des militärischen Terrors auf der einen, des Befreiungskampfes auf der anderen Seite. Deutlich tritt hier zutage, daß es in diesem Krieg keine Kompromisse mehr geben wird - weder aufseiten der Herrschenden, noch aufseiten der Arbeiter und Bauern.

Der Film macht betroffen. Wie wenige Filme ist er ein Dokument der Menschlichkeit - nämlich der Sehnsucht der einfachen Arbeiter und Bauern, endlich mit ihren Ausbeutern abzurechnen, um zu leben und Frieden zu haben.





El Salvador

Hintergrundinformation

FRIEDENSPREIS DOKUMENTATION

Dokumentation zu beziehen über:
ESG-Essen
Universitätsstr. 2
4300 ESSEN
Tel. 0201/133-3347/48

Es fehlte, bei allen Schritten zur Einheit und den gemeinsam beschlossenen militärischen, politischen Plänen, die Diskussion auf breiter Ebene." →5

Schließlich zog sich die Guerilla in die von ihr beherrschten ländlichen Gebiete zurück, ohne größere Niederlagen erlitten zu haben. Dieser „taktische Rückzug" war notwendig, denn die militärischen Kräfte der Guerilla reichen zu einem Stellungskrieg nicht aus. Gleichwohl war diese Generaloffensive ein Erfolg, weil sie gezeigt hat, daß die Guerilla erfolgreich in die Offensive gehen kann, daß sich das Heer spaltet, und daß die Guerilla in kurzer Zeit große Teile des Landes kontrollieren kann, weil sie von der Bevölkerung unterstützt wird.

Aus dem Verlauf dieser Generaloffensive wird klar, daß die Endoffensive noch weit entfernt ist. Neben den diplomatischen Voraussetzungen, neben dem internationalen Widerstand gegen eine direkte oder indirekte US-Intervention, sind in El Salvador selbst noch einige Bedingungen zu erfüllen: Der Anschluß des Oberst Majano, einiger Offiziere und vieler Soldaten an die FMLN, die in Santa Ana begonnene Spaltung des Heeres, muß sich fortsetzen. Ferner müssen die Bedingungen gegeben sein, daß ein politischer Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand werden kann. Der Zeitpunkt einer Endoffensive ist von den landesinneren Bedingungen her erst dann gekommen, wenn die militärische Stärke des Oppositionsblocks soweit angewachsen ist, daß Streiks, Erhebungen und Guerillaoffensive zu einer bewaffneten Volkserhebung umschlagen können.

FDR – Demokratisch Revolutionäre Front
FMLN – Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti

Anstelle einer chronologischen Auflistung des militärischen Ablaufes dieser Offensive, halte ich es für sinnvoller, ein Mitglied der „Vereinigten Militärischen Leitung", der FMLN, der zur Zeit die BRD besucht, mit seiner Einschätzung dieser Generaloffensive zu Wort kommen zu lassen: José Ramón Medrano gab am 23.1.81 der „TAZ" u.a. folgendes Interview:

"taz: Es gab ursprünglich Verwirrung darüber, um was für eine Art von Offensive es sich handelt. Die Erwartungshaltung war, die Guerilla versuche den entscheidenden Schlag gegen die Junta zu führen.

JRM: Man kann nicht bei militärischen Aktionen – schon gar nicht, wenn man von Erhebung oder Offensive spricht – von einer halben Aktion reden, von einer Teiloffensive etwa. Es ist erforderlich, gerade die Anfangsphase zu betonen. Auf den Beginn der Offensive waren schon große Hoffnungen gesetzt worden, denn es gab bereits seit längerem eine verfälschende Informationspolitik darüber. So war die Erwartungshaltung entstanden, die Offensive werde dem Regime in El Salvador ein Ende bereiten.

Ich glaube, wir müssen klarstellen, daß die Offensive zunächst als ein qualitativer Schritt unserer Truppe geplant war, von einer defensiven Haltung mit Unterstützung der Vevölkerung in eine militärische Offensive überzugehen. Nachdem das Regime seit Monaten einen Ausrottungsfeldzug betreibt, wartete die Bevölkerung auf militärische Aktionen der FMLN. Wir erachteten es als notwendig, einen neuen Weg der Konfrontation des Volkes mit den reaktionären Kräften freizumachen. So bereiteten wir für den 10. Januar einen eher militärischen als politischen Zusammenstoß vor. Wir waren uns klar, keinen gewaltigen Sieg erringen zu können, denn im letzten Jahr sind die Truppen der Regierungsjunta vom nordamerikanischen Imperialismus stark aufgerüstet worden.

Wir wußten, daß die Intervention der USA umso stärker werden würde, desto umfangreicher unser Kampf entwickelte. Seit drei Tagen besteht eine ständige Luftbrücke von wenigstens 10 Hercules C-130 Flugzeugen mit Militärmaterial nach Ilopango. Es sind auch einige hundert Soldaten darunter - eine Zahl, die weit über „Beratung" hinausgeht und bereits eine verdeckte Interventionstruppe darstellt. Wie in Vietnam war es erst Kriegsmaterial, und später wurden Truppen geschickt.

taz: Worin bestand ursprünglich das Ziel der Offensive?

JRM: Zunächst ging es darum, innerhalb unserer Kräfte eine offensive Haltung zu schaffen, und unseren militärischen Führern Erfahrungen mit einer Großoffensive zu vermitteln. Zum anderen befand sich der Feind in der Offensive und versuchte, uns mit großen Truppenkontigenten zu schlagen, etwa in Morazan. Logistisch waren wir vor der Offensive schwächer und verfügten über viel weniger Waffen als jetzt, trotz aller Kräfte, die der Feind hier zusammenzog. Seine nächste Offensive in San Vicente hatte wegen der Schläge, die wir ihm in Morazan und Chalatenango versetzt hatten, schon erheblich weniger Kraft. Wir haben gezeigt, daß wir in der Lage waren, die militärische Situation zu beherrschen. Dabei war das erst der Anfang der Offensive. Unser Ziel war gar nicht, Garnisonen einzunehmen. Unser Gesamtplan war nicht überall erfolgreich, aber wir haben dennoch die von uns kontrollierten Zonen ausgedehnt. Dagegen ist die militärische Offensive an der zentralen Front fehlgeschlagen. Hier war der politischen Aktivität gegenüber der militärischen eine größere Bedeutung beigemessen worden. Im Gegensatz zum Feind hat die Guerilla ihre Kräfte nicht auf San Salvador konzentriert und die Hauptstadt unterschätzt." →6

DIPLOMATISCHE ANERKENNUNG DER FDR / FMLN!

Neben dem politischen und militärischen Kampf in El Salvador selbst ist die diplomatische Initiative von mitentscheidender Bedeutung. Die bisherigen diplomatischen Aktivitäten haben dazu geführt, „daß Mexico, Panama und Ecuador die FDR faktisch anerkennen“.[7] Ferner sind einige Andenpaktstaaten entgegen früheren Zusagen nicht mehr dazu bereit, eine „Friedenstruppe“ zu entsenden. Der größte diplomatische Erfolg besteht bisher darin, daß sich die Sozialistische Internationale klar und eindeutig für die FDR als rechtmäßige Vertreterin des Volkes von El Salvador ausgesprochen hat. Eine entsprechende diplomatische Anerkennung der FDR durch die in der Sozialistischen Internationalen vertretenden sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und Regierungen wäre ein großer Schritt zum Sieg, vor allem eine Möglichkeit, die USA von ihren Interventionsunternehmungen abzuhalten. Die FDR selbst hat ihre Offenheit und diplomatische Bereitschaft gezeigt, indem sie nach der Ermordung der FDR-Führung Ende Nov. 1980 den Sozialdemokraten Ungo zum neuen Präsidenten gewählt hat. Unsere Aufgabe, die der internationalen Solidaritätsbewegung in der BRD ist es nun,

von der SPD und Bundesregierung zu verlangen, daß sie jede Unterstützung der Junta unterlassen und die FDR / FMLN völkerrechtlich anerkennen.

Neue US-Kredite an El Salvador

Die nicaraguanische Tageszeitung „Baricada“ veröffentlichte in einer ihrer letzten Ausgaben eine Zusammenstellung der letzten freigegebenen US-Kredite an Salvador. Darunter gehören u. a. neben dem „Zusatzkredit“ von 25 Mio. US-Dollar und der 12,7 Mio. Dollar Lebensmittelhilfe eine „Spende“ von 20 Mio. Dollar an die Privatwirtschaft, ein 20-Mio.-Kredit für das Programm der Landreform und Darlehen der Internationalen Entwicklungsbank (Hauptgläubiger: USA und BRD) in Höhe von 49 Mio. Dollar. Somit beläuft sich die US-Hilfe an die Junta von El Salvador seit dem (8. Dez. 1980 bis heute (ca. 40 Tage) auf 126,7 Mio. Dollar.

TAZ, 26. 1. 1981

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Unerwartet groß ist die Solidaritätsbewegung mit dem Volk von El Salvador in der BRD. Die taz hat bisher nicht nur mehr als eine Million DM mit ihrem Spendenaufruf „Waffen für El Salvador“ gesammelt, sondern auch Demonstrationen oder Aktionen finden ein Ausmaß wie in der Vietnam Solidarität: 20.000 Leute waren zur nationalen Demonstration nach Frankfurt gekommen, in Provinzstädten wie z.B. Freiburg demonstrierten 2.000, in Tübingen wurde das Amerika-Haus besetzt, usw. Wir müssen uns fragen, woher plötzlich diese breite Solidaritätsbewegung kommt und sie realistisch einschätzen, um uns nicht bald entmutigt oder frustriert wieder zurückziehen zu müssen. Kommt diese Solidarität aus den plötzlich wieder auftauchenden Revolutionsträumen im weit entfernten Bundesdeutschland angesichts einer kämpfenden Guerilla in El Salvador? Ist es die touristische Verbundenheit der alternativen Szene mit dem exotischen Lateinamerika oder die Wut über die verlogene Politik Carters, der nach den Morden an den amerikanischen Nonnen im Dezember die Militärhilfe für die Junta einstellte, um sie zwei Wochen später neben der Wirtschaftshilfe wieder zu gewähren, ja sie sogar auf 20 Millionen zu verdoppeln? Ganz zu schweigen von der Wut gegenüber dem Kraftsprüche Protzenden Cowboy Reagan. Oder hängt diese breite Solidaritätsbewegung vielleicht mit der Erkenntnis zusammen, daß es viele Gemeinsamkeiten zwischen dort und hier gibt, daß unser Eduscho- und Tschibo-Kaffee von den Bauern in El Salvador angebaut wird, die wiederum selbst ihren Kaffee nicht einmal kaufen können, oder daß der Sieg und die Freiheit in El Salvador auch Rückwirkungen hat auf unsere hiesige Realität?



Allerdings sollten wir uns angesichts der realen Kräfteverhältnisse in El Salvador nicht von der Endsieg- oder Revolutions-euphorie täuschen lassen. Ein Sieg der Guerilla und des Volkes von El Salvador wird noch mindestens einige Monate auf sich warten lassen. Entscheidend wird die Haltung der USA und ihrer Verbündeten sein.



DIE FREUNDE DER "ARMEN". DIE USA

Zur Zeit ist die Haltung der USA eindeutig. Nach Reagans Amtsantritt wurden weitere Kreditzusicherungen getroffen, werden täglich Waffen für die Junta eingeflogen und wird die Weltöffentlichkeit auf eine Intervention vorbereitet. Kuba und **Nicaragua** werden beschuldigt, Waffen und Guerillas einzuschleusen, wobei beide Staaten über die verheerenden Auswirkungen solcher Aktionen wissen und sie allein deshalb unterlassen. Die Maßnahmen gehen noch weiter. Die Regierung der USA hat **Nicaragua** die Wirtschaftshilfe wegen der angeblichen Unterstützung der Aufständischen in El Salvador gesperrt 8) und bringt die Sowjetunion in ihrem ideologischen Feldzug mit dem Befreiungskampf des Volkes von El Salvador in Zusammenhang. Sogar der amerikanische Botschafter in El Salvador, Robert E. White, stets ein Getreuer seiner Regierung, wurde zwei Wochen nach Reagans Amtsantritt von Außenminister Haig wegen seiner sanften Kritik an der Junta entlassen. Außerdem rüsten die USA die beiden Nachbarstaaten Guatemala und Honduras militärisch auf, lassen sie in Kämpfe mit eingreifen und beschwören somit die Gefahr eines größeren regionalen Krieges herauf. Die Guerilla in Guatemala verstärkt schon ihre Aktivitäten, damit die Militärs in Guatemala gebunden sind und nicht auf Seiten der Junta in El Salvador eingreifen können.9)

Die Gefahr einer Eskalation des Krieges in El Salvador zu einem zentralamerikanischen Krieg, zu Massakern wie sie in Indochina stattfanden, hat die Solidaritätsbewegung erkannt und fordert deshalb:

Keine US-Intervention in El Salvador - Kein neues Vietnam in Zentralamerika!

> **Guatemaltekische Guerillas** sprengten in der letzten Woche das Konsulat El Salvadors und Büros der salvadorianischen Fluggesellschaft in Guatemala City. Die Anschläge erfolgten aus Protest gegen die Ermordung des sechs FDR-Führer.
>
> (Latin America Weekly Report, 12. Dezember 1980)

Die Haltung der Verbündeten der USA ist noch nicht so eindeutig. Die Bundesregierung unterstützt letztendlich durch ihre Passivität die Junta. Jedoch fordern immer mehr SPD- und FDP-Abgeordnete die Anerkennung der FDR. Dagegen ist die Haltung der CDU wiederum eindeutig. Sie unterstützt die Junta unter Führung des Christdemokraten Jose Napoleon Duarte, obwohl die Christdemokratie in El Salvador gespalten ist, und sich die Mehrheit dem Oppositionsblock angeschlossen hat.

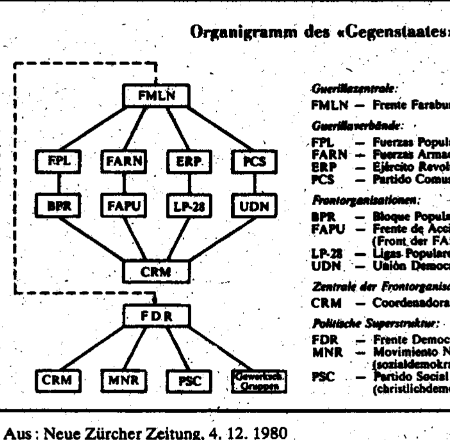
DIE CDU

Bei der CDU lassen sich ebenfalls Gemeinsamkeiten von hier zu El Salvador herstellen – von Geißler zur Junta. Während in Berlin der zweite Verhandlungstag gegen die Besetzter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin (nach dem Besuch einer Delegation aus El Salvador, vgl. iz3w Nr. 90, S. 51) stattgefunden hat, während in Frankfurt 20 000 Menschen gegen die Junta in El Salvador demonstrieren, erklärt CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bei seiner Mittelamerika-Rundreise vor Journalisten in Nikaragua unverblümt, daß Präsident Duarte Solidarität brauche, weil er den „sozialen Frieden sichern" wolle. [10]

Die Dreistigkeit des Herrn Geißler und seine Verbundenheit zur Junta steigern sich sogar noch: „Laut einem Bericht der französischen Agentur AFP bezeichnete Geißler das Regime von Duarte als „menschlich, christlich und Freund der Armen". [11] Die Tatsache, daß im ver-



Organigramm des «Gegenstaates»



Guerillazentrale:
FMLN – Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional

Guerillaverbände:
FPL – Fuerzas Populares de Liberación Nacional
FARN – Fuerzas Armadas de Resistencia Nacional
ERP – Ejército Revolucionario del Pueblo
PCS – Partido Comunista Salvadoreño

Frontorganisationen:
BPR – Bloque Popular Revolucionario (Front der FPL)
FAPU – Frente de Acción Popular Unificada (Front der FARN)
LP-28 – Ligas Populares 28 de Febrero (Front des ERP)
UDN – Unión Democrática Nacional (Front der PCS)

Zentrale der Frontorganisationen:
CRM – Coordenadora Revolucionaria de Masas

Politische Superstruktur:
FDR – Frente Democrático Revolucionario
MNR – Movimiento Nacionalista Revolucionario (sozialdemokratisch)
PSC – Partido Social Cristiano (christlichdemokratische Dissidenten)

Aus: Neue Zürcher Zeitung, 4. 12. 1980



Mitglied der Menschenrechtskommission verschleppt

(taz/afp). Victor Medrano, führendes Mitglied des Ausschusses zur Verteidigung der Menschenrechte in El Salvador, wurde am Montag in seiner Wohnung von bewaffneten „Zivilisten" überfallen und entführt. Nach Angaben eines Sprechers seiner Organisation muß mit dem Schlimmsten gerechnet werden, da schon vor einigen Monaten zwei Mitglieder des Ausschusses entführt und ermordet worden waren. Der Menschenrechtsausschuß hatte mehrfach heftige Kritik am gegenwärtigen Regime in El Salvador geübt und war Ziel von Drohungen rechtsextremistischer Kreise geworden.

Der Chef der Regierungsjunta, Napoleon Duarte, hatte den Menschenrechtlern regierungsfeindliche Parteinahme vorgeworfen.

Das Recht zur bewaffneten Rebellion gegen die Diktatur verteidigte am Montag der Bischof von Goias Velho (Mittel-Ost-Salvador), Mgr. Thomas Balduino. Der Bischof, der Mitglied des Rates für Eingeborenen-Mission ist, betonte, wenn „die Milde vergeblich war, wird die Gewalt legitim". Die schlimmste Gewalt sei die, „die das Volk leiden läßt", betonte der Kirchenführer. Mgr. Balduino erklärte abschließend, „daß Volk muß sich gegen die Tyrannei erheben".

Zwei Flugzeuge, die angeblich Waffen für die Guerilleros von El Salvador transportierten, konnten Regierungseinheiten innerhalb 24 Stunden in ihre Gewalt bringen. Wie es offiziell in San Salvador hieß, war die erste Maschine aus Costa Rica gekommen und von der salvadorianischen Luftwaffe zur Landung gezwungen worden. Der aus Nicaragua stammende Pilot Julio Romero Talavera wurde festgenommen. Die zweite, eine achtsitzige „Cessna", wurde 24 Stunden später ausgebrannt und verlassen aufgefunden. Sie hatte 50 Gewehre und Uniformen an Bord.

TAZ, 28. 1. 1981

Spendenaktion

„Waffen für El Salvador"
Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Ermordete Bürger

gangenen Jahr mehr als 14 000 Menschen von den Militärs dieser Junta ermordet worden sind, scheint für Herrn Geisler Teil eines menschlichen, christlichen und armenfreudigen Regimes zu sein. Auf diese menschlich-christliche, juntafreundliche Denkweise mußten sogar SPDler antworten. „Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke nannte die Erklärungen Geißlers ‚äußerst bedauerlich'. Ehmke warf dem CDU-Generalsekretär am Montag vor, er wolle den blutigen Bürgerkrieg in El Salvador innenpolitisch ausschlachten. Es sollte Geißler in seinem Pathos dämpfen, daß die Christdemokraten in El Salvador gespalten seien und sich in feindlichen Lagern gegenüberstünden. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Lutz, bezeichnete die Äußerungen Geißlers über El Salvador als ‚skandalös'." →12

Wenn Herr Geißler sich weiterhin so die „Solidarität" zur sozialen Friedenssicherung vorstellt, wird er bei uns demnächst noch viel Solidarität erleben können!

wite

Anmerkungen:

1 Zur Einführung in das Thema: El Salvador – Krieg der Militärs gegen das Volk, ist die Ausgabe Nr. 90 der „blätter" nach wie vor aktuell.
2. FR vom 16. 1. 1981
3. FR vom 15. 1. 1981
4. FAZ vom 19. 1. 1981
5. TAZ vom 29. 1. 1981
6. TAZ vom 30. 1. 1981
7. Lateinamerika Nachrichten Nr. 89, Januar 1981, S. 6
8. vgl FR vom 24. 1. 1981
9. siehe Kasten
10. vgl FR vom 2. 2. 1981
11. ebd.

12. Bad. Ztg. vom 3. 2. 1981



Filme zu EL SALVADOR:

1. El Salvador- Im Schatten der Revolution
59 Minuten, 16mm Farbe, Magnetton, spanisch mit dt. Untertitel, Kommentar in deutsch, DM 94,25 (Ausleih)
zu beziehen über:
Zentral- Film- Verleih,
2000 Hamburg 50, Friedensallee 7, Tel.: 040/39 13 16

2. El Salvador-Revolution oder Tod
30 Minuten, 16mm Farbfilm
Ausleih kostenlos, gegen Erstattung der Bahnexpresskosten
zu beziehen über:
Informationsstelle El Salvador,
Kiliansplatz 5,
8000 München 2,
Tel.- 089/72 55 827

3. El Salvador- Ein Volk wird siegen
72 Minuten, 16mm Farbe, spanisch mit dt. Untertiteln,
Prod.: Instuto Cinematografico de El Salvador Revolucionario
zu beziehen über:
CON- Filmverleih,
Osterstr. 36,
2800 Bremen
ab: 22.2.81 (nach den Berliner Filmfestspielen)

Hafenarbeiter blockieren Waffenlieferung für die Junta in El Salvador

In Barcelona haben die beiden spanischen Transportarbeitergewerkschaften „CCOO" und „UGT" in den vergangenen Tagen das Auslaufen des peruanischen Frachters „Cuzco" verhindert. Die „Cuzco" kommt aus dem italienischen Hafen La Spezia und hat 20 mit Maschinengewehren und Kanonen ausgerüstete Panzerwagen vom Typ Fiat 116h an Bord, die für das Regime in El Salvador bestimmt sind. Die den beiden Gewerkschaften angeschlossenen Hafenarbeiter weigern sich, das Schiff abzufertigen. (ides) *(TAZ v. 6.2.1981)*



★★★★★ Tchibos beste Bohne ★★★★★

Aus dem Lager einer Tchibo-Filiale in Wiesbaden haben wir Anfang 1981 eineinhalb Zentner Kaffee geklaut. Der Erlös dieser Enteignung – rund 15 000 Mark – ist bereits den Aufständischen in El Salvador zum Ankauf von Waffen zugegangen.
Die Kaffeekonzerne Tchibo, Eduscho, Melitta, beziehen einen Großteil ihres Kaffees aus den Anbaugebieten in El Salvador, dem Land, in dem seit Monaten versucht wird, den Befreiungskampf des Volkes blutig niederzuschlagen.

Wir leben in einem der Länder, dessen Regierung und dessen Konzerne mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wollen. Ihre Ruhe und Ordnung der Ausbeutung und Profite. Hier bei uns geschieht das mit dem Mittel, in der täglichen Monotonie von Ausbeutung und Massenkonsum uns zu ersticken. Gegen die, die sich wehren, gibt es Gesetze, Polizeiwaffen und Knast. Dort in El Salvador soll die Ruhe und Ordnung der Konzerne durch die Junta mit Bomben und Granaten aufrechterhalten werden. Trotz massiver militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe, vor allem durch die USA und die BRD, die die Herrschaft der Junta bisher ermöglichte, verliert diese die Kontrolle, und der Widerstand ist in die Offensive gegangen.
Es hat uns Freude gemacht, die Aufständischen dadurch unterstützen zu können, indem wir uns das Geld direkt von einem der mitverantwortlichen Konzerne besorgt haben.

schwArze bohne

Zusammenarbeit:
Nicaragua, El Salvador, Guatemala

Vertreter der Informationsstellen Nicaragua, El Salvador und Guatemala haben eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Ziel: die Solidaritätsbewegung zu stärken, Abhängigkeiten der unterentwickelt gehaltenen Länder mit den Industrienationen aufzuzeigen und materielle Hilfen für die Befreiungsbewegungen bereitzustellen. Die Anschriften und Konten:

- Informationsbüro Nicaragua eV.
  Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal 1
  Telefon 0202-44 00 39
  Konto Stadtsparkasse Wuppertal 976738
- **Informationsstelle El Salvador eV.**
  Kiliansplatz 5, 8000 München 2
  Telefon 089-7 25 58 27
  Konto Postscheck München 180 769-802
- Informationsstelle Guatemala eV.
  Friedrichstraße 25, 8000 München 40
  Telefon 089-7 25 58 27
  Konto Postscheck München 208159-802

Broschüre zu El Salvador:
„Ein Land kämpft um seine Befreiung"

Analysen, Dokumentationen und Interviews.
Enthält eine rund 200seitige Broschüre, die als Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten herausgegeben wurde.
Kosten: 6,– DM, zzgl. Porto/Verpackung, Rabatte für Wiederverkäufer. Bestellungen an die Informationsstelle El Salvador:
Kiliansplatz 5, 8000 München 2
Telefon 089-7 25 58 27
Konto Postscheck München 180 769-802

SOLIDARITÄT MIT EL SALVADOR
KIRCHE KANN NICHT NEUTRAL SEIN
Diese Dokumentation kann bestellt werden über: „Junge Kirche", Mathildenstraße 86, 28 Bremen 1, Telefon: 0421/71648. Preis 1,50 DM. Ab 10 Exemplaren 1,– DM.

GUINEA-BISSAU

Noch gibt es keinen grundlegenden Wandel

Verwirrung im deutschen Blätterwald

Der Staatsstreich am 14.11.1980 in Guinea-Bissau hat besonders in der europäischen Presse viel Anlaß zu Spekulationen gegeben. Nachdem der Spiegel im März 1979 die Politik des bisherigen Präsidenten Luis Cabral so dargestellt hatte, als ob sie das Land zu einer Halbkolonie der DDR, UdSSR und Kubas machte, sah die FAZ vom 17.11. 1980 in Vieira, dem Führer des Staatsstreiches, einen der „ganz linken Leute in der Einheitspartei". Der Tagesanzeiger vom 17.11.1980 stufte Vieira stattdessen als „prowestlich" ein. Vor dem Hintergrund anti-kapverdianischer Tendenzen in Guinea-Bissau bezeichnet die FR vom 17.11.80 Vieira „eher als überzeugenden afrikanischen Nationalisten denn als Marxisten". Confusão total! Die TAZ vom 17.11. 80 hatte als einzige deutsche Zeitung frühzeitig eine tendenziell richtige Einschätzung mit relevanten Informationen geliefert.

Im Folgenden soll kurz der Putschverlauf zusammengefaßt werden, weil er tatsächlich verwirrend war. Nach einer ausführlichen Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Lage der 7-jährigen Republik soll eine Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse und ihrer Perspektiven versucht werden.

1. DER STAATSSTREICH VOM 14. NOVEMBER 1980

Verlauf des Staatsstreichs

Die widersprüchlichen Interpretationen des Machtwechsels beruhen weitgehend darauf, daß es in der Nacht vom 14. auf den 15. November 1980 eigentlich zwei Putsche gab. Nachdem am 14.11.1980 ab etwa 21 Uhr Panzer in Bissau auffuhren und Schüsse fielen, verkündete das Radio zunächst nur, das „Kommando 14. November" habe die Macht übernommen und „unseren Boden endgültig befreit". Kurz nach Mitternacht gab es im Radio eine erste Erklärung des Putsches, die den demokratischen Kräften den Schrecken in die Glieder fahren ließ: Rafael Barbosa hielt eine sehr emotions geladene Rede, die eine rassistische antikapverdianische Hetze und die Ankündigung eines neuen nationalistischen Weges beinhaltete, und zwar ohne die obligate Berufung auf Amilcar Cabral oder die PAIGC. (1)

Barbosa, ein Befreiungskämpfer der ersten Stunde und früheres Mitglied des Zentralkomitees der PAIGC, war 1962 von den Portugiesen verhaftet worden und in der Gefangenschaft durch die portugiesische Geheimpolizei PIDE politisch umgedereht worden. Nachweislich war er 1973 an der Ermordung Amilcar Cabrals beteiligt; er wurde dafür zum Tode verurteilt, doch die Hinrichtung konnte auf den Druck der Bevölkerung hin nicht vollstreckt werden. Barbosa ist Vorsitzender der UPANG, der „Patriotischen anti-neokolonialistischen Union von Guinea-Bissau", die u.a. eine Partnerorganisation der angolanischen UNITA ist und die reaktionären Kräfte des Bürgertums repräsentiert. Barbosa hat besonders in der Hauptstadt Bissau, wo die PAIGC weder während des Befreiungskampfes noch nach Ausrufung der Unabhängigkeit richtig Fuß fassen konnte, viele Anhänger.

Die Rede Barbosas wurde jedoch nach einigen Minuten sehr abrupt unterbrochen. Mehr als zwei Stunden vergingen, bis die nächste Meldung kam: General João Bernardo Vieira, unter dem Namen „Nino" als Befreiungskämpfer in der Bevölkerung sehr populär, nennt die vorangegangene Rede Barbosas einen „Lapsus", ruft die Bevölkerung zur Ruhe auf und versichert die Befolgung der Linie Amilcar Cabrals und der Beschlüsse der PAIGC sowie insbesondere das Streben nach Einheit mit den Kapverden. Nino, der unter dem bisherigen Präsidenten Luis Cabral Ministerpräsident war, hat die Unterstützung des Großteils der Streitkräfte (FARP).

In den folgenden Tagen zeigten Nino und die FARP, daß sie die Situation unter Kontrolle haben. Es gab vereinzelte antikapverdianische Demonstrationen, die jedoch von den neuen Führern nicht zugelassen wurden. Die Wirren um den Putsch gaben allerdings vielen die Möglichkeit zu privaten Abrechnungen; so wurde etwa der sozialistisch orientierte Planungsminister Vasco Cabral, der nicht in Opposition zu Nino steht, bei einem Mordanschlag schwer verletzt. Die neuen Machthaber kündigten daher an, daß Plünderung und Selbstjustiz hart bestraft würden. Es wurde bekanntgegeben, daß der Putsch zwei prominente Todesopfer gefordert hatte: Sicherheitschef Antonio Buscardini und PAIGC-Führer Otto Schacht (beide im übrigen keine Europäer, sondern Guineer aus der ehemaligen Hauptstadt Bolama). Außerdem wurde die internationale Presse zu Massengräbern geführt; entgegen jeder Wahrscheinlichkeit wurde behauptet, daß Luis Cabral diese Massaker habe verüben lassen und nicht einmal Nino als Ministerpräsident davon gewußt habe. – Eine weitere Maßnahme war, daß die Tore der Gefängnisse anscheinend recht wahllos geöffnet wurden, so daß in den folgenden Wochen ein signifikantes Ansteigen der Einbrüche registriert wurde.

Gleich am 15.11. wurde das erste Gesetz nach dem Putsch erlassen, worin erklärt wurde, Luis Cabral sei abgesetzt, Staatsrat, Nationale Volksversammlung (das Parlament) und der Ministerrat (die Regierung) seien aufgelöst; ein neu ernannter Revolutionsrat, dem beinahe nur Militärs angehören, übernehme alle diese Funktionen. Eine Woche später wurde die Übergangsregierung vorgestellt; die meisten Kommissare (Minister) gehörten auch der vorherigen Regierung an, unter ihnen der verletzte und im Ausland befindliche Vasco Cabral; nur fünf Minister schieden aus.

Darstellung des Putsches durch den Revolutionsrat

Die Erklärung des Staatsstreiches durch die neuen Machthaber geschah verhältnismäßig oberflächlich. Anlaß des Putsches war eindeutig die Verabschiedung einer neuen Verfassung am 10.11.1980, die dem Präsidenten Luis Cabral entsprechend dem französischen Präsidialsystem weitere Machtbefugnisse eingeräumt und die des Ministerpräsidenten Nino beschnitten hätte. Dies war nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte; Luis Cabral wurde insgesamt eine undemokratische Politik vorgeworfen, die alle Möglichkeiten der Diskussion und der Beteiligung sowie des Dialogs blockierte; deshalb hätte es auch für demokratische Kräfte keine Alternative zum Putsch gegeben. Des weiteren warf man Luis Cabral vor, Geld für unsinnige Prestigeprojekte verschleudert und sich bereichert zu haben. Diese Fehler, die eine Abweichung von der Parteilinie und eine Entstellung des Prinzips der Einheit mit den Kapverden beinhalten, äußerten sich in der sich verschlechternden sozio-ökonomischen Situation Guinea-Bissaus.

Nino gibt an, die jungen Offiziere der FARP hätten ihn zum Staatsstreich gedrängt; er hatte es satt, nur ein Werkzeug und Lautsprecher von Luis Cabral zu sein, während dieser ihm – dem Ministerpräsidenten – nicht den geringsten Einblick in die Bereiche Armee, Polizei und Außenpolitik habe gewähren wollen. Er habe den Staatsstreich erst für den 16.11. geplant, aber aufgrund eines Verrats sei er zum vorzeitigen Handeln gezwungen worden (Jeune Afrique 17.12.1980).

Bisher sind die Gründe für die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage des Landes der Öffentlichkeit noch nicht näher durch den Revolutionsrat erklärt worden, als daß man sie pauschal dem Machthunger und den Fehlern des bisherigen Staatsführers in die Schuhe schob. Desweiteren hat der Revolutionsrat der Bevölkerung noch nicht erklärt, was es bedeutet, daß der an der Ermordung Amilcar Cabrals beteiligte Barbosa als Führer einer reaktionären Bewegung im Radio eine Hetzrede halten konnte und am 27.12.1980 schließlich freigelassen wurde (Le Monde 31.12.1980). – Zum besseren Verständnis der Einschätzung der jüngsten Ereignisse seien die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen der Republik Guinea-Bissau beschrieben.

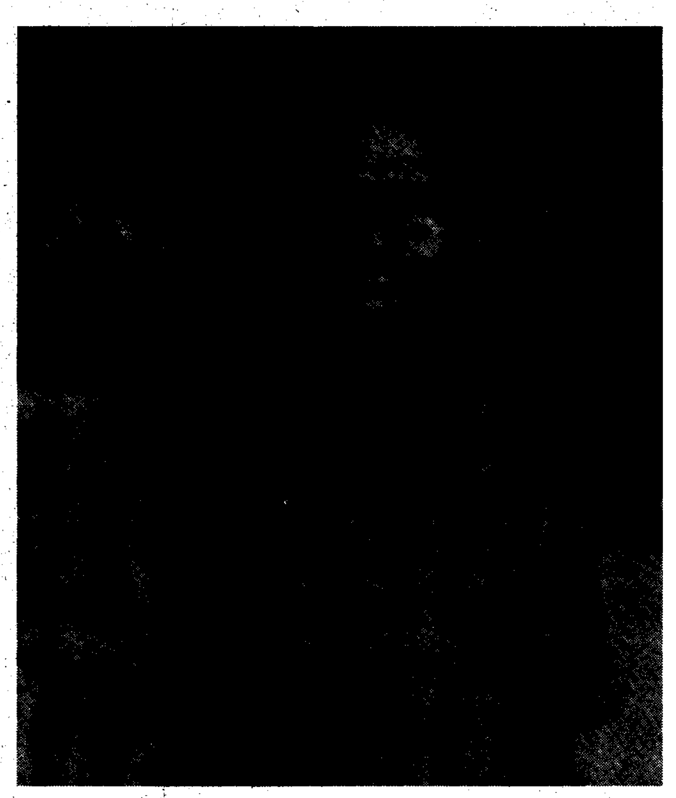
2. WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG GUINEA-BISSAUS

Geschichte der Kolonialherrschaft und des Befreiungskampfes

Die Republik Guinea-Bissau wurde im September 1973, nach 10 Jahren bewaffneten Befreiungskampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus, proklamiert. Zu diesem Zeitpunkt waren schon etwa 2/3 des Territoriums der ehemaligen Kolonie an der Westküste Afrikas (zwischen Senegal und Guinea-Conakry) befreit. Unter Führung der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverden) hatte der Wiederaufbau des zerstörten Landes begonnen. Schulen, kleine Krankenhäuser und Volksläden wurden errichtet.

Portugal, das im 15. Jahrhundert in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln seine ersten Handelsposten in Afrika errichtete und bald zum Sklavenhandel überging, war stets auf den Widerstand der einheimischen Bevölkerung gestoßen. Erst 1935, rund 10 Jahre nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Portugal, gelang es den Kolonialherren, das Land ansatzweise zu „befrieden". Sie drangen jedoch nicht sehr weit ins Inland vor. Die portugiesische Kolonialherrschaft in Guinea unterschied sich wesentlich von der anderer Kolonialmächte in Afrika: Portugal, selbst eines der ärmsten Länder Westeuropas und in starker Abhängigkeit von Großbritannien und anderen westeuropäischen Staaten, war kaum in der Lage , größere Investitionen in seinen Kolonien zu tätigen. Ferner war Guinea im Vergleich zu den an Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Entwicklungspotential reichen Kolonien Angola und Mozambique, wirtschaftlich relativ uninteressant. Die portugiesische Kolonialherrschaft in Guinea veränderte die traditionellen Produktionsweisen nur sehr geringfügig; sie ließ den Bauern, im Gegensatz zur Praxis anderer Kolonialmächte in Afrika, ihren Boden, und verzichtete auf eine europäische Siedlungspolitik größeren Ausmaßes. Gleichzeitig unterwarf sie jedoch die traditionellen Gesellschaften, in dem sie das Land mit einem Handelssystem überzog, das sich den ohnehin schon geringen Surplus der Bauern aneignete. Die traditionelle vorkapitalistische Subsistenzwirtschaft wurde von einem schwach entwickelten Handelskapitalismus unterworfen. Das portugiesische Kolonialsystem war im Wesentlichen durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. der Monopolisierung des Handels (Binnen- und Außenhandel),
2. der Durchsetzung des Zwangsanbaus von Erdnüssen durch die Bauern, die ihre Produkte zu den von den Portugiesen festgesetzten Preisen verkaufen mußten.
3. der Auferlegung und Durchsetzung eines Steursystems auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.



Juão Bernardo Vieirea

Zur Aufrechterhaltung dieses Systems mußten die Portugiesen einen starken Verwaltungs-, Justiz- und repressiven Ordnungsstaat unterhalten, der fast ausschließlich von Weißen besetzt war. Außerdem setzten sie, wie im gesamten Kolonialreich, Kapverdianer als Statthalter ein.

Der Widerstand der Guineer gegen dieses System flammte ab 1956, nach der Gründung der PAIGC, wieder auf. Diese mußte bald erkennen, aß sie mit friedlichen Mitteln alleine die nationale Befreiung nicht erreichen konnte. Nachdem 1959 die portugiesische Polizei auf streikende Hafenarbeiter schoß, entschloß sich die PAIGC 1963 nach vier Jahren sorgfältiger Vorbereitung, den bewaffneten Befreiungskampf anzutreten. Einer der blutigsten Kolonialkriege begann. Der portugiesische Kolonialismus, der von der NATO unterstützt wurde, die ihre Interessen in Afrika bedroht sah und angesichts der explosiven Lage im südlichen Afrika keinen Präzedenzfall schaffen wollte, konnte sich trotz der Ermordung des Generalsekretärs der PAIGC, Amilcar Cabral, im Jahre 1973 in Conakry, nicht an der Macht halten. Nach der Revolution des 25. April 1974 in Portugal mußte dieses Land im September des gleichen Jahres de jure die Unabhängigkeit der Republik Guinea-Bissau anerkennen.

Ausgangsbedingungen des nationalen Wiederaufbaus

Die wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen des jungen Staates waren äußerst schlecht. Zunächst einmal mußte versucht werden, die katastrophalen Folgen des Kolonialkrieges zumindest ansatzweise zu beseitigen. Ein

Großteil des landwirtschaftlichen Produktionspotentials war durch die ständigen Bombardierungen zerstört worden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ging ebenso wie die Reisproduktion um etwa 70 % zwischen 1953 und 1972 zurück. Die Importe an Reis, dem Grundnahrungsmittel der Bevölkerung, waren ständig angestiegen. Zahlreiche Schulen und Krankenhäuser in den befreiten Gebieten waren zerstört. Viele Dörfer aufgegeben, der Viehbestand erheblich dezimiert. Die Anzahl der wiederanzusiedelnden Flüchtlinge, die langsam aus dem Senegal, aus Gambia und aus Guinea-Conakry zurückkehrten, wurde auf 150.000 geschätzt.
Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen zu Beginn der nationalen Unabhängigkeit lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen:

1) **Abwesenheit von Basisinfrastrukturen**, der portugiesische Kolonialismus, der vor allem in den letzten Jahren hauptsächlich in militärischen Bereichen investiert hatte, hinterließ das Land ohne ein ausgebautes Straßennetz, ein entwickeltes Transportsystem, ein effektives Kommunikationsnetz und ohne eine ausreichende Energie- und Wasserversorgung. Daneben ist auf die unterentwickelten sozialen Infrastrukturen, insbesondere in den Bereichen der Gesundheit und Erziehung, hinzuweisen.

2) **Mangelnde Ausnutzung natürlicher Ressourcen**: die in Guinea-Bissau vorhandenen natürlichen Reichtümer wurden während de Kolonialzeit kaum erschlossen. Dies gilt sowohl für die Bodenschätze Bauxit, Phosphor und evtl. Erdöl, als auch für das große landwirtschaftliche Entwicklungspotential (Guinea-Bissau könnte einmal eine der Reiskammern West-Afrikas werden), die Ressourcen an Holz und Wasser und den großen Fischreichtum.

3) **Subsistenzwirtschaft – Abwesenheit moderner Produktionsstrukturen in Industrie und Landwirtschaft**: 90 % der Bevölkerung Guinea-Bissau's leben nach wie vor in der Landwirtschaft, die durch ein äußerst schwach entwickeltes Niveau der Produktivkräfte, niedrige Hektarerträge, eine totale Abhängigkeit von den Niederschlägen, einen geringen Monetarisierungsgrad und geringe Kenntnisse der Entwicklungsmöglichkeiten dieses Sektors gekennzeichnet ist. Nur etwa 8 % der Gesamtfläche Guinea-Bissau's, das mit etwa 36.125 km^2 so groß wie Baden-Württemberg ist, werden ackerbaulich genutzt. Man schätzt, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche vervier- bis verfünffacht werden könnte.
Ein moderner Industriesektor ist nahezu inexistent. Die wenigen „Industrien", die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit existierten, waren Handwerksbetriebe mit einem niedrigen Technologieniveau und ungelernten Arbeitskräften. Der Beitrag des Industriesektors zum Bruttoinlandsprodukt lag 1970 bei nur etwa 0,5 % –. Die einzige moderne industrielle Produktionseinheit, die die Portugiesen hinterließen, war eine Bier- und Limonadenfabrik, die die Bedürfnisse der Kolonialtruppe befriedigen sollte.

4) **Analphabetismus und Mangel an Fachkräften**: der Kolonialismus hinterließ 90 % der Bevölkerung als Analphabeten. Erst in den letzten Jahren ihrer Herrschaft hatten die Portugiesen, unter dem Druck der Ausbildungserfolge der PAIGC in den befreiten Gebieten, Teilen der einheimischen Bevölkerung eine Ausbildung ermöglicht, die jedoch eher der Herausbildung einer lokalen Elite diente, die mit den Kolonialherren zusammenarbeiten sollte, als einer breiten Ausbildung der einheimischen Bevölkerung. – Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit stand die PAIGC vor dem großen Problem, den Staatsapparat mit den wenigen, zum größten Teil im Ausland ausgebildeten Fachkräften zu besetzen, ohne dabei die wichtige politische Aufgabe des Aufbaus und der Konsolidierung der Partei zu vernachlässigen. Der Mangel an eigenen Fachkräften und die angestrebte Politik der Wiederherstellung der nationalen Einheit führte dazu, daß Teile des alten Verwaltungsapparates übernommen wurden.

5) **Außenhandelsabhängigkeit**: der Außenhandel der ehemaligen Kolonie war zum Zeitpunkt der politischen Unabhängigkeit äußerst defizitär und einseitig auf die Metropole Portugal ausgerichtet. 1974 lag der Deckungsgrad der Importe durch die Exporte bei nur 6,8 %. Die Außenhandelsabhängigkeit wurde von einer starken Abhängigkeit der Finanzwirtschaft von der Metropole begleitet.

Entwicklungsstrategie und allgemeine Wirtschaftspolitik
Die Grundlagen der Wirtschaftspolitik des unabhängigen Guinea-Bissaus wurden erstmalig schon 1956 im Programm der PAIGC festgelegt. Neben der Eliminierung aller kolonialen und imperialistischen Wirtschaftsbeziehungen wurde u.a. eine Planung und harmonische Entwicklung der Wirtschaft, eine Modernisierung der Landwirtschaft und der Industrie, sowie die Schaffung eines neuen Fiskalsystems gefordert (s.a.: Programm der PAIGC in: Komitee Südliches Afrika Heidelberg, 1972: Nationale Befreiung, der Kampf in Guinea-Bissau).
Diese zunächst noch sehr allgemeinen wirtschaftspolitischen Forderungen mußten nach der vollständigen Erringung der politischen Unabhängigkeit für die Phase des nationalen Wiederaufbaus konkretisiert werden. Dies geschah vor allem 1977 beim III. Kongreß der PAIGC, der u.a. als wichtigste Ziele der Wirtschaftspolitik des neuen Staates die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Grundbedarfsgütern, die Schaffung von Infrastrukturen im Gesundheits-, Erziehungs-, Kommunikations- und Transportwesen, die Ausbildung einheimischer Fachkräfte, die Erhöhung der Produktion, die Abschaffung der Arbeitslosigkeit und den Ausgleich der defizitären Handelsbilanz festlegte. Diese Ziele sollen durch eine zunehmende Koordinierung und Planung der wirtschaftlichen Aktivitäten und eine Dzentralisierung der staatlichen Politik erreicht werden. – Der Kongreß erlaubte ferner eine Klärung des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft: im anfänglichen Entwicklungsstadium soll die Landwirtschaft als Basis und die Industrie als Dynamisator ihrer Entwicklung fungieren. – Neben diesen allgemeinen wirtschaftspolitischen Direktiven beschloß der Kongreß Maßnahmen sektoraler Wirtschaftspolitik in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Industrie, Handel und Transportwesen. – Bezüglich der Auslandshilfe wurde festgestellt: „Die Außenhilfe soll das Komplement einer Dynamik sein, die den Notwendigkeiten einer unabhängigen internen Entwicklung entspricht... unsere Kapazität der Assimilation und Integration der Auslandshilfe in den Entwicklungsprozeß unserer Gesellschaft muß erhöht werden" (s.a. Pereira, A.; 1978; Relatorio do C.S.L. ao III. Congresso do PAIGC; Bissau, S. 61).

Bisher Erreichtes und einige wichtige Entwicklungsprobleme
Im Folgenden soll eine kurze Bilanz des bisher Erreichten in den wichtigsten Sektoren des gesellschaftlichen Lebens gezogen werden.

Landwirtschaft
Die landwirtschaftliche Produktion konnte seit der Unabhängigkeit erhöht werden. Sie hat den Vorkriegsstand jedoch noch nicht erreicht und erlitt in den letzten Jahren aufgrund mangelnder Niederschläge – das Land liegt am Rande der sich ausbreitenden Sahelzone – deutliche Rückschläge. Diese Tatsache, gekoppelt mit der ständig steigenden Bevölkerungszahl, bedingt die Notwendigkeit von Nahrungsmittelimporten, vor allem für die Städte.
Der Staat war bisher aufgrund mangelnder finanzieller Mittel und Fachkräftemangels noch nicht in der Lage, allen Bauern die ihnen versprochene Unterstützung zu gewährleisten. Obwohl große Anstrengungen unternommen wurden, konnten nur Teile des Landes von ländlichen Entwicklungsprojekten abgedeckt werden. Die Entwicklungsprogramme und -projekte orientieren sich zunehmend auf eine integrierte länliche Entwicklung. Beabsichtigt wird vor allem die Förderung der Kleinbauernfamilien, allerdings nicht individuell, sondern kollektiv über die gewählten Dorfkomitees. – Diese Entwicklung soll durch Staatsgüter unterstützt werden, die vor allem Demonstrations- und Ausbildungsfunktionen übernehmen sollen. Die Staatsgüter befinden sich z.Z. aufgrund mangelnder Leitung, Planung und finanzieller Unterstützung in einem katastrophalen Zustand und sollen konsolidiert werden. – Ländliche Genossenschaften werden angestrebt, sind aber bisher noch nahezu inexistent.

Industrie
Seit der Unabhängigkeit ist eine Vielzahl neuer Industriebetriebe, insbesondere in den Bereichen der Agro-Industrie (Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe) und der Konsumgüterindustrie entstanden. Diese Betriebe befinden sich z.Z. jedoch in großen Schwierigkeiten und arbeiten mit einer durchschnittlichen Kapazitätsauslastung von rund 35 %. Es fehlt vor allem an ausgebildeten Fachkräften, Rohstoffen, Ersatzteilen, notwendigen industriellen Infrastrukturen und Organisationserfahrungen. In den nächsten zwei Jahren dürfte der Konsolidierung der bestehenden Industrien Vorrang vor dem Aufbau neuer gegeben werden.
Ein wesentliches Problem der bisherigen Industriepolitik ist die Tatsache, daß nahezu noch keine Produktionsmittel, insbesondere für die Landwirtschaft, im Lande produziert werden. Auch die bestehende Konsumgüterindustrie scheint mehr auf die Bedürfnisse der städtischen anstatt der Landbevölkerung ausgerichtet zu sein.
Entscheidende Voraussetzungen für die Förderung der Agrarproduktion, wie sie von der PAIGC gefordert werden, sind die Herstellung von Produktionsmitteln (vor allem einfachen Arbeitsgeräten für die Landwirtschaft), sowie die von Konsumgütern, die den Bauern einen Anreiz bieten sollen, mehr zu produzieren und mit den Verkaufserlösen diese Konsumgüter zu kaufen.

Fischereiwesen
Guinea-Bissau verfügt über äußerst reiche Fischgründe. In den letzten Jahren wurden große Investitionen in diesem Bereich getätigt, vor allem mit dem Ziel, die defizitäre Außenhandelsbilanz zu verbessern. Auch die Versorgung des Inlandsmarktes mit Fisch konnte verbessert werden, jedoch bleibt in diesem Bereich noch viel zu tun.
Ein wichtiges Problem der Fischereiwirtschaft Guinea-Bissau's ist die effektive Kontrolle der Fischgründe und die Verhinderung ihrer hemmungslosen Ausbeutung durch ausländische Piratenfischer. Zu diesem Zweck wurden mehrere gemischte Fischereigesellschaften gegründet, die Guinea-Bissau einerseits in den Genuß ausländischer technischer Hilfe kommen lassen sollen und andererseits die notwendige Kontrolle erlauben.

Infrastrukturen
Wichtigster Posten in den Staatsausgaben sind z.Z. die Infrastrukturinvestitionen, besonders in den Bereichen des Straßen- und Flußtransportes, der Energiewirtschaft, des Telekommunikationswesens und der ländlichen Wasserversorgung. In den nächsten fünf Jahren dürfte es gelingen, Teile des Landes, die bisher nahezu vollständig von der Außenwelt abgeschlossen waren (vor allem der Süden des Landes und die Grenzregionen mit Guinea-Conakry und Senegal) besser zu erschließen. Obwohl die Finanzierung der notwendigen Investitionen weitgehend im Rahmen der Auslandshilfe sichergestellt ist, wird sich der Staat bald mit den hohen Funktionskosten dieser Infrastrukturen konfrontiert sehen. Als Beispiel seien nur die jährlichen Kosten des Energienetzes genannt (vor allem Erdölimporte), die nahezu sämtliche Devisenerlöse der derzeitigen Exporte verbrauchen dürften.

Erziehungs- und Gesundheitswesen
Die Situation im Erziehungs- und Gesundheitswesen hat sich seit der Unabhängigkeit erheblich verbessert. Die Erfolge in diesen Bereichen dürften bei der Bevölkerung wohl am meisten zu Buche schlagen. Trotzdem ist darauf hinzuweisen, daß hier, wie in anderen Bereichen auch, die



Gesundheitsdienst auf dem Lande

Entwicklungsbemühungen bisher noch zu sehr auf die Hauptstadt Bissau konzentriert sind. Ferner ergeben sich zunehmend Probleme der Finanzierung der Funktionskosten des sich ausdehnenden Gesundheits- und Erziehungswesens (Bezahlung von Lehrern und Krankenpflegern durchn den Staatshaushalt, Finanzierung von Schulmaterial und Medikamenten).

Außenhandel
Auch die Situation des Außenhandels konnte wesentlich verbessert werden. Der Gesamtwert der Exporte wurde von 1974 bis 1978 versechsfacht. Wichtigstes Exportprodukt ist nach wie vor die Erdnuß, die zunehmend in verarbeiteter Form exportiert wird. Weitere wichtige Exportartikel sind Palmkerne und Fischereiprodukte. Letztere gewinnen zunehmend an Bedeutung und tragen wesentlich zur gewünschten Diversifizierung der Exportstruktur bei. – Die Importe nahmen im gleichen Zeitraum um etwa 70 % zu. Der Deckungsgrad der Importe durch die Exporte konnte somit von 8 % im Jahre 1974 auf rund 35 % im Jahre 1977 gesteigert werden. 1978 nahm er vor allem wegen der vorausgegangenen Trockenheit wieder ab (24,5 %). – Trotz deutlicher Verbesserungen ist die Außenhandelssituation nach wie vor prekär.

Inflation, Löhne und Versorgungslage

Die Verbraucherpreise sind in den letzten Jahren enorm angestiegen und haben somit die durch die nach der Unabhängigkeit verfügte Erhöhung der Minimallöhne erreichte Zunahme der Kaufkraft wieder rückgängig gemacht. Nach offiziellen Angaben stieg der Preisindex von 100 im Jahre 1977 auf 201 im ersten Quartal 1979. Die hohe Inflationsrate, die vor allem die städtische Bevölkerung trifft, verdeutlicht die Abhängigkeit des Landes von Konsumgüterimporten. Die starke Zunahme der Verbraucherpreise seit 1974 und die Tatsache, daß die Löhne im gleichen Zeitraum weitgehend konstant blieben, bilden die Grundlage sozialer Spannungen. – Die Versorgungslage des Landes ist nach wie vor prekär, auch wenn sich schon einige Verbesserungen andeuten.
Weitere Probleme des nationalen Wiederaufbaus lassen sich aus einer Untersuchung der Staatsausgaben ablesen.

Relativ geringe Investitionen in produktiven Sektoren

Guinea-Bissau befindet sich z.Z. in einer Phase der Schaffung der notwendigen Infrastrukturen für die Entwicklung der Produktion. 30 bis 40 % aller Ausgaben im Rahmen des Investitionshaushaltes sind zu diesem Zweck bestimmt. Die Investitionen im produktiven Sektor haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen und dürften langsam die Größenordnung der Infrastrukturinvestitionen erreichen. – Innerhalb der produktiven Investitionen fällt das geringe Gewicht der Landwirtschaft auf, die, trotz erklärter Priorität in der Wirtschaftspolitik der Regierung 1979 mit nur 6,1 % an den gesamten Investitionen beteiligt war (1978: 10,5 %). Dagegen lagen die Investitionen im Industriesektor und der Fischreiwirtschaft mit 13,2 % und 21,4 % im Jahre 1979 deutlich höher. Das geringe Gewicht der Landwirtschaft läßt sich u.a. aus der Tatsache erklären, daß das Ministerium für ländliche Entwicklung heute noch zu wenig Fachkräfte besitzt, um in allen Regionen des Landes intervenieren zu können.

Starke räumliche Konzentration der Investitionen in der Hauptstadt

Allein im Jahre 1979 wurden nahezu 56 % aller Investitionen in Bissau getätigt, während der Anteil der Bevölkerung der Hauptstadt an der Gesamtbevölkerung bei nur 14 % liegt. Die regionalen Ungleichgewichte sind der PAIGC und der Regierung durchaus bewußt. Seit 1978 wurden mehrere Initiativen zur Dezentralisierung des Verwaltungsapparates, insbesondere in den Bereichen der ländlichen Entwicklung und der Regionalplanung ergriffen, die jedoch noch in den Anfängen stecken.

Schwierige finanzielle Lage und Auslandsabhängigkeit

Fast sämtliche größeren Entwicklungsprogramme und -projekte werden zu etwa 90 % vom Ausland finanziert, da Guinea-Bissau z.Z. noch nicht über eigene Akkumulationsmittel verfügt. Die hohe Auslandsfinanzierung beweist einerseits das große Prestige, das die PAIGC und die Regierung des jungen Nationalstaates in aller Welt besitzt, andererseits ist aber festzustellen, daß die politische Unabhängigkeit des Staates zwar erreicht wurde, die wirtschaftliche jedoch noch zu erkämpfen bleibt. Die Auslandsfinanzierung erfolgt zu etwa 3/4 im Rahmen bilateraler und zu einem Viertel im Rahmen multilateraler Programme. Wichtigste Geberländer und -Institutionen sind die EG, Holland, Schweden, die Sowjetunion, die DDR, die USA und Portugal.

3. DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Herausbildung von Klassenverhältnissen

Aufgrund der Unterentwicklung der Produktivkräfte und des Handels waren zur Zeit der Unabhängigkeit soziale Klassen relativ wenig ausgeprägt. Einheimische Kapitalisten gab es praktisch nicht, und unter den Händlern gab es einige sehr reiche Familien und – besonders in den Städten, ganz besonders in dem von den Portugiesen bis zuletzt gehaltenen Bissau – eine Schicht von Kleinhändlern, die kleinbürgerliche ökonomische Interessen vertreten. Da nach der Unabhängigkeit der Staat den Industrie- und Handelssektor beherrschte, und diese bürgerlichen Schichten kaum in der staatstragenden PAIGC vertreten waren, konnten sie ihre Position bisher nicht wesentlich stärken; allerdings wurde sie auch nicht durch die Politik der PAIGC wesentlich geschwächt.
Die Bauern, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen, sind als soziale Gruppe nicht organisiert. In den Gebieten ani-

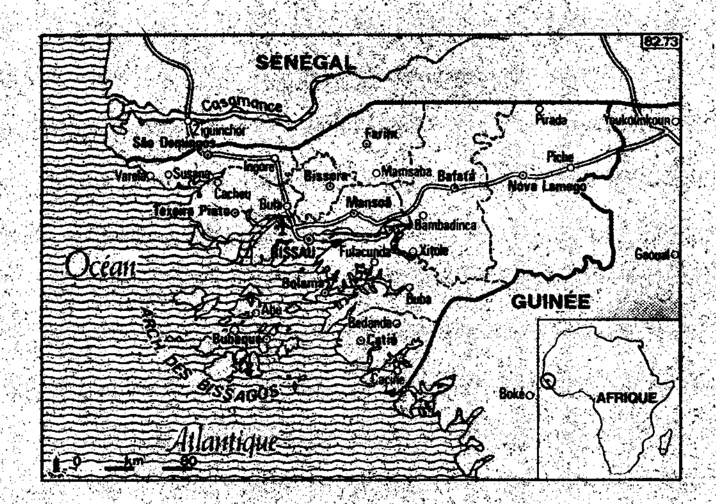
---

Guinea-Bissau: einige statistische Informationen

1. Fläche 36.125 km^2 (wie Baden-Württemberg)
2. Bevölkerung (1979): 777.214 Einwohner
3. Bevölkerungsdichte (1979): 22,0 Einw./km^2
4. Jährliche Bevölkerungswachstumsrate: etwa 1,4 %
5. Hauptstadt Bissau (gleichzeitig wichtigstes Wirtschaftszentrum und größter Hafen)
6. Erwerbstätige: 450.000
   davon: Primärsektor: 87,8 %
   Sekundärsektor: 3,2 %
   Tertiärsektor: 9,0 %
7. Bruttoinlandsprodukt/Kopf (1977): 170 US Dollar
8. Außenhandel (1978)
   Exporte (Millionen US-Dollar) 12,6
   Importe (Millionen US-Dollar) 51,5
9. Landwirtschaft (Schätzungen 1977/78)

9.1 Pflanzenproduktion		
Naßreis	107.000 ha	74.900 to
Erdnuß	60.000 ha	36.000 to
Maniok + andere Knollenpfl.	15.000 ha	51.500 to
Ölpalme	135.000 ha	162.000 to
Andere Getreide (Regenfeldanbau)	105.000 ha	63.000 t0

9.2 Tierbestand	
Rindvieh	153.500
Ziegen + Schafe	132.900
Schweine	66.600
Geflügel	335.400



mistischer Religionen fanden die Freiheitskämpfer der PAIGC bei den Bauern Unterstützung im Kampf gegen die portugiesische Unterdrückung; bei der islamischen Bevölkerung, die eine hierarchische Gesellschaftsstruktur hat, gelang ihnen das weniger. Die PAIGC hat ihre Organisationsstrukturen nach der Unabhängigkeit nicht lebendig weitergestalten können. Innerhalb der Landbevölkerung ist eine soziale Differenzierung bisher wenig ausgeprägt, wenn auch unter den islamisierten Völkern Ansätze der Klassenbildung erkennbar sind.
Die Arbeiterschaft, die 3 bis 4 % der erwerbstätigen Bevölkerung stellt, ist nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern ebenfalls politisch kaum organisiert. Für die Gewerkschaft UNTG gilt, wie für alle Massenorganisationen der PAIGC, daß sie keine praktische Bedeutung und kein politisches Gewicht hat, da die PAIGC es seit der Befreiung nicht geschafft hat, sich von einer Befreiungsbewegung in eine Partei umzuwandeln, um über Partei und Massenorganisationen eine wirkliche Mobilisierung der Bevölkerung für die erklärten politischen Ziele zu erreichen und damit auch eine Front gegenüber der emporkommenden Bourgeoisie zu bilden.

Das politische Kräfteverhältnis
Trotzdem ist die PAIGC auch heute noch die stärkste politische Kraft im Lande. Ihre Stütze sind die Befreiungskämpfer, die keine privaten ökonomischen Zielsetzungen verfolgen und den politischen Zielen des Befreiungskampfes treu geblieben sind, wie dies auch in den Beschlüssen des III. Parteikongresses zum Ausdruck kam. Besonders die jungen Offiziere in der FARP, die Nino zum Putsch drängten, dürften diese Richtung repräsentieren. Unter den ehemaligen Befreiungskämpfern und den neuen Kadern in den Behörden ist jedoch auch eine entgegengesetzte Richtung unverkennbar: die Verlockung zum Machtmißbrauch. Viele alte Kämpfer sind der jahrelangen Entbehrungen und Vertröstungen müde und beanspruchen nun endlich die Früchte ihres Einsatzes. Und die jungen Kader, vielfach im Ausland ausgebildet, wollen nicht auf die Inanspruchnahme vieler Privilegien – die angesichts der großen Armut im Lande überhaupt nicht mit Luxus gleichzusetzen sein müssen – verzichten. So ergeben sich in Armee und Verwaltung auch Verbürgerlichungstendenzen, die allerdings von der Entwicklung der alteingesessenen Bourgeoisie getrennt werden sollten, da letztere aufgrund eigener ökonomischer Interessen klare wirtschaftspolitische Vorstellungen vertritt. Es stellt sich für eine politische Analyse damit nicht nur die Frage nach dem Aufkommen bourgeoiser Kräfte, sondern auch nach einer Vereinigung beider Gruppen; denn die politischen Ziele der „verbürgerlichenden Kader" dürften im Gegensatz zu denen der etablierten Bourgeoisie äußerst heterogen sein.
Die schlechte Versorgungslage und die sinkenden Reallöhne haben wohl noch eine weitere politische Kraft mobilisiert: die wenig verdienenden Stadtbewohner, Lohnabhängige wie Kleingewerbetreibende. Ihre Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem stellte sich ihnen jedoch nicht als Klassenfrage, sondern die reaktionären Kreise um Barbosa konnten die Probleme als Rassenfrage darstellen: obwohl es sowohl unter den Guineern als auch unter den guineischen Kapverdianern sowohl Reiche als auch Arme gibt, wurde den hellhäutigen Kapverdianern, die häufig schon seit Generationen in Guinea leben, die Schuld an der Krise zugeschoben. Diese Ressentiments dürften auf ihrer traditionell starken Stellung in Handel und Verwaltung Guineas, wie die Portugiesen es gefördert hatten, beruhen. Gleichzeitig allerdings hatte die Privilegierung der Kapverdianer in der Ausbildung auch zur Folge, daß diese

in der Befreiungsbewegung (eben gerade gemeinsam mit den Guineern gegen die Portugiesen) eine führende Stellung eingenommen hatten – Amilcar Cabral, in Guinea-Bissau geboren, und sein Halbbruder Luis Cabral sind beispielsweise Kapverdianer.

Der Putsch: keine wesentliche Änderung, aber Warnsignal
Der Putsch hat an der Oberfläche bisher keine wesentliche Veränderung gebracht, aber er könnte der Anfang größerer Umwälzungen sein. Die Geschehnisse um Barbosa zeigten bereits, daß die etablierte Kleinbourgeoisie ihre Position festigen konnte. In die gleiche Richtung deutet die Affäre um die entdeckten Massengräber: so sehr Hinrichtungen abzulehnen sind, so wurde trotzdem nie darauf hingewiesen, daß die Opfer Personen waren, die meist aufgrund von Kollaboration mit den Portugiesen zum Tode verurteilt worden waren.
Die tiefgreifenden Differenzen der politischen Kräfte spiegeln sich auch weiterhin in der Übergangsregierung wieder: z.B. hinsichtlich der Wirtschaftspolitik gibt es einerseits die Vertreter einer Integration in die kapitalistische Wirtschaftsordnung und der Zusammenarbeit mit Internationalem Währungsfonds und Weltbank, also eines kapitalistischen Entwicklungsweges, und andererseits die Vertreter des nichtkapitalistischen Weges mit Anlehnung an die sozialistischen Länder.
Es bleibt noch die Frage nach dem ausländischen Einfluß bei den Geschehnissen des 14.11.1980. Die Motive stellen sich ja bisher als weitestgehend innenpolitisch geprägt dar. Zweierlei ist dabei anzumerken.
Die Rolle Sekou Tourés, des Präsidenten von Guinea-Conakry, ist unklar. Sekou Touré, der den Befreiungskampf der PAIGC massiv unterstützt hatte, hat vor dem Putsch gegenüber seinem kleinen nördlichen Nachbarn kräftig mit dem Säbel gerasselt, da der Grenzverlauf von der erdölhöffigen Küste stritt ist. Er hat aus seiner Antipathie gegen Luis Cabral und den Kapverdianern keinen Hehl gemacht; es wird ihm nachgesagt, daß er Guinea-Bissau am liebsten in der Hand der Guineer sähe, um es leichter annektieren zu können. Auffallend war, daß Guinea-Conakry die neue Regierung sofort nach dem Putsch anerkannte und sich seitdem mit Kriegsdrohungen zurückhält. Angesichts seiner Ausrichtung auf Frankreich in den letzten Jahren können auch französische Interessen hinter ihm stehen.
Des weiteren ist die Rolle der Großmächte zu hinterfragen. Sie traten im Zusammenhang mit dem Staatsstreich nicht in Erscheinung. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß sie ihren jeweiligen guneischen Partnern bzw. Schachfiguren zu Hilfe kommen. Insbesondere ist bekannt, daß alte kolonialistische Kräfte aus Portugal, gestützt vom westlichen Kapital, in den ehemaligen Kolonien das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen; in Guinea-Bissau setzen sie auf Barbosa und seine UPANG. Wenn eine der Ex-Kolonien fällt, so hoffen sie, so fallen auch die anderen wie Dominosteine.

Nino und der Revolutionsrat haben der Bevölkerung insbesondere spürbare Verbesserungen der Wirtschaftslage versprochen. Wie das geschehen soll, ist noch unklar, zumal die Ursachen der gegenwärtigen Misere noch nicht aufgedeckt wurden. Und zudem scheint es wenig aussichtsreich, wenn nicht bald eine klare Entscheidung in der Politik der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gefällt wird, die bis jetzt aufgrund des Patts zwischen der PAIGC und der Kleinbourgeoisie, den Vertretern eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges, noch nicht möglich ist.
Die Schwierigkeiten des Landes drücken: 1980 gab es nur 105 statt normaler 160 Tage Niederschläge. Die Reisernte 1980 /81 beträgt deswegen ca. 20.000 t. Wie kann sich Guinea-Bissau vor den Klauen des IWF retten, wenn die PAIGC nicht bald offen eine politische Analyse leistet und diskutiert? Noch sind die Befreiungskämpfer politisch stärker als die Kleinbourgeoisie.

si / ebe

1) Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverden.

Quellen:

Dieser Artikel ist Ergebnis eines Aufenthaltes in Guinea-Bissau. Zwei ausführlichere Quellen dienten zusätzlich zur Einschätzung des Putsches: 1. afrique-asie, no. 228, 8.12.80, p. 18 - 26
2. Centro de Informação e Documentação Amilcar Cabral (CIDAC): Relatorio sobre a situação actual na Guiné-Bissau, Dezembro 1980 (18 S.); zu beziehen über CIDAC, Rua Pinheiro Chagas 77/2° Esq., Lisboa 1, Portugal
Außerdem gibt es ein neueres landeskundliches Werk in portugiesischer Sprache, erschienen im April 1980: Introdução á Geografia Económica da Guiné-Bissau, hrsg. v. Centro de Documentação Amilcar Cabral, CEPEP – Caixa Postal 6 – Bissau – Rep. Guinea-Bissau.
Letztlich sei verwiesen auf die deutschsprachigen Veröffentlichungen der Amilcar-Cabral-Gesellschaft, Postfach 250106, 4630 Bochum, sowie das Buch: Amilcar Cabral: Die Revolution der Verdammten – Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau; Rotbuch 113, DM 6,–.

Zeitschriftenübersicht

ila-info Nr. 41, Dez. 1980

- ★ Chile – Risse im Machtgefüge
- ★ Nikaragua – Erste Errungenschaften
- ★ Brasilien – Arbeiterbewegung und Multis, Teil 1
- ★ Länderkurzberichte und Nachrichten zur Solidaritätsbewegung

ila-info Nr. 42, Jan. 1981

- ★ USA: Rückkehr zur Politik des „BIG STICK"
- ★ Kolumbien: Amnestie – ein Schritt zur Demokratisierung?
- ★ Peru: Gewerkschaften und die neue Regierung
- ★ Brasilien: Arbeiterbewegung und Multis – Teil 2
- ★ Die Flüchtlinge in Mittelamerika
- ★ Länderkurzberichte und Nachrichten zur Solidaritätsbewegung

Informationsstelle Lateinamerika e.V. Römerstraße 88, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228 / 65 86 13

Nicaragua Aktuell (Nr. 8)
Guatemala, Frauen in Nicaragua, Die Kinder von Rio San Juan, Ein Brief aus Nicaragua, Kultur im ersten Jahr der Revolution, El Salvador
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel, erscheint ab Febr. monatlich, Einzelpreis DM 2,–; Abo 6 Hefte DM 12,–/ 20,–.

FORUM (Nr. 37, Jan. 81)
Philippinen, Koordination – Icda Focus, Bundeskongreß, Eurozentrismus, Neuerscheinungen, Zeitschriften
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel, erscheint monatlich, Einzelpreis DM 3,–; Abo DM 36,– / Solid. Abo DM 50,–

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, erscheint 11 mal im Jahr. Einzelpreis DM 3,– ; Abo-Preis DM 35,–.

Inhalt der Nummer 89 (Januar 1981):
- – Zur aktuellen Entwicklung in El Salvador
- – Waffengeschäfte der BRD: eine deutsch-deutsche Begegnung im Beagle Kanal?
- – Bericht zur Tagung der Sozialistischen internationale in Madrid

CHILE: Universitätsgesetzgebung
Pinochets Kabinettsumbildung
Das Credo der neuen Ökonomen
BRASILIEN: Delfim kippt um
PERU: Heißer Sommer
GRENADA: Revolution in der Karibik
FUSSBALL: „Ein Volk, ein Schrei – Uruguay"
ARGENTINIEN: Zum Tod Hector Camporas
KOLUMBIEN: Interview: Die Vertreibung der Bauern von El Paso

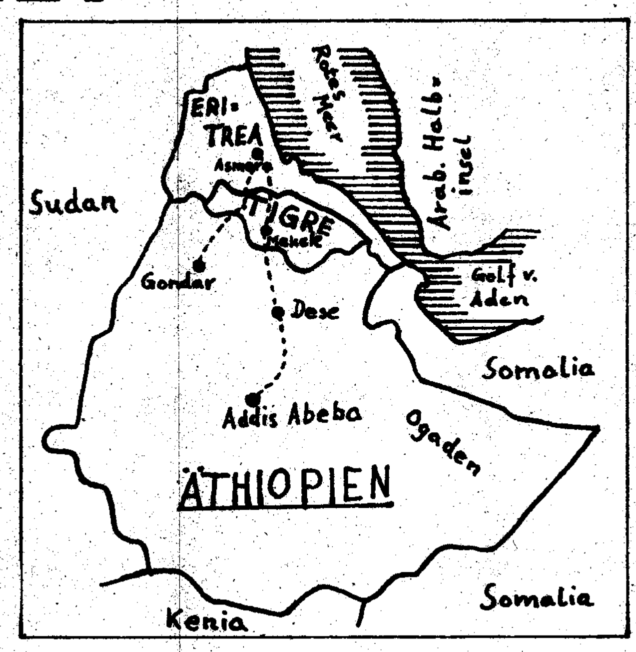
LATEINAMERIKA ANDERS, Heft 13/14, Dezember 1980
Zentralamerika – ein Vulkan im Ausbruch
Berichte über Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Bolivien: Schwachstellen des Militärregimes, Pinochets zweiter Staatsstreich, Haiti-USA
Herausgeber: LATEINAMERIKA ANDERS
Munzwardeingasse 2 (Postfach 697) A-1061 Wien,
Telefon: 56 34 68

Solidarität, neuste Ausgabe:
- – Die ideologische Offensive der Schweizer Multis (Der Versuch entwicklungspolitische Kritik zum Schweigen zu bringen)
- – Afghanistan – ein Jahr nach dem sowjetischen Einmarsch
- – Nicaragua – ein Augenschein (Reisebericht)
- – und wie immer: dossier – Schweiz – Trikont, Buchbestrechung u.v.a.

Bezug: Redaktion Solidarität, Postfach 2009, CH-4001 Basel

HORN VON AFRIKA

Nicht nur die Eritreer und die Somalis erhoben sich gegen die Zntralregierung Äthiopiens. Im Schatten der weltweit beachteten Befreiungsbewegungen dieser Völker haben sich noch andere Volksgruppen zum Widerstand formiert. So im Süden Äthiopiens die Afar und die Oromo, die für eine weitgehende Autonomie innerhalb des Vielvölkerstaates Äthiopien kämpfen.
Im Norden ist die seit Anfang der 70er Jahre bestehende Volksbefreiungsbewegung Tigrays TPLF nach dem Sturz des Kaisers Haile Selassie im Jahre 1975 zum bewaffneten Kampf übergegangen. Es war damals zu erkennen, daß die nunmehr herrschenden Militärs nicht bereit waren, den Tigrinnern und anderen Minderheiten die Freiheit zu geben. Die strategisch wichtige Lage Tigrays zwischen Eritrea und Äthiopien machte die TPLF zu einem willkommenen Verbündeten der Eritreischen Volksbefreiungsbewegung und zu einem mehr als ärgerlichen Hindernis für die militärischen Pläne der Zentralregierung Äthiopiens.



Schwere Kämpfe in Tigray

Äthiopische Großoffensive gegen die Tigray-Volksbefreiungsfront und Luftkrieg gegen die befreiten Gebiete Tigrays

Im krisen- und kriegsgeschüttelten Horn von Afrika hat sich in den vergangenen Wochen das Schwergewicht der militärischen Auseinandersetzungen in die nordäthiopische Tigray-Region verlagert. An der Kampffront in Eritrea herrscht seit den schweren äthiopischen Niederlagen von Dezember 1979 und Januar dieses Jahres gegen die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) eine gespannte Ruhe. Sie wird nur gelegentlich von Zusammenstößen zwischen Erkundungstrupps der äthiopischen Armee und mobilen Einheiten der EPLF unterbrochen. Beide Seiten in Eritrea bereiten sich indessen auf eine neue Runde schwerer Kämpfe vor. Es ist aus verschiedenen Quellen bekannt, daß die äthiopische Armee Nervengas und die schwergepanzerten MI-24 Kampfhubschrauber sowjetischer Herkunft nach Eritrea gebracht hat. Seit dem Bekanntwerden der Lagerung von Nervengas und anderen chemischen Kampfstoffen in den äthiopischen Arsenalen in den besetzten Städten Eritreas bereitet sich die EPLF so gut es nur geht, auf einen eventuellen Kampfgasangriff vor.

Berichte von unabhängigen Beobachtern deuten daraufhin, daß eine für den Frühsommer geplante Offensive der äthiopischen Zentralregierung in Eritrea durch ein Aufflammen der Kämpfe im Ogaden unterbunden werden mußte. Seitdem ist jedoch die Kampftätigkeit im Ogaden wieder abgeflaut. Allerdings waren dafür weniger Erfolge der äthiopischen und der im Ogaden stationierten kubanischen Verbände gegen die Partisanen der West-Somalischen Befreiungsfront (WSLF) verantwortlich, als eine schwere Krisis in der WSLF selbst, deren Ursachen bislang noch wenig aufgehellt sind. Berichte von Beobachtern in Somalia sprechen jedenfalls davon, daß es in den letzten Monaten zu bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der WSLF um Fragen der Führung und der Kampfziele kam.
Die Verringerung des Druckes in Ogaden ermöglichte der äthiopischen Armee, ihre Vorbereitungen für eine Offensive in Eritrea verstärkt voranzutreiben. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Offensive ist aber die Kontrolle über die Hauptverbindungsstraßen, die von Addis Abeba durch die Tigray-Region nach Eritrea führen. Wie die Erfahrungen der Jahre 1977/78 belegen, ist die Kontrolle der durch Tigray führenden Hauptstraßen nach Eritrea für den Derg (d.i. Militärregierung Äthiopiens) absolut notwendig, um seine eritreischen Positionen zu halten: Airlifts von Truppen und Material in die äthiopischen Garnisonen in Eritrea reichen nicht aus, um dem Druck der Eplf standhalten zu können. Aus diesem Grunde griff der Derg im Frühsommer 1978 vor Beginn der eigentlichen Großoffensive in Eritrea zuerst die in Tigray kämpfenden Tigray-Volksbefreiungsfront (TPLF) an, um seine rückwärtigen Verbindungslinien zu sichern. Und genau aus dem gleichen Grunde begann der Derg, die äthiopische Militärregierung, Mitte August dieses Jahres im Zuge der Vorbereitung seiner nächsten Großoffensive in Eritrea eine großangelegte Offensive in Tigray gegen die TPLF. Die Mitte August in Tigray entbrannten schweren Kämpfe dauern bis zum heutigen Datum unvermindert an.
Auf äthiopischer Seite wurden etwa 50 000 Soldaten bei dieser 6. Offensive gegen die TPLF eingesetzt. Darunter befindet sich die 18. Division, die eine Rangerausbildung für Kämpfe im gebirgigen Terrain erhalten hatte. Der Umfang der eingesetzten Verbände, die erstmalige Verwendung von MI-24 Kampfhubschraubern und die Dauer der Kämpfe in der gegenwärtigen Offensive verdeutlichen allerdings, daß sich der Derg einem Gegner gegenübersieht, der vor allem in den beiden letzten Jahren ein spektakuläres Wachstum seiner militärischen Stärke erfuhr.

TPLF: Nationaler Kampf und soziale Revolution
Die TPLF ist verglichen mit den eritreischen Befreiungsbewegungen oder der WSLF eine junge Organisation. Sie nahm den bewaffneten Kampf für die nationale Selbstbestimmung der Bewohner Tigrays, der ärmsten und unterentwickeltsten Region des äthiopischen Vielvölkerstaates, erst im Februar 1975 auf, nachdem klar geworden war, daß die neuen militärischen Herren in Addis Abeba nicht

die geringste Neigung zeigten, die bisherige Politik der äthiopischen Zentralregierung zu ändern, d.h. der praktizierten politischen und kulturellen Unterdrückung und wirtschaftlichen Vernachlässigung Tigrays und seiner Bewohner ein Ende zu setzen.
Von Anfang an führte die TPLF den Kampf um die nationale Selbstbestimmung Tigrays zugleich als Kampf für eine soziale Revolution in diesem unterentwickelten, überwiegend agrarischen und von noch weitgehend feudalen Strukturen geprägten Gebiet. Erleichtert wurde und wird der TPLF diese Aufgabe durch die Tatsache, daß ihre Führung und ihre dienstältesten Kader zwar aus der dünnen Intellektuellenschicht Tigrays stammen, diese sich aber überwiegend aus ländlichen und kleinstädtischen bäuerlichen Familien rekrutiert, da es in Tigray aufgrund der Unterentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft keine eigentliche städtische Gesellschaft gibt. Familienbande und Vertrautheit mit dem bäuerlichen Milieu erleichterten der TPLF daher den Zugang zu der auf Grund vergangener bitterer Erfahrungen mißtrauischen bäuerlichen Bevölkerung. Das reale Ausmaß der politisch-kulturellen Unterdrückung der Bevölkerung Tigrays insgesamt und der wirtschaftlichen Unterdrückung der Masse der bäuerlichen Bevölkerung insbesondere bedingte, daß nur die Verbindung des nationalen Kampfes mit der sozialen Revolution die Unterstützung der breiten Bevölkerungsschichten finden konnte, werden in dieser Verbindung doch einzig ihre Interessen gesichert. Da einzig die TPLF aufgrund der erwähnten engen Verbindung ihrer führenden Kräfte mit der bäuerlichen Bevölkerung diesen Zusammenhang richtig erkannte und damit der Bevölkerung eine ihren Interessen entsprechende Möglichkeit sich zu organisieren und für ihre Interessen zu kämpfen aufzeigte, erlangte sie rasch eine breite Verankerung in der gesamten Bevölkerung Tigrays. Dies erlaubte ihr nicht nur sehr rasch, ihre politischen Gegner in Tigray aus dem Felde zu schlagen, die entweder die Bedeutung der nationalen Frage oder aber die Wichtigkeit der sozialen Frage vernachlässigten, sondern auch ihre militärische Stärke auf spektakuläre Weise zu steigern.
Zählte die TPLF Ende 1975 noch wenige als 500 ausgebildete Kämpfer/-innen, so stieg deren Zahl bis heute auf ein Vielfaches an. Zwar gibt die TPLF keine genauen Zahlen bekannt, aber nach Angaben diplomatischer Kreise beläuft sich die Zahl der aktiven Kämpfer/-innen heute auf etwa 25.000. Ein Anzeichen für die enorm gewachsene militärische Stärke der TPLF ist die Tatsache, daß gegenwärtig mehrere Tausend junger Männer und Frauen in den Ausbildungslagern der TPLF in den befreiten Gebieten Tigrays ihre militärische Grundausbildung erhalten.
Parallel zur wachsenden militärischen Stärke der TPLF entfaltete sich das Wachstum der Massenorganisationen der Bauern, Frauen und Jugendlichen. Diese unterstützten auf vielfältige Weise den militärischen Kampf und sie sind auch die eigentlichen Träger der sozialen Revolution in Tigray. Die Bauernorganisation spielt eine entscheidende Rolle bei der Durchführung der Landreform in den befreiten Gebieten. Diese Landreform unterscheidet sich von der sogenannten Landreform der äthiopischen Militärjunta grundlegend. Während jene die Bauern statt der feudalen Herrschaft nun der Kontrolle des Staates unterwarf, zielt die Landreform, die unter Führung der TPLF und der Bauernorganisationen durchgeführt wird, darauf ab, den Bauern die volle Kontrolle über ihr Land zurückzugeben und ihnen die Regelung aller ihrer Angelegenheiten auf demokratischer Grundlage zu ermöglichen.

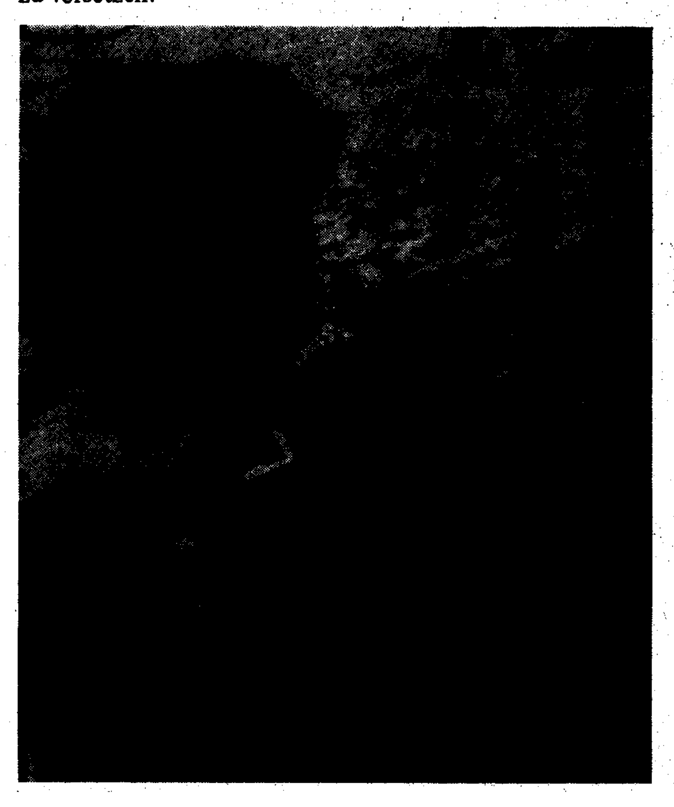
Die entscheidende Rolle der Frauen in der TPLF

Eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Rolle für den Erfolg der sozialen Revolution stellt dabei die beginnende Emanzipation der Frauen aus ihrer bisherigen feudalen Unterdrückung dar. Zum ersten Male in der Geschichte Tigrays haben die Frauen in den befreiten Gebieten das Recht, an den Dorfversammlungen und den Treffen der Bauernvereinigungen vollberechtigt teilzunehmen und alle Entscheidungen mitzubestimmen. Es ist daher wenig erstaunlich, daß die Frauenvereinigungen, die die aktiven Träger dieser Veränderung sind, wohl die politisch aktivsten und kämpferischsten Massenorganisationen in den befreiten Gebieten stellen. Ein Ausdruck der aktiven und wachsenden Beteiligung der Frauen Tigrays an der sozialen Revolution und dem nationalen Kampf ist die Tatsache, daß Frauen heute bereits knapp 20 % der aktiven Kämpfer der TPLF stellen. Im Rahmen der Alphabetisierungskampagne, die, einen integralen Bestandteil der sozialen Revolution in Tigray darstellt, erhalten die bäuerliche Bevölkerung allgemein und die Frauen insbesonders zum ersten Male in der Geschichte Tigrays die Chance, Lesen und Schreiben zu lernen und damit einen verstärkten Zugang zur eigenen Kultur und zu moderner Bildung.
Aus den Reihen der Massenorganisationen schließlich rekrutiert sich die Miliz, deren Gesamtstärke noch über der der aktiven Kämpfer/-innen der TPLF liegen dürfte. Ihr fällt die Aufgabe zu, die Bewachung der befreiten Gebiete zu gewährleisten und im Falle eines Angriffs der äthiopischen Truppen die erste Verteidigung und später die Unterstützung der TPLF-Truppen zu organisieren.
Gestützt auf ihre richtige Verbindung von politischer Mobilisierung und sozialer Revolution konnte die TPLF in den beiden letzten Jahren der äthiopischen Regierung die Kontrolle über weite Teile Tigrays streitig machen. War die TPLF im Frühsommer 1978 noch nicht in der Lage gewesen, den äthiopischen Vormarsch gegen Eritrea entscheidend zu verzögern oder gar aufzuhalten, so konnte sie im Frühjahr 1979 bereits eine große Offensive der Äthiopier gegen die befreiten Gebiete in mehrwöchigen Kämpfen zum Stehen bringen. Hauptziel der äthiopischen Offensive war dabei vor allem die Zwangsrekrutierung junger Männer für die äthiopische Miliz, deren Reihen durch die schweren Verluste der äthiopischen Truppen in Eritrea erheblich dezimiert worden waren. Diese Absicht konnte durch den Widerstand der TPLF nicht verwirklicht werden. Mehr noch, nachdem die Offensive der äthiopischen Truppen einmal zum Halten gebracht worden war, konnte die TPLF sogar zur Offensive übergehen und weite Gebiete im Süden und Westen Tigrays der Kontrolle des Derg entziehen. Im Frühjahr dieses Jahres schließlich konnte die TPLF weitere Teile der Wolkait-Region Tigrays, die an den Sudan grenzen befreien und damit zum ersten Male eine sichere Verbindungslinie zur Außenwelt herstellen.
Nach den Erfolgen dieses Frühjahres und des vergangenen Jahres waren nahezu 75 % der Fläche und etwa 30 % der Bevölkerung Tigrays befreit und schritt in den befreiten Gebieten der Aufbau einer neuen sozialen Struktur und Verwaltung zügig voran. Neben der Agrarreform und der Alphabetisierungskampagne wurde vor allem auch der Ausbau des Gesundheitswesens vorangetrieben. Mehrere zentrale Feldhospitäler, zahlreiche mobile medizinische Teams und eine wachsende Zahl von Barfußärzten stellen die Grundelemente dieses entstehenden Gesundheitswesens dar.

Das strategische Konzept der TPLF ist die Guerilla

Die militärischen Erfolge der TPLF beruhen einzig auf ihrer Verankerung in der Bevölkerung. Sie erhält keinerlei Unterstützung seitens eines anderen Staates. Ihre Waffen stammen vom Gegner, d.h. letztlich von der UdSSR. Ihre Kampfführung beruht auf dem Konzept der mobilen Guerillakriegsführung. Sie vermeidet, sich vom Gegner in Stellungskämpfe um Orte und offene Feldschlachten verwickeln zu lassen. Unternimmt der Gegner Vorstöße in befreite Gebiete, versucht sie ihn mit Angriffen aus dem Hinterhalt und Blitzangriffen auf rückwärtige oder Vorausabteilungen aufzuhalten, zu schwächen und wenn möglich zum Stehen zu bringen. Hat der Gegner trotzdem befreite Orte einnehmen können, so findet er sich nur allzubald von seinen rückwärtigen Linien abgeschnitten und ständigen Überraschungsangriffen ausgesetzt. Die Präsenz der TPLF in nahezu dem gesamten Gebiet Tigrays ermöglicht ihr zudem, im Falle eines äthiopischen Vorstoßes an einer Stelle, an mehreren anderen Stellen entlastende Angriffe zu führen und so den Gegner zur Aufsplitterung seiner Kräfte zu zwingen. Eine permanente und gleichzeitige Besetzung aller befreiten Orte Tigrays würde eine Armee von über 100 000 Mann erfordern, d.h. praktisch die gesamte gegenwärtige aktive kämpfende Truppe der Äthiopier. Von daher ist bei dieser Art von Kriegsführung der strategische Vorteil eindeutig auf Seiten der hochbeweglichen Verbände der TPLF.

Die mobilen Verbände der TPLF können im Bedarfsfall in noch kleinere Einsatzgruppen aufgeteilt werden, die sich praktisch unbemerkt vom Gegner in der Bevölkerung bewegen können. Sie werden häufig eingesetzt, um Sabotageakte durchzuführen, die u.a. auch der psychologischen Kriegsführung dienen. So eröffneten z.B. in ganz Tigray am 12. September vergangenen Jahres, dem 5. Jahrestag des Sturzes Haile Selassies durch den Derg, die Kleinsteinsatzgruppen von versteckten Stellungen aus just in dem Moment das Feuer, als in den einzelnen äthiopischen Garnisonen die Feiern für diesen Jahrestag einsetzten. Obwohl bewußt nur in die Luft geschossen wurde, reichte das aus, um die äthiopische Armee in einen Panikzustand zu versetzen.



Durch ihre jüngsten Erfolge war die TPLF daher effektiv in der Lage, dem Derg die Menschen und Ressourcen Tigrays für seine Kriege gegen die Eritreer, Somali und Oromo zu entziehen. Der Versuch des Derg, in diesem Frühjahr in Tigray 30 000 Mann für seine Miliz auszuheben, war ein völliger Fehlschlag, gelang es ihm doch nur, 3000 mit vorgehaltenem Gewehr in die Miliz zu pressen. Viele von diesen haben zudem bereits die Miliz samt ihren Waffen desertiert und sich der TPLF angeschlossen.

Die erheblich angewachsene Stärke der TPLF bedrohte auch immer stärker die Nachschublinien des Derg, die durch Tigray nach Eritrea führen. Der Zeitpunkt war abzusehen, zu dem diese Linien vollständig gesperrt sein würden. Von der militärischen Planung des Derg her, war daher vor einer Offensive in Eritrea zuerst die Sicherung der Nachschublinien durch Tigray zu verwirklichen. Genau diesem Zweck dient die seit Mitte August laufende Offensive. Sie entfaltet sich vor allem im Nord-Süd-Korridor Zentral-Tigrays entlang der beiden durch Tigray führenden Hauptstraßen. Da dieses Gebiet auch das am dichtesten bevölkerte Gebiet Tigrays darstellt, würde eine erfolgreiche Offensive in diesem Bereich auch eine große Anzahl der Bewohner Tigrays wieder unter die Kontrolle des Derg bringen. Wie wichtig der Derg Menschen für seine Miliz und seine Staatsplantagen benötigt, erhellt die Tatsache, daß er überall in seinem Einflußgebiet junge Männer mit vorgehaltenem Gewehr in die Miliz und für die Plantagen rekrutiert.

Auch in der gegenwärtig laufenden Offensive hütete sich die TPLF, sich in einen Stellungskrieg oder offene Feldschlachten verwickeln zu lassen. Wie bei den vorausgegangenen fünf Offensiven bedient sie sich der Taktiken der beweglichen Guerillakriegsführung, um den Gegner in seinem Vormarsch zu verlangsamen, ihn durch beständige Blitzangriffe zu schwächen und ihn durch breitgestreute Angriffe zu einer Aufsplitterung seiner Kräfte zu veranlassen. Nach Angaben der TPLF büßte der Gegner bis Mitte September etwa 1000 Mann an Tote und Verwundeten und erhebliche Mengen an Waffen und Ausrüstung ein. Bis jetzt gelang es ihr, den Vormarsch zweier äthiopischer Marschsäulen aufzuhalten. Die gegenwärtig ablaufenden Kämpfe zielen darauf ab, auch die beiden anderen äthiopischen Marschsäulen zum Halten zu bringen.

Ein neues Element in der äthiopischen Kriegsführung in Tigray und ein deutliches Zeichen für die Schwäche der äthiopischen Position ist die massive Luftkriegsführung gegen die Zivilbevölkerung. Sie setzte mit Beginn der Offensive ein und verstärkte sich in dem Maße, wie klar wurde, daß die TPLF in der Lage sein würde, den Vorstoß der äthiopischen Truppen elastisch aufzufangen. Seit Mitte August werden Dörfer und Kleinstädte in den befreiten Gebieten Tigrays nahezu täglich bombardiert. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung konnten durch die rechtzeitige Evakuierung der am meisten gefährdetsten Ortschaften glücklicherweise gering gehalten werden. Bis jetzt gab es dennoch 27 Tote und hunderte von Verletzten und riesigen Sachschaden. „Die MIG-Bomber bombardieren sogar Kirchen und Schulen", sagte ein Augenzeuge der jüngsten Kämpfe. „Mehr noch, die Äthiopier zerstören systematisch die bestellten Felder und alles was der Bevölkerung nutzen kann." Offensichtlich ist der Derg bestrebt, mit diesen Terrorangriffen und der Taktik der „verbrannten Erde" die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der befreiten Gebiete zu zerstören und die Bevölkerung zur Flucht zu treiben. Die Spekulation ist, daß die so erzeugten Flüchtlinge sich letztlich in die Auffanglager des Derg begeben werden. Diese sind nach dem System der „Wehrdörfer" Vietnams angelegt, d.h. nichts anderes als riesige Gefängnisse für die entwur-

zelte Landbevölkerung, um diese von der Befreiungsbewegung abzuspalten.

Hilfe für die Flüchtlinge aus Tigray

Diese Kalkulation des Derg dürfte aber kaum aufgehen. Bisher war die Befreiungsbewegung in der Lage gewesen, die durch die Kriegsführung des Derg erzeugten Flüchtlinge in den befreiten Gebieten aufzunehmen und zu versorgen. Diese Aufgabe wird von der *Relief Society for Tigray* (REST) wahrgenommen, die auch unter den Flüchtlingen aus Tigray arbeitet, die im Sudan leben. Die Versorgung der 80 000 neuen Flüchtlinge, die die jüngste äthiopische Offensive bisher erzeugte, dürfte aber bald die materiellen Möglichkeiten der REST übersteigen. Wenn REST daher nicht rasche materielle Hilfe aus dem Ausland zuteil wird, ist damit zu rechnen, daß sich ein erheblicher Teil der neuen Flüchtlinge auf den Weg in den Sudan machen werden. Dort ist die Lage der Flüchtlinge zwar kaum rosig zu nennen, zumindest haben sie aber die Chance, aus den Flüchtlingshilfsprogrammen die zum Überleben nötige Nahrung zu erhalten. Sollte es zu dieser Abwanderung kommen, wäre allerdings zu einem gewissen Teil die menschenverachtende Strategie des Derg aufgegangen.

Es besteht kaum Zweifel, daß die TPLF die jüngste Offensive bald vollständig aufhalten und ihrerseits zu offensiven Aktionen übergehen wird. Umso notwendiger erscheint es daher, durch Mobilisierung rascher humanitärer Hilfe dafür zu sorgen, daß REST in die Lage versetzt wird, die neuen Flüchtlinge in den befreiten Gebieten zu versorgen, bis die Offensive zurückgeschlagen sein wird. Wie alle Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dürften nur wenige Flüchtlinge die in den Sudan gehen, bei einem Abflauen der Kampftätigkeit zurückkehren. Wer einmal aus Verzweiflung den Schritt über die Grenze getan hat, ist erst zur Rückkehr bereit, wenn der Kampf endgültig gewonnen ist.

Informationen über die Arbeit von REST und die Möglichkeiten zu helfen können von der Hilfsorganisation für Tigray in der BRD, c/o Jürgen Eke, Burgstraße 38 A, 3400 Göttingen erhalten werden.

Günther Schröder
z.Zt. Sudan

Hilfe für Flüchtlinge am Horn von Afrika

Die Unterdrückung der im südlichen Zentraläthiopien lebenden Oromos hat Tradition. Schon seit über 100 Jahren werden sie von den christlichen Abessiniern und ihren Machthabern getötet, versklavt oder vertrieben. Nunmehr ist es die äthiopische Zentralregierung, der DERG, die die Oromos ausplündert, ihre Ernten zerstört, ihre Dörfer bombardiert und ihre Männer zum Kriegsdienst gegen die Eritreer presst.

Mehr als eine Million Oromos sind in die Nachbarstaaten geflüchtet. Hunderttausende oromischer Flüchtlinge haben sich innerhalb des äthiopischen Reiches in Gebiete geflüchtet, in denen sie vor der äthiopischen Armee sicher sind. Diese Flüchtlinge im eigenen Land erreicht bis heute keine internationale Hilfe. Deshalb hat die im Jahre 1977 gegründete Selbsthilfeorganisation der Oromos (ORA = Oromo Relief Association) ein Projekt eingeleitet, um im Zeitraum von 2 Jahren etwa 200 000 Flüchtlinge so einzugliedern, daß sie sich wirtschaftlich selbst versorgen und eine eigene soziale Infrastruktur aufbauen können.

Die Mehrheit der Oromos sind Bauern; daneben gibt es viehzüchtende Nomaden. Als Flühtlingen mangelt es ihnen so gut wie an allem; die meisten sind jedoch bereits nach einer Ernte in der Lage, sich selbst zu ernähren. Hierzu brauchen sie vor allem landwirtschaftliche Geräte, Ochsen und Saatgut, sowie Esel und Maultiere.

DM 1.200 sind über einen Zeitraum von 2 Jahren erforderlich, um eine Familie beim Aufbau einer neuen Dorfgemeinschaft zu unterstützen.

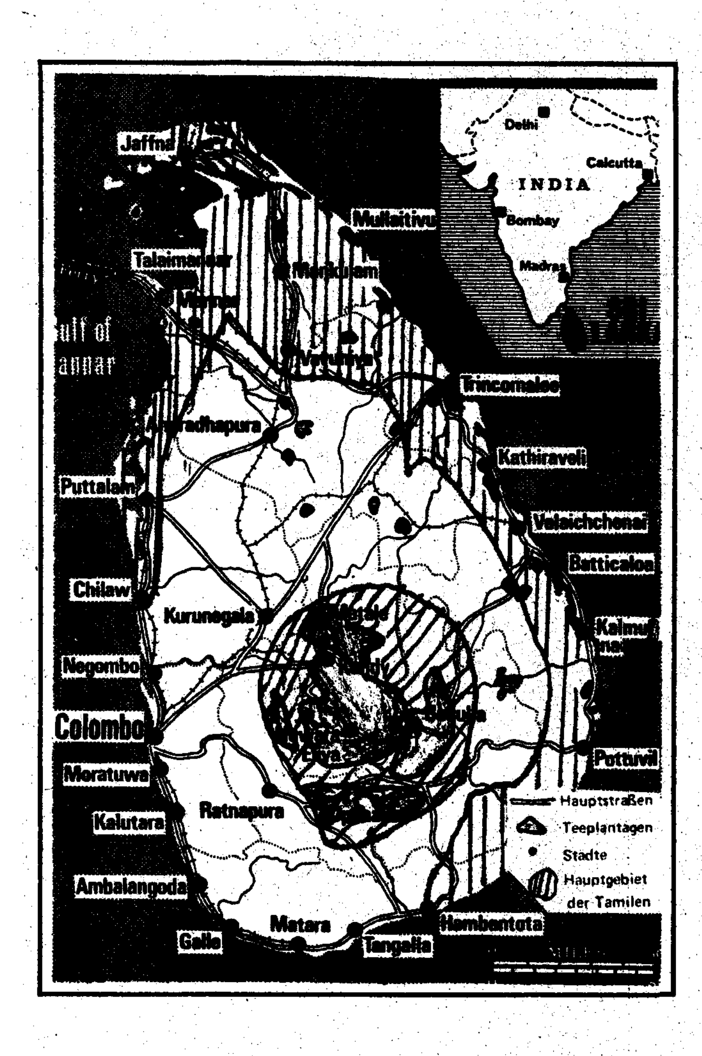
Daher rufen die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) und der Welt-Friedensdienst e.V., Friedrichstraße 236, 1000 Berlin 61, in Zusammenarbeit mit der Oromo Hilfsorganisation e.V., Postfach 4123, 1000 Berlin 30, zu einer Spendenaktion zugunsten der oromischen Flüchtlinge auf.
Gemeinsame Spendenkonten bei der ASW: Postscheckkonto Berlin W. 4006 - 104
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, BLZ 100 101 11, Kto. Nr. 1600 2208 00 Stichwort: OROMO
Regelmäßige Spenden – Kenn-Nr. 9742, einmalige Spenden – Kenn-Nr. 742.



SRI LANKA

Spätfolgen des Kolonialismus: 600 000 Menschen zurück nach Indien

Das Problem der Repatriates in Sri Lanka und Indien



In Sri Lanka und Indien werden die land-, staats- und rechtlosen Indien-Tamilen, die Sri Lanka nach mehr als anderthalb Jahrhunderten verlassen müssen, von den Regierungsbehörden mit dem neutralen englischen Ausdruck „Repatriates" (Heimkehrer, Auswanderer) bezeichnet. Damals wurden die Vorfahren der Indien-Tamilen nach Sri Lanka geholt, um auf den Kaffee- und Teeplantagen der neuen Herren, der Briten, zu arbeiten.
Von freiwilligem Entschluß der Indien-Tamilen, nach Indien zurückzukehren, kann nur in Einzelfällen die Rede sein. Vielmehr waren nach der Unabhängigkeit mehrere Parlamentsbeschlüsse notwendig, um die Frage der Staatsangehörigkeit und weiterhin der Wahlberechtigung der Tamilen-Teearbeiter zu regeln. Später, nach Verhandlungen mit der indischen Regierung, wurde eine Quote ausgehandelt: gegen den Nachweis der Auswanderung von 7 Tamilen anerkennt die srilankaische Regierung 4 anderen die singhalesische Staatsangehörigkeit. So müssen 600 000 raus, damit 375 000 in Sri Lanka bleiben können. Obwohl die Ausweisung schon vor Jahren hätte abgeschlossen sein sollen, leben noch über die Hälfte in Sri Lanka in einer Situation unsicherer denn je. Walter Keller, Mitverfasser des folgenden Artikels und seit längerer Zeit in Sri Lanka tätig bei dem Diyanilla Technical Institute-Halgranoya, das sich u.a. sehr in der Tamil-Frage engagiert, schrieb uns Anfang Februar 1981: „Wir haben jeden Tag mit diesem Problem zu tun; 2 Sozialarbeiter, die von uns eingestellt sind, versuchen, die ärgsten Schwierigkeiten, jedenfalls hier in Sri Lanka, zu beseitigen. Gerade jetzt wieder in der Plantage, wo sich unser Projekt befindet, sind 200 Arbeiter ohne Arbeit, um sie zur Ausreise nach Indien zu zwingen. Davon sind eine ganze Menge sogenannter Overstays, die jeden Tag verhaftet werden können, da ihr Visum abgelaufen ist (wenn sie die indische Staatsangehörigkeit beantragt haben, bzw. nicht die srilankanesische anerkannt bekommen haben, erhalten sie einen Paß mit einem letzten Visum für Sri Lanka und müssen dann innerhalb eines Jahres ausgereist sein. Da viele nicht raus wollen, überziehen sie ihr Visum und letztendlich schreitet die Plantagenverwaltung ein und entzieht diesen Leuten die Arbeit, oder die Polizei tritt auf und verhaftet sie mit dem Ergebnis der Zwangsdeportierung nach Indien.)"

Die Geschichte der Indien-Tamilen auf Sri Lanka ist eine Gesichte von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung.
1948, als Ceylon in die sogenannte Unabhängigkeit entlassen und die Verwaltung den Singhalesen übergeben wurde, interessierten sich nun die Ceylon-Tamilen für die eine Million indischer Tamilen, die im Süden in den Plantagen lebten. Die Ceylon-Tamilen, Alteingesessene, Abkömmlinge königlicher Kasten, die seit dem 11. Jahrhundert im Norden Sri Lankas ihren eigenen Staat regiert hatten, waren erst durch die Briten mit den Singhalesen unter eine Verwaltung gefallen. Die Indien-Tamilen galten als Kulis der Briten und nicht als Verwandte der Ceylon-Tamilen. Vielmehr, „die Plantagen warfen soviel Gold ab, daß die Briten es sich leisteten, den Ceylon-Tamilen Schulen zu schenken. Um 1850, als in den Bergen tamilisches Massensterben auf seinem Höhepunkt war, wurden im Norden für die Ceylon-Tamilen prächtige Hochschulen eingeweiht, tamilische Intelligenz hier zum Blühen gebracht. Und bevorzugt eingesetzt in der britischen Verwaltung" (1).
Geboren aus der Eifersucht auf die von den Briten gehätschelte tamilische Akademikerschicht wurde nach der Unabhängigkeit singhalesischer Chauvinismus wach. Singhalesische Politiker sahen in den Plantagenarbeitern ein Wählerpotential, das ihre Position gefährden könnte, und faßten den ersten Entschluß, mit dem „Citizenship Act 1948", die Indien-Tamilen durch die Aberkennung der srilankaischen Staatsangehörigkeit von ihren Bürgerregen zu entheben. (2)
Die heutige Regierung mit ihrer offensiven Politik der

offenen Türen gegenüber ausländischen Investoren forciert die Ausweisung der restlichen Plantagenarbeiter „indischer Abstammung" und versucht Ceylonesen durch verschiedene Anreize in die Plantagengebiete zu locken. (Der folgende Artikel ist eine Zusammenstellung aus einer Broschüre „Tee-Sri-Lankas, teurer Tribut an die reiche Welt" (Salzburg 1980) und einem Bericht von Walter Keller, zur Zeit in Sri Lanka, geschrieben Ende des Jahres 1980. Für weitere Informationen siehe Kasten.)

Indische Gastarbeiter

Mit der Einführung der Plantagenwirtschaft im Kaffee- und Teeanbau durch die Engländer stellte sich bald das Problem des Mangels an billigen und willigen Arbeitern. Die einheimischen Dorfbewohner konnten sich dem Zwang des Verkaufs ihrer Arbeitskraft auf den Plantagen entziehen, so daß „freie" Arbeitskraft kaum vorhanden war. So heuerten die britischen Kolonialherren ab den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts tamilische, meist landlose Bauern aus den untersten Kastengruppen im hungernden Südindien (aus dem Gebiet des heutigen Bundesstaates Tamil Nadu) an, zunächst für die jährlichen Saisonen der Zimt- und später der Kaffeeernten. Zu Beginn kamen nur Männer. Ab 1880 ging dann meistens die Familie mit, in den ersten Jahrzehnten nur für begrenzte Zeit, später dann blieben immer mehr Tamilen auf Sri Lanka. Denn Tee wird – zum Unterschied von Kaffee – während des ganzen Jahres gepflückt und bedarf auch mehr Pflege. Die Teefabriken benötigten weitere Arbeiter. Den Männern fiel das Anlegen der neuen Felder (Roden des Dschungels) zu, den Frauen und Mädchen das Teepflücken. Als die Expansion des Teeanbaugebietes beendet war, mußten die Männer auch Feldarbeiten wie Düngen, Unkrautjäten, Büschestutzen, Wege- und Abflußkanälebauen und reparieren übernehmen. Teepflücken blieb bis heute die Arbeit der Frauen. Nur vereinzelt tun dies Männer.

Die indischen Tamilen, oftmals von Anwerbern betrogen, ausgebeutet und von den Führern mißhandelt, gingen meist den ganzen Weg vom Hafen bis zu den Plantagen zu Fuß. Innerhalb von 8 Jahren zwischen 1841 und 49, kamen 70.000 Tamilen – ca. ein Viertel der Immigranten – in kurzer Zeit an Colera, Malaria, Pocken oder sonstigen Krankheiten um.
1847 waren rund 50.000 Tamilen eingewandert und seßhaft geworden. 1877 zählte man 146.000, 1911 bereits 458.000, 1961 ca. 950.000. Heute bilden die sogenannten Indien-Tamilen zu über 70 % die Bevölkerung des gesamten Plantagengebietes.
Der Reisevorschuß wurde ihnen als Schuld verbucht, die sie an die Plantagenbesitzer oder die sogenannten Kanganis band. 1917 schuldete jeder Arbeiter dem Kangani 70 Rupien, was damals mindestens seinem zehnfachen Monatslohn entsprach. Die Kanganis, einflußreiche Personen aus den tamilischen Heimatdörfern in Indien, waren die Anwerber der Arbeiter. Sie verliehen Geld für die Reise nach Sri Lanka, ihnen waren und sind noch heute die Arbeiter in kleinen Gruppen unmittelbar unterstellt. Diese Form der Schuldknechtschaft wurde erst offiziell 1921 abgeschafft.

Diskriminiert und deportiert

Bei den Wahlen von 1931, 1936 und 1947 waren die ethnischen Minderheiten – wenn auch beschränkt – wahlberechtigt und hatten ihre Vertreter im Parlament. Mit dem „Citizenship Act" vom 15.11.1948 und dem „Indian and Pakistani Residents (Citizenship) Act" von 1949 und zwei Revisionen 1950 und 1955 wurde dem Großteil der tamilischen Plantagenarbeiter die ceylonesische Staatsbürgerschaft aberkannt. Sie heißen ab nun „Personen indischer Abstammung". Alle Ceylonesen, die keinen singhalesischen Namen hatten, mußten die Staatsbürgerschaft beantragen bzw. ihren Anspruch darauf nachweisen. Eine große Mehrheit vermochte die strengen Kriterien nicht zu erfüllen, weil die meisten keine Geburtsurkunde vorweisen konnten.
Von den insgesamt ca. 900.000 nach dem Gesetz von 1948 staatenlosen „Personen indischer Abstammung" wurden nach dem neuen Gesetz von 1949 nur 134.000 bis 1964 eingebürgert. Im selben Zeitraum wurden 185.000 Tamilen nach Indien geschickt. Die übrigen blieben, da auch Indien sie nicht als Staatsbürger anerkannte, staatenlos.
Durch ein weiteres Gesetz verloren sie das Wahlrecht. Damit schwächte man die politische Opposition, die in den Plantagen große Unterstützung fand.
Dreißig Jahre später im sogenannten Sirimavo-Shastri-Vertrag vom 30.10.1964 unter der Regierung von Frau Bandaraike wurde unter Ausschluß von Vertretern der tamilischen Ethnie beschlossen:
Sri Lanka bürgert von den damals auf rund 975.000 geschätzten staatenlosen Indien-Tamilen 300.000 (plus ihre Nachkommen) und Indien im Laufe von 15 Jahren 525.000 Personen (plus ihre Nachkommen) ein. Über die restlichen 150.000 Personen wurde zehn Jahre später in einem weiteren zwischenstaatlichen Vertrag derart entschieden, daß jeweils die Hälfte die ceylonesische bzw. die indische Staatsbürgerschaft erhalten soll.
Bis Ende 1979 waren erst 255.000 Tamilen nach Indien geschickt worden. Und erst ca. 160.000 Personen haben die ceylonesische Staatsbürgerschaft erhalten. Ca. 120.000 Tamilen, obwohl ihnen bereits die indische Staatsbürgerschaft gewährt worden ist, sind weiterhin in Sri Lanka geblieben.
Damit sind 15 Jahre nach der ersten zwischenstaatlichen Vereinbarung noch immer mehr als eine halbe Million Tamilen in Sri Lanka staaten- und politisch rechtlos.

160 Jahre später in die Heimat zurück

Die indische Regierung hat zwar eine Reihe von Rehabilitationsmaßnahmen beschlossen, die aber den zum größten Teil analphabeten Teearbeitern und -arbeiterinnen in keinster Weise angepaßt sind. Die Antragsverfahren sind in Indien genauso langwierig wie 100 km weiter auf lankaischem Boden. Die Hilflosigkeit und die Leichtgläubigkeit der Repatriates erleichtert es skrupellosen Gaunern, diese Menschen zu übervorteilen. Unter dem Deckmantel von „Hilfsorganisationen", haben sich in Sri Lanka und Indien ganze Banden etabliert, die von Betrügereien mit Repatriates leben. Um die Tamilen gegen solche Geschäftspraktiken vor ihrer Ausreise aus Sri Lanka bzw. nach ihrer Ankunft in Indien zu schützen, wurden verschiedene Organisationen sowohl auf Sri Lanka (Satyodaya, HATSAC, Diyanilla Technical Institut) wie in Indien (United front for Repatriates) gegründet.
In Indien angekommen stehen für die Repatriates folgende Rehabilitations- und Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung, die von der indischen Regierung angeboten werden:

1. Ansiedlung in den Teeplantagengebieten des Nilgris Distrikts im Bundesstaat Tamil Nadu. Diese Möglichkeit ist von vielen Tamilen in Anspruch genommen worden und hat sich als die erfolgreichste Form der Rehabilitierung erwiesen. Hier konnten die Repatriates ähnliche Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie das gleiche Klima, das sie aus Sri Lanka ge-

wohnt waren (500 – 1800 m Meereshöhe), vorfinden. Mittlerweile ist dieses Gebiet aber überfüllt und nur noch wenige finden Arbeit in den Teeplantagen dieses Gebietes. Bisher sind ca. 2000 Familien in den Plantagen seßhaft geworden.

2. Neuansiedlung in landwirtschaftlichen Kolonien für 100-200 Familien. Darlehen für den Kauf von Land, dessen Urbarmachung und für den Bau einer Behausung werden von der indischen Regierung zur Verfügung gestellt. In der Praxis scheiterte diese Maßnahme aus folgenden Gründen:
   - Plantagenarbeiter, die immer nur in Teeplantagen beschäftigt waren, haben wenig oder gar keine Erfahrung in landwirtschaftlicher Arbeit.
   - Sie müssen Entscheidungen selbst treffen, was sie bisher aus einer Teeplantage nicht gewohnt waren, hier entschied immer nur der Vorgesetzte.
   - Darlehen für den Bau von Unterkünften gehen oft an Betrüger, die Versprechungen machen, billig eine entsprechende Behausung zu erstellen und dann oft überhöhte Preise berechnen bzw. Geld als Vorauszahlung in Empfang nehmen und dann nicht mehr auftauchen.
   - Das extrem heiße Klima in Südindien, der Wassermangel und die Trockenheitsperioden erschwerten umso mehr die Situation der Repatriates.

   Viele der 2200 Familien, denen bisher ein solches Darlehen gewährt wurde, haben das erworbene Land wieder verlassen und sind in andere Gebiete Südindiens gezogen, meist in die Teeplantagen gewandert, in denen sie keine Arbeit fand und sich irgendwie als Tagelöhner verdingen.

3. Für ca 40.000 Familien wurden bisher sog. „business loans" (Geschäftsdarlehen) zur Verfügung gestellt, die den Aufbau eines Gewerbes wie z.B. eines kleinen Geschäftes oder einer Schneiderei ermöglichen sollen. Oft müssen die Repatriates, um das Geld zu erhalten, Bestechungsgelder an die Regierungsangestellten zahlen, die nicht selten einen erheblichen Teil des gesamten Darlehens ausmachen. Jedoch fast alle Familien, die ein solches Darlehen erhalten haben, konnten sich nicht eine ihren Bedürfnissen entsprechende Existenz aufbauen. Folgende Gründe verhinderten es:
   - Die Darlehen (5000 Rs = 1150,– DM) werden in Raten gezahlt, es ist aber für viele Repatriates schwierig, die 2. oder 3. Rate von der Regierung zu erhalten.
   - Für die meisten ehemaligen Plantagenarbeiter, die ihr ganzes Leben in einer Teeplantage gearbeitet haben, ist es sehr schwer und oft unmöglich, sich in einem anderen, für sie fremden Gewerbe, einzufinden. Hierzu sind nicht nur Kenntnisse um die Praxis des Gewerbes und Erfahrungen damit relevant, sondern immer mehr werden das Lesen und das Schreiben unabdingbare Voraussetzung für die Ausübung einer solchen Tätigkeit. Hierzu müßten die ehemaligen Plantagenarbeiter zuerst ausgebildet werden.

4. Auf Grund der Schwierigkeiten, im Indischen Bundesstaat Tamil Nadu (95 % der Repatriates versuchen hier ansässig zu werden, da Tamil als Regionalsprache gesprochen wird) Beschäftigung zu finden, versuchen seit einiger Zeit verstärkt Repatriates, in anderen Bundesstaaten ansässig zu werden. Die Staaten sind alle in Südinien, es sind Karnataka, Andhra Pradesh und Kerala). Auch für diese Bundesstaaten gilt das bereits gesagte, folgende Probleme kommen nur noch hinzu:
   - Sprachliche Schwierigkeiten: in allen anderen indischen Bundesstaaten außer in Tamil Nadu, müssen die Repatriates erst einmal eine neue Sprache lernen, auch wenn zwar Tamil zum Teil in Karnataka und Kerala gesprochen wird. Sie müssen je nach dem Marati, Telugu oder Malayalam lernen.
   - Andere Bundesstaaten des südindischen Raumes sind oft den Repatriates noch feindseliger gegenüber eingestellt, als das schon im tamilsprachigen Tamil Nadu der Fall ist. Es kommt öfter zu Unruhen zwischen den einzelnen Volksgruppen vor, wie vor kurzem im südwestlichen Bundesstaat von Kerala.

Die Repatriates stoßen auf große Vorurteile bei der Bevölkerung aller indischen Bundesstaaten und werden oft als Flüchtlinge angesehen. Die indische Bevölkerung sieht in diesen entwurzelten Menschen eine neue Konkurrenz bei der Suche nach entsprechender Arbeit und Unterkunft und eine notwendige Integration bleibt meist aus.
Indien hat mehr als genug Probleme für die Bevölkerung, die dort lebt, als daß sie sich im verstärkten Maße um die „Ausreisenden" aus Sri Lanka kümmern könnte. (Zu den Problemen Indiens, siehe in diesem Heft, S.). Da die Regierung Sri Lankas seit einigen Monaten die Repatriierung von Plantagenarbeitern „indischer Abstammung" forciert, bleibt abzuwarten, inwieweit sich die schon bestehen den Probleme ausweiten.

Weitere Informationen:
Die Broschüre „Tee – Sri Lankas teurer Tribut an die reiche Welt" gibt einen guten Überblick über die sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen auf Sri Lanka durch die Einführung der Plantagenwirtschaft unter der britischen Kolonialherrschaft. Insbesondere für Lehrer und Schüler eignet sich diese Broschüre, da sie in einem flüssigen Stil geschrieben ist und vielfältige Informationen bietet, z.B. wie ein Teestrauch wächst oder wie Preise für den Tee durch Multinationale auf dem Weltmarkt bestimmt werden.
Diese Broschüre ist zu beziehen bei:
EZA Entwicklungszusammenarbeit mit der dritten Welt
Lengfelden 169, 5028 Salzburg, 2,50 DM plus Porto

Leute, die nähere und aktuellere Informationen zu der Tamilenfrage erhalten wollen, können sich an folgende Adresse wenden:
Weltkinderhilfe, Kreuzweidenstr. 65, 5340 Bad Honnef

Letzer Hinweis: um den 26. März 1981 herum wird im WDR, 1. Programm eine Sendung über die Problematik der Indien-Tamilen und ihre Zwangsausweisung gezeigt. Dieser Film dauert ca. 1 Stunde und ist mit der Zusammenarbeit von Frau G. Heise erstellt worden.

Joe Kemptner
Walter Keller
fbu

1) Aus „Der weite Weg zum Wald von Vamunya, von G. Heise,
2) WDR, gesendet am 14.09.1980, 21.07 – 22.07.1980, II. Programm)

PERU

Perspektiven der »Demokratisierung« in Peru:

Ein neues Mäntelchen für die ausländische Herrschaft

Anläßlich einer dreimonatigen Reise, die ich zusammen mit einer größeren Gruppe der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) – kurz nach dem Amtsantritt der Regierung Belaunde begann, konnte ich den Beginn der Politik der neuen Zivilregierung und die Reaktion des peruanischen Volkes darauf beobachten.
Vor einem halben Jahr übergaben die peruanischen Militärs nach zwölfjähriger Herrschaft die Regierungsgewalt an die im Mai gewählte Zivilregierung Belaunde. Seither reißen Streiks und Demonstrationen in Peru nicht ab – ein Widerspruch? „Genießen" die Peruaner ihre wiedergewonnenen Freiheiten oder ist die Politik der neuen Regierung Anlaß für die Unruhe des Volkes?

Durch die ständige Ausplünderung des Landes hat sich die Lage der Mehrheit des Volkes gerade in den letzten Jahrzehnten wesentlich verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung lag 1979 bei 58 %, der Reallohn verfiel von 1973 bis 1978 um die Hälfte.
Der Pro-Kopf-Verbrauch an Kalorien sank seit 1968 um ein Viertel auf 1590 Einheiten (GEB: PERU; BFAI/NfA, 15.9.80).
Das Elend der Kleinbauern führte zum explosionsartigen Anwachsen der Elendsviertel der Großstädte (in der Hauptstadt Lima lebt heute ca. 1/3 aller Peruaner). Gleichzeitig weisen die Reklame- und Firmenschilder überall darauf hin, daß die wichtigen industriellen Sektoren fest in ausländischer Hand sind: Chemie, Fahrzeuge, Minen und vieles andere.
Seit 1975 bekam Peru Kredite des Internationalen Währungsfonds: Der IWF, in dem die westlichen Industriestaaten die Stimmenmehrheit haben, vergibt Kredite an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten und verbindet diese mit harten Bedingungen, so auch im Fall Peru. Er verlangte u.a. die Verringerung der Staatsausgaben, was zur Streichung von Zuschüssen für Grundnahrungsmittel führte, die Zulassung von nur geringen Lohnerhöhungen, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und freie Investitionstätigkeit für in- und ausländische Firmen..,
Die Bevölkerung wehrte sich massiv gegen die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen. (siehe blätter Nr. 70 / Juni 78, Nr. 72 / September 78, Nr. 73 / November 78, Nr. 77 / Mai 79, Nr. 76 / März 79, Nr. 80 / September 1979)
Dies und das schlechte internationale Ansehen von Militärregierungen bewog die Militärs wohl, die politische Führung des Landes wieder in zivile Hände zu übergeben. Die konservative Partei Belaundes gewann – überraschend – die Wahl, da die ursprüngliche Favoritin APRA (sozialdemokratisch) zu enge Beziehungen zu den Militärs hatte und die verschiedenen linken Parteien sehr zerstritten waren (siehe „blätter" Nr. 87, August 1980).

Regierung Belaunde: Eher Statthalterin des IWF...
Belaunde, der im Wahlkampf viele Versprechungen gemacht hatte, wurde von Teilen der Bevölkerung schon bald nach seiner Amtsübernahme Ende Juli 1980 nachhaltig gedrängt, seine Versprechungen in die Tat umzusetzen. Durch Streiks und Kundgebungen wurde versucht, von der neuen Regierung z.B. eine Erhöhung der Löhne zu erzwingen. Die Bauern forderten den Abbruch der angelaufenen Reprivatisierung der wenige Jahre zuvor verstaatlichten großen Landgüter. Viele Banken und staatliche Dienststellen waren im Ausstand.

Die Peruaner mußten aber bald feststellen, daß Belaunde und sein Premier- und Finanzminister Ulloa die Politik der konsequenten Unterwerfung unter die Forderungen der internationalen Kreditgeber sogar noch rigoroser verfolgten als die vorige Militärregierung. Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt begannen die Preise für Grundnahrungsmittel aufgrund der weiteren Streichung von Subventionen zu steigen. Schon in den letzten Jahren waren sie den Lohnerhöhungen davongelaufen. Der Brotpreis stieg von 1973 bis 1979 um knapp 1000 % (Spiegel 49/1979). Alle paar Tage ließen sich diese Schreckensmeldungen für die Armen in den Zeitungen verfolgen: Brot wurde wieder drastisch teurer, ebenfalls Speiseöl, Milch (um 50 %). Die Fahrpreise für die städtischen Busse, ein existenznotwendiges Beförderungsmittel für die gesamte untere Bevölkerungsschicht stiegen um 40 bis 50 %. Schon 1979 gab es Berichte über den Konsum von Hühnerfutter in den Elendsvierteln. Die in den letzten Jahren rapide ge-



„... und wir sagen Dir Dank, Heiliger Bela(unde), für diesen Knochen, den Du in Deiner Großherzigkeit dem Volk gegeben hast." (aus „El Diario"/MARKA (Lima), 24.9.80)

stiegene Sterblichkeit der Kinder unter 5 Jahren – landesweit knapp 50 %, in den Elendsvierteln ca. 2/3 – wird wohl weiter anwachsen (Zahlenangaben us Peru, aus „El Diario"). Gleichzeitig unterstützt der Staat den Export von Nahrungsmitteln (Fisch, Zuckerrohr) und anderen Produkten (Kupfer, Zink), um Devisen für die Rückzahlung der Schulden zu erwirtschaften:
Die Exportindustrie wird durch die Steuerrückvergütung unterstützt.
Diese Exportpolitik, die eindeutig den Interessen des IWF dient, hat die Ernährungslage der Mehrheit des Volkes bereits in der Vergangenheit verschlechtert. Gerade eiweißhaltige Fischprodukte wären in der Lage, die Unterernährung vieler Peruaner zu beheben. Ein Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik ist auch, daß Milch immer unerschwinglicher wird: Die Konzerne GLORIA (USA) und NESTLE (Schweiz), die das Einkaufsmonopol für Frischmilch haben,verarbeiten die Milch zu Dosenmilch oder Milchpulver. Die Teuerung der Milch führte dazu, daß viele sie nicht mehr kaufen können. Ein Teil dieser Milch wird jetzt exportiert, der peruanische Staat übernimmt 1/3 der durch den Export anfallenden Kosten, um ihn für die Firmen attraktiv zu machen.
Bei der Streichung der Staats- und Sozialausgaben wurden auch Investitionsprogramme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gestoppt. Stattdessen wurde durch Reprivatisierungen ausländisches Kapital ins Land gelockt, das die Abhängigkeit Perus langfristig weiter verstärkt.
Reinvestitionen in der Industrie sind künftig steuerfrei, wenn sie der Errichtung neuer Betriebe, dem Erwerb von Anlagevermögen oder dem von Aktienvermögen anderer Industrieunternehmen dienen (BfAI/NfA, 3.11.80).
Die Steuer auf den Export von Bergbauerzeugnissen soll allmählich abgebaut werden. „Auf dem Gebiet des Erdöls treibt Energieminister Kuczynski die Verhandlungen mit ausländischen Erdölgesellschaften wie Gulf Oil (USA), Husky (Kanada) und Shell entschlossen voran, um mit ihnen Verträge über Großinvestitionen in Explorations- und Ausbeutungsprogrammen abzuschließen.... Durch infrastrukturelle Erschließung sollen Urwaldzonen dem „Agrobussiness" (vor allem Holzindustrie und Ölpalmenpflanzungen) zugeführt werden." (NZZ, 29.10.80) Bisher wurden bereits 1.650.000 ha an Multis und gemischte Firmen übergeben. Die Erschließung der Selva, des peruanischen Urwalds wird von Belaunde als die große Zukunftschance Perus propagiert, in diese Zone sollen künftig auch die Ströme von Landflüchtlingen umgelenkt werden. Die Rechte der Urwaldbewohner werden dabei total mißachtet, viele „comunidades"wurden bereits vertrieben.
Der Ausverkauf der Reichtümer des Landes wird durch die oben beschriebene Exportförderung forciert und durch die Liberalisierung des Imports ergänzt.





Der US-Imperialismus zu Wirtschaftsminister Ulloa und Energieminister Kuczinski: „Setzen Sie sich!" – „Wirklich fantastisch!"



Demonstration der Minenarbeitergewerkschaft: „Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftler! Wiedereinstellung der Entlassenen! Es lebe der Hungerstreik! Es lebe der Nationalstreik der Minenarbeiter!"

Die allgemeine Importbewilligungspflicht, Schutz für die einheimische Produktion, wurde abgeschafft.
Die Reaktionen des Volkes auf eine solche Wirtschaftspolitik kalkulierte die Regierung von Anfang an mit ein. Der Arbeitsminister kündigte den Aufbau einer „organischen Gesetzgebung zur Regelung der Arbeitskonflikte" an, „um die Streiks, die sich in letzter Zeit als normales Lohnkampfmittel eingebürgert haben, zurückzudämmen." (NZZ, 29.10.1980).
Von den internationalen Banken wird diese Wirtschaftspolitik allerdings positiv beurteilt: „Die Weltbank allein will Peru in den nächsten fünf Jahren rund 1,2 Mio $ leihen, und die IDB hat Kreditlinien für 500 Mio. $ in Aussicht gestellt." (NZZ, 29.10.1980).
Um eine kritische Presseberichterstattung über ihre Politik zu vermeiden, hat die Regierung einen Tag nach ihrer Amtseinführung sechs große überregionale Zeitungen, die 1974 enteignet worden waren, an ihre Besitzer zurückgegeben. (FR, 1.8.1980).

... als Vertreterin der Interessen des Volkes

Die Parole vieler Demonstrationen und Kundgebungen nach dem Regierungsantritt „Escucha, Belaunde, cumples o te hundes!" (Hör zu, Belaunde: Erfülle Deine Versprechungen oder scher Dich zum Teufel) kennzeichnete die Hoffnung vieler Menschen, die Zivilregierung werde doch einen Teil der Forderungen des Volkes erfüllen. Diese Hoffnungen sind sehr bald verflogen. Viele Peruaner sahen, daß Belaunde noch gründlicher die Beseitigung des Reformwerks der Regierung Velasco anpackte als sein Vorgänger. Die Regierung werde wohl auch nicht alt werden, war die übereinstimmende Meinung, die Schätzungen für einen Regierungswechsel lagen zwischen Jahresanfang und Jahresmitte 1981. Denn ihre Politik rief den Widerstand der seit Jahren zunehmend verarmenden Bevölkerung hervor, die sich nun neuen Schlägen ausgesetzt sah. Die Streiks und Unruhen, die schon unter der Militärregierung begonnen hatten, breiteten sich aus. Die Arbeiter streikten für Lohnerhöhungen, für die Abschaffung bestimmter Arbeitsgesetze aus der Zeit der Militärregierung und für die Wiedereinstellung ihrer Gewerkschaftsführer, von denen in den vergangenen Jahren viele entlassen worden waren. Mehrere Gruppen dieser – aus politischen Gründen – entlassenen Gewerkschaftler führten Hungerstreiks durch, um ihre Wiedereinstellung zu erreichen. Wir hatten Gelegenheit, mit zwei Gruppen von Hungerstreikenden zu sprechen. Eine Gruppe, bestehend aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin verschiedener Sektoren (u.a. Metall, Textil, Fischerei), besetzte die venezolanische Botschaft und wurde von dort mit Polizeigewalt ins Polizeihospital gebracht. Sie waren alle vor mehreren, durchschnittlich 5, Jahren wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten aus ihren Betrieben entlassen worden und hatten seitdem keine Arbeit mehr gefunden. Eine regelmäßige Arbeit zu haben ist in Peru aber eine Existenzfrage, da es keine Arbeitslosenversicherung o.ä. gibt. Die Not zwang diese Arbeiter, zum letzten Mittel zu greifen – dem Einsatz ihres eigenen Lebens. „Was werden wir tun, wenn wir keine Arbeit haben; wenn wir den Hungerstreik beenden, werden ihn unsere Kinder fortsetzen, ohne es zu wollen, weil wir ja kein Geld haben, um Lebensmittel zu kaufen" sagte ein Hungerstreikender einer peruanischen Tageszeitung. Die genannte Gruppe konnte nur einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen, mußte den Hungerstreik aber wegen Lebensgefahr für einzelne nach knapp 2 (!) Monaten abbrechen. Diese Hunger-

streiks wurden im letzten Herbst durch Briefe an die peruanische Regierung und materielle Unterstützung von deutschen Lateinamerika-Gruppen und der Christlichen Arbeiterjugend der Erzdiözese Freiburg unterstützt. (siehe „blätter" Nr. 89 / Oktober 1980)
Die Bauern führten Kundgebungen gegen die Rückgabe von Land an die Großgrundbesitzer und für die Verbesserung ihrer miserablen Lage durch. Gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den städtischen Verkehrsmitteln gab es in Lima regelrechte Straßenschlachten. Die Lehrer demonstrierten für die Einstellung der wegen Streiks entlassenen Kollegen, die Anerkennung ihrer Gewerkschaft SUTEP und die Anhebung ihrer Hungerlöhne. Viele christliche Gruppen und Gemeinden unterstützten diese Kämpfe.
Die linken Parteien haben aus ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen gelernt. Für die Kommunalwahlen im vergangenen November stellten sie Einheitskandidaten für die Bürgermeisterposten auf. Diese Einheit und der Vertrauensverlust für die Regierung Belaunde führten dazu, daß in vielen großen Städten des Landes linke Bürgermeister gewählt wurden: Arequipa, Puno, Pucallpa u.v.a.

Perspektiven
Wie wenig diese „Demokratisierung" dem peruanischen Volk bisher genützt hat, machte vor wenigen Tagen die Verkündung des Wirtschaftsprogramms der Regierung für 1981 deutlich: Es wurden nochmals Subventionen für Güter des Grundbedarfs gekürzt. Die bisher subventionierten Preise für Milch, Brot, Speiseöl und Zucker stiegen gleichzeitig nur um etwa 15 %. Durch das Ansteigen des Benzinpreises (um 30 %) werden demnächst auch wieder die Fahrpreise vieler Verkehrsmittel steigen. Die Hälfte des Staatsetats 1981 fließt in die Verteidigungsausgaben und die Rückzahlung von Zinsen und Krediten. Offizielle Begründung für dieses „Hungerpaket": Die bisherigen Preise seien nicht „marktgerecht" gewesen. (nach „El Comercio", 5.1.81).
Der Mindestlohn liegt – nach der jüngsten Erhöhung – bei 27.000 Soles, der Warenkorb für eine 5-köpfige Familie wird auf 85.000 Soles kalkuliert. Dazu kommt, daß die Mehrheit der Peruaner arbeitslos bzw. unterbeschäftigt ist, also über ein wesentlich niedrigeres Einkommen als den Mindestlohn verfügt, und daß auch nicht alle Peruaner, die eine Arbeit haben, diesen Mindestlohn erhalten.
Die Reaktion der Peruaner ließ nicht lange auf sich warten. Die vier Gewerkschaftsverbände riefen für den 15.1. und 16.1. zu einem Generalstreik auf.
Er war in den Provinzen ein Erfolg, wurde aber in Lima nicht vollständig durchgeführt.
Das Volk forderte den Rücktritt des Premier- und Wirtschaftsministers Ulloa und den des Energie- und Minen-Ministers, die für den Ausverkauf des Landes an die Multinationalen Konzerne verantwortlich sind. Die Antwort der Regierung war eine Verschärfung der Unterdrückung. Am Tag des Streiks wurden 4 Arbeiter von der Polizei getötet, viele wurden verhaftet.
Die Regierung hat dem Parlament bereits Ende des letzten Jahres einen Gesetzentwurf über den „Terrorismus" vorgelegt, nach dem u.a. Personen, die die Produktion sabotieren oder die Wirtschaft des Landes schädigen, als Landesverräter behandelt und mit Strafen von über 25 Jahren Haft belegt werden können. Als „Sabotage der Produktion" können Streikaufrufe und andere Kampfformen der Arbeiter, etwa Fabrikbesetzungen, interpretiert werden. Nach einem anderen Gesetzentwurf soll den Federationen und Gewerkschaften verboten werden, Arbeitsniederlegungen auszurufen. Ebenso verboten wären danach Streiks in „wichtigen" öffentlichen Diensten (nach „Chasqui", Zeitschrift der Entwicklungshelfer in Peru, Nr 8, 11/80).
Die Regierung Belaunde ist eine Regierung von Militärs Gnaden. Ob die Armee die Macht wieder an sich reißt, wenn die Unruhe des Volkes zu groß wird und Belaunde als Statthalter der ausländischen Interessen nicht mehr taugt? In westlichen Zeitungen wird bereits offen über einen Putsch spekuliert (Die Welt, 15.1.81). Den IWF wirds nicht kümmern: Situation und demokratische Rechte des Volkes liegen ihm nicht am Herzen, sind nicht sein Problem.

bm

Offener Brief an Hans Matthöfer

Seit dem 23.12.1980 befinden sich in elf Städten der BRD etwa 150 Türken und sich solidarisierende Deutsche im Hungerstreik gegen die Militärregierung in der Türkei. Auslösendes Moment für diesen Hungerstreik war der Tod fünf oppositioneller Türken, die an den Folgen brutaler Folterungen starben.
In offiziellen Verlautbarungen „rühmt" sich die Militärregierung, den offenen Straßenterror in der Türkei eingedämmt zu haben. Verhaftungen und Folterungen brutalster Art seitens der Militärs gegen jede demokratische und linke Opposition stehen seit dem Putsch aber auf der Tagesordnung.
Seit dem 12. September 1980 wurde unter dem Militärregime das Kriegsrecht mit einer Vielfalt von Maßnahmen noch verschärft. Verdächtige Personen können bis zu 90 Tage festgehalten werden. In dieser Zeit verschwinden sie in den Folterzellen, werden in abgelegene Häuser gebracht und dort „verhört"; sie haben keine Möglichkeit, etwas gegen ihre militärischen und polizeilichen Peiniger zu unternehmen (FR v. 26.1.81). Eine nahezu lückenlose Zensur verhindert jede Art von Publikation, jede Kommunikation (Briefe, Telefon, Fernschreiben etc.) wird von den Militärbehörden kontrolliert. Das totale Streikverbot gilt nach wie vor.
Allein von Mitte September bis Mitte November wurden 11 500 Türken verhaftet und rund 800 von Militärgerichten verurteilt. In 636 türkischen Gefängnissen sitzen Schätzungen zu Folge an die 100 000 Häftlinge, eine „unnennbare" Zahl ist verschwunden. Immer offensichtlicher zeichnet sich dabei ab, daß es den Militärs um die Ausschaltung jeglicher Opposition geht, wobei die Linke und die Kurden am massivsten verfolgt werden. Auf vier verhaftete Linke kommt ein Rechter (Spiegel vom 1.12.1980).
Die Bundesregierung hüllt sich zu den Forderungen der Hungerstreikenden nach wie vor in Schweigen. Sie mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, heißt es, dabei spielt gerade die BRD im sogenannten Türkeihilfsprogramm die Rolle des Vorreiters.

Red.

→

OFFENER BRIEF AN DEN BUNDES-FINANZMINISTER HANS MATTHÖFER

Türkei-Komitee Frankfurt
z.Zt. Koselstr. 15
6000 Frankfurt

Frankfurt, den 29.12.80

Sehr geehrter Herr Matthöfer,
als Mitinitiator und Koordinator des „Türkeihilfsprogramms" der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder müssen Sie sich heute die Frage gefallen lassen, wie Sie zu den blutigen Konsequenzen stehen, die den Völkern der Türkei aus den Bedingungen entstanden sind, die an das Sanierungsprogramm geknüpft waren. Denn waren es nicht erst die unannehmbaren ökonomischen und politischen Forderungen an die Türkei, die dieses Land reif werden ließen für die Machtübernahme durch die Militärs? Gegen die Durchsetzung dieser Forderungen mobilisierten die Demokraten in der Türkei einen Widerstand der von einem großen Teil der Bevölkerung gebilligt und/oder mitgetragen wurde. Wir wollen die Bedingungen die an die Wirtschaftshilfe gebunden waren, noch einmal in Erinnerung rufen.

- Aufhebung des Streik- und Tarifrechts,
- Festlegung der Löhne und Gehälter durch den Staat,
- Einfrierung der Preise für landwirtschaftliche Produkte (ein wesentlicher Teil des türkischen Exportvolumens besteht aus Agrarprodukten)
- Abwertung der türkischen Lira, damit der Export angeregt und der Import erschwert wird
- Erhöhung der Zinssätze zur Förderung des privaten Sparaufkommens
- Privatisierung des Staatssektors.

Ihre zuverlässigsten Bündnispartner zwecks Durchsetzung dieses Forderungenkataloges konnten, nachdem die Demirel-Regierung bei der Lösung der innenpolitischen Widersprüche versagte, folgerichtig nur die Militärs sein, die sich wie bestellt am 12.9.1980 durch den vom Westen so oft bejubelten, „unblutigen" Putsch an die Macht hievten.
Wie würden Sie, Herr Matthöfer, die Militärregierung in der Türkei beschreib en? Würden Sie sie demokratisch nennen oder sie in die Nähe eines faschistischen Gewaltregimes rücken?
Aber solche Vergleiche allein helfen nicht weiter.
Sehen wir uns die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage an, bleiben wir bei den Informationen, die, wenn auch spärlich, der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zugänglich sind.
So berichtete der Spiegel (49/80) von 11.500 Verhaftungen und die neuesten offiziellen Zahlen sprechen von 30.000 Verhafteten (FR, 29.12.1980) zwischen den Monaten September und November. In diesen Monaten gab es 58 Todesurteile, von denen 4 bereits vollstreckt wurden, darunter das des 18-jährigen Schülers Erdal Eren, über dessen Schicksal Ihnen Ihr Parteigenosse Willy Brandt sicherlich mehr erzählen könnte. In der FAZ vom 9.12.1980 wurden durch Amnesty International ebenfalls Zahlen und Informationen zu Folterungen, Ermordungen und Verhaftungen von Demokraten aus der Türkei veröffentlicht.
Trotz der Milliardenbeträge, die der Türkei in den letzten Monaten zukamen, hat sich an der Wirtschaftsmisere nichts geändert. Die Inflation wird in diesem Jahr wieder die 100%-Marke übersteigen. Nach Angaben des staatlichen Instituts für Statistik ist der Verbraucherpreisindex in einigen Regionen bereits um mehr als 124 % gestiegen.
„Angesichts der katastrophalen Lage fiel dem vom Westkapitalismus gehätschelten Vizepremier und Sanierer Özal nichts anderes ein, als die Türken zu bitten, 'noch für zwei Jahre die Zähne zusammenzubeißen'. " (Spiegel, 49/80).
Ein anderer Umstand, der für die umfangreiche „Türkeihilfe" der BRD bzw. des Westens ausschlaggebend war, ist die geo-politische Lage des Landes. Die Türkei ist nach dem Wegfall des Iran, durch den Sturz des Schah, der einzig verbliebene südöstliche „Anker" der NATO. Sie stellt ein Gebiet zur Verfügung, das in hohem Maße für NATO- bzw. USA-Militäreinrichtungen ausnutzbar ist, um die Interessen des Westens in dieser Region durchzusetzen. Auch für den Aufbau und eventuellen Einsatz der NATO „Feuerwehr" (Rapid Development Force) sind die Militärstützpunkte in der Türkei von hervorragender Bedeutung.
Auch soll die Türkei eigenverantwortlich Aufgaben zum Schutz der NATO-Südflanke übernehmen. Die Einhaltung dieser Verpflichtungen würde die Außenhandelsbilanz der Türkei durch die enormen Rüstungsanstrengungen, die mit der Erfüllung dieser Aufgaben verbunden sind, erneut stark belasten. Damit wäre der nächste wirtschaftliche Bankrott des Landes bereits vorprogrammiert.

Soweit eine kurze Skizzierung der Verhältnisse in der Türkei.
Bleibt also die Frage, wem Ihre Hilfe zugute kommt.
Wurden die Lebensbedingungen der Völker der Türkei dadurch verbessert? Wie die oben von uns angeführten Aussagen beweisen, wohl kaum. Oder werden die 600 Millionen DM Militärhilfe der Bundesrepublik, die kürzlich bewilligt wurden, der arbeitenden Bevölkerung behilflich sein, über den Winter zu kommen?

Auf diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung über Sie dazu auf, daß

- **DIE BUNDESREGIERUNG AUFGRUND IHRER WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN ZUR MILITÄRJUNTA UMGEHEND EINE KOMMISSION ZUR UNTERSUCHUNG DER FOLTERUNGEN AN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI EINBERUFT, DIE SOFORT IHRE TÄTIGKEIT AUFNIMMT!**
- **DIE BUNDESREGIERUNG JEGLICHE MILITÄR- UND WIRTSCHAFTSHILFE AN DIE TÜRKISCHE MILITÄRJUNTA EINSTELLT.**

Neue Weltarbeitsteilung

Rezension:

Starnberger Studien 4 – Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft

Frankfurt 1980, edition suhrkamp 982, 302 S., 12,– DM

Seit Jahren haben zahlreiche Industriebranchen in Westeuropa, USA und Japan erhebliche Produktions- und Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Betroffen sind nicht mehr nur die Textil- und Bekleidungsindustrie – hier nahm allein in Westeuropa die Zahl der Arbeitskräfte in den 70er Jahren um eine Million ab –, sondern zunehmend auch die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau, die feinmechanische und optische Industrie und Teile des Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie.

Den Produktions- und Beschäftigungsrückgängen, Überkapazitäten, Konkursen und Fusionen in Industrieländern stehen zunehmende Produktionsverlagerungen, steigende Auslandsinvestitionen europäischer, amerikanischer und japanischer Unternehmen aus denselben Branchen sowie Modernisierung und Rationalisierung der in den Industrieländern verbleibenden Produktionen gegenüber. General Motors, Volkswagen und Mitsubishi stellen ihre Autos in steigendem Maße in Brasilien, Nigeria und Südkorea her; General Electric, Siemens und Sony montieren in Mexico, Südkorea und Taiwan elektronische Bauelemente; United Steel, Mannesmann und Kawasaki produzieren Stahl in Brasilien, Südkorea und auf den Philippinen.

Aber auch immer mehr mittelständische Unternehmen weichen mit Teilen ihrer Produktion auf Standorte in Entwicklungsländern aus. Gerade in den Bereichen Textil und Bekleidung, Feinmechanik und Optik existieren unzählige Beispiele für diesen Trend.

Die Verlagerung industrieller Produktion nimmt die unterschiedlichsten Formen an: möglich sind Direktinvestitionen (eigene Auslandsproduktion in neuerstellten oder aufgekauften Betrieben), Vertragsproduktion – zunehmend beliebter – etwa in Form von Lizenz-, Know-how- und Managementverträgen, als Lohnfertigung oder „subcontracting", sowie Formen des Ersatzes inländischer Produktion durch Importe aus dem Ausland.

Als 1977 die umfangreiche Studie von Kreye, Fröbel und Heinrichs über die „neue internationale Arbeitsteilung" erschien (rororo aktuell 4185), die an ausgewählten Beispielen diese neue Entwicklung nachwies, lösten zwar die Ergebnisse der Autoren mancherorts Betroffenheit und Überraschung aus, eine nachhaltige öffentliche Diskussion setzten sie jedoch nicht in Gang. So wurde zwar häufig allgemein Bezug auf das Buch genommen, die gründliche Auseinandersetzung mit den Thesen der Autoren und den ihnen zugrundeliegenden aktuellen Entwicklungen aber blieb aus.[1])

Dem neuen Buch, das die drei Autoren jetzt gemeinsam mit anderen veröffentlichten: „Starnberger Studien 4: Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft" ist jedenfalls zu wünschen, daß es dieses Schicksal nicht teilen muß. Die Autoren – größtenteils Mitarbeiter des kürzlich geschlossenen Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Stanrberg – versuchen hier, jene tiefgreifenden Veränderungen der Struktur der Weltwirtschaft, auf die sie mit ihren empirischen Untersuchungen aufmerksam gemacht hatten, theoretisch zu erfassen und zu erklären.

Zur Verdeutlichung ihrer Ausgangsthese, daß die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft gegen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre einen entscheidenden Wendepunkt erreicht habe, der das Ende des Nachkriegsbooms, also einer langjährigen, relativ stabilen Wachstumsphase, markiere, führen sie noch einmal zahlreiche Indizien an, wie etwa sinkende gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten und sinkenden Auslastungsgrad industrieller Kapazitäten in Industrieländern, Rückgang industrieller Anlageinvestitionen bei zunehmenden Rationalisierungen in Industrieländern, Zunahme der Produktionsverlagerungen in Entwicklungsländer, sich verschärfende „Strukturkrisen" industrieller Branchen, Erhöhung der durchschnittlichen Inflationsraten, Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, wachsende oder auf hohem Niveau stagnierende Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitigem Abbau sozialer Leistungen in Industrieländern usw.

Weltweite Kapitalakkumulation

Gegenüber den bisherigen – unzureichenden – Erklärungsversuchen, die entweder ad hoc bei einzelnen Phänomenen („Ölkrise"!) ansetzen, dem Rahmen überkommener Entwicklungstheorien („Stadientheorie", „Modernisierungstheorien" usw.) entstammen oder die Entwicklung nur auf einzelstaatlicher Ebene untersuchen, bemühen sich die Autoren um eine Theorie der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab. Denn: *„Das Kapital hat seine Verwertung immer schon – das heißt: seit rund 500 Jahren – weltweit organisiert und betrieben. Mit der dem Kapital eigenen Tendenz zur Expansion strebt es über jede Grenze hinaus und hat von Anfang an einen expandierenden Weltmarkt konstituiert." (S. 7)*

Der Hauptaufsatz des Bandes (von F. Fröbel) „Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft" befaßt sich mit den unterschiedlichen Modellen kapitalistischer Akkumulation und der Rekrutierung und Reprodruktion von Arbeitskraft in Industrie- und Entwicklungsländern.

In Industrieländern hat sich nach langen Kämpfen weitgehend das industrie-kapitalistische Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis herausgebildet – gekennzeichnet durch Lohnarbeit, Reproduktion der Arbeitskraft in der Kleinfamilie sowie Steigerung des Massenkonsums vor dem Hintergrund eines „Sozialpakts" zwischen Unternehmern und Arbeitern.

In Entwicklungsländern hingegen, die stets den wechselnden Erfordernissen der Metropolen unterworfen waren, exitieren verschiedene Formen der Nutzung von Arbeitskraft durch das Kapital nebeneinander:

1. unmittelbare Lohnarbeit; 2. Arbeit in der nicht-kapitalistischen Warenproduktion (z.B. Erdnußanbau durch kleinbäuerliche Betriebe und Vermarktung durch das Agribusiness, Näh- und Stickarbeiten durch Heimarbeiterinnen im Auftrag von Exportunternehmen usw.); 3. „Reproduktionsarbeit", d.h. Arbeit, die zur Aufzucht und Versorgung jener Arbeitskräfte geleistet wird, die dem Kapital als Industriearbeiter oder kleine Warenproduzenten zur Verfügung stehen. (Diese – meist unentgeltlich geleistete – Reproduktionsarbeit ist aufgrund des niedrigen Lohnniveaus in Entwicklungsländern notwendig und ermöglicht es dem Kapital gleichzeitig, die Löhne gering zu halten.

Neue Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung

Aus der bisherigen ungleichen Entwicklung in Industrie- und Entwicklungsländern folgen nach Fröbel einige neue „Rahmenbedingungen heutiger Kapitalverwertung", die in ihrer Kombination die Struktur der internationalen Arbeitsteilung verändern können.

1. Weltweit existiert heute ein nahezu unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskräften zu Bedingungen, die eine Nutzung für das Kapital aussichtsreich erscheinen lassen: Löhne, die nur 10 – 20 % der Löhne in Industrieländern betragen; längere Arbeitszeiten; höhere Arbeitsintensität durch die Möglichkeit der schnelleren Auslaugung von Arbeitern; gleiche (z.T. auch höhere) Produktivität wie in vergleichbaren Produktionsprozessen in Industrieländern; praktisch unbegrenzte Möglichkeiten, aus dem großen Angebot die leistungsfähigsten Arbeiter (innen) auswählen zu können usw.
2. Technologie und Arbeitsorganisation sind heute so weit entwickelt, daß komplexe Produktionsprozesse in eine Reihe einfacher Schritte zerlegt werden können, was eine Anzahl von Vorteilen eröffnet.
3. Neue Transport- und Kommunikationstechniken ermöglichen eine industrielle Standortwahl und weltweite Steuerung der Produktion, die von geographischen Entfernungen zunehmend unabhängiger wird.



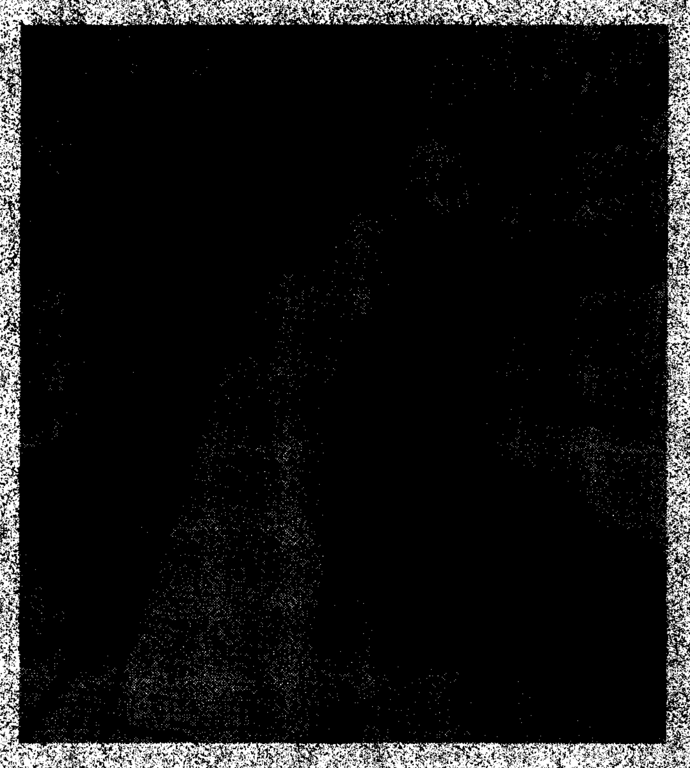
Infolge dieser veränderten Rahmenbedingungen formieren sich weltweite Konkurrenzbeziehungen neu: es entstehen ein Weltmarkt für Arbeitskraft und ein Weltmarkt für Produktionsstandorte. Arbeitskräfte wie Produktionsstandorte treten also weltweit miteinander in Konkurrenz. Unternehmen können zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit Produktionsverlagerungen an die Standorte billiger disziplinierter Arbeitskraft nicht mehr nur in anderen Industrieländern oder rückständigen Regionen ihrer Herkunftsländer, sondern zunehmend auch in Entwicklungsländern in ihre Kalkulationen und Investitionsentscheidungen aufnehmen. Diese Erweiterung und Veränderung des Spektrums alternativer Standorte ist das eigentlich Neue an der gegenwärtigen weltweiten Reorganisation der kapitalistischen Produktion, weniger die Aufspaltung und Verlagerung an sich. (S. 35)

Wie kam es zu den Produktionsverlagerungen in der Dritten Welt?

An diesem Punkt erhebt sich die Frage, warum dieser Prozeß gerade Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre so massiv einsetzt. Fröbel versucht sie zu beantworten, indem er nochmals den historischen Gang kapitalistischer Akkumulation seit dem Niedergang des westeuropäischen Feudalismus beschreibt.

Den Auftakt für die Entstehung des industriellen Kapitalismus bildete vor allem die Kommerzialisierung des Bodens und die Vertreibung bzw. Proletarisierung der Landbevölkerung. Mit dem Aufkommen der industriekapitalistischen freien Lohnarbeit im Fabriksystem wurden Methoden der Produktivitätssteigerung zum bestimmenden Mittel der Kapitalverwertung und Produktionssteigerungen.

Seit der „Großen Depression" 1872-96 in Europa war das Kapital dann in der Lage seine Arbeitskraftbasis weitgehend autonom zu regulieren. Es kann der Verknappung und Verteuerung der Arbeitskraft – incl. Forderungen der Arbeiterbewegung – durch Maßnahmen wie Mechanisierung, „Rationalisierung" usw. entgegenwirken, welche die Zahl der benötigten Arbeiter verringern und die Kosten der Beschäftigung senken. Die dazu erforderlichen Umstrukturierungen der Produktion wurden und werden immer in Phasen wirtschaftlicher Depression vorgenommen. Die daraus resultie-



rende Massenarbeitslosigkeit führte zuletzt in den 20er und 30er Jahren zu schweren „Realisierungskrisen" aufgrund mangelnder Massenkaufkraft, die nach Ansicht des Autors sogar die Existenz des kapitalistischen Systems selber bedrohen (S. 43).

Dieser alte systembedrohende Fehler sollte nach 1948 durch ein neues Modell der „Sozialpartnerschaft" in den Industrieländern mit planmäßiger Steigerung des Massenkonsums, ökonomischer Befriedung und politischer Integration des gewerkschaftlich organisierten Kerns der Lohnarbeiterschaft vermieden werden. Die Politik der „produktivitätsorientierten Lohnsteigerungen" sorgte im folgenden dafür, daß die gesamtwirtschaftliche Lohnquote „weder zu hoch noch zu niedrig" war, d.h. weder „zu teuer" für das Kapital noch zu niedrig, um die Massen-

kaufkraft zu gefährden. Bis Mitte der 60er Jahre erlebten die traditionellen Industrieländer auf diese Weise eine Phase beschleunigten Wachstums. Dann war die bis dahin vorhandene industrielle Reservearmee weitgehend erschöpft („Vollbeschäftigung"), und die Durchschnittslöhne in den Industrieländern waren beträchtlich gestiegen.

Das Scheitern der produktivitätsorientierten Lohnpolitik

Das klassische Mittel des Kapitals in einer solchen Situation, um das Angebot verfügbarer Arbeitskräfte und die Bedingungen dieses Angebots wieder auf ein profitables Maß zu bringen, nämlich die vorübergehende Einschränkung der Anlageinvestitionen bei gleichzeitigen Rationalisierungen (um den – freilich nicht von ihm zu zahlenden – Preis erneuter Massenarbeitslosigkeit), wurde Mitte der 60er Jahre aber durch eine neue Möglichkeit ergänzt: die Verlagerung von Teilen der Produktion an kostengünstigere Standorte in Entwicklunsländer. Zwei Jahrzehnte produktivitätsorientierter Lohnpolitik in den Industrieländern, so Fröbel, haben die Differenz zwischen den Durchschnittslöhnen in Industrie- und in Entwicklungsländern so stark zunehmen lassen, daß Produktionsverlagerungen wirtschaftlich möglich und aus Konkurrenzgründen oft auch notwendig sind.
Das ist der Faktor, der neben den drei veränderten Rahmenbedingungen heutiger Kapitalverwertung (Arbeitskraftreserven, Technologie und Arbeitsorganisation, Transport- und Kommunikationstechniken) den Zeitpunkt der heute stattfindenden Umstrukturierung der Weltwirtschaft erklärt. (S. 45)
Das „Sozialpartnerschaftsmodell" der Nachkriegszeit stellt also kein dauerhaftes Akkumulationsmodell für Industrieländer dar, denn es kann nur abgeschlossen funktionieren. Da aber die Industrieländer seit jeher Beziehungen zu den Entwicklungsländern unterhalten, war diese Abgeschlossenheit nie wirklich gegeben. Das Modell der produktivitätsorientierten Lohnpolitik wird außer Kraft gesetzt, sobald die Kostenvorteile der Industrieländer nicht mehr ausreichen, um die andersartigen Kostenvorteile der Standorte in Entwicklungsländern auszugleichen. Genau das ist seit einigen Jahren der Fall.

Zukunftsprognosen

Als Folgen der Verlagerung ist, so Fröbel, mit tendenziell wachsender Arbeitslosigkeit und reduziertem Wachstum der kaufkräftigen Nachfrage in Industrieländern zu rechnen. Der Lohnzuwachs fällt inzwischen längst nicht mehr produktivitätsorientiert, sondern stillschweigend nur noch „gesamtwirtschaftlich vertretbar", „vernünftig" usw. aus!) Weiter ist in den Industrieländern mit verringerten Wachstumsraten des Inlandsprodukts, der industriellen Produktion und auch des Außenhandels zu rechnen.
Aber auch in den Entwicklunsländern werden sich die Lebnsbedingungen für die Bevölkerung rapide weiter verschlechtern, gleichgültig, ob einigen Ländern eine gewisse eigenständige Industrialisierung gelingt oder nicht. (S. 51)
Der Prozeß der weltweiten Reorganisation und Dezentralisierung der kapitalistischen Produktion wird nach Einschätzung des Autors in den nächsten Jahren bei eher niedrigen Wachstumsraten weitergehen. Denn die beiden Möglichkeiten, die unterschiedlichen Kostenvorteile von Standorten in Industrie- und in Entwicklungsländern entscheidend zu verändern und damit den Verlagerungsprozeß zu stoppen oder umzukehren, können zur Zeit ausgeschlossen werden:

– eine drastische Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen in Industrieländern, die dem Kapital wieder eine profitable Verwertung erlauben würde, scheint gegen den Widerstand der organisierten Arbeiterschaft nicht realistisch durchzusetzen (selbst wenn dieser Widerstand durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit erkauft ist),
– auch eine fühlbare Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, die die Kapitalverwertung (und die Verlagerung) empfindlich verteuern bzw. erschweren würde, ist bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen nahezu ausgeschlossen, solange die Entwicklungsländer gegenseitig um die Standorte industrieller Produktion konkurrieren und die kapitalistische Produktion so stark wie gegenwärtig durch nicht-kapitalistische Produktionsweisen subventioniert (d.h. verbilligt) wird (S. 47).

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des einleitenden Beitrages, der allgemeine Trends oder Tendenzen der Akkumulation im Weltmaßstab untersuchte und mit einem ausführlichen Tabellenanhang über die Entwicklung der industriellen Weltproduktion und des Welthandels zwischen Marktwirtschaften von 1948 bis 1978 versehen ist.
Die anderen Autoren unternehmen es, Einzelaspekte der neuen Entwicklung zu untersuchen.
Anne-Marie Münster beschreibt an einem Fallbeispiel, der Umstellung von der Elektromechanik auf die Elektronik und der Verlagerung dieser Produktion, Fragen von Arbeitsqualifikation der Arbeiter und den Auswirkungen der Rationalisierung hierauf.
Aktuelle Tendenzen in der Agrarerzeugung der Entwicklungsländer und der Produktionsverlagerung des Agribusiness' diskutiert Ernest Feder.

Die Bedeutung des Substistenzsektors

Barbara Stuckey und Margaret Fay beschreiben in ihrem Beitrag „Produktion, Reproduktion und Zerstörung billiger Arbeitskraft: ländliche Subsistenz, Migration und Urbanisierung" sehr detailliert, wie den Menschen in Entwicklungsländern seit Beginn des Kolonialismus systematisch die Überlebensgrundlagen entzogen wurden, indem die abhängigen Länder bis heute in erster Linie als billige Lieferanten von Rohstoffen, agrarischen Gütern und Arbeitskräften für die Bedürfnisse der Metropolen in den Dienst genommen wurden. Die in den einzelnen Kontinenten unterschiedlichen Mechanismen dieses Prozesses – Enteignung, Zwangsarbeit, Steuern – werden materialreich beschrieben
Im Mittelpunkt des Aufsatzes steht die Rolle des ländlichen Subsistenzsektors für die kapitalistische Akkumulation. Vertrieben vom Agribusiness und der „Grünen Revolution", die immer mehr Landflächen für die Weltmarktproduktion in Besitz nehmen, müssen ganze Menschenmassen vom Land in die Städte abwandern. Da das physische Überleben in der Stadt unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung bzw. niedrigsten Löhnen aber nicht gewährleistet ist, sind die Menschen auf Unterstützung aus dem ländlichen Subsistenzsektor angewiesen (billige Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter usw.). In dem Maße nun, in dem der ländliche Subsistenzsektor zurückgedrängt wird, verlagert er sich in die Städte hinein. Dort bildet er den sog. „informellen" Sektor (vgl. auch Begriffe wie „Bazar-Ökonomie", „Niedrigeinkommen-Sektor" usw.), der die städtische Bevölkerung – und damit auch die schlechtbezahlten Arbeiter (innen) industrieller (ausländischer) Betriebe – zu niedrigen Preisen mit Lebensmitteln, Haushaltsgütern,

Dienstleistungen usw. versorgt. Existierte dieser Sektor nicht, wäre der Lebensunterhalt auch der im „formellen" Sektor Beschäftgten nicht gesichert. Die Leistungen des „informellen" Sektors bilden also eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die kapitalistische Produktion unter den gegenwärtigen, für das Kapital profitablen, Bedingungen – d.h. Hungerlöhnen – aufrecht erhalten werden kann. Der „informelle" Sektor nimmt dem Kapital Kosten ab, er verbilligt das Arbeitskraft-Angebot.
Offen lassen die Autorinnen die Frage, ob bei völligem Zusammenbruch des ländlichen Subsistenzsektors der städtische Subsistenzsektor und damit das System der internationalen Arbeitsteilung entscheidend beeinträchtigt würden. Eine wesentliche Quelle billiger Arbeitskraft und damit eine zentrale Bedingung für die Produktionsverlagerungen würde ja mit dem Zusammenbruch dieses „Vorleistungssystems" versiegen. Eine Antwort deutet der Aufsatz nur an: daß nämlich die Weltmarktproduktion in Entwickhunsländern in dem Maße nicht gefährdet wäre, in dem es gelänge, die bisherigen Reproduktionsleistungen des Subsistenzsektors rechtzeitig durch kapitalistische Formen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu ersetzen. (S. 163)

Die Aufgaben des Staates

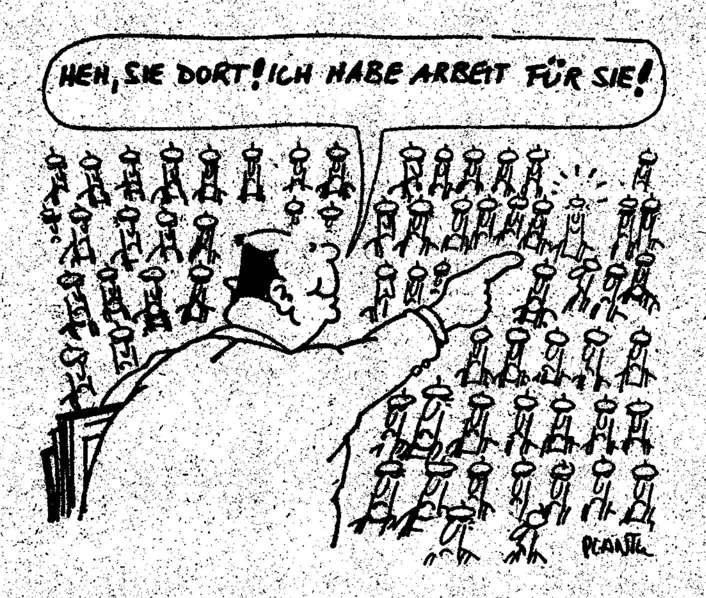
Bei der für das Kapital notwendigen weltweiten Stabilisierung der neuen internationalen Arbeitsteilung spielt der Staat in der Dritten Welt eine wichtige Rolle. Diese beschreibt Andre Gunder Frank in seinem Beitrag „Wirtschaftskrise und Staat in der Dritten Welt", der, obwohl bereits drei Jahre alt, nicht an Aktualität verloren hat.
„*Zunehmend tritt der Staat der Dritten Welt ... als Vermittler auf zwischen nationalem Kapital – und nationaler Arbeit – einerseits und internationalem Kapital andererseits; als abhängiger Staat erfüllt er diese Funktion zugunsten des internationalen Kapitals und damit relativ zuungunsten des nationalen Kapitals sowie absolut auf Kosten der einheimischen Arbeitskraft.*" (S. 225)
Sehr interessante Abschnitte behandeln die Militarisierung des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft sowie die Institutionalisierung autoritärer Macht in immer mehr Staaten der Dritten Welt. Die „Liberalisierungsschwalben" in einigen Ländern (Aufhebung des Ausnahmezustands, Ankündigung von Wahlen usw) interpretiert Frank nicht als tatsächliche Demokratisierung, sondern eher als Ausdruck davon, daß die derzeitigen Machthaber es geschafft haben, ihr Land fest in die Struktur der internationalen Arbeitsteilung einzubinden.

Künftige Rationalisierungen

Relativ düstere Schlußfolgerungen zieht auch Otto Kreye in seiner Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Produktionsverlagerungen in der Dritten Welt („Perspektiven des industriellen Wachstums und der sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern"). Als neueste Tendenz beschreibt er anstehende Rationalisierungsprozesse in der Textil- und Bekleidungsindustrie der feinmechanischen und der elektronischen Industrie, die bisher manuell ausgeführte Arbeitsschritte soweit automatisieren würden, daß mit einer Rückverlagerung bisher arbeitsintensiver Produktionen an traditionelle Industriestandorte in Industrieländern zu rechnen sei. In Ländern wie Malaysia, Mexico und Südkorea würden somit Hunderttausende von ungelernten Arbeitskräften „überflüssig". (S. 298)

Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten

Die Situation in den Industrieländern beleuchten zwei weitere Aufsätze. Jürgen Heinrichs weist in seinem Beitrag „Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den Industrieländern" nach, daß die öffentlich ausgewiesene immer geringer als die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist, daß bei andauernd hoher Arbeitslosigkeit immer mehr Arbeitslose aus der Registrierung herausfallen und in verschiedene Formen der sog. „Stillen Reserve" übergehen (S. 175) Unter Hinzuziehung der „Stillen Reserven" (die wiederum über die amtlich erfaßte Stille Reserve hinausgehen und nichterfaßte Ausländer, Jugendliche, Ältere, Heimarbeiter, Nichtseßhafte, Kurzarbeiter und Personen mit kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließen) ermittelt Heinrichs für die BRD 1978 eine Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von ca. 2,6 Mio Personen – gegenüber einer registrierten Arbeitslosigkeit von 993 000 Personen! (S. 181). Seit 1980 hat die Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern verstärkt zugenommen, was mit der neuen internationalen Arbeitsteilung in Zusammenhang gebracht werden kann.
Die Vielfalt der staatlichen Subventionen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit – die übrigens fast parallel in allen Industrieländern angewandt werden – hat die Arbeitslosenziffern bisher nicht sinken lassen. Nach Heinrichs dienen diese Maßnahmen aber in erster Linie auch einem anderen Zweck, nämlich – durch Senkung der Lohnkosten – dem Interesse an der Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit europäischer Unternehmen.



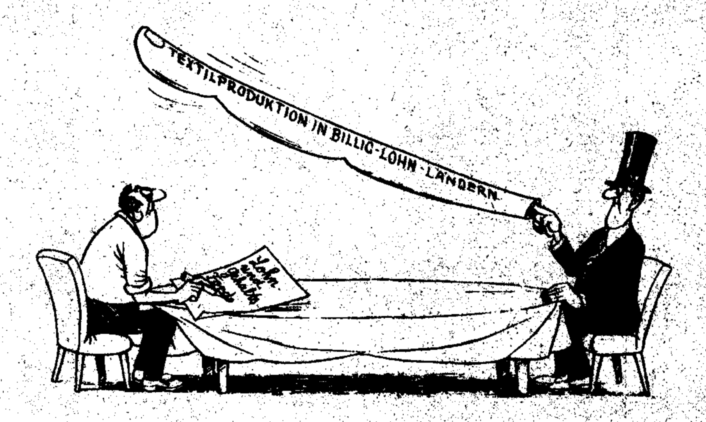
Europa: für eine neue Weltwirtschaftsordnung?

Otto Kreye untersucht in seinem Aufsatz „Westeuropas wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Rationalität und Realität einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung", welche Haltung westeuropäische Unternehmen, Gewerkschaften und Regierungen zu den einzelnen Forderungen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung einnehmen. Diejenigen Vorschläge, die eine weitere Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung erleichtern sollen, werden – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – vom Kapital und von den Regierungen und der EG-Kommission unterstützt. Protektionistische

Maßnahmen werden vom Kapital ebenso abgelehnt wie Eingriffe in die kapitalistische Struktur der Weltwirtschaft „aus ordnungspolitischen Erwägungen" von den Regierungen.
Die Politik der Gewerkschaften bestand bisher weitgehend darin, den Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozeß der westeuropäischen Industrie zu unterstützen, in der Hoffnung, die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrie und damit der westeuropäischen Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft zu bewahren. (S. 281)
Dabei werden allenfalls Schutzregelungen gefordert, die soziale Härten aufgrund des Strukturwandels abmildern sollen. Nur sehr wenige Gewerkschaften sprechen sich darin eindeutig für protektionistische Maßnahmen aus. Nach Kreyes Einschätzung könnten aber gerade die westeuropäischen Gewerkschaften durch die tatsächliche Entwicklung zunehmend gezwungen werden, *„von Forderungen nach einer Veränderung der kapitalistischen Struktur der internationalen Weltwirtschaftsordnung Kenntnis zu nehmen und sie möglicherweise zu übernehmen." (S. 282)*

Eine globale Sicht der Weltwirtschaft

Alles in allem liefern die Autoren mit ihren Beiträgen vielleicht noch keine „geschlossene" Theorie der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab – aber wozu auch, das Buch enthält eine ganze Reihe wichtiger und einleuchtender Theorieelemente, die für den längst fälligen Diskussionsbeginn über die neue Weltarbeitsteilung allemal genügend Material liefern.



Was dieses Buch so wichtig macht: daß die Neuordnung der Weltwirtschaft als globaler Prozeß und nicht nur in ihren Auswirkungen auf diese oder jene Länder, sondern in ihrer Gesamtheit und ihren Wechselwirkungen beschrieben und analysiert wird. Endlich einmal wird ein plausibler Bezug hergestellt zwischen dem Dortmunder Stahlarbeiter, der den Bau eines neuen Stahlwerkes fordert, der arbeitslosen Wäschenäherin im Württembergischen, dem afrikanischen Saisonarbeiter auf der Erdnußplantage von Bud Antle, seiner Frau, die ihr Stück Land an den Konzern verlor, und der Arbeiterin in Singapur, die Teilchen von Mikroprozessoren zusammenlötet. So deutlich wie diese Beziehungen wird auch die immanente „Logik" des kapitalistischen Systems, das die Produktionsverlagerungen und gleichzeitige Rationalisierungen hervorbringt, und die Indienstnahme von Staatsapparaten, um den Prozeß der weltweiten Umstrukturierung abzusichern. Welch andere Qualität von globaler Sichtweise eines Problems ist das als etwa die im „Brandt-Bericht" so oft beschworene „gemeinsamen Interessen" des Nordens und des Südens! Allein für diesen Ansatz gebührt den Autoren schon Anerkennung.

Die Diskussion um die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Metropolen erhält dadurch mehrere neue Dimensionen. Zum einen wird deutlich, daß die Umstrukturierung der kapitalistischen Weltwirtschaft weltweit auf Kosten der abhängig beschäftigten Menschen erfolgt. Die Bewohner der Industrieländer sind nicht eindeutig und langfristig Privilegierte. Anders als für die Industriearbeiterschaft in Industrieländern ist das Modell der „Sozialpartnerschaft" für das Kapital nichts prinzipiell Erhaltenswertes, sondern die unter bestimmten Verwertungsbedingungen günstigste Verwertungsform, die bei Änderung dieser Bedingungen sofort aufgegeben werden kann – und wird. In dieser Hinsicht könnten die Ergebnisse der Autoren sicherlich Auswirkungen auf die Diskussionen „Gewerkschaften und Dritte Welt" bzw. auf die entwicklungspolitische (Bildungs)Arbeit mit Gewerkschaften haben. Inwieweit die Gewerkschaften selber die Thesen der Starnberger Autoren aufgreifen, muß abgewartet werden – wenigstens teilweise werden sie aber dazu gezwungen sein.
Für die entwicklungspolitische Diskussion wichtig dürfte weiter die Kritik (oder Modifizierung) der Autoren an den kapitalismuskritischen Dependenztheorien sein. Anders als die Vertreter der Dependenztheorien halten es die Starnberger Autoren für durchaus möglich, daß einige Entwicklungsländer – insbesondere die sog. Schwellenländer – durch ihre Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung einen mit der Zeit sich selbst tragenden Prozeß kapitalistischer Industrialisierung durchmachen, das Stadium der Marginalisierung also überwinden. Das werde dann möglich sein, wenn es diesen Ländern gelänge, *„steigende Reproduktionskosten und Löhne und andere zusätzliche Kostenfaktoren jeweils rechtzeitig durch erhöhte Arbeitsproduktivität, verbesserte Infrastruktur, verbesserte Ausbildung..."* usw. aufzufangen – freilich unter der Voraussetzung, ihre Produkte auf dem Weltmarkt absetzen zu können und *„unter frühkapitalistischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerungsmehrheit." (S. 51)*
Eine kritische Ergänzung betrifft die Frage, ob es dem Kapital gelingen kann, die bisherigen Reproduktionsleistungen des von Zerstörung bedrohten ländlichen Subsistenzsektors rechtzeitig durch kapitalistische Formen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu ersetzen und so das weitere Funktionieren der Weltmarktproduktion in Entwicklungsländern zu sichern. (S. 163)
In keinem Beitrag kommt zum Ausdruck, daß die Arbeit des ländlichen Subsistenzsektors größtenteils – und zwar unentgeltlich – von Frauen geleistet (aber von Männern kontrolliert) wird. In den letzten Jahren mehren sich die Versuche – z.B. der internationalen Entwicklungsagenturen Weltbank, FAO, GTZ usw. – den Zugriff auf diese angeblich „unproduktive" Frauenarbeit besser zu organisieren und sie gezielt für bestimmte Entwicklungsprozesse einzusetzen. In dem Maße, wie dieser Zugriff gelingt – also etwa Arbeiten zur Versorgung der Familie mit Nahrung, Wasser und Brennmaterial den Frauen durch Entwicklungshilfeprojekte erleichtert werden, damit die Frauen dann „teilerwerbstätig" werden oder Exportartikel herstellen können – erhält das Kapital eine bisher ungekannte Kontrolle über diesen Sektor. Dem parallel läuft die Propagierung der Kleinfamilie, die nur noch für den allergeringsten Teil der Reproduktionsleistungen zuständig ist – nämlich nur noch für Geburt und Aufzucht von Kindern –, während der größte Teil, der früher die eigentliche Subsistenzproduktion ausmachte, Marktregelungen unterliegt. Dieser Trend ist in allen kapitalistisch ausgerichteten Entwicklungsländern sichtbar – eine eingehendere Beschäftigung damit und mit dem Komplex männlicher Vorherrschaft

hätte vielleicht für die Beantwortung der oben genannten Frage einige genauere Anhaltspunkte geliefert.
Wer das Buch liest und benutzt, wird vermutlich noch mehr derartige Anmerkungen und Ergänzungswünsche zu einzelnen Aspekten des Themas haben. Sie stellen den Wert der vorliegenden Arbeiten aber nicht in Frage. Derartig umfassende und theoretisch fundierte Analysen der aktuellen Weltwirtschaft, die gleichzeitig perspektivische Fragen aufwerfen, sind selten und kostbar.
Zur Weiterarbeit sind die Beiträge außerdem ausführlich kommentiert und mit Literaturangaben, zum Teil auch mit Tabellen versehen.
Etwas unglücklich stimmt allein die Tatsache, daß man zum Studium einzelner Beiträge auf ein — meines Wissens noch nicht existierendes — Taschenwörterbuch „Soziologendeutsch" angewiesen ist, wenn man nicht zufällig den gleichen Diskussion- und Sprachzusammenhängen wie die Autoren entstammt. Da dies wohl kaum bei allen Lesern der Fall sein dürfte, hätte der Verlag hier gleichzeitig eine zweite Marktlücke füllen können. Noch schöner wäre es natürlich, wenn Autoren künftig selber etwas genauer auf eine sorgfältige und verständliche Sprache achten würden.

sh

1) Eine Ausnahme bilden die jüngsten Nummern der Zeitschrift „kritik" (Verlag Ofle und Wolter, Berlin) sowie von edp-Entwicklungspolitik

Arbeit in der Dritten Welt – Ein Beitrag zur Überwindung der Unterentwicklung?

Rezension

Arbeit in der Dritten Welt – Ein Beitrag zur Überwindung der Unterentwicklung ?

„Die Personelle Entwicklungshilfe ist nicht in der Lage, wesentliche Verbesserungen in den Ländern der 3. Welt hervorzubringen, da die Ursachen der Unterentwicklung nicht beseitigt werden. ...
Eigentliche Entwicklungshilfe muß bei uns beginnen."
Zu diesem Schluß kommt eine Broschüre, die sich als „Entscheidungshilfe" für Arbeitsmöglichkeiten in Entwicklungsländern bezeichnet. Heißt also die Konsequenz: zu Hause bleiben?
Jeder, der an Problemen der Dritten Welt interessiert ist, hat sicher schon einmal darüber nachgedacht, in einem Entwicklungsland für längere Zeit zu arbeiten. Trotz berechtigter Zweifel an der personellen Entwicklungshilfe gibt es aber auch gute Gründe für einen solchen Auslandseinsatz. Es ist schade, daß die Autoren der Broschüre nach langen Ausführungen über die Problematik der Entwicklungshilfe und der Darstellung der wichtigsten Organisationen dieses Bereichs am Schluß ihrer Ausführungen zu keiner differenzierteren Betrachtung gelangt sind. Wenn auch der Anspruch, eine „Entscheidungshilfe" zu sein, somit nicht voll erfüllt wird, so enthält das Heft doch sehr hilfreiche Hinweise für Arbeitsmöglichkeiten in Entwicklungsländern und soll deshalb hier vorgestellt werden.

Arbeitskreis Entwicklungspolitik / Braunschweig:

Die Broschüre richtet sich an all jene, die eine Berufstätigkeit in Entwicklungsländern oder entwicklungspolitischen Organisationen anstreben. Die Autoren, eine Gruppe entwicklungspolitisch engagierter Bauingenieure und Architekten, die sich seit 1976 zu einem Arbeitskreis Entwicklungspolitik in Braunschweig zusammengeschlossen haben, wollten mit dieser Borschüre versuchen, nicht nur die relevanten Organisationen aufzulisten, sondern die Arbeit der verschiedenen Stellen kritisch einzusätzen.
Die ersten Kapitel des Heftes beschäftigen sich mit den unterschiedlichen Motivationen für eine Arbeit im Ausland. Ein Deutscher, der in einem Entwicklungsland arbeitet, macht dies natürlich aus gänzlich anderen Motiven als beispielsweise ein Türke, der in die Bundesrepublik als „Gastarbeiter" kommt. Der Untertitel „Gastarbeiter in der Dritten Welt" ist insofern falsch, denn für uns besteht kein unmittelbarer Zwang im Ausland zu arbeiten. Im Anschluß daran folgt eine Auseinandersetzung mit der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung und der kirchlichen Entwicklungspolitik. Leider erfährt man fast nichts über die Problematik der p e r s o n e l l e n Entwicklungshilfe — wie es die dazugehörige Kapitelüberschrift vorgibt.

die

in

blätter des iz3w 1981 Februar Nr. 91 55
hätte —Taschenwörterbuch der oben genannten

fassend dargestellt, einschließlich der Verdienstmöglichkeiten und Einstellungskriterien. Auch den Consulting-Firmen wird viel Platz gewidmet, zu Recht, denn vielen Berufsanwärtern/-innen, insbesondere aus dem naturwissenschaftlichen-technischen Bereich, blibt mangels Beschäftigungsmöglichkeiten bei anderen Organisationen nur die Arbeit für eine Consulting-Firma, bei der entwicklungspolitisches Engagement meist nicht mehr gefragt ist. Der Consulting-Ingenieur wird von den Autoren treffend beschrieben als „Angehöriger eines internationalen Jet-Sets von Leuten, für die Entwicklungshilfe nur Herausforderung, aber nicht grundsätzliche Probleme bedeuten."

Die Kritik an der Arbeitsweise von Auslandsorganisationen beschränkt sich jedoch auf die Consultings und Baufirmen. Dem Anspruch, auch die Arbeit der staatlichen oder kirchlichen Entwicklungsorganisationen kritisch darzustellen, wird die Braunschweiger Arbeitsgruppe nicht gerecht.

So heißt es beispielsweise zur bundeseigenen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), daß deren Ansatz von Partizipation der einheimischen Bevölkerung „sicher nicht bei jedem Projekt voll zum Tragen gekommen ist", da „die Projekte nicht immer in der gewünschten Form weitergeführt werden." Sind also die einheimischen Projektpartner schuld, wenn das Projekt nicht läuft? Wohl eine etwas altertümliche Vorstellung über die Ursachen fehlgeschlagener Projekte!

Die letzten Kapitel des Heftes behandeln die Themen Entwicklungsdienst als Alternative zum Wehrdienst, Probleme der Reintegration ehemaliger Entwicklungshelfer und Experten und enthalten Erfahrungsberichte von Entwicklungshelfern und Praktikanten, sowie ein Interview mit Consulting-Ingenieuren. Im Anhang werden Auszüge des



Entwicklungshelfer-Gesetzes (EhfG), eine Übersicht der wichtigsten UN-Organisationen und eine kommentierte Literaturliste abgedruckt.

Insgesamt betrachtet, bietet die Broschüre eine gute Orientierungshilfe, um die verschiedenen Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern unterscheiden zu können. Eine Entscheidungshilfe ist sie deshalb nicht, weil die in den Eingangskapiteln dargelegten Kriterien für Entwicklungsprojekte nicht auf die konkrete Arbeit der einzelnen Organisationen angewandt wurden. Dies ist zugegebenermaßen recht schwierig, da von ein und derselben Organisation oft ganz unterschiedliche Projekte durchgeführt werden. Trotzdem, in einer Neuauflage könnte mehr darauf eingegangen werden.

»Septemberweizen« – Ein Film von Peter Krieg

Spekulation mit dem Hunger

Rezension

„Diese, sah ich, lebten vom Schaden, den sie zufügten, anstatt vom Nutzen".
(B. Brecht, über die Chicagoer Weizenbörse)

Technische Angaben: „Septemberweizen". Ein Film von Peter Krieg. Buch, Kamera, Schnitt: Peter Krieg, Mitarbeit und Ton: Heidi Knott, Musik: Rolf Riehm, Produktion: Teldok/ZDF 1980, 16 mm, 96 Min., Farbe, Lichtton (2 oder 7 Teile), Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Telefon: 089 / 1901208

Kostenloser Verleih: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Postfach 1103, 4000 Düsseldorf und bei den Evangelischen Medienzentralen.
Ausführliches Material zum Film:
1. Arbeitsmappe zum Film „Septemberweizen", Freiburg 1980, 5,– DM, beziehbar über TELDOC, Schillerstr.52, 7800 Freiburg
2. Lesebuch zum Film „Septemberweizen", erscheint im März 1980 im Peter Hammer-Verlag, ca. 20,– DM

Inhaltsangabe: Der Film handelt vom Weltweizengeschäft; von denen, die es kontrollieren und davon profitieren und denen, die den Profit dieses Geschäftes „erbringen", die amerikanischen Bauern, die Getreidekonsumenten in den USA, in der ganzen und vor allem in der Dritten Welt. „Septemberweizen ist ein Film über und gegen die Mythen, die sich um Weizen, Hunger und um die ranken, die damit umgehen." Er ist in 7 voneinander abgegrenzte Kapitel unterteilt, deren Verbindung durch die biblische Gestalt des Josef von Ägypten hergestellt wird, der seinen Ruf als Ernährer einer von ihm selbst erzeugten Hungersnot verdankte.

Teil 1 „Winterweizen" behandelt den Existenzkampf amerikanischer Weizenfarmer, von denen viele durch die „Schere" zwischen Material- bzw. Maschinenkosten und Weizenpreisen in den Ruin getrieben werden.

Teil 2 „Hybridweizen" zeigt die wissenschaftliche Erforschung neuer Weizensorten und die Erfassung des Weltweizenanbaus, durch die die Weizenproduzenten in Abhängigkeit von den Saatgut-, Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelfirmen gebracht werden sollen.

Teil 3 „Kassaweizen" untersucht die Politik der großen US-Weizenfirmen, die den Weltweizenmarkt kontrollieren.

Teil 4 „Papierweizen" spielt an der Weizenbörse von Chicago: Dort werden durch Spekulationsgeschäfte die Weizenpreise je nach Bedürfnis der großen Weizenhändler hinaufgetrieben oder heruntergehandelt.

Teil 5 „Brotweizen" schildert die Auswirkungen der „Brot-Politik" der Nahrungsmittelfirmen in den USA auf die Ernährungslage der amerikanischen Bevölkerung.

Teil 6 „Blutweizen" zeigt, wie der Weizen als Waffe eingesetzt werden kann, um Länder in Abhängigkeit zu bringen und sie den USA politisch gefügig zu machen. Diese Politik bezieht Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte in ihre Kalkül mit ein und hat für viele Länder der 3. Welt oft „blutige" Konsequenzen.

Teil 7 „Hungerweizen" handelt von der Kehrseite dieser Politik in den USA selbst: Der Armut im reichsten Land der Welt. 40 Millionen US-Bürger leben a m oder unter dem Existenzminimum – eine Folge desselben Wirtschaftssystems, das auch die Pervertierung des Handels mit Nahrungsmitteln zum „Hungermacher" hervorruft.

„Septemberweizen" ist weder ein (üblicher) Dokumentarfilm noch ein Spielfilm. Er „ist ein didaktisches Experiment: Der Film versucht, ohne den üblichen Kommentar, ohne kontinuierliche Handlungsfäden, aber auch ohne zeitliche Chronologie auszukommen. Der Zuschauer wird mit Material – Zahlen und Fakten – konfrontiert, das er selbst verarbeiten muß."(aus dem Filmprospekt der Verleihgenossenschaft). Diese Vorgehensweise trug ihm in der konservativen Zeitschrift „Medienkritik" (vom 30.6.1980) folgende Kritik ein: „Seine Machart ist reine Agitation, weil die Schlußprämisse die Materialauswahl bestimmt. Um einen bestimmten Effekt zu erzielen, werden im Zusammenspiel zwischen Bild und Text nur die ins eigene Konzept passenden Argumente ausgewählt. Nach diesem Schema läßt sich jedes politische Thema abhandeln, um Emotionen und Aktionen gegen mißliebige Personen und Gruppen zu wecken und anzuheizen."
Dieser Film enthält wohl nicht alle Informationen, die die „Medienkritik" gern gesehen und gehört hätte. Eine Auswahl von Informationen mußte er selbstverständlich treffen, das muß jeder Film zu jedem Thema. Aber er enthält schier eine Überfülle von Material und ist ausreichend differenziert, um dem Zuschauer eine Meinungsbildung über das angeschnittene Thema zu ermöglichen. Aber er ergreift Partei und will die Zuschauer anregen, sich mit dem Gesehenen und Gehörten auseinanderzusetzen – und auch Partei zu ergreifen.
Und dieses Ziel erreicht er auch. Seine Informationen schocken, provozieren und eigenen sich sehr gut für eine anschließende Diskussion. Die ist allerdings (auch nach ausdrücklicher Auffassung von Peter Krieg) notwendig:



Am sinnvollsten ist es, dazu die 7 Teile des Films einzeln vorzuführen und anschließend jeweils ausgiebig zu diskutieren. Aus eigener Erfahrung (Durchführung eines Wochenendseminars mit dem Film)kann ich sagen, daß man sich hierfür viel Zeit nehmen sollte, ein Wochenende reicht kaum aus. Die Informationen des Films sind so vielfältig und so kompakt dargeboten, daß eine anschließende ausführliche Aufarbeitung im Gespräch unbedingt erforderlich ist. „Septemberweizen" läßt auch – vor allem für den Nicht-Fachmann – viele Sachen bewußt offen, die von den Zuschauern nachgefragt werden. Durch seine guten Bild- und Text-Informationen ist er sehr gut geeignet, eine Auseinandersetzung über sein Thema „anzuregen". Allerdings muß sie von den Veranstaltern inhaltlich gut vorbereitet werden, eben weil der Film nicht „vollständig" ist, manche Sachen nur anreißt.
Ich halte den Film für eine Bildungsarbeit, die beansprucht, den Ursachen der Unterentwicklung nachzugehen und die Zusammenhänge der Wirklichkeit in Industrie- und Entwicklungsländern aufzuzeigen, für sehr wichtig: Er zeigt völlig eindeutig, daß es nicht nur in der Dritten Welt Opfer des von den kapitalistischen Ländern beherrschten Weltwirtschaftssystems gibt, sondern auch in diesen Ländern selbst.

bm



Tagungshinweise

Tagungshinweise

„Solidarisieren – nicht integrieren –", Theorie und Praxis der Sozialarbeit in Lateinamerika – Vergleich mit der BRD, 6.3. – 8.3.1981 Neckargerach/Läufertsmühle, Anmeldung undInformation bei: AG-SPAK, Reifenstuelstr. 8, 8000 München 5, Telefon: 089/ 775420

***

„Die Dritte Welt in der Grundschule", 27.2. – 1.3. 1981 in Kalletal
„Probleme des Bildungswesens in der Dritten Welt", 20. – 22.2.1981 Ferihof Sternberg bei Lemgo
„Frauen in Schwarzafrika", 3.3. – 6.3.1981, Burg Sternberg bei Lemgo
„Afrika und die Wildzeitung" (Die Darstellung der Entwicklungspolitik in unseren Massenmedien I), 8. – 10.5.1981, Haus Teutoburg, Bielefeld
„Die Dritte Welt"(Einführung), 25.5. – 29.5.1981, Jugendhof Vlotho
„Sind unsere Arbeitsplätze durch die Entwicklungsländer gefährdet?" (Ein Seminar zur Entwicklungspolitik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften) 12. – 14.6.1981, Haus Teutoburg, Bielefeld
„Aktuelle Tendenzen der Ausländerpolitik und des Ausländerrechts", 2. – 4. April 1981, Jugendhof Vlotho
Information und Anmeldung (für alle obigen Tagungen) Jugendhof Vlotho, Postfach 1109, 4973 Vlotho, Telefon: 05733 /6800 oder 5063

***

Seminare des „Förderungswerks für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungshilfe", c/o Kübel-Stiftung, Postfach 66, 6140 Bensheim 1, Telefon: 06251 – 71001:

Engagement für Ausländerprobleme in der Bundesrepublik – eine Aufgabe für ehemalige Entwicklungshelfer?
13. – 15. März 1981 in 2000 Hamburg, Elsa-Brandström-Haus
Auf dem Seminar stellen zahlreiche Initiativgruppen ihre Arbeit für die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Studenten, Asylanten und Gastarbeiter vor. Den an der Ausländerarbeit interessierten Rückkehrern werden Möglichkeiten der Mitarbeit aufgezeigt.

Neuere politische Entwicklungen in Ostafrika – Simbabwe (Gemeinschaftsseminar mit dem Deutschen Entwicklungsdienst)
27. – 29. März 1981 in 1000 Berlin-Kladow, DED-Ausbildungsstätte
Nach der Befreiung der ehemaligen portugiesischen Kolonien haben sich im südlichen Afrika wichtige Veränderungen vollzogen. Auf dem Seminar sollen die neuere Entwicklung in Simbabwe und deren Auswirkungen diskutiert werden.

Filme in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit
3. – 5. April 1981 in 5309 Meckenheim, DRK-Schulzentrum
Bei der Verwendung von entwicklungspolitischen Filmen spielen die Vorbereitung und die Nachbereitung eine wichtige Rolle. Diese Methodenschritte sollen auf dem Seminar gemeinsam geübt werden. Gleichzeitig werden neue, exemplarische Filme vorgestellt.

Menschlich-gesellschaftliche Entwicklung und das neue Gesicht der Mission – Einstellung und Selbstverständnis der heutigen Missionare
(Gemeinschaftsseminar mit der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe)
8. – 10. Mai 1981 in 8900 Augsburg, St. Ulrich-Haus
Nicht wenige Entwicklungshelfer haben mittelbar oder unmittelbar mit katholischen Missionaren zu tun gehabt, mit ihnen oft sogar zusammengearbeitet. Das Seminar will an Hand einer empirischen Untersuchung Haltungen von Missionaren in der Entwicklungsarbeit diskutieren, die menschlich überzeu-

gend sind.

Wohnen in der Dritten Welt — Übungen zur Erarbeitung eines entwicklungspolitischen Themas in der Erwachsenenbildung
22. – 24. Mai 1981 in 5060 Bergisch-Gladbach, Stresemann-Institut
Auf dem Seminar werden die Probleme menschlichen Wohnens in der Dritten Welt diskutiert und analysiert. Außerdem werden gemeinsam Methoden erarbeitet, wie dieses Thema - als Teil der Grundbedürfnis-Diskussion — in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik vermittelt werden kann.

Frauen-Seminar: Erfahrungen bei der Rückkehr (Gemeinschaftsseminar mit Dienste in Übersee)
26. – 28. Juni 1981 in 7056 Beutelsbach, Landgut Burg
Zu diesem Seminar sind Rückkehrer-Ehefrauen und ehemalige Entwicklungshelferinnen eingeladen. Es soll ein Meinungsaustausch über frauenspezifische Probleme bei der Rückkehr aus dem Entwicklungsdienst und bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Erfahrungen in unsere Gesellschaft stattfinden.

***

„ASEAN und ihre Bedeutung für die Dritte Welt (II)"
22. – 24. Mai 1981, Bergisch-Gladbach, Information und Anmeldung bei: Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten, Weißenburger Str. 58, 46 Dortmund 1



Werkwoche „Strukturelle Gewalt und Militarisierung"
Teil A: Darstellung der strukturellen Gewalt am Beispiel des Baumwollanbaus
Teil B: Folgen struktureller Gewalt: Offene Repression und Militarisierung
a) Mittelamerika im Zusammenhang mit der Revolution in Nicaragua
b) Selbstbestimmung der Völker und Strategien des Imperialismus - am Beispiel Chile und Peru
c) Apartheid (Interessenlage der westl. Industrieländer, Befreiungs-Bewegungen)
d) Iran zur Zeit des Schah
e) Atomkraftwerke in der Dritten Welt
Teil C: Zusammenfassung, Konsequenzen und Aktionsmöglichkeiten
23. – 30. März 1981 in Niedernhausen – Königshofen/Taunus.

Werkstatt-Seminar „Einführung in entwicklungspolitische Probleme am Beispiel Indien" (Unterentwicklung als Prozeß, Grundzüge des Kolonialismus, Fortbestand struktureller Gewalt), 30.4. – 3.5. 1981 (Ort steht noch nicht fest)

Werkstatt-Seminar „Dritte Welt und Schule / außerschulische Bildungsarbeit", Zur Auswahl und dem Einsatz von Medien (Möglichkeit der Sichtung, des Austauschs und der Eigenproduktion von Medien im Hinblick auf Einsatzmöglichkeiten in verschiedenen Arbeitsbereichen, medienkritische Analyse), 5. – 8. Juni 1981, Ilbenstadt (bei Frankfurt)

„Metallarbeiterstreik in Brasilien" — Zu Fragen sozialer Bewegung und der Funktion der Gewerkschaften in Ländern der Dritten Welt (Rolle der brasilianischen Metallarbeiter, Anliegen des Streiks, Rolle der brasilianischen Gewerkschaften und Kirchen beim Streik, Auswirkungen des Streiks), 24. – 26. April 1981, Moers

„Situation ausländischer Studenten in den Studentengemeinden" (Erfahrungsaustausch, Diskussion von Perspektiven einer besseren Integration), 15. – 17. Juni 1981, Ilbenstadt (bei Frankfurt)

„Internationales Frauenworkcamp: Zur Stellung der Frau in den verschiedenen Kulturkreisen, 20. Juli – 3. August 1981, Ort noch unklar

Informationen und Anmeldungen (für alle obigen Seminare) bei: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, 0228 – 23 40 21

***

„Der Nord-Süd-Konflikt als Thema der Medien", 4. – 6. März 1981, Evangelische Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts., 1, Telefon: 06084 – 514 (Informationen und Anmeldung dort)

INDIANER

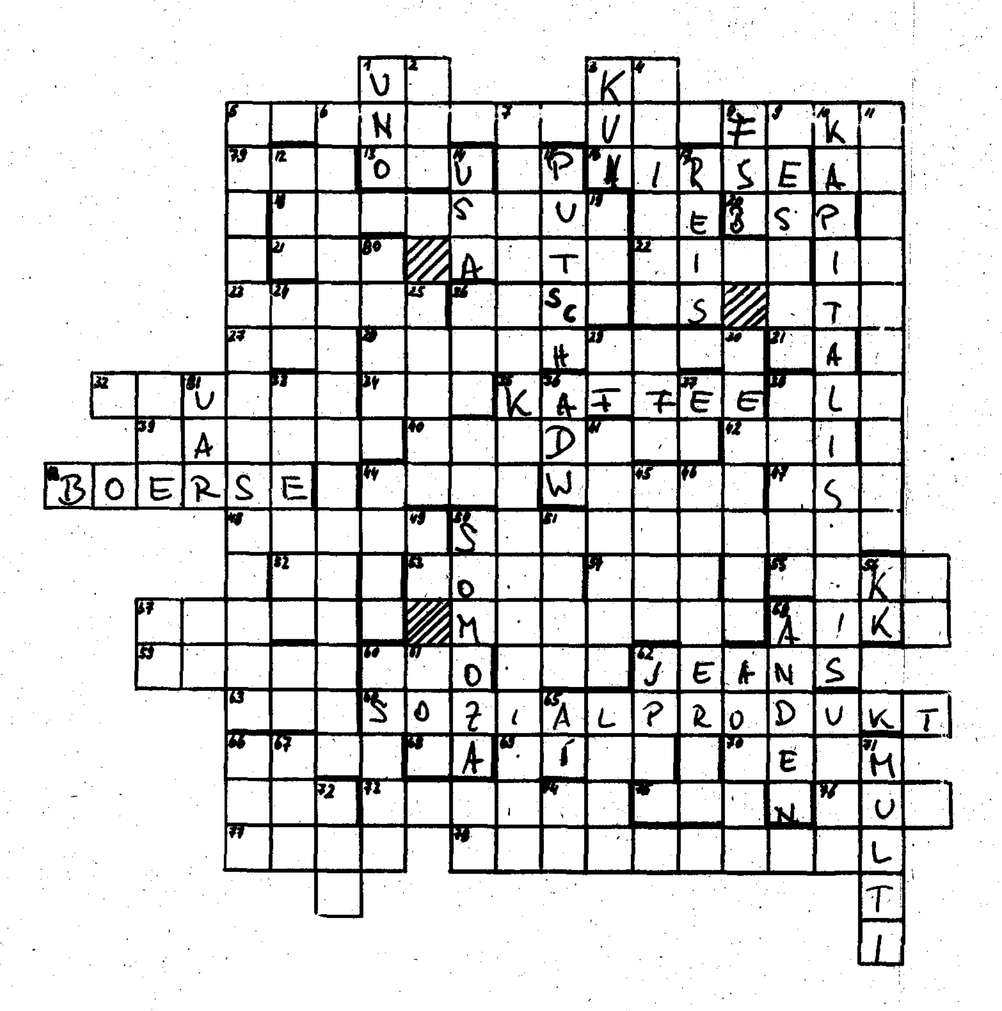
Wer Interesse an Informationsmaterial über die nordamerikanischen Indianer hat, kann Flugblätter, Broschüren, Bücher, Poster u.a. gegen Rückporto und Materialkosten bestellen bei:

Informationszentrale für nordamerikanische Indianer

Richard S. Kelly
Martin-Buber Str. 1
1000 Berlin 37

Die Materialliste kann gegen Rückporto angefordert werden.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHES KREUZWORTRÄTSEL



waagrecht

5 Oft mißbrauchte Zielformel.
13 Diese Organisation (Abk.) fordert die Aufhebung aller Kolonien und ausländischen Stützpunkte in Afrika;
16 Afrikanisches Grundnahrungsmittel; wurde in den letzten Jahren zunehmend durch Getreideimporte verdrängt;
18 Meistverehrter Götze der Industriegesellschaft; leidet in den letzten Jahren an Schwindsucht;
20 Problematischer Maßstab für Entwicklung (Abk.);
21 Eine der amerikanischen Institutionen zur Wahrheitsfindung (Abk.);
22 Die Akte »Entwicklungsstrategien« trägt diesen Aktenvermerk
23 Aus dieser Zone beziehen nicht nur die Pariser Hausfrauen auch in mageren Jahren fette grüne Bohnen
26 Dieser Sound ist im abgelegensten afrikanischen Dorf zu hören;
27 Damit sollten Sie als Apartheid-Gegner nicht fliegen;
28 Macht die Peruaner hungrig, unsere Hühner satt
31 Schmeckt gelegentlich nach 28 waagrecht (w);
32 Vorsilbe einer gescheiterten Revolution;
34 Die Steuerkassen des exportierenden und des importierenden Landes freuen sich über den Handel mit diesem Genußmittel;
35 Macht brasilianische Großgrundbesitzer reich und uns wach;
39 Einige Zentralamerikanische Republiken tragen diesen »Vornamen« (Singular);
40 Angestrebtes Produkt der Schule;
42 Rohstoff, dessen letzte Preissteigerung die Entwicklungsländer mehr kostete, als die gesamte empfangene Entwicklungshilfe der Industrieländer;
43 Hier wird über Getreidepreise und Hunger entschieden;
44 Land im Würgegriff des IWF;
47 Expertenschmiede in Berlin;
48 Langjähriges Märchenland der deutschen Linken;
52 Produziert Berge und Seen;
53 Hier geht der Ministerpräsident des Freistaats am liebsten zur Jagd;
54 »Schönste Oase für Wintermuffel. Moscheen, Basare und Oasen!« Mit diesem Werbeslogan wirbt das Touristik-Gewerbe für dieses Land (Abk.);
55 Strategisch wichtiges Ölland am Ausgang der Straße von Hormus;
57 Befinden nach Mangelernährung;
58 Devisenfressendes Statussymbol;
59 4 senkrecht (s) wird von 14 s als solche benutzt;
60 Nicht-Regierungsorganisation (Abk.);
62 Produkt der Neuen Internationalen Arbeitsteilung: In Deutschland zugeschnitten, im Entwicklungsland genäht und bei uns als Einheitskleidung getragen;
63 Diese Gruppe beherrscht mehr als 40% des deutschen Reisemarktes;
64 Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, bewertet zu ihren Marktpreisen;
66 Die Experten dieser GTZ-Abteilung stehen oft am gleichnamigen Flug-»Bahnsteig«;
68 Ministerium für diplomatische Seiltänzerei (Abk.);
69 Beliebter Ausgangsort des Alternativ-Tourismus in Südamerika;
70 Baumaterial für traditionelle afrikanische Hütten;
73 Pinochets Devisenbringer;
75 Genuß- und Verkehrsmittel;
76 Verfrachtete im Geschäftsjahr 1978/79, 1.262.959 Touristen;
77 Befreiungsbewegung Simbabwes;
78 Seine größten Feinde sind die Zölle;
80 Seine Sovielsamkeit ertränkt der Experte an der Hotelbar.

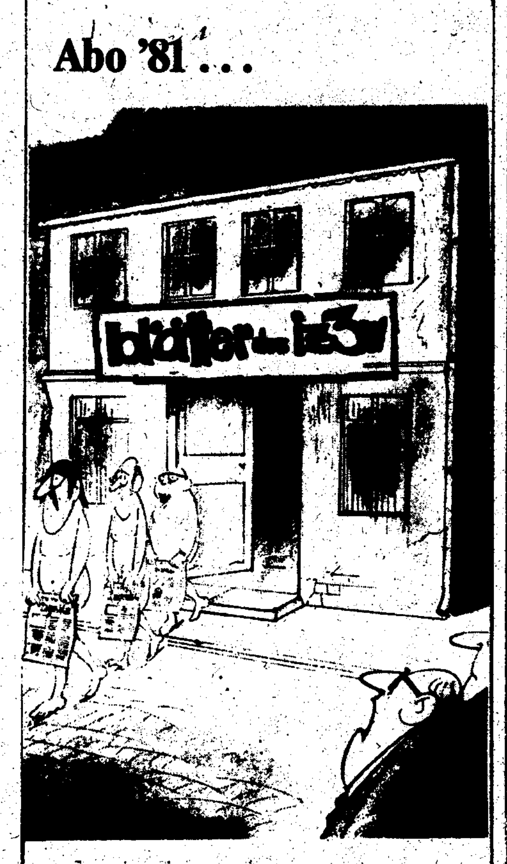
senkrecht

1 Hatte 1979 151 Mitgliedsländer;
2 Billigere Weltbankschwester; verzinst Kredite der ärmeren Mitgliedsstaaten zu einem unter dem Marktniveau liegenden Zinssatz (engl. Abk.);
3 Ihre Tochter wird mit Östrogen vollgepumpt;
4 In afrikanischen Ländern trifft man gelegentlich Tafeln, die für dieses Agrarprodukt werben. Z. B.: Ein kleiner Afrikanerjunge, ein Stück Brot in der Hand, beobachtet ein abhebendes Flugzeug. Bildunterschrift: »Er wird es weit bringen, er ißt Brot«;
5 Sozialdemokratisches Lieblingsrezept gegen Unterentwicklung;
6 Formale Voraussetzung für Mitgliedschaft in 1 s;
7 Wirkt ähnlich wie Opium;
8 Der Ministerpräsident dieses Bundeslandes (unübliche Abk.) ist für seine guten Beziehungen zu Diktatoren und Militärregierungen bekannt;
9 Wertet Umsatzsteigerung höher als die Gesundheit von Kindern;
10 Hauptfeind der Dritten Welt;
11 90 Prozent dieser proteinhaltigen Pflanze (Proteingehalt zwischen 35 und 40 Prozent) werden als Viehfutter verschwendet (Plural);
12 Seine Maßnahmen treffen die Ärmsten am härtesten;
14 Größter Weizenexporteur;
15 Häufige Form der Regierungsübergabe in Bolivien;

17 Exportprodukt Indiens;
19 Während seiner Regierungszeit gab es 51 s in 48 w nicht zu trinken;
24 Verwaltete ab 1956 die ersten Gelder der Technischen Hilfe der BRD (Abk.);
25 Dieser Ausdruck des Empfindens findet sich nicht im Weltbankbericht zur Lage der Entwicklungsländer;
26 Nichtstaatliche Entwicklungshilfe-Organisation; fördert Stipendiaten aus Entwicklungsländern und bereitet deutsche Fachkräfte auf ihren Auslandseinsatz vor;
29 Diese Initialen tragen viele Traktoren in weltmarktintegrierten Entwicklungsländern;
30 Wird lebend in die BRD eingeführt (allerdings relativ selten), als Waffe ausgeführt (in letzter Zeit vermehrt);
33 Tätigkeit, die im Rahmen der Neuen Internationalen Arbeitsteilung aus den Industrieländern ausgelagert und von Frauen ausgeübt wird;
36 Kopflastige Freiburger Aktionsgruppe, die wenig Zeit für Aktionen findet;
37 Handelspartner der AKP-Länder;
38 Der mexikanische Männername wird im Zusammenhang mit Dollars härter ausgesprochen;
41 Diskussionsforum, das alle 3–4 Jahre großen Wind macht; zuletzt in Manila;
44 Wurde früher aus Kautschuk produziert;
45 Die Schattenseite der Wolkenkratzer;
46 Beherrschen Märkte und z. T. auch Länder;
49 Beschäftigungsfeld von 66 w (Abk.)
50 Seine Familie besaß 1979 30 Prozent des bebaubaren Bodens und 40 Prozent der Industrieanlagen in einem lateinamerikanischen Land;
51 Obwohl dieser Soft-Drink zu den Olympischen Spielen in Moskau gereicht wurde, blieben die Amerikaner den Spielen fern;
56 Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit und hohe Kapitalkosten sollen mit dieser Technologie vermieden werden (Abk.);
58 Lateinamerikanische Alpen;
61 Hafenstadt, ehemals in portugiesischen Händen;
62 Entwickelte bis vor kurzem angepaßte Technologie an der Berliner Uni (Abk.);
65 Kämpft für die Einhaltung der Menschenrechte (Abk.);
66 Lied eines ... - Angestellten:
Excuse me, friends, I must catch my jet,
I'm off to join the Development Set
The Development-Set is bright and noble
our thoughts are deep and our visions global,
Allthough we move with the better classes,
our thoughts are with the poorer masses
67 Organisiert Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländer (Abk.);
71 Kosename für Konzern, der in mehreren Nationen beheimatet ist;
72 Stiftung der FDP;
74 Kürzel für Dritte-Welt -Land;
80 Abkürzungsvorschlag für die uns noch fehlende Vereinigung: Internationale Einheits-Föderation für die Totalität der Entwicklungspolitik;
81 United Arab Republic (Abk.).

ds

Abo '81 ...



„Da hat schon wieder eine Zeitschrift pleite gemacht . . .“

PREISAUSSCHREIBEN

Setzt man anstelle der Zahlen die entsprechenden Buchstaben aus dem Rätsel, so erhält man den Lösungssatz:
17, 58, 52, 63, 23, 31, 70 50, 10, 76, 26
50, 48, 16, 55, 7, 76 , 47, 13, 51, 16
16, 1, 74, 16, 33, 22, 17
69, 37, 5, 37, 33 7, 10, 74, 17
(Afrikanische Weisheit)

1. Preis:
Ein Besuch beim iz3w Freiburg incl. Fahrtkosten innerhalb der BRD, alternativer Übernachtung und Stadtführung (wahlweise in deutscher, englischer oder franz. Sprache)

2. Preis:
Ein Jahresabo für die blätter des iz3w

3.–10. Preis je ein Buch:
Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?
oder
Strahm: Überentwicklung – Unterentwicklung
oder
Collins/Lappé: Vom Mythos des Hungers

Einsendeschluß: 15. März 1981
Auflösung im nächsten Heft!
Nicht teilnahmeberechtigt sind die Mitarbeiter/innen des iz3w, sowie deren Angehörigen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

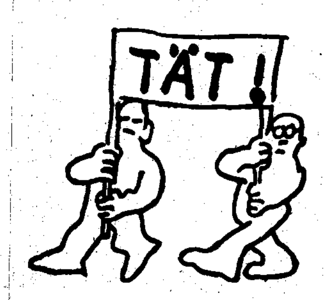
4. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen

Vom 31.10. – 2.11.1980 fand in der Werkstatt 3 in Hamburg der 4. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen statt. Die Beteiligung der Gruppen hatte wieder zugenommen: Im letzten Jahr waren nur ca. 65 Gruppen erschienen, dieses Jahr wieder fast 100.
Der Ablaufdes BUKO war ähnlich wie im letzten Jahr. Am Freitagabend berichteten zunächst *Vertreter der regionalen und ländermäßigen Zusammenschlüsse* von entwicklungspolitischen Aktionsgruppen. Hier ist vor allem aus den Städten Neues zu berihcten: Ähnlich wie in Hamburg (Werkstatt 3) und München (Zentrum für Entwicklung und Frieden) sollen auch in anderen Städten Häuser für 3. Welt- und andere politische Gruppen aufgebaut werden. Danach gab der *Koordinationsausschuß* seinen Bericht über die Arbeit im letzten Jahr: Die Seminare über Kampuchea, Tourismus, Aufbau eines Informationszentrums Dritte Welt, Ausländer in der BRD, Frauen in der Dritten Welt, Entwicklungspolitik im Bundestagswahlkampf und Pharma-Multis in der Dritten Welt wurden durchgeführt, das Treffen der entwicklungspolitischen Zeitschrift und das Seminar zu Gewerkschaften und Dritte Welt sollten noch durchgeführt werden. Der KA hatte sich außerdem um die Beteiligung der Gruppen am Evang. Kirchentag 1982 gekümmert, die Vorbereitung darauf soll in regionalen Seminaren geschehen. Weiter hatte der KA versucht, internationale Kontakte zu den Gruppen in anderen Ländern zu bekommen, z.B. im Hinblick auf Informationen oder gemeinsame Aktionen.
Am Samstagmorgen wurde in *Arbeitskreisen* gearbeitet:
- Lateinamerika
- Indien
- weitere Strategie des BUKO
- Multis



Danach hielt – als „Einleitung" zum Vorschlag des KA, im nächsten Jahr eine gemeinsame Kampagne „Pharma-Multis in der Dritten Welt" durchzuführen – Marcel Bühler ein Referat über eben dieses Thema. Anschließend begründete der KA, warum er eine Pharma-Kampagne vorgeschlagen hatte:
- die deutschen Pharma-Multis exportieren einen großen Teil ihrer Produktion, davon eine Menge in die Dritte Welt;
- sehr viele Gruppen interessieren sich für diese Aktion, es hat schon ein Seminar dazu stattgefunden.

Nachmittags wurde dann im Plenum über die *weitere Strategie des BUKO* diskutiert. Hauptstreitpunkte dabei waren – wie schon in den letzten Jahren – die Fragen, ob der BUKO allmählich zu einem Dachverband der entwicklungspolitischen Gruppen ausgebaut werden soll, mit politischem Mandat, als „Sprachrohr" der Gruppen, damit die Gruppen zu entwicklungspolitischen Themen auch Gehör bei der Presse und der Regierung finden. Die Gegenposition: der BUKO sollte – noch besser als bisher – Kooperationsinstrument der Gruppen werden, indem auf dem BUKO Auseinandersetzungen und Absprachen über Themen und Aktionen möglich sind; der KA sollte nach den konkreten Bedürfnissen der Gruppen mit bestimmten Aktivitäten für das jeweils kommende Jahr beauftragt werden (Seminare, Koordination von Kampagnen...). Eine „Politik der Stellungnahmen" bringt nichts ein und führt außer-



dem dazu, die inhaltlich zum Teil doch ein gutes Stück auseinanderliegenden Gruppen eher wieder mehr auseinanderzudividieren als mehr Kooperation unter ihnen zu schaffen. Das vom KA beklagte Desinteresse der Gruppen an der KA-Arbeit ist durch mehr Zentralismus nicht zu beheben – im Gegenteil!
Trotz einiger unterschiedlicher Positionen war man sich einig:
- die BUKO- und KA-Arbeit kann und soll nur Koordination von (regionalen) Aktivitäten sein und darf diese auf keinen Fall gefährden
- der BUKO sollte dem Informations- und Erfahrungsaustausch (auch über vergangene Kampagnen, die Methoden der Arbeit) und der gemeinsamen Planung dienen
- der KA muß klar vom BUKO beauftragt werden.

Seine Aufgabengebiete sind:
- die Vorbereitung der Seminare (Weiterführung der bisherigen Themen)
- die Vorbereitung des nächsten BUKO
- koordinierende Aktivitäten für die gemeinsamen Aktionen der Gruppen im nächsten Jahr: das sind 1981 die Pharma-Kampagne und der Evang. Kirchentag
- die Teilnahme an den regionalen Gruppentreffen
- die Teilnahme am Fernsehworkshop Entwicklungspolitik

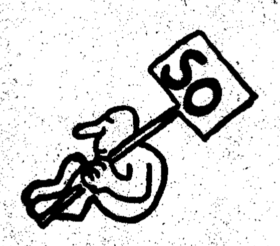
Die strittige Frage der Einstellung einer Halbtags- oder Ganztagskraft soll der KA entscheiden: nach der Notwendigkeit einer solchen Anstellung, die sich aus den vom BUKO beschlossenen Aufgaben ergeben kann, und nach der Finanzierbarkeit über eine Quelle, die keinen politischen Druck auf den BUKO bzw. auf den KA ausübt (also nicht über das BMZ).
(Dies waren nicht alles formale Beschlüsse, sondern z.T. Ergebnisse aus den Arbeitskreisen, die sich mit der weiteren Strategie des BUKO beschäftigten).

Bezüglich der Finanzierung des BUKO und des KA sollte der Ka sich um andere Geldquellen bemühen, um nicht mehr so stark wie bisher vom BMZ abhängig zu sein. An dieser Stelle sollen alle *Mitgliedsgruppen*



des BUKO aufgefordert werden, ihre *Jahresbeiträge* zu bezahlen und so ihren Teil zur Unabhängigkeit des BUKO und KA beizutragen (bis zum BUKO hatten 1980 nur ca. 50 Gruppen bezahlt!)
Am *FORUM*, dem Rundbrief des BUKO, wurde Kritik geübt: Es habe sich seit dem letzten BUKO, bei dem die ig3w Kiel zur Herausgeberschaft auch noch die ständige Redaktion übernahm (diese war vorher rotiert), noch mehr zu einer selbständigen 3.Welt-Zeitschrift mit „normalen" Länder- und Sachartikeln und damit weg vom Rundbrief-Konzept entwickelt. Die Kieler wollen versuchen, die „Fachredaktionen" des FORUMs zu bewegen, keine reinen Länderberichte, sondern über Aktionen etc. zu schreiben. Die bestehende Konzeption wurde vom BUKO trotz der Kritik ein Jahr verlängert. Gleichzeitig wurden die Gruppen aufgefordert, über *geplante Publikationen* und *Arbeitsbereiche* an das FORUM zu berichten.
In den KA für das nächste Jahr wurden gewählt:
ig3w Kiel
Andreas Schüssler/Frankfurt (von ASB)
Projektgruppe Multis und Dritte Welt, Hamburg
AK „Gesundheit in der Dritten Welt", Berlin (Vom Gesundheitstag)
akafrik Bielefeld
Dietrich Woelki (vom iz3w Dortmund)
und wir selbst, das iz3w Freiburg
Die *Geschäftsstelle des BUKO/KA* bleibt in Hamburg:

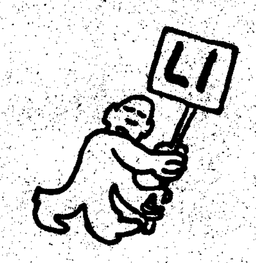
BUKO	Adresse des FORUM:
– KA –	ig3w
c/o Werkstatt 3	Königsweg 7
Nernstweg 32-34	2300 Kiel 1
2000 Hamburg 50	Tel.: 0431 - 63143
Tel.: 040 - 392191	



Zum Schluß des BUKO wurden noch einige *Resolutionen* verabschiedet:

1. Zum Putsch in *Bolivien:* Gefordert wurde unter anderem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Junta und Asyl für die geflohenen Bolivianer.
2. Offener Brief an Minister Offergeld: Gefordert wurde die Einstellung der bundesdeutschen Unterstützung für das *Sobradinho-Staudammprojekt in Brasilien*
3. Aufforderung an die Fernsehanstalten, die Reihe zur Entwicklungspolitik *„Götter, Gräber und Experten"* in ihr Programm aufzunehmen.
4. Diese Resolution wndet sich gegen die *Begrenzung der Aufnahmezahl und Diskriminierung bestimmter Gruppen von Asylsuchenden.*
5. Es wird von der Bundesregierung gefordert, keine Unterstützung für *Projekte der Agro-Industrie* in Dritte Welt-Länder zu geben und die *EG-Agrarordnung* neu zu regeln.

Eine ausführliche *Dokumentation des Kongresses* und der *Wortlaut der Resolutionen* sind erhältlich beim KA (Adresse s.o.). bm





LESERBRIEFE

Karlsruhe, den 25.12.1980

Liebe Genossen (?) vom iz3w!
„Anderthalb Jahre nach dem Sturz des Diktators Amin steuert Uganda, ..., immer mehr auf eine Situation der totalen Anarchie zu." (Blätter des iz3w, nr. 90, S. 9)
Wenn ich so einen Satz in einer bürgerlichen Zeitung lese, wundert mich das nicht. Ich bin allerdings sehr enttäuscht, einen dermaßen großen Schwachsinn in den Blättern zu finden. Wer von „totaler Anarchie" schreibt, sollte auch wissen, was Anarchie wirklich bedeutet und nicht nur, was das Bürgertum darüber denkt. Anarchismus bedeutet die Lehre, die jede Art von Zwangsherrschaft ablehnt. Eine Herrschaft, die Anarchisten dulden können, muß eine freie Herrschaft sein, in dem Sinne, daß ihr alle zustimmen (In dem Bericht kommt später sehr gut raus, daß diesem Zustand, der im Moment in Uganda herrscht, wohl nur die wenigsten zustimmen). Die Anarchisten protestieren gegen Institutionen wie Polizei usw., weil mit deren Hilfe der Wille des einen Teils der Gesellschaft dem anderen aufgezwungen wird, aber wir lehnen auch Räuberbanden ab, die ihre Mitmenschen, besonders sogar die Klasse der Bauern und Arbeiter terrorisieren und ihnen das Nötigste zum Leben rauben (der totale Anarchismus würde bedeuten, daß jeder so viel bekommt, wie er zum Leben braucht und soviel er haben will). Die Freiheit ist der oberste Wert im anarchistischen Programm, und Freiheit kann man den Zustand in Uganda wohl wirklich nicht nennen!
Ihr habt vor kurzem zwei echt gute Artikel über den Straßenkampf in Freiburg in den Blättern gehabt und ihr habt auch sonst vernünftige Artikel. Ich hoffe, dies war ein Einzelfall und kein Annäherungsversuch an die Leute, die uns Anarchisten gern mit Unsachlichkeit in den Dreck ziehen und auch sonst recht bürgerlich sind. Schlimm genug, daß es Dritte-Welt Läden gibt, die die Blätter des iz3w abbestellt haben, weil die Blätter ihnen „zu links" sind ...

Mit solidarischen Grüßen
Volker Nölle

Liebe Genossen/innen des iz3w!
In der Nr. 87 vom August 80 erscheint ein längerer Artikel über die Wahlen in Peru: „Die letzten werden die ersten sein" (S. 13).
Es ist zwar schon einige Zeit her, daß dieser Artikel erschienen ist, trotzdem halte ich es für nötig, daß einiges richtiggestellt wird. Ich war zur Zeit der Wahlen und auch davor in Peru und habe das alles ziemlich hautnah mitbekommen. (...) Zur neuren Entwicklung möchte ich noch einiges sagen. Weder die Volksbewegung noch die Linke (revolutionäre vor allem) gehen geschlagen aus den Wahlen hervor. Im Gegenteil: Seit Belaundes Amtsantritt ebbt die Welle der Streiks bis heute nicht ab. Es hat einen riesigen Aufschwung der Kämpfe gegeben, und man kann sagen, daß täglich mehr als 50 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung Perus irgendwo und irgendwie streiken. Letzten Monat kam ein Hungerstreik in Gang, der zeitweise über 500 Leute im ganzen Land erfaßte und bis heute noch anhält. Es geht vor allem um die Wiedereinstellung aller Entlassenen und um die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Inzwischen hat Belaunde seine antimilitaristische Maske fallen lassen und setzt seine volksfeindliche Wirtschaftspolitik mit Hilfe der Militärs rücksichtslos durch.
Die Zeitungen wurden inzwischen ihren alten Besitzern der Oligarchie zurückgegeben. Die Einfuhrzölle wurden von 60 % auf 30 % gesenkt, um das Eindringen ausländischer Produkte zu sichern. Der Export wird stärker als bisher gefördert, und die „Hunger"pakete werden in regelmäßigen Abständen weiterhin verabreicht. Zuletzt wurden die Fahrpreise von 25 auf 35 soles erhöht, was die Armen besonders schwer trifft.
Hier mal ein rechnerisches Beispiel: Ein Arbeiter mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 23 000 soles = 150 DM, braucht allein für Busfahrten pro Monat 7 000 soles. Hinzu kommt, daß die Lebensmittelpreise ebenso steigen und daß Importprodukte, wie elektrische Geräte doppelt so viel kosten wie in der BRD.
Belaunde hat noch keines seiner Versprechen gehalten und wird das auch nicht tun. Die Lehrergewerkschaft wurde immer noch nicht anerkannt, der Großteil der Lehrer nicht wieder eingestellt, ganz zu schweigen von der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
Einer der wichtigsten und auch gefährlichsten Aspekte seiner Wirtschaftspolitik ist die Kolonisierung des Urwalds nach brasilianischem Vorbild. Dies zielt auf die Zerstörung der eingeborenen Kulturen, auf den totalen Rohstoff-Raubbau und die Abholzung des Urwalds ab, zur Sanierung der Staatsfinanzen, was allerdings Utopie ist, die die Lizenzen ausschließlich an ausländische Konzerne vergeben werden, vorwiegend an us-amerikanische, die die Gewinne ins Ausland transferieren. (vgl. dazu Progrom Nr. zum Russell Tribunal). Belaunde hat eine Finanzspritze von 2 Mrd Dollar bekommen. Dies wird es ihm ermöglichen, einige Infrastrukturmaßnahmen zu verwirklichen, obwohl der Löwenanteil an die Militärs geht. Die Politik Belaundes ist klar. Es orientiert sich an den Chicago Boys um Milton Friedman (Nobelpreisträger), deren Wirtschafts- und Finanzpolitik besonders in Chile von Pinochet mit Blut und Schwert durchgesetzt wird.
So wird es Belaunde nicht gelingen die Kämpfe des Volkes zu bremsen, im Gegenteil, seine Wirtschaftspolitik fördert sie. Aber auch hier wurde vorgesorgt: Nach dem neuen Gesetz der nationalen Mobilisierung wird im Falle von Aufständen Belaunde ins Oberkommando der Armee integriert. Somit bleibt ein „demokratisch" gewählter Präsident im Amt, während die Militärs in Ruhe die blutige Drecksarbeit verrichten können.
Inzwischen hat die Linke auf vielen Ebenen die Initiative ergriffen. Das Wahlergebnis hat das Kräfteverhältnis der Linken untereinander geklärt. Der Einheitsversuch vor den Wahlen, das ARI-Bündnis und sein Auseinanderbrechen waren wichtige Schritte in Richtung einer neuen, vielleicht stabileren Einheit. So hat sich die Linke inzwischen zu einem Bündnis für die Kommunalwahlen im Nov. dieses Jahres zusammengeschlossen, unter der Bezeichnung IU-Izquiada Unida. Beteiligt sind UNIR, UDP, UI, FOCEP, POMR und in einigen Regionen PRT. Die Aussicht, daß die Linke hohe Gewinne erzielen könnte, führt zu dem Versuch Belaundes und der Militärs die Linke zu kriminalisieren und sie als terroristisch zu diffamieren. Einige Sprengstoffattentate und Flugblätter für den bewaffneten Kampf wurden von den Militärs selbst ausgeführt und der Linken angehängt. Ebenso wird schon wieder der Wahlbetrug vorbereitet. So bekommt jede Partei auf dem Wahlzettel eine Nummer. Obwohl es etwa 26 Gruppen sind, ist die Bezifferung völlig wahllos und geht etwa bis 50. Auch werden alle Parteien aufgeführt, die gar keine Kandidaten aufgestellt haben. Die Linke wird auf dem Wahlzettel zersplittert, obwohl sie gemeinsam kandidieren. Damit soll die totale Konfusion gestiftet werden. Die Linke hat natürlich dagegen protestiert
Der revolutionären Linken ist aber klar, daß die Zukunft nicht im Parlament, sondern im täglichen Kampf der

Basis, der Massenorganisierung und Mobilisierung bis zum Volkskrieg, gestützt auf die comunidades campesinas, auf die Arbeiterklasse und die FEDIPS, die z.B. vor einigen Monaten die Urwaldstadt Pucallpa besetzte und selbst verwaltete und sich einige Wochen gegen das Militär behaupten konnte.

Mit solidarischen Grüßen
A.B.

Betrifft: Iran – Irak – Artikel in „blätter" Nr. 89

Liebe Freunde!
Euren Artikel „Iran – Irak" finde ich im wesentlichen richtig. Gut finde ich, daß auf den Nationalismus eingegangen wird. Das hatte ich mir auch noch gar nicht so überlegt. Nur, wenn man darauf eingeht, muß man m.E. auch noch einen Schritt weiter gehen. Der Artikel sagt zwar, daß der Nationalismus „die Konflikte der verschiedenen Klassen und Schichten um die Verteilung des Reichtums und der politischen Macht" behindert, aber er sagt nicht klar und deutlich, wer daran ein besonderes Interesse hat. Im Sprachgebrauch des 17. und 18. Jahrhunderts galt der Begriff „Nation" für die sozial bevorrechtigte Schicht. Als der Dritte Stand (also die Bourgeoisie) sich in Frankreich 1789 zur Nation erklärte, proklamierte sie sich damit zur herrschenden Klasse. Und als im Deutschland des 19. Jahrhunderts die gleiche Klasse – inzwischen verbündet mit dem Feudaladel – nationalistisches Gedankengut förderte, tat sie das, um einerseits von den inneren Spannungen abzulenken und um andererseits gerade damit ideologisch den Krieg vorzubereiten. Keinen anderen Zweck haben heute die öffentlichen Verteidigungen. Der Nationalismus ist die Ideologie, mit der eine bestimmte Klasse das Volk für ihre Interessen einspannen und mißbrauchen will. Und das ist im Iran und im Irak nicht anders. Der Artikel müßte aber auch noch in einem zweiten Punkt ergänzt werden: Ihr schreibt, daß sich uns die „konkrete Aufgabe" stellt, die waffenexportierenden Staaten bei Rüstungslieferungen in die Golfregion zu behindern". Ihr sprecht mit Recht von einer strategischen Schwäche der USA in dieser Region. Aber auch die UdSSR hat politisches und strategisches Terrain verloren. Willi Brandt hat in diesem Zusammenhang u.a. den Irak genannt. Und tatsächlich ist der Irak heute zum größten Öllieferanten Frankreichs geworden und die BRD zu seinem stärksten Handelspartner. Daimler, Krupp, MAN und Thyssen bauen Industrieanlagen auf. Deutsche Firmenkonsortien haben in den letzten Jahren mehrere tausende Kilometer Autobahn und Ölleitungen gebaut, die den Irak mit der Türkei verbinden. Und zur Türkei hat die BRD ein besonderes Verhältnis. Ich denke an die Türkei-Hilfe. Der Artikel in der Roten Fahne Nr. 20 auf Seite 10 kann vielleicht eine Ergänzung sein.

Mit solidarischen Grüßen
Matthias

Termine

Vom 23. – 30.03.1981 führt die AGG in Niedernhausen eine Werkwoche zu „Strukturelle Gewalt und Militarisierung" durch.
Anmeldung / (Information) bis spätestens 14 Tage vor Beginn an:
AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel : 0228/234021

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise AG SPAK lädt ein zu einem Seminar mit dem Thema : Solidarisieren – nicht integrieren, Theorie und Praxis der Sozialarbeit in Lateinamerika – Vergleich mit der BRD
Termin und Ort: 6.3. – 8.3.1981 in Neckargerach/ Läufertsmühle
Anmeldung/Information: AG SPAK, Reifenstuelstr.8, 8000 München 5, Telefon: 089 / 77 54 20

Als Nr. 5 der Zeitschrift **PERIPHERIE** ist ein Schwerpunktheft zur **Kritik der Theorie der Unterentwicklung** geplant. (Redaktionsschluß Mai 1981). Eine eingehende Diskussion der inhaltlichen Problematik sowie der bis dahin in Konzept- oder Manuskriptform vorliegenden Beiträge soll **von Fr., den 20.2. bis So., den 22.2. in Darmstadt, Schloß** stattfinden.
Alle Interessenten/innen an einer solchen Diskussion – ob mit oder ohne eigenen Beitrag für das Heft – sind herzlich eingeladen.
Anmeldung und Informationen bei:

Friedhelm Ernst
Frankfurter Str. 38, 6100 Darmstadt
Telefon: 06151 – 2 32 67

**UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IM SÜDLICHEN AFRIKA
DER SERVICE CIVIL INTERNATIONAL SUCHT PROJEKTPARTNER FÜR SOLIDARITÄTS CAMPS**

Der SCI leistet internationale Jugend- und Friedensarbeit u.a. durch die Organisation von Workcamps in den Sommermonaten. In diesen 3-wöchigen Camps kommen junge Leute aus verschiedenen Ländern zusammen, um gemeinsam zu leben, zu arbeiten und zu lernen
- Vorurteile und Barrieren zwischen ihren Völkern, Kulturen und Gesellschaften abzubauen
- die politischen und sozialen Probleme ihres Gastlandes kennenzulernen
- unterprivilegierte Gruppen und Selbsthilfeeinrichtungen zu unterstützen

Mit unseren Solidaritätscamps wollen wir materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika leisten und gleichzeitig in einem Studienteil uns und die Öffentlichkeit über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Alternativen der Befreiungsbewegungen informieren.*
Hierfür suchen wir Projektpartner, die
- bei bestimmten Arbeiten, bei denen ein materieller Erlös rausspringt, Freiwillige einsetzen können
- sich an der Organisation des Studienteils beteiligen
- eine einfache Unterkunftsmöglichkeit für ca. 15 Teilnehmer bieten können.

*) Das Arbeitsziel könnte z.B. die Unterstützung beim Aufbau einer ANC oder SWAPO-Schule oder -Farm sein.

Kontaktadresse: SCI, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1

REPRESSION IN DER BRD



„IMMER DASSELBE – ERST SAUIGELST DU DICH VON OBEN BIS UNTEN EIN UND ICH KANN SEHEN, WIE ICH DICH WIEDER REINWASCH !"

SPENDENAUFRUF !

Seit dem 12. Januar 1981 steht in Münster der Rektor des Soziologischen Instituts Münster, Prof. Christian Sigrist, in einer Berufungsverhandlung vor Gericht. Sigrist war 1978 in erster Instanz wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik zu 5.400 DM Geldstrafe verurteilt worden. Sigrist hatte auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Stockholm erneut den Vorwurf erhoben, der Frührentner Günther Routhier sei im Juni 1974 von der Polizei ermodert worden.

Die Vorgeschichte: Am 5. Juni 1974 besuchten Günther Routhier, sein Sohn Peter sowie einige Mitglieder der KPD/ML die Verhandlung eines Arbeiters vor dem Arbeitsgericht. Als die Klage des Arbeiters abgewiesen wird (er war im Zusammenhang mit den „wilden" Streiks des Vorjahres von der Firma Mannesmann entlassen worden), stimmen die Prozeßzuschauer die „Internationale" an. Offensichtlich ohne überhaupt eine Anordnung des Arbeitsrichters abzuwarten, stürmen Beamte der politischen Polizei sowie uniformierte Polizisten in den Gerichtssaal und prügeln auf die Zuschauer ein. Auch Günther Routhier wird Opfer der polizeilichen Maßnahmen – obwohl sein Sohn Peter den Polizisten immer wieder zuruft, daß sein Vater an der Bluterkrankheit leidet (einer gefährlichen Krankheit, bei der selbst geringfügige Verletzungen lebensbedrohliche Folgen haben können). Trotz dieser Hinweise wird Routhier brutal mißhandelt. In einer Stellungnahme seiner Hausärztin heißt es: „1. G. Routhier wurde im Gerichtssaal von Polizisten zwischen die Stuhlreihen geworfen, wobei er stürzte. 2. Im Anschluß daran wurde er von Polizisten die Treppe hinuntergeworfen, wobei er mehrfach mit dem Kopf aufschlug und unten besinnungslos liegen blieb. 3. Im Einsatzwagen lag G. Routhier auf dem Boden. Während der Fahrt schlug sein Kopf bei jeder Unebenheit erneut auf dem Boden des Wagens auf ... 4. Er wurde schließlich im Polizeipräsidium nach seinen eigenen Angaben die Treppe an den Füßen hochgeschleift, wobei sein Kopf wieder auf die Stufen aufschlug." Wenige Tage nach diesen Vorfällen stirbt Günther Routhier an einer Gehirnblutung. Zu der von der Staatsanwaltschaft angeordneten Obduktion wird die Hausärztin nicht zugelassen. Studenten, die wie üblich an der Obduktion teilnehmen wollen, werden von Polizisten aus dem Saal gedrängt. Kurz vor der Beerdigung Routhiers verbietet die Polizei einen Trauerzug durch die Stadt; ein sich dennoch formierender Zug wird brutal auseinandergetrieben. Der Duisburger Polizeipräsident läßt verkünden: „Wir werden mit allen Mitteln zu verhindern wissen, daß in Duisburg auch nur ein einziges Flugblatt zum Fall Routhier verteilt wird." Angesichts dieser Umstände wurde an die Duisburger Zeitungen eine Presseerklärung gegeben, die u.a. auch von Prof. Sigrist unterzeichnet war. Nach einer Schilderung der Vofälle in Duisburg und anderer Polizeiübergriffe in anderen Städten fordern die Unterzeichner der Erklärung: „Die Unterzeichnenden unterstützen daher die Initiative zur vollständigen Aufklärung des Mordes an G. Routhier und der Terroraktionen der Polizei. Sie werden alles in ihren Kräften stehende tun, um dazu beizutragen, daß die Duisburger Bevölkerung über den Mord und die weiteren Vorfälle aufgeklärt werden." An anderer Stelle hieß es in der Erklärung, daß „in letzter Zeit Morde immer mehr zum 'alltäglichen' Randgeschehen von Polizeiaktionen gehören". Ein Gericht sah in dieser Äußerung die „Grenzen einer gesunden und erlaubten Kritik weit überschritten" und verhängte gegen Sigrist eine Geldstrafe. Daraufhin leitete das Wissenschaftsministerium gegen Sigrist zusätzlich ein Disziplinarverfahren ein; aufgrund dieses Verfahrens (das inzwischen ausgesetzt wurde) konnte Sigrist nicht sein geplantes Forschungssemester wahrnehmen. Sigrist, der einer der Initiatoren der Amilcar-Cabral-Gesellschaft ist, wollte in dieser Zeit die Regierung der Kap Verdischen Inseln bei der Planung der anstehenden Agrarreform beraten.

1976 berichtete Sigrist bei einer öffentlichen Podiumsveranstaltung in Stockholm über Routhiers Tod und seine eigene Verurteilung: „Ich habe gesagt, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter getötet hat." – Zwischenruf des Diskussionsteilnehmers Dieter Posser, damals Justizminister von Nordrhein-Westfalen: „Ermordet haben Sie gesagt." – Sigrist: „Ja, ermordet, und das stimmt auch, das ist inzwischen auch medizinisch nachgewiesen..." Wegen dieser Äußerung wurde Sigrist 1978 vom Amtsgericht Münster erneut verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. Die Berufungsverhandlung endete mit dem Richterspruch, daß die Todesumstände Routhiers neu geklärt werden müssen. Die notwendigen Recherchen für diesen Prozeß haben immensen Arbeits-, Zeit- und Geldaufwand bedeutet. Allein Anwalts- und Gerichtskosten werden zwischen 30.000 und 50.000 Mark betragen. Doch es geht in diesem Prozeß nicht nur darum, ob Prof. Sigrists kriminalisiert wird. Es geht auch darum, daß Kritik am Staat und staatlichen Stellen – besonders auch an der Polizei – möglich bleibt und nicht als „Verunglimpfung" o.ä. unterdrückt wird. (Die Praxis des § 90 haben die blätter des iz3w in der Nr. 36/37 ausführlich kritisiert). Gerade heute, wo politische Probleme häufig mit dem Polizeiknüppel gelöst werden sollen, muß Kritik an Polizeieinsätzen und Polizeiübergriffen öffentlich geäußert werden können. Deswegen rufen wir zu Solidarität mit Professor Sigrist auf! Im derzeit laufenden Prozeß scheinen nach den uns vorliegenden Informationen die o.a. Aussagen der Hausärztin durch Zeugenaussagen bestätigt Darüber hinaus verwickelten sich Polizeibeamte in Widersprüche. Dennoch wäre Optimismus über den zu erwartenden Urteilsspruch verfrüht.

Eine Initiative zur Unterstützung von Prof. Sigrist, der zahlreiche namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, ruft zur finanziellen Unterstützung der Prozeßführung auf. Sollte das Geld nicht für den Prozeß von Prof. Sigrist benötigt werden, wird es an das Netzwerk Münsterland überwiesen werden.

SPENDENKONTO für Professor Sigrist
Konto-Nr. 180 000 770
BLZ: 400 501 50 bei: Stadtsparkasse Münster

Eine Schulbibliothek für Nicaragua

Projekt zur Wiedererlangung und Verteilung von nicaraguanischem Kulturgut

Jahrzehntelange politische Verfolgung und Unterdrückung durch die Somoza-Diktatur bewirkten, daß nicaraguanische Intellektuelle (Schriftsteller und Künstler) ihre Werke nur im Ausland veröffentlichen konnten.
Abgesehen davon, daß das nicaraguanische Volk zu Unwissenheit und Analphabetentum verurteilt war, wurde ihm zudem das Kennenlernen der eigenen Kultur verwehrt.
Durch die nach der Revolution ins Leben gerufene Alphabetisierungskampagne wurden in dem nicaraguanischen Volk auch kulturelle Bedürfnisse geweckt. Weiteste Kreise der Bevölkerung, die früher nicht einmal diese kulturellen Grundbedürfnisse artikulieren konnten, fordern heute von der neuen Regierung eine enorme Anzahl von Publikationen, um ihren Wissensdurst zu befriedigen.
Während der Somoza-Diktatur hat es sich die CSUCA (Zusammenschluß der Universitäten von 6 zentralamerikanischen Staaten) zur Aufgabe gemacht, die Werke nicaraguanischer Schriftsteller zu veröffentlichen, um sie jetzt dem Volk von Nicaragua ohne jegliche Einschränkung zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck hat sie jetzt eine internationale Aktion mit dem Ziel gestartet, jede Schule Nicaraguas mit einer kleinen Bibliothek auszustatten.
Besagte Bibliothek wird nicht nur von den Schulen und Lehrern der Ausbildungszentren benutzt werden, sondern auch von den Eltern und Basisorganisationen der Gemeinden. Auf diese Weise wird eine wirksame Möglichkeit für das Volk geschaffen, sein Kulturgut kennenzulernen, was ihm bisher verweigert wurde.
Ein derart umfangreiches verlegerisches Vorhaben, jeder Schule eines Landes, das vom Krieg so ausgeblutet ist wie Nicaragua, eine Bibliothek zu schenken, ist nur durch internationale solidarische Hilfe möglich.
Die CSUCA ruft daher alle demokratischen Menschen und Institutionen der Welt auf, bei dieser Aufgabe mitzuhelfen, indem sie eine Bibliothek für die Schule spenden.
Durch die Anweisung von US $ 100,– kann man eine Bibliothek (ungefähr 40 Bücher) spenden.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei:

Editorial Universitaria Centroamericana
Apartado 64
Ciudad Universitaria „Rodrigo Facio"
San José / Costa Rica

Die Spenden können an die o.g. Adresse geschickt werden oder auf das Dollarkonto Nr. 68083 auf den Namen EDUCA bei der Banco Nacional de Costa Rica überwiesen werden.

Gabi Meier

[illegible] 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg